



Suchergebnisse: Volk

98 – Bier bei den germanischen Völkern

Germanien * Der römische Geschichtsschreiber Tacitus berichtet um 98 n. Chr. von einem Getränk der germanischen Völker, das aus Gerste oder Weizen hergestellt und ähnlich wie Wein vergoren wird. Dabei handelt es sich um eine frühe Form des Bieres. Das Brauen findet wahrscheinlich überwiegend im häuslichen Umfeld statt und gehört damit häufig zum Aufgabenbereich der Frauen. Dass ausschließlich Frauen Bier herstellen, lässt sich jedoch nicht belegen. Die Redensart „Da braut sich etwas zusammen“ beschreibt heute eine sich anbahnende, meist unangenehme Entwicklung. Eine Herkunft aus germanischer Zeit oder aus einem alten Göttermythos ist nicht nachweisbar. Auch die Erzählung, Wotan und Freyja hätten sich um einen Braukessel gestritten und dadurch ein Gewitter ausgelöst, ist in den überlieferten germanischen Quellen nicht belegt. Wahrscheinlich liegt eine spätere Vermischung verschiedener nordischer Mythen vor: In der „Hymiskviða“ beschafft der Donnergott Thor einen riesigen Braukessel für den Meeresriesen Ägir. Freyja ist eine Göttin der Liebe und Fruchtbarkeit; als Gemahlin Odins und Beschützerin der Ehe gilt dagegen Frigg.

August 1096 – Zum Überleben müssen die Kreuzfahrer plündern

Naher Osten * Erst die militärisch besser ausgestatteten Kreuzfahrer-Kontingente haben mehr Erfolg. Das zügige Fortkommen der Kreuzfahrer behindern allerdings arme Pilger, die sich ihnen angeschlossen haben. Dadurch erreichen sie Konstantinopel erst Ende des Jahres 1096/Anfang 1097. Nachdem die Kreuzfahrer von der dortigen Bevölkerung feindlich aufgenommen sowie vom byzantinischen Kaiser nur widerwillig unterstützt und nur mit knapp bemessenem Proviant versorgt werden, ziehen sie auf eigene Faust durch Kleinasien weiter. Seit sie islamisches Gebiet betreten haben, gibt es kein funktionierendes System für Versorgung mit Nachschub mehr. Um Überleben zu können, müssen die Kreuzfahrer plündern. Die bewaffneten Pilger besiegen die Türken bei Dorylaeum und Eregli. Nach einem anstrengenden Marsch gelangen sie nach Antiochia. Sie belagern die Stadt siebeneinhalb Monate und schlagen in deren Verlauf zwei muslimische Verstärkungsarmeen.

20. April 1153 – Bernhard von Clairvaux stirbt



Clairvaux bei Lyon * Bernhard von Clairvaux, der Chefideologe der Templer und des Ordens der Zisterzienser, stirbt, ohne einen weiteren Kreuzzug in die Wege geleitet zu haben. Dennoch hat mindestens eine seiner Parolen für die kommenden Generationen von Kreuzfahrern über viele Jahrhunderte hinweg Bestand. Diese lautet: „Vollständige Ausrottung der Heiden oder sichere Bekehrung“. Vor diese Alternative - „Tod oder Taufe“ - stellen die Kolonisatoren die Bevölkerung der von ihnen eroberten Kontinente. Der Verfasser dieser Ideologie wird nur einundzwanzig Jahre nach seinem Tod heiliggesprochen.

29. Mai 1176 – In der Schlacht bei Legnano werden die kaiserlichen Truppen besiegt

Legnano * In der Schlacht bei Legnano nordwestlich von Mailand werden die kaiserlichen Truppen Friedrich Barbarossas vom lombardischen Fußvolk besiegt. Damit ist Kaiser Friedrich Barbarossas Italienpolitik gescheitert, weshalb er stattliche Besitzungen abgeben muss.

Juli 1179 – Das volksrechtliche Verfahren wird mit einem lehnsrechtlichen überlagert

Köln * Unter der Führung des Fürstbischofs Philipp von Köln überlagert die Mehrzahl der Fürsten und Bischöfe das kaiserliche volksrechtliche Verfahren mit einem Zweiten nach der strengen lehnsrechtlichen Prozessordnung. Es geht ihnen dabei nicht um die Beschleunigung der Angelegenheit, sondern darum, dass der Kaiser das Urteil nicht mehr abmildern und die dem Löwen entzogenen Lehen und Ämter am Ende doch wieder an ihn zurückgeben kann. Gerade Erzbischof Philipp von Köln geht es um diese Rechtssicherheit. Der von der Kölner Kirche beherrschte westfälische Teil des Herzogtums Sachsen soll nicht wieder gefährdet sein und vor allem vor einer etwaigen Rückgabe an den Herzog geschützt werden. Deshalb verwundert es nicht, dass es erneut der Kölner Fürstbischof war, der das Verfahren nicht nur konsequent fordert, sondern es auch in Gang bringt.

13. Januar 1180 – Herzog Heinrich der Löwe verliert alle Reichslehen

Würzburg * Auf dem Hoftag zu Würzburg fällen die Fürsten wegen Nichterscheinen des Beklagten ihr Urteil: Herzog Heinrich werden - noch vor dem Aussprechen der Oberacht - alle Reichslehen abgesprochen und Kaiser Friedrich Barbarossa zur Neuverteilung übertragen. Dieses Urteil kann der Kaiser weder abmildern noch darauf in anderer Form einwirken. Verfahrenstechnisch entscheidend für den Kölner Erzbischof Philipp ist die Vollstreckung des lehnsrechtlichen Urteils noch vor der Verkündung der volksrechtlichen Oberacht.



1191 – Die Tempelherren kaufen Zypern

Zypern * Trotz aller Rückschläge und Niederlagen bleiben die Tempelherren reich, privilegiert und versuchen in immer neuen Vorstößen an einen eigenen Ordensstaat zu kommen. Anno 1191 kaufen sie König Richard Löwenherz das von diesem eroberte Zypern um 100.000 Goldbyzantiner ab. Doch die Inselbevölkerung wehrt sich mit einem Aufstand gegen die geplante Herrschaft der Tempelordens-Ritter. So verfügen am Ende die Johanniter und der Deutsche Orden über einen eigenen Staat, nicht aber die Tempelherren.

1202 – Die Seelhäuser haben ihren Ursprung in der Armenbewegung

München-Gruggenau * Die Münchner Seelhäuser mit ihren kleinen Gemeinschaften der Seelnonnen haben ihren Ursprung in der Armenbewegung und der religiösen Frauenbewegung des Spätmittelalters. Sie stehen damit in Beziehung zu der weite Teile Europas erfassenden Beginnenbewegung. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts hat sich die Lebensform der weiblichen Beginnen und der männlichen Begarden rasch in Flandern, Brabant, den nördlichen Niederlanden, in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz ausgebreitet. In einem Bericht aus dem Jahr 1241 heißt es dazu: „Die Anzahl gewisser Frauen, die das Volk Beginnen nennt, mehret sich, vor allem in Deutschland, bis zu Tausenden und Abertausenden in unglaublicher Weise; sie geloben und beobachten die Keuschheit und fristen von ihrer Hände Arbeit ein Leben der Zurückgezogenheit“. Die frühesten zeitgenössischen Berichte über Beginnenengemeinschaften verweisen auf das Herzogtum Brabant, auf die Diözese Lüttich. Als älteste nachweisbare Niederlassung gilt das Beginnenhaus von Tirlemont in Brabant. Es besteht bereits vor dem Jahr 1202. In die ersten Jahrzehnte des 13. Jahrhunderts fallen die Entstehung der brabantischen Beginniensiedlungen von Nivelles [1220] und Herentals [1226] sowie der große Beginnenhof von Löwen [1232]. In der Grafschaft Flandern entstehen die Beginnenhöfe in Gent [1234], Kortrijk [1238] und Brügge [1245]. Die Hochburgen der Beginnen im deutschen Sprachraum sind Großstädte und Bischofssitze wie Köln, Straßburg, Mainz, Basel, Worms, Trier und Würzburg, die als soziale, wirtschaftliche und geistige Zentren günstige Voraussetzungen für das Entstehen von Beginnenengemeinschaften bieten. Schon für das Jahr 1211 - oder kurz danach - ist der Ursprung eines Beginnenkonvents in Nürnberg bekannt, aus dem später das Dominikanerinnenkloster Engental hervorgeht. Der erste Beginnenhof in Ulm, die Sammlung, wird kurz nach dem im Jahr 1229 entstandenen Franziskanerkloster gegründet. Für 1241 sind Beginnen in Nördlingen, 1243 in Dillingen belegt. Anno 1242 wird eine „femina religiosa“ in Frankfurt, 1244 eine „sorores conversae“ in Straßburg genannt. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts entstehen auch in München mehrere Seelhäuser als Stiftungen wohlhabender Bürger.



1207 – Der Franziskanerorden wird als erster Bettelmönchsorden gegründet

San Damiano * Der Franziskanerorden - als erster Bettelmönchsorden - wird gegründet. Franz von Assisi wandelt das benediktinische Gelübde der Armut in ein Gelübde des Bettelns um und schließt damit eine Lücke im System der katholischen Kirche. Er verkündet völlige Armut und politische Machtlosigkeit und lehnt jede hierarchische Unterordnung innerhalb des Ordens ab. Die Franziskaner gehen barfuß, verfügen weder über Grundbesitz noch Vermögen, ihre Kleidung besteht aus einem groben grauen Umhang mit einer Kapuze, der mit einem Strick zusammengehalten wird. So gekleidet unterscheiden sie sich kaum von den damals populären Wanderpredigern. Nur für den täglichen Bedarf dürfen die Mönche betteln, doch außer für kranke Mitbrüder kein Geld annehmen. Besonders die Schichten der städtischen Bewohner, die sich früher wahrscheinlich den Ketzern zugewandt hätten, geraten nun in den Bannkreis der Minoriten, die für sie das Ideal einer am Urchristentum orientierten Kirche verkörpern. Obwohl die Franziskaner von einer Woge des im Volk populären Armutsideal emporgetragen worden sind, nimmt sie die Kirche dennoch nur schrittweise auf.

1300 – Der Wein ist das dominierende Volksgetränk in Baiern

München * Der Wein ist das dominierende Volksgetränk in Baiern. Auf dem Münchner Weinmarkt finden sich neben dem einheimischen „Baiervin“ die „Südtiroler Weine“, die man als „Welschweine“ oder auch „Etschweine“ bezeichnet. Das nächstgrößere Einfuhrkontingent der „Fremdweine“ bilden die „Neckarweine“ aus Württemberg. Das liegt daran, weil hier als „Rückfracht“ Salz aus den Münchner „Salzstadeln“ in die Weinfässer gestoßen werden kann. Für die „österreichischen Weine“ gilt die Bezeichnung „Osterwein“. Wegen fehlender „Rückfracht“ ist der Transport sehr kostspielig. Aus Griechenland und Süditalien kommen die „Südweine“.

7. Januar 1328 – Ludwig der Baier erreicht die Ewige Stadt Rom

Rom * König Ludwig der Baier erreicht mit seinem Heer aus etwa 4.000 Reitern und zahlreichem Fußvolk die Ewige Stadt Rom.

17. Januar 1328 – König Ludwig der Baier wird in Rom zum Kaiser gekrönt

Rom * König Ludwig IV., der Baier, wird in Rom unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und in feierlicher Zeremonie erstmals zum Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher



Nation gekrönt. An Stelle des Papstes vollziehen zwei kaisertreue - und gebannte - Bischöfe die Krönung.

18. April 1328 – Kaiser Ludwig der Baier setzt Papst Johannes XXII. wegen Häresie ab

Rom - Avignon * Kaiser Ludwig der Baier setzt Papst Johannes XXII. unter dem Vorwurf der Häresie ab und lässt den Beschluss durch eine Volksversammlung bestätigen. Papst Johannes XXII. schickt daraufhin im Gegenzug eine Bannbulle nach Rom, worauf Ludwig der Baier für ihn die Todesstrafe wegen Ketzerei verkündet.

12. Mai 1328 – Der Franziskaner Pietro Rainalducci wird zum Papst Nikolaus V.

Rom * Kaiser Ludwig der Baier lässt den Franziskaner Pietro Rainalducci vom römischen Volk zum Papst Nikolaus V. wählen.

7. August 1372 – Das Ende des sogenannten Patrizierbrauens

München * Da die alten Bräuämter den Bedarf an Graufling nicht herstellen können, gibt es Zwietracht in der Münchner Bevölkerung. Da aber daraufhin heimlich und widerrechtlich Graufling gebraut wird, entgehen dem Herzog Steuereinnahmen. Deshalb soll künftig jeder brauen können, der vom Herzog mit dem Braurecht belehnt wird. Die Reform leitet das Ende des sogenannten Patrizierbrauens ein.

1497 – Der Paulaner-Orden lässt sich in Deutschland nieder

??? * Auf Bitte König Maximilians I., dem späteren Kaiser, lassen sich die Mönche auch in Deutschland nieder. Dort nennt sie das Volk Paulaner oder auch Pauliner. Diese Bezeichnung des Mönchsordens führt eindeutig auf den heiligen Francesco di Paola zurück.

23. April 1516 – Das gesamtbayerische Reinheitsgebot: Strenge Regeln für die Brauer

Ingolstadt * Auf dem Landtag in Ingolstadt verkünden die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. eine neue Landes- und Polizeiordnung. Die darin enthaltene Landesfreiheitserklärung bestimmt



bis zur Aufhebung der landständischen Korporation im Jahr 1808 das Verhältnis zwischen der Landschaft und dem Landesherrn. Das „Buch der gemeinen Landpolizei, Landesordnung, Satzung und Gebräuche des Fürstentums Ober- und Niederbayern“ enthält auch Vorschriften darüber, „wie das Bier im Sommer und Winter auf dem Land ausgeschenkt und gebraut werden soll“. Dieser Abschnitt wird erst im 20. Jahrhundert als Bayerisches Reinheitsgebot bezeichnet. Das gesamtbaierische Reinheitsgebot übernimmt wesentliche Vorschriften des Münchner Biergesetzes. Es regelt nicht nur die zulässigen Zutaten, sondern auch die Bierpreise und den Ausschank. In neuhochdeutscher Übersetzung lautet der betreffende Abschnitt: „Wir verordnen, setzen und wollen mit dem Rat unserer Landschaft, dass forthin überall im Fürstentum Bayern, sowohl auf dem Lande als auch in unseren Städten und Märkten, die keine besondere Ordnung dafür haben, von Michaeli bis Georgi eine Mass oder ein Kopf Bier für nicht mehr als einen Pfennig Münchner Währung und von Georgi bis Michaeli die Mass für nicht mehr als zwei Pfennig derselben Währung, der Kopf für nicht mehr als drei Heller, bei Androhung der unten angeführten Strafe, gegeben und ausgeschenkt werden soll. Wo aber einer nicht Märzenbier, sondern anderes Bier brauen oder sonst wie haben würde, soll er es keineswegs für mehr als einen Pfennig je Mass ausschenken und verkaufen. Ganz besonders wollen wir, dass forthin überall in unseren Städten, Märkten und auf dem Lande für kein Bier mehr Zutaten als allein Gerste, Hopfen und Wasser verwendet und gebraucht werden sollen. Wer diese unsere Anordnung wissentlich übertritt und nicht einhält, dem soll von seiner Gerichtsobrigkeit zur Strafe dieses Fass Bier, sooft es vorkommt, unnachsichtlich weggenommen werden. Wo jedoch ein Gauwirt von einem Bierbrauer in unseren Städten, Märkten oder auf dem Lande einen, zwei oder drei Eimer Bier kauft und wieder an das gemeine Bauernvolk ausschenkt, soll ihm allein und sonst niemandem erlaubt sein, die Mass oder den Kopf Bier um einen Heller teurer als oben vorgeschrieben auszuschänken.“ Wie stark das Misstrauen gegenüber den Brauern bereits zu dieser Zeit ist, zeigt auch die Verpflichtung zur Eidesleistung. Der Eid soll den mit dem Bierbrauen Beauftragten verdeutlichen, wie ernst die Herzöge die Einhaltung der Vorschriften nehmen. Darüber hinaus sind die Brauer verpflichtet, Bier „nach Notdurft“, also in ausreichender Menge, herzustellen und damit den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Selbst bei hohen Rohstoffpreisen und geringen Gewinnaussichten dürfen sie die Produktion nicht eigenmächtig verringern. In der ursprünglichen Fassung des Biergesetzes wollten die Herzöge den Brauern noch erlauben, gleichzeitig Einpfennig- und Zweipfennigbier zu brauen. Dabei sollten sie jedoch jeweils nur eine der beiden Sorten ausschenken dürfen. Ein solches Maß an Vertrauen erscheint letztlich zu groß. Deshalb erhält der endgültige Gesetzestext folgende Fassung: „Es sollen auch all Bräuen eins jeden Jahrs auf einem nämlichen Tag, den die Beschauer verkünden, zu denselben Beschauern kommen und ihnen ein jeder Bräu ansagen, was Biers, zu einem oder zweien Pfennigen, er brauen will; dasselbe Bier soll er alsdann ein Jahr nächst folgend ganz ausbrauen und schenken und kein anderes.“ Für diese Regelung ist vor allem die Befürchtung



ausschlaggebend, die Brauer könnten unterschiedlich teure Biere miteinander vermischen. Das Reinheitsgebot von 1516 dient somit nicht allein der Festlegung der erlaubten Zutaten. Es soll zugleich die Bierpreise begrenzen, die Versorgung der Bevölkerung sichern und Verstöße der Brauer und Wirte verhindern.

1526 – Die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. erlassen eine „Ordnung der Klaider“

München - Landshut * Von den Herzögen Wilhelm IV. und Ludwig X. wird im wiedervereinigten Bayern erneut eine „Ordnung der Klaider“ mit dem Untertitel „Von Überflüssigkeit der Klaider“ erlassen. Diese mit den Landständen abgestimmte Bekleidungsvorschrift ist sehr umfangreich und ausführlich. Sie teilt die bayerische Bevölkerung in 17 Gruppen ein, was jedoch keine rangmäßige Einstufung bedeutet. So bilden die Frauen und Töchter des Adels, der Patrizier-Geschlechter, der Kaufleute und reichen Bürger sowie der Handwerksmeister jeweils eine eigene Gruppe. Die dem „Hofgesindt“ zugerechneten oberen Beamten wie die fürstlichen Räte und die nicht-adeligen Sekretäre sind mit den Patrizier-Bürgergeschlechtern gleichgestellt. Der ebenfalls zum „Hofgesindt“ gehörende höhere Beamtenstand, wozu die fürstlichen Pfleger, Richter, Kastner, Mautner, Zöllner, Ungelter, Forstmeister, oberste Jäger, Futterschreiber, Küchenschreiber und Mundköche gehören, sind kleidungstechnisch im selben Rang wie die Kaufleute und die reichen Bürger. Der gemeine Bürger ist dem Handwerksgesellen und der Tagelöhner dem Bauern gleichgestellt. Das ergibt insgesamt acht Standesgruppen.

10. Juni 1530 – Ein Manöver mit vielen Toten und Verletzten

München - Haidhausen * Der eigentliche Höhepunkt soll aber erst rund achthundert Meter weiter kommen, etwa an der Stelle des heutigen Rosenheimer Platzes. Dort ist innerhalb von wenigen Tagen - fast nach Hollywood-Manier - eine wehrhaft aussehende Burg mit vier Türmen und Bastionen aus Holz, Leinwand und Farbe errichtet worden. Alles wirkt sehr realistisch. In der Festung warten einhundert schwerbewaffnete Männer, bis die Gäste auf der Ehrentribüne Platz genommen haben. Auf ein Zeichen Herzog Wilhelms IV. rücken die von Ramersdorf kommenden Angreifer heran und es kommt unausweichlich zur Schlacht, bei der sechzehnhundert Mann unter ohrenbetäubendem Kriegsgeschrei das Schloss stürmen. Nachdem einige an die Mauern gelehnte Sturmleiter von den Verteidigern der Burg umgestoßen worden sind und sich dabei die Angreifer und das nachdrängende Fußvolk etliche Blessuren zugezogen haben, „überkam beide Seiten eine große, unbändige Wut“, schreibt unser Zeitzeuge. Und da es sich sowohl bei der



Burgbesatzung als auch bei den Angreifern um „temperamentvolle, rauflustige und keine Schmähung duldende Altbaiern“ handelt, wird aus dem zur Ergötzung des Kaisers veranstaltetem Scheingefecht sehr schnell blutigster Ernst. Die Manöver-Gegner dreschen derart rabiat aufeinander ein, dass am Ende acht Tote und eine unbekannte Zahl von Männern verletzt liegen bleibt. Das wird von den Ehrengästen auf ihren Tribünen natürlich nicht bemerkt. Immerhin erhalten die Getöteten ein Begräbnis auf dem Salvatorfriedhof und deren Witwen und Waisen ein jährliches Gnadengeschenk aus der landesherrlichen Privatschatulle. Auf dem Manöverfeld schießen die Angreifer die Burg später schließlich noch in Trümmer und Fetzen. Der Chronist vermerkt: „Mit ungeheuerem Krachen entluden sich alle Geschütze auf einmal.“ Immerhin zeigt sich Kaiser Carl V. von dem Manöver und der dabei gezeigten bayerischen Kampfkraft mächtig beeindruckt.

10. Juni 1530 – Begrüßung mit Prachtentfaltung und lebenden Bildern

München - Haidhausen * Nach der Schlacht bei Haidhausen setzt sich der Festzug wieder in Richtung München in Bewegung. Als die hochrangigen Persönlichkeiten von der Stadt aus sichtbar werden, beginnt ein aufwendig inszenierter Empfang: In ganz München läuten die Glocken. Von Türmen und Stadtmauern werden Salutschüsse abgefeuert. Auf der Isarbrücke findet ein Fischerstechen statt. Über dem Isartor schwebt ein Ballon in Gestalt eines fliegenden Drachens. Noch darüber ziehen weiß-blaue Fahnen mit dem bayerischen Wappen vorbei – getragen von einem Schwarm Tauben. Entlang des weiteren Weges erwarten die Gäste die damals beliebten „lebenden Bilder“ – aufwendig inszenierte Schauspiele mit drastischen Szenen. Je blutiger die Darstellung, desto größer offenbar das Interesse. An diesem Pfingstfreitag bekommen die Münchner reichlich Spektakel geboten. Auf einer Bühne bei der Hochbrücke im Tal wird die Geschichte der biblischen Königin Esther gezeigt, die als Gemahlin des persischen Königs Xerxes I. ihrem jüdischen Volk zur blutigen Rache verhilft. Das zweite Bild zeigt die Skythenkönigin Tomyris, wie sie das abgeschlagene Haupt des Perserkönigs Cyrus in einen Eimer voller Blut stößt. „Der Schauplatz bei den städtischen Fleischbänken war dafür nicht übel gewählt“, bemerkt der Historiker Siegmund Riezler trocken. Auf einer dritten Bühne in der Burgstraße lässt der Perserkönig Cambyses II. einen ungerechten Richter hinrichten, dessen Haut abziehen und damit einen Sessel beziehen. Auf diesem muss der Sohn des Verurteilten Platz nehmen – als Mahnung, künftig gerecht zu urteilen. Weitere Darstellungen zeigen das Herausreißen eines Herzens aus der geöffneten Brust eines Opfers und ähnliche Grausamkeiten, die vom Publikum offenbar mit Zustimmung aufgenommen werden. Lediglich der Kaiser zeigt sich laut einem Augenzeugen „ein wenig befremdet ob des vielen Blutes“. Der päpstliche Legat Lorenzo Campeggi soll dazu angemerkt haben, die Szenen seien nicht ohne versteckte



Anspielung inszeniert worden: Man könne sie als Warnung an die „Ketzer“ verstehen – für den Fall, dass diese den von Seiner Majestät angebotenen Gottesfrieden nicht annähmen, werde man zu härteren Mitteln greifen.

11. Juni 1530 – Ein 70.000 Gulden teurer Prunk und Glanz für den Kaiser

München-Graggenau * Danach gibt es im Lusthaus im Hofgarten ein Menü. „Um ein Uhr nachts“, nach dem 32. Gang, gibt der Kaiser das Zeichen zum Aufbrechen. Man verlässt den Hofgarten, um anschließend am Tanz im Rathaus teilzunehmen, wo „die schönsten Frauen des Landes bis gegen vier Uhr früh morgens im Reigen sich schwangen“. Der 70.000 Gulden teure Prunk und Glanz soll beim Habsburger Kaiser den Eindruck entstehen lassen, dass bei den Wittelsbachern kein Mangel besteht. Das dazu notwendige Geld hat der Bayernherzog Wilhelm IV. ein Jahr zuvor dem Volk als Türkenkriegssteuer abgepresst.

1533 – Der Geschichtsschreiber Aventinus charakterisiert das bayerische Volk

München * Der bayerische Geschichtsschreiber Johannes Thurmair, genannt Aventinus, charakterisiert das bayerische Volk in seiner Chronik folgendermaßen: „Das Bayrisch volck (gemeinlich davon zu reden) ist geystlich schlecht [schlicht] und gerecht, get, läuft gern kyrchferten, hat auch viel kyrchfart; legt sich mer auf den ackerpau und das viech, dan auf dy krieg [...] bleibt gern dahaim, rayst nit vast auß in frembde land; trinckt seer, macht vil kinder [...].

Der gemain man, so auf dem gä [Gäu] und land sitzt, gibt sich auf den ackerpau vnd das viech, ligt demselbigen allain ob, darf sich nichts, on geschafft [Befehl] der öbrikait understeen, wirdt auch in kaynen rat genomen oder landschaft erfordert. Doch ist er sunst frey, mag auch frey ledig aigen gyeter [Güter] haben, dient seynem herren, der sunst kain gewalt yber yn hatt, Järliche gült, zins und scharwerck. Thut sunst was er will, sitzt tag und nacht bey dem weyn, schreyt singt tanzt karrt [spielt Karten] spielt [spielt Würfel]; mag wer [Waffen] tragen, schweinspies, und lange messer“.

1560 – Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung zugenommen

Europa * Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung nach 1560 stark zugenommen. Der Mechanismus einer Agrarkrise lässt sich vereinfacht wie folgt darstellen: Das Ergebnis einer klima- oder unwetterbedingten Missernte ist die Verknappung der Grundnahrungsmittel, was bis ins 19. Jahrhundert hinein immer das Brotgetreide betrifft. Die unmittelbare Folge davon



ist eine Teuerung, die dazu führt, dass große Teile der Bevölkerung hungern oder an Unterernährung leiden. Dieser verschlechterte Allgemeinzustand bewirkt oft das Auftreten von epidemischen Krankheiten oder eine stark erhöhte Krankheitsanfälligkeit. Dieser Zyklus dauert bis zur nächsten Ernte, also bis zum Spätsommer des folgenden Jahres. Folgt aber in der Zwischenzeit eine weitere Missernte, erhöht sich der Schaden um ein Vielfaches. Die Perioden der Teuerung treten um das Jahr 1560 häufiger auf und dauern länger. Diese Hungerkrisen betreffen große Teile Europas, weshalb neue Hexenverfolgungen beginnen und in den verschiedenen Ländern zu einer Verschärfung der Hexen-Gesetzgebung führen. Die Verfolgung der Hexen ist nicht von der konfessionellen Überzeugung der Verfolger abhängig. Auch drängen sich nach der Reformation die katholisch gebliebenen Gebiete - wie man gerne unterstellt - nicht in den Vordergrund. Im Gegenteil: In Spanien hat sich die Inquisition seit dem Jahr 1526 auf eine sehr gemäßigte Position zurückgezogen. In Italien führt eine Debatte in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts zu einem deutlichen Widerstand gegen die Hexenverfolgungen in den oberitalienischen Alpentälern. Anders verhält es sich mit den Hexenverfolgungen in Deutschland. Hier beginnen die Protestanten achtzig Jahre später dort, wo die Katholiken in den 1480er-Jahren aufgehört haben, nämlich im deutschen Südwesten.

1560 – In Baiern wird die Loreto-Wallfahrt volkstümlich

München * In Baiern wird die Loreto-Wallfahrt bekannt und durch die Lauretanische Litanei volkstümlich.

12. April 1563 – Der Alte Südliche Friedhof wird als Pestfriedhof eingeweiht

München-Isarvorstadt * Der Alte Südliche Friedhof vor den Mauern der Stadt wird eingeweiht. Das Anwachsen der Stadt hat eine Erweiterung der bestehenden Beerdigungsplätze - gerade für die einfache Bevölkerung - notwendig gemacht. Er dient der Stadt aber auch als Pestfriedhof.

24. Juli 1589 – Alle bösen Leute und Unholden sollen umgehend verhaftet werden

München - Schongau * Herzog Ferdinand befiehlt seinem Landrichter, alle bösen Leute und Unholden, denen er habhaft werden kann, umgehend zu verhaften. Ihre Wohnungen sollen nach Salben, Amuletten, wächsernen und durchstochenen Bildern, menschliche Knochen und ähnlichen Zaubermitteln durchsucht werden. Benennen die Angeklagten freiwillig Mitschuldige,



soll man ihnen einen Straferlass versprechen. Den Grund dafür, weshalb der böse Feind an Macht gewonnen hat, sieht der Herzog im Zusammenhang mit dem sündhaften Leben der Untertanen. Nur deshalb lässt Gott dem Teufel und seinen Werkzeugen freie Hand. Die Pfarrer und Prediger im Landgericht Schongau sollen deshalb das Volk zur Buße und Besserung des Lebens ermahnen. Herzog Ferdinand fordert zur Unterstützung der unerfahrenen bayerischen Hexenjäger den darin geschulten Nachrichten von Biberach an. Er soll die Verdächtigten auf Hexenmale untersuchen. „Dann wir gesinet, auf alle in Schwung geende und wachsende hochsträfliche Laster, sonderlich das ungeheuer Unholdwerckh ernstliche Inquisition und Straf furnehmen“.

1590 – Das Bevölkerungswachstum in der Au soll eingedämmt werden

Au * Nach Auffassung des churfürstlichen Hofkastenamts München ist die Au schon so dicht besiedelt, dass man - zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums - die Erhöhung des Bodenzinses beschließt.

5. November 1591 – Die beiden letzten Werdenfelser Hexen werden hingerichtet

Werdenfelser Land * Mit Brigitta Krätzler und Barbara Feurer werden die beiden letzten Beschuldigten des Werdenfelser Hexenprozesses hingerichtet. Dann endet zunächst die Hexenverfolgung im Werdenfelser Land. Das liegt einerseits am verstärkt auftretenden Widerstand aus der Bevölkerung, andererseits an den hohen Kosten. Alleine der Nachrichten erhält für jede Besichtigung zwei Gulden, dazu täglich ein Wartegeld von zwei Gulden und für jede Hinrichtung nochmal acht Gulden. Auch Verpflegung und Unterkunft trägt die Staatskasse. Insgesamt kostet der Werdenfelser Hexenprozess rund 4.000 Gulden. Am Ende dieser Verfolgungs-Periode zählt man 49 auf dem Scheiterhaufen zum Teil lebendig verbrannter Angeschuldigter, zum Teil werden sie vorher erwürgt oder geköpft. Zwei Frauen sterben während ihres Gefängnisaufenthalts, eine davon verübt Selbstmord.

1593 – Spaltung und innere Reform des Karmeliter-Ordens

Rom * Reformbewegungen führen zur Spaltung und zur inneren Reform des Karmeliter-Ordens. Die Hauptträger der Erneuerung des Karmels - Theresia von Avila und Johannes vom Kreuz - greifen auf die alten Regeln, ohne die späteren Milderungen, zurück. Im Volk nennt man die Mitglieder dieser Reformklöster die Unbeschuhten Karmeliter. Nach langen



Konflikten lösen sich die Unbeschuhten Karmeliter vom Beschuhten Stammorden los. Der Papst will die Unbeschuhten, ähnlich wie die anderen Reformorden, vordringlich zur Erneuerung des kirchlichen Lebens in den Städten, zur Abwehr der Häretiker und zur Ausbreitung des Glaubens in den Missionsgebieten einsetzen.

1600 – Fragen nach den Ursachen der Armut

München * Unter Herzog Maximilian I. wird erstmals nach den Ursachen der Armut gefragt. Folgende Erkenntnisse fassen die Untersucher zusammen: Verantwortlich für die Armut ist die Überbevölkerung der Städte, die Überbesetzung der Zünfte und Gewerbe, die allzu großen Freiheiten des Handels, die Vernachlässigung der Polizeigewalt und der Verfall der Religion und der Sitten. Das Ergebnis ist die Einführung restriktiver Maßnahmen. Dazu gehören unter anderem Zuzugsbeschränkungen sowie Festnahmen und Einkerkierung von Bettlern und Vagabunden.

1605 – Das Herzogliche Hofbräuhaus verzeichnet einen Reingewinn

München-Gruggenau * Das Herzogliche Hofbräuhaus braut insgesamt 2.256 Eimer Winter- und Sommerbier. Da ein Eimer 64 Liter fasst, sind das 1.444 Hektoliter. Davon werden 705 Eimer an die Münchner Bevölkerung verkauft, weshalb die Bilanz mit einem Reingewinn von fast 200 Gulden abschließt.

1. Mai 1614 – Elias Pichler kredenzt erstmals das von ihm gebraute Bockbier

München-Gruggenau * Braumeister Elias Pichler kredenzt in München erstmals das von ihm gebraute Bier nach original Einbecker Art, das später über einpöckisch Bier den Namen Bockbier erhalten wird. Aufgrund der merkantilistischen wirtschaftspolitischen Grundprinzipien ist Herzog Maximilian I. - auch beim Bier - der Meinung, dass es wirtschaftlich besser ist, Fertigwaren auszuführen und allerhöchstens die Rohstoffe einzuführen, um dann am erzielten Mehrwert zu verdienen. Deshalb werden ab dem Jahr 1612, mit der Anwerbung des aus Einbeck stammenden Braumeisters Elias Pichler, auch die Lieferungen von Einbecker Bier für den Münchner Hof eingestellt. Schon zuvor ist am Münchener Herzogshof der Bedarf an dem Gerstensaft aus dem hohen deutschen (protestantischen) Norden durch den Aufschwung, den das Weiße Bier hier genommen hat, stark zurückgegangen. Das Luxusgetränk mit seinen mehr als 16 Prozent Stammwürze und über sieben Prozent Alkoholgehalt bleibt auch weiterhin ein



Privileg des Landesfürsten. Herzog Maximilian I. lässt - auf nachhaltiges Drängen - zwar den „Bock“ auch an seine Landeskinder ausschenken, erklärt aber die Herstellung des Bockbieres - wie schon zuvor des Weißbieres - zum fürstlichen Regal, also zum Monopol der Landesherrschaft. Aus dem ainpöckischen Bier wird im Volksmund bald der Bock. Im Kanzleideutsch aber ist noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein vom Ainbock die Rede.

29. September 1616 – Lockerer Umgang mit dem Reinheitsgebot

München * In der Landes- und Polizeiordnung heißt es: „Doch wann jemand ein wenig Salz, Krametbeer [= Wacholder] und ein wenig Kümmel in das Bier täte und damit kein Übermaß gebrauchte, soll er deshalb nicht gestraft werden“. Es gab viele Gründe mit pflanzlichen Zusätzen zu arbeiten und zu experimentieren. Vor allem sollte die längere Haltbarkeit des Bieres erreicht und das Sauerwerden verhindert beziehungsweise rückgängig gemacht werden. Sauerer Bier war wegen des schlechten Geschmacks nicht nur unverkäuflich, sondern bedeutete durch den Verlust der teuren Rohstoffe einen volkswirtschaftlichen Schaden.

1617 – Herzog Maximilian I. will vom Isartor hin zum Fluss die Stadt erweitern

München * Im Zuge des Ausbaus der Münchner Wallbefestigung plant Herzog Maximilian I., das Gebiet vom Isartor bis zum Fluss städtebaulich zu erweitern und in die bestehende Stadtmauer einzubeziehen. Als offizielle Gründe nennt er die zunehmende Platznot innerhalb der ummauerten Stadt, die wachsende Bevölkerungszahl sowie den Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Vor allem für den stetig größer werdenden Hofstaat und das Hofgesinde fehle es an geeigneten Unterkünften. Der Münchner Rat lehnt eine Stadterweiterung jedoch entschieden ab. Nach seiner Argumentation seien viele Bürger zu arm, um neue Häuser zu bauen, und die wohlhabenden Einwohner hätten kein Interesse daran, ihr Vermögen in Zinshäuser zu investieren, deren Mieteinnahmen nicht einmal die Baukosten decken würden. Zudem befürchtet der Rat, dass Neubauten vor den Toren den Wert der bestehenden Häuser innerhalb der Stadt mindern und die Mieten insgesamt sinken könnten. Am Ende setzt sich der Rat der Stadt München durch – die geplante Stadterweiterung wird nicht umgesetzt.

15. Mai 1625 – Das grausame Frankfurter Würfelspiel

Frankfurt * Ein Zentrum des oberösterreichischen Aufstands gegen die bayerische Besatzungsmacht ist der Ort Frankfurt bei Völklabruck. Hier wird ein Exempel statuiert. Man



treibt rund 5.000 Bauern aus Frankenburg und Umgebung auf dem „Haushamer Feld“ zusammen und erklärt den 36 Anführern, dass sie wegen Widerstands zum Tode verurteilt sind. Aus Gnade wolle man aber der Hälfte das Leben schenken. Um diese Hälfte zu ermitteln, werden Paare gebildet, die um ihr Leben würfeln sollen. An 16 Verlierern wird das Todesurteil sofort vollstreckt, zwei Todgeweihte werden begnadigt. Das Frankenburg Würfelspiel wird zum Auslöser für den großen oberösterreichischen Bauernaufstand im Mai 1626.

26. Juni 1626 – Kurfürst Maximilian I. erlässt eine Kleiderordnung

München * Kurfürst Maximilian I. erlässt eine Kleiderordnung, die die Bevölkerung in sieben Gesellschaftsgruppen einteilt.

1. Oktober 1635 – Ein kurfürstlicher Befehl untersagt die Fuchsjagd

München * Ein kurfürstlicher Befehl untersagt die Fuchsjagd. Durch den ständigen Hunger der Stadtbevölkerung hat sich der Bestand an Katzen und Hunden stark reduziert. Dadurch nimmt die Mäuse- und Rattenplage stark zu.

24. September 1662 – Der Auftakt einer Festtrilogie im Opernhaus am Salvatorplatz

München * Auch das Volk darf sich an den Feierlichkeiten aus Anlass der Geburt des Kurprinzen Max Emanuel beteiligen. Von Mittag bis zum Abend fließt aus eigens vor der Residenz aufgestellten Brunnen weißer und roter Wein. Brot wird verteilt. Und Hofleute werfen Geldstücke und Schaumünzen unters Volk. Das kurfürstliche Herrscherpaar verfolgt zeitgleich im Opernhaus am Salvatorplatz die Oper „Fedra Incoronata“. Sie bildet den Auftakt einer Festtrilogie. Noch vor der eigentlichen Opernaufführung erscheinen Iris, Hebe sowie Lucina und verkünden, dass die Zeit der finsternen unwirtlichen Wetter zu Ende geht und jetzt heitere Tage anbrechen würden. Sie sind gekommen, um die Sorgen und Schmerzen, die sich mit der schweren Geburt des Prinzen eingestellt haben, zu vertreiben. Dem neuen Helden [Max Emanuel] wünschen sie alles Gute und dass er wachsam und Kühn das Schwert führen werde. In dem folgenden Spektakel treten nahezu alle griechischen Götter und Helden auf und huldigen dem Kurprinzen. Selbst der Kriegsgott Mars prophezeit, dass die unbesiegbare Rechte Max Emanuels die „Türken zähmen und bezwingen“ werde. Dem drei Monate alten Kurprinzen wird von den Göttern eine großartige Zukunft vorausgesagt.



19. März 1664 – Kurfürst Ferdinand Maria erklärt den Josephstag zum Feiertag

München-Kreuzviertel * Kurfürst Ferdinand Maria erklärt den „Josephstag“ zum Feiertag. Nach der Heiligenlegende arbeitet Joseph als Zimmermann und verlobt sich als achtzigjähriger Witwer mit der zwölfjährigen Maria. Die Anfang des 17. Jahrhunderts entwickelte Wirtschafts-ideologie des Merkantilismus besagt, dass die Anzahl der Bevölkerung die Wirtschaftskraft eines Staates bestimmt. Um den Geburtenzuwachs zu erhöhen, müssen die Herrscher das eheliche Leben fördern. Als Vorbild des „Hausvaters“ dient ihnen dafür der heilige Joseph. Demzufolge wird aus dem achtzigjährigen Greis ein Mann mittleren Alters mit christusähnlichen Gesichtszügen. Joseph wird aber nicht nur zum Patron der Ehepaare und Familien, sondern auch der Arbeiter und Handwerker.

Januar 1669 – Die Landstände treten das letzte Mal zusammen

München * Die Landstände, die bayerische Volksvertretung mit ihren 567 Mitgliedern, treten das letzte Mal zusammen. Sie sind eine unrepräsentative Vertretung, der nur drei Stände (Adel, Kirche und Städte) angehören. Der Landtag dauert bis März.

1675 – Der „Zauberer-Jackl-Prozess“ im Fürstbistum Salzburg

Salzburg * Im Fürstbistum Salzburg wird in den Jahren von 1675 bis 1690 der „Zauberer-Jackl-Prozess“ durchgeführt. Er betrifft vor allem umherziehende Bettler- und Vagantenkinder aus der Bande des nie gefassten Zauberer-Jackls. 90 Prozent der hingerichteten Kinder und Jugendlichen, die überwiegend unter 21 Jahre alt sind - das jüngste ist 11 Jahre - sind männlich und stammen fast durchweg aus den unteren sozialen Schichten. Auf Unterstützung aus der bäuerlichen Bevölkerung können sie nicht hoffen, im Gegenteil: Die vagierenden Bettlergruppen sind verhasst, weil man ihnen unterstellt, sie würden „schlechtes Wetter, Missernten und Hungersnöte herbeizaubern können.“

1682 – Johann Ignaz Ridler baut ein Schloss südlich des Preysing-Schlusses

Haidhausen * Der Landschaftszinsmeister Johann Ignaz Ridler von Johanneskirchen erwirbt das Gut südlich des Preysing-Schlusses in Haidhausen und erbaut ein Schlösschen mit vier flankierenden spitzen Ecktürmen, das im Volksmund den Namen Ridderschlössl erhält.



1. September 1683 – Baierische Soldaten machen der Landbevölkerung Angst

Österreich - Tulln * Die baierischen Truppen haben sich auf den Weg nach Wien gemacht. Die bunt zusammengewürfelte Soldateska verübt beträchtliche Exzesse. Haben die Wiener angesichts der Belagerung ihrer Stadt berechnete Angst vor den Türken, so fürchtet sich die Landbevölkerung mehr vor den durchziehenden befreundeten Soldaten, die sich nehmen, was sie begehren. Und wer den Forderungen der baierischen Soldaten nicht freiwillig nachkommt, der wird mit Schlägen dazu gebracht. Die harte Behandlung der durchziehenden Soldaten und die zusätzliche Belastung der Bevölkerung führen zwar zu Protesten, die jedoch vergeblich sind. Bis Anfang September sammeln sich die Verteidigungstruppen im Tullner Becken, etwa 25 Kilometer von Wien entfernt.

2. September 1686 – Buda/Ofen wird von der kaiserlichen Armee gestürmt

Buda/Ofen * Mittags um ein Uhr, kommt es zum erfolgreichen Generalsturm auf die Festung. Grausame Szenen spielen sich bei der Eroberung von Buda/Ofen ab. Der ganze Zorn der siegreichen christlichen Soldaten entlädt sich nun gegen die Heiden. Die Wut über die angeblichen Gräueltaten der Osmanen gegen die Zivilbevölkerung und der von Kirche und Glauben angefachte religiöse Hass entladen sich nun an der Bevölkerung von Buda/Ofen. Alles was sich den Christen entgegen stellt, muss sterben. Selbst Kinder und Säuglinge werden ein Opfer der zügellosen Soldateska. Ein brandenburgischer Augenzeuge berichtet: „Ich bin erstaunet, was da ist vorgegangen, daß auch Menschen viel grausamer als Bestien gegeneinander sich bezeigten“. Nur Wenigen gelingt die Flucht auf die Burg.

Juli 1703 – Die Tiroler erheben sich gegen die Besetzung durch die baierische Armee

Kufstein - Mittenwald * Im Juli und August 1703 erhebt sich das Volk gegen die Besetzung durch die baierische Armee. Max Emanuel und seine Truppen ziehen sich rasch über Mittenwald zurück.

18. Mai 1704 – Wildeste Gerüchte verbreiten sich in der Stadt

München * Durch die Visionen und Prophezeiungen der Maria Anna Lindmayr verbreiteten sich bald in der ganzen Stadt die wildesten Gerüchte. Die - berechtigten - Ängste der Bevölkerung vor einem drohenden Krieg und den daraus resultierenden Auswirkungen führen noch am



Dreifaltigkeitstag, am 18. Mai, zu einem Volksauflauf. Der Kurfürstliche Geheime Rat lässt daraufhin die Prediger anweisen, sie sollen gegen die „Ausstreuer einer gewissen Person“ vorgehen und die Bevölkerung zu „Buße, Tugend und Frömmigkeit“ anhalten. Die „fromme Mariandl“ wendet sich nun an den Freisinger Fürstbischof Franz von Eckher von Kapfenberg und Lichtenegg, der sie von einer „Kommission hochangesehener Geistlicher“ untersuchen lässt. Die Kommission stellt in ihrem Gutachten fest, dass die Lindmayr „in etlichen Sachen eine mehr als natürliche Erkenntnis“ habe. War die Lindmayr zuvor in der Stadt noch umstritten, so ist nun die Mehrheit von der Mystikerin überzeugt. Maria Anna Lindmayr ist sich sicher, dass Gott die schlimmsten Gefahren nur dann von der Stadt abwende, wenn man ihm eine „Kirche zu Ehren der allerheiligsten Dreifaltigkeit“ geloben würde. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, erklärt sie, dass ihr dies schon mehrmals geoffenbart worden sei.

5. Mai 1705 – Die Landbevölkerung ist am stärksten betroffen

Wien * Kaiser Leopold I. stirbt in Wien. Sein 27-jähriger Sohn Joseph I. wird zum Kaiser gewählt. Der neue Herrscher des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation will, dass „auf Bayern keine andere Reflexion zu machen sein, als selbiges in so weit genießen zu können, das es zukünftig dem Churfürsten Unnütz seyn solle“. Von dieser Politik ist die Landbevölkerung am stärksten betroffen. Sie hat - neben den drastischen Steuererhöhungen - besonders unter den drückenden Quartierlasten und den Schikanen der hier stationierten oder durchmarschierenden kaiserlichen Regimenter zu leiden. Hinzu kommt die Disziplinlosigkeiten und Exzesse der Soldaten, die der Landbevölkerung oft zusätzliche Leistungen abpressten. Die Bauern müssen für die Militäristen Dirnen besorgen und bezahlen. Häufig zwingt man sie bei Vergewaltigungen der eigenen Frau, der Töchter und Anverwandten zuzusehen. Selbst von jungen Mädchen und Schwangeren nehmen die Soldaten keinen Abstand. Plünderungen gefährden die Lebensmittelversorgung der ländlichen Bevölkerung und der Bewohner der Städte.

2. Oktober 1705 – Zwangsrekrutierungen werden angeordnet

München * Da sich weiterhin die meisten jungen Männer der Rekrutierung durch Flucht entziehen, ordnet die Kaiserliche Administration Zwangsrekrutierungen zur Auffüllung ihrer stark gelichteten Regimenter an. Verwaltungsbeamte und Rekrutierungskommandos greifen wehrfähige Männer auf, wo immer sie sie finden. Söhne und Knechte von Bauern werden während der Feldarbeit oder nachts aus den Betten weggeschleppt. Sogar aus den Kirchen werden sie gezogen, auf Wagen gefesselt nach Ungarn oder Italien entführt. Den Bauern fehlen



dadurch die Arbeitskräfte. Bis zu den Zwangsrekrutierungen beschränkte sich die Bevölkerung auf Beschwerden an die Kaiserliche Administration. Erst ab jetzt wird tätlicher Widerstand anzutreffen sein.

22. November 1705 – Georg Sebastian Plinganser ruft alle Baiern zu den Waffen

Kurfürstentum Baiern * Unter dem Pseudonym „J. H. Wormbs“ erlässt Georg Sebastian Plinganser ein Mandat, dass „alle nichtadligen und unverheirateten kurbaierischen Untertanen“ zu den Waffen ruft. Als Ziel nennt das Mandat, man solle „mit vereinten Kräften auf die Feinde losgehen, solche aus dem Lande völlig zu vertreiben, nächstdem die alt churbaierische Libertät empor zu heben“. Damit wird der Volksaufstand gegen die Ausplünderung der Landbevölkerung zur Erhebung gegen die Besatzungsherrschaft des Kaisers.

28. November 1705 – Die Kaiserliche Administration will die Zwangsrekrutierungen einstellen

München * Auf Bitten der Landschaftsverordnung sagt die Kaiserliche Administration die Einstellung der Zwangsrekrutierungen zu. Obwohl sich die Landschaftsverordnung deutlich von den „yblen aufstandt under dem paurs volkh“ distanziert, zeigt sie dennoch Verständnis für die bäuerlichen Belange, weshalb sie sich beim Kaiser vehement über „das unnß schon so lang truckhente Ellent“ beklagt. Sie tritt auch für eine Verständigungslösung zwischen den Aufständischen und der kaiserlichen Obrigkeit ein.

29. November 1705 – Sorgen um das rebellische Volk in Baiern

Regensburg * Der in Regensburg stattfindende Reichstag des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation macht sich Sorgen um „das rebellische Volk“ in Baiern.

9. Dezember 1705 – Ein gefälschter Brief vom Kurfürsten aus dem Exil

Tölz * Der ehemalige baierische Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs begibt sich von Braunau nach Tölz, wo er den dortigen Pflegskommissär Johann Ferdinand Dänkel für die Aufstandspläne gewinnen kann. Die Bevölkerung des Oberlands steht dem Aufstand positiv gegenüber. Fuchs legt dazu ein angebliches Mandat des Kurfürsten Max Emanuel vor. Diese Fälschung war vermutlich von der Braunauer Führungsgruppe um Plinganser gefertigt worden.



Es lautet: „Wir, von Gottes Gnaden Maximilian Emanuel, Churfürst zu Baiern etc. etc.. Nachdem Wir mit Schmerzen vernommen, dass ihr, meine Liebe, Getreue, seit unser Abwesenheit mehr und mehr beschweret werdet, und man euch eine Million nach der andern abpresset, benebst den Teutschen Krieg aus euren Mitteln fortsetzen wolle, wodurch dann die Armuth bey auch dermassen zugenommen, dass ihr die unerträglichen Lasten, sowohl in Geld, als Mannschafft, freye Einquartierung, und hin= und wider= Marches nicht länger ertragen könnet, dass ihr auch eur Vieh und Hauß-Zierathe zu Gelde gemacht, und nichts mehr als die leere Wohnung übrig habt, so haben wir nach der allzeit gegen euch erwiesenen und noch habenden Güt und Vorsorge rathsam und gut befunden, euch solchen vorzustellen und zu ermahnen, dass ihr solche unchristliche Beschwerden nicht länger duftet, sondern hingegen-gesamter Hand einander beystehet, mit Gewehr euch versorget und auf alle Arth und Weise das Land selbst zu beschirmen trachtet, und solches um soviel mehr, da man noch über dem die bequeme Mannschafft zu dem Kriegesdienst mit Gewalt zwingen und wegführen will. Zu dem Ende wollen wir auch nicht unterlassen, euch, soviel möglich ist, beyzustehen, und unser Winter-Lager nahe bey euch zu nehmen, biß ihr einen festen Fuß ins Land haben werdet. Womit wir, wie vor diesem, euch in Gnaden und Gunst gewogen verbleiben.“

21. Dezember 1705 – Der politische Höhepunkt des Baierischen Volksaufstands ist erreicht

Braunau - München * Der Höhepunkt der politischen Phase des Baierischen Volksaufstands ist erreicht. In Braunau konstituiert sich ein Parlament, der Landesdefensionskongress. Ein Direktorium, die provisorische Regierung, wird gebildet. Die Kurbaierische Landes-Defension Oberland und Unterland unternimmt den Marsch nach München, um mit der Landeshauptstadt beginnend ganz Baiern zu befreien.

25. Dezember 1705 – Das Massaker vor München nimmt seinen Lauf

München * Ein von vornherein aussichtsloser Kampf beginnt. Der Angriffsplan der Aufständischen zeigt zugleich die Unfähigkeit ihrer Anführer. Wie sollen die Oberländer - ohne Unterstützung der Münchner Bevölkerung und der wesentlich zahlreicheren Unterländer - die mit starken Befestigungen versehene Stadt stürmen? Die Münchner Befestigung besteht aus den beiden 10 und 7 Meter hohen Mauerringen. Denen vorgelagert liegt ein 25 Meter breiter Wassergraben mit gemauerten Böschungen. Jenseits des Grabens befindet sich ein 5 bis 7 Meter hoher Erdwall mit Palisadenwand. Das Isartor wird zudem durch einen vorgeschobenen Ravelin gesichert.



26. Dezember 1705 – Der Volksaufstand der Oberländer bricht zusammen

Steinhöring * Mit der Münchner Mordweihnacht bricht der Volksaufstand der Oberländer sofort zusammen. Der in Steinhöring stehende Oberbefehlshaber der Unterländer, Johannes Hoffmann, gibt daraufhin den Befehl zum Rückzug. Nun machen sich in dem niederbayerischen Heerhaufen Unsicherheit, Angst und Disziplinlosigkeit breit. Reihenweise begeben sich die Unterländer Aufständischen auf den Weg nach Hause.

8. Januar 1706 – Das Massaker von Aidenbach

Aidenbach * Das Massaker von Aidenbach beginnt. Die Unterländer werden niedergeschlagen. Freiherr von Gemmel berichtet: „Es haben sich aber die Rebellen, ehe man die Höhe gar besteigen können, gleichsam in dem Augenblick, ohne Verlierung des geringsten Feuers, in den hinter sich gehabt Wald gezogen; ihr Kommandant und andere Offiziere sind, gleich wie sie schelmischer Weise ihr rebellisches Kommando angetreten, wieder solchergestalten auf ihren Pferden mit der wenig gehaltenen Kavallerie durchgegangen und haben ihre Hauptarmee im Stich gelassen, welche der verbitterte Soldat sowohl zu Pferd als zu Fuß sogleich umringt und in den Wäldern und Feldern aufgesucht, alles, was sich nur blicken lassen, gegen einen wenigen Widerstand solchergestalten niedergemacht und massakriert, daß der kleinere Teil davongekommen. Teile von ihnen haben sich in einige unweit von dieser Niederlage gelegene Bauernhäuser retiriert und sonderbar aus einem auf die Kaiserlichen mit kleinem Gewehr stark Feuer gegeben, daher diese Häuser sämtliche in Brand gesteckt und was nicht darinnen verbrennen, sondern entlaufen wollen, ohne Unterschied niedergemacht worden ist.“ Der Volksaufstand bricht zusammen.

Mai 1715 – Die bestraften „Anführer des Volksaufstands“ werden begnadigt

München * Kurfürst Max Emanuel begnadigt zum großen Teil die bestraften „Anführer des Volksaufstands“ und setzt sie wieder in ihre Ämter ein.

1734 – Die älteste Maulbeerallee in Deutschland

Heidelberg - Schwetzingen * In der klimatisch besser begünstigten Pfalz gibt es seit dem Jahr 1734 eine Seidenbaugesellschaft, die innerhalb von nur vier Jahren 12.000 Maulbeerbäume entlang der Straße zwischen Schwetzingen und Heidelberg anpflanzen lässt. Es dürfte damit die



älteste Maulbeerallee in Deutschland sein. Da die Maulbeerbäume bei den Pfälzern nicht sonderlich beliebt sind, nennt man die Bäume im Volksmund „Zwing-uff“, also „aufgezwungene Bäume“.

1746 – Das Faberbräu-Theater entsteht

München-Hackenviertel * Johann Paul Reiz, der Besitzer des Faberbräuhauses in der Sendlinger Straße, ließ im Hof seines Wirtshauses einen „Komödienstadel“ für Wander-Schauspieler-Truppen einrichten. Durch die Bereitstellung der stehenden Bühne machte er die Schauspieltruppen, die mit ihren Thespiskarren durch München zogen, seßhaft. Zu Beginn waren es noch Gaukler und Komödianten, der Stärke über das Niveau der „Hanswurstiarden“ nicht hinaus ging. Humorvolles stand im Vordergrund. Im „Komödienstadel“ saßen die aus dem einfachen Volk stammenden Zuschauer an langen Biertischen und Bänken. Jedermann lebte und spielte lauthals mit den Komödianten, nebenbei wurde getrunken und gegessen. Unter einem Thespiskarren oder Thespiswagen versteht man den Wohnwagen wandernder Schauspieler oder für eine Wanderbühne. Der Name stammt von Thespis, dem ersten griechischen Tragödiendichter. Dies lässt sich jedoch nicht belegen.

2. April 1751 – Das Fest des Ordensgründers Francesco di Paola

Au * Die Paulanerpatres feiern jährlich das Fest ihres Ordensstifters, des heiligen Franziskus zu Paula. Acht Tage dauern die Feierlichkeiten an, die üblicherweise am 2. April ihren Anfang nehmen. Fällt dieser Tag in die Karwoche, so werden die Festivitäten auf den ersten Sonntag nach Ostern verlegt. Mit dem Besuch der von den Paulanern betreuten und dem heiligen Carl Borromäus geweihten Pfarr- und Klosterkirche während der Festoktav, können die Gläubigen einen vollkommenen Ablass erlangen. Ein Teil dieses Rituals ist auch die Weihe der in vielerlei Bedrängnis benötigten „Heilig-Vater-Kerzen“. Und weil in dieser Zeit hier ein besonders stark eingebräutes Bier zum Ausschank kommt und sich an dessen Verzehr auch der kurfürstliche Hof beteiligt, entwickelt sich das „Heilig-Vater-Fest“ zu einem richtigen Volksfest - für die Au und für die ganze Stadt. Das Festbier heißt „Herrenbier“ oder „Heilig-Vater-Bier“, „Heilig-Vater-Öl“ oder „Sankt-Vater-Öl“. Für den Ausschank des Bieres ist im Kloster eine eigene Zechstube eingerichtet worden. Die vornehmeren Gäste werden im Stüberl des Bräumeisters bewirtet, wo es oft bis in die späte Nacht hinein recht gemütlich und sehr lustig zugeht.

1767 – Kapellmeister Josef Sulzbeck wird geboren



München * Joseph Sulzbeck, später als Kapellmeister Sulzbeck, als Urvater der Münchner Volkssänger bekannt, wird in München geboren.

1768 – Theresina Kurz leitet das Faberbräu-Theater

München-Hackenviertel * Unter der Leitung von Theresina Kurz hielt ein gehobeneres Niveau im Komödienstadel im Faberbräuhaus Einzug, obwohl noch immer die Figur des Lipperls vorherrschte.

21. April 1769 – Thersina Kurz schließt einen Vertrag für Aufführungen im Opernhaus

München * Hoftheaterintendant Graf Seeau schließt auf Anordnung des Kurfürsten Max III. Joseph einen Vertrag mit Theresina Kurz, der es ihr und ihrer Truppe erlaubt, viermal wöchentlich auf der Bühne des Opernhauses am Salvatorplatz aufzutreten. Der Hof lässt sich für die Vorstellungen sogar fünf Logen reservieren.

Oktober 1769 – Die Kurz'sche Theatertruppe gastiert im Opernhaus

München-Kreuzviertel * Die Kurz'sche Wander-Theatergruppe gastiert viermal wöchentlich im Opernhaus am Salvatorplatz. Das Engagement dauert bis Ende April 1770 an.

Mai 1770 – Theresina Kurz verlässt München

München * Theresina Kurz verlässt mit ihrer Schauspielertruppe München.

10. Oktober 1771 – Johann Nießer übernimmt das Faberbräu-Theater

München-Hackenviertel * Johann Baptist Joachim Nießer, ehemaliges Mitglied der Kurz'schen Schauspielertruppe, kehrt mit dem Ensemble nach München zurück und übernimmt die Leitung des Faberbräu-Theaters. Mit Unterstützung der Baierischen Akademie der Wissenschaften eröffnet er hier die Deutsche Schaubühne, was als ein „Markstein auf dem Weg zu einem Münchner Nationaltheater“ gilt. Mit ausgebildeten Schauspielern finden seither regelmäßige Vorstellungen im Faberbräu statt. Der Publikumserfolg stellt sich bald ein, sodass er auch die



Anerkennung des Grafen Seeau gewinnen kann. Durch das gebotene hohe Niveau der Schauspielkunst strömt nun auch die gehobene Münchner Bürgerschaft in Scharen in das Faberbräu-Theater. Dadurch erhöhen sich die Eintrittspreise, sodass sich das einfache Publikum den Theaterbesuch einfach nicht mehr leisten kann und so aus dem Kulturbetrieb verdrängt wird. Die Bürger der unteren Schichten suchen ihr Vergnügen nun wieder in den Bretterbuden und „Hanswurst-Theatern“ in den Münchner Vorstädten.

12. Juni 1772 – Die Nießer'sche Theatertruppe wird angepriesen

München * In einem Schreiben an Kurfürst Max III. Joseph preist Hoftheaterintendant Graf Seeau die Leistungen der inzwischen stadtbekannten Nießer'schen Theatergruppe.

1773 – Wozu denn soll der Bauer Lesen und Schreiben lernen?

München * Die staatlich angestrebte Schulreform stößt auf harten Widerstand. Der Erzpriester Martin Joseph Jacabin meint: „Wozu denn sollte der Bauer Lesen und Schreiben lernen! [...] Der Allmächtige Gott hat auch dem des Lesens und Schreibens unkundigen Landvolk genügsame Kräfte gegeben, dasjenige begreifen zu können, was zu seiner zeitlichen und ewigen Wohlfahrt erforderlich ist. [...] So lang man, sozusagen, ein einziges Buch gehabt, war fast alles fromm und heilig.“

1. März 1773 – Die Nießer'sche Theatertruppe tritt im Opernhaus auf

München-Kreuzviertel * Im Opernhaus am Salvatorplatz gibt Johann Baptist Joachim Nießer mit seinem Ensemble erstmals eine Vorstellung. Der gesamte kurfürstliche Hof ist dabei anwesend.

5. April 1774 – Kurfürst Max III. Joseph will die Friedhofsfrage neu regeln

München-Isarvorstadt * Kurfürst Max III. Joseph fordert den Stadtmagistrat auf, einen Standort für einen neuen Friedhof zu finden oder die Erweiterung des bestehenden Friedhofs vor dem Sendlinger Tor, des heutigen Alten südlichen Friedhofs, zu überdenken. Die bestehenden Friedhöfe innerhalb der Stadtmauer sollen aufgelassen, gekalkt und gepflastert werden. Auch die Gräfte in den Kirchen, diese „stinkenden, vergifteten Vorratskeller ansteckender Luft“, sollen aufgelassen werden. Sofort organisiert sich Widerstand gegen diese kurfürstlichen



Maßnahmen, wobei das einfache, ärmere Volk davon weniger betroffen ist, weil sie schon seit längerer Zeit ihre Toten vor das Sendlinger Tor begleiten müssen.

1781 – Die Gemäldegalerien werden für das Volk frei zugänglich

München-Graggenau - München-Maxvorstadt * Die Gemäldegalerien in den nördlichen Hofgartenarkaden werden für das Volk frei zugänglich. Sie werden zu einem Anziehungspunkt und Ausflugsort für die mondäne Münchner Bevölkerung und der städtischen Eleganz. In den Arkaden hat Kurfürst Carl Theodor Anschläge anbringen lassen, wonach es verboten ist, im Hofgarten zum Grüßen den Hut zu ziehen.

1781 – Kurfürst Carl Theodor lässt vaterländische Stücke verbieten

München * Der pfalz-baierische Kurfürst Carl Theodor lässt einige vaterländische Stücke aus politischen Gründen verbieten. Ein Verbot folgt dem anderen. Dabei spielen die Vorstadttheater gerade diese Volksstücke mit Vorliebe. Die Gründe für diese restriktiven Maßnahmen der Regierung liegen zum einen in der Unsittlichkeit der Stücke, zum anderen im Bestreben der Obrigkeit, angebliche öffentliche Unruheherde zu unterbinden.

1781 – Die stationierten Truppen nehmen zu

München * Die regulär in München stationierten Truppen nehmen im Verlauf des 18. Jahrhunderts beträchtliche Ausmaße an: Im Jahr 1781 zählt die Stadt 4.243 Militärpersonen - das entspricht 11,2 Prozent der Bevölkerung innerhalb der Stadtgrenzen und des Burgfriedens. Diese Truppen unterstehen ausschließlich dem Hofkriegsrat.

1782 – Das Bier hat den Wein als Volksgetränk verdrängt

München * Lorenz von Westenrieder stellt fest: „Allgemein nimmt der Bürger und Handwerker kein Frühstück. Man setzt sich um 11 Uhr zur ersten und um 6 Uhr nachmittags zur zweiten Mahlzeit. Rind- und Kalbfleisch, Bier und Brot sind das gewöhnlichste, was er genießt. Schweine-, Kalbs- und Gänsebraten sind seine besten Gerichte und Bier sein bester Trank. Wein und Brantwein werden ordentlicherweise nicht getrunken, auch kein Toback geschmaucht.“ So ist seit Aventin in den unteren Schichten des Volkes der Wein völlig vom



Bier verdrängt worden.

1782 – Beliebtes Freizeitvergnügen aller bürgerlichen Stände

München * In seinen „Beschreibungen der Haupt- und Residenzstadt München“ bezeichnet Lorenz von Westenrieder das Buden- und Wandertheater als ein beliebtes Freizeitvergnügen aller bürgerlichen Stände. Besonders das einfache Volk findet Gefallen an den derben Späßen und Spektakelstücken. Der Schauspieldirektor des Dulttheaters, Lorenz Lorenzini, macht mit seiner Kreuzerkomödie - so genannt, weil der Eintritt nur einen Kreuzer kostet - Furore. Pathos und Rührung, Zoten und „Hanswurstiaden“ beherrschen das Stück.

3. September 1783 – Amerikanischer Befreiungskrieg nach acht Jahren beendet

USA * Nachdem sich England mit Frankreich, Spanien und Holland geeinigt haben, wird der amerikanische Befreiungskrieg nach acht Jahren beendet und die Vereinigten Staaten von Amerika völkerrechtlich anerkannt.

2. Februar 1784 – Münchner Erstaufführung von Friedrich Schillers „Die Räuber“

München-Hackenviertel * Im Faberbräu-Theater findet die Münchner Erstaufführung von Friedrich Schillers „Die Räuber“ statt.

1787 – Montgelas tritt in den Dienst Herzog Carl II. August von Pfalz-Zweibrücken

München * Als Folge der Illuminatenaffäre, in deren Verlauf die Mitglieder dem Vorwurf landesverräterischer und religionsfeindlicher Bestrebungen ausgesetzt sind, verlässt Maximilian Joseph von Montgelas das Kurfürstentum Baiern und tritt in den Dienst Herzog Carl II. August von Pfalz-Zweibrücken. Dieser wird, je länger die Kinderlosigkeit des pfalz-baierischen Kurfürstenpaares andauert, als voraussichtlicher Erbe von Pfalzbaiern, der drittgrößten Ländermasse des Reiches, gehandelt, und von den fünf Großmächten umworben. Kurfürst Carl Theodor hat sich aufgrund seiner Pläne, Kurbaiern gegen die österreichischen Niederlande einzutauschen, bei der baierischen Bevölkerung äußerst unbeliebt gemacht. Und selbstredend liegt das Interesse der zweibrückischen Herzöge an der Verhinderung des Tauschprojekts. Und da kommt ihnen Freiherr Montgelas gerade recht. Von Zweibrücken aus hält er die geheimen



Verbindungen zu den bayerischen Oppositionskreisen aufrecht. Dadurch kann - in Verbindung mit dem preußischen König Friedrich II. und der antiösterreichischen Patriotenpartei am Münchner Hof - die Existenz Kurbaierns unangetastet erhalten werden. Eine der wichtigsten Vorkämpferinnen ist die Witwe des Herzogs Clemens Franz de Paula, des Cousins des letzten bayerischen Kurfürsten Max III. Joseph: Herzogin Maria Anna.

1788 – München-Premiere von Friedrich Schillers „Kabale und Liebe“

München-Hackenviertel * Im Faberbräu-Theater findet die Münchner Erstaufführung von München-Premiere von Friedrich Schillers „Kabale und Liebe“ statt.

13. August 1789 – Der Auftrag zur umgehenden Verwirklichung des Englischer Gartens

München-Englischer Garten - Hirschanger * Kurfürst Carl Theodor unterzeichnet ein Dekret, wonach er „den hiesigen Hirsch-Anger [...] zur allgemeinen Ergötzung für Dero Residenzstadt München herstellen zu lassen, und diese schönste Anlage der Natur dem Publikum in ihrem Erholungs-Stunden nicht länger vor zu enthalten gnädigst gesonnen“ sei. Sir Benjamin Thompson erhält den Auftrag, den Landschaftspark unverzüglich zu verwirklichen. Der geplante Volksgarten wird zunächst Theodors-Park, später Englischer Garten genannt.

1790 – Der Hirschgarten wird fürs Volk geöffnet

Hirschgarten * Kurfürst Carl Theodor lässt den Hirschgarten für das Volk öffnen

1790 – Ein Bierausschank für die im Englischen Garten beschäftigten Arbeiter

München-Englischer Garten - Schwabing * An der ursprünglichen nördlichen Grenze des Englischen Gartens befinden sich zwei kleine Holländische Bauernhäuser, die dem Parkwächter Josef Tax als Wohnung dienen. Er hält Kühe und Esel und betreibt außerdem einen Bierausschank für die im Englischen Garten beschäftigten Arbeiter und Tagelöhner. Damit legt er den Grundstein für das später so beliebte Ausflugslokal Kleinhesselohe, das anfangs im Volksmund auch Kleines Eselsloch genannt wird.

März 1790 – Eine hohe Belohnung für die Ergreifung des Maulbeerbaum-Zerstörers



München * Die Baumschule für Maulbeerbäume hat nur eine geringe Akzeptanz in der Münchner Bevölkerung. Sir Benjamin Thompson schreibt eine Belohnung von 100 Golddukaten für die Ergreifung desjenigen Bösewichts aus, der nachts in die Militärgärten eingedrungen ist und knapp 500 Setzlinge mutwillig zerstört hat.

Januar 1792 – Den Ausbau des Torweges am Isartor angeordnet

München-Isarvorstadt * Sir Benjamin Thompson Reichsgraf von Rumford ordnet den Ausbau des Torweges am Isartor an. Rund hundert Meter östlich des Isartors – an der heutigen Einmündung von Rumford- und Thierschstraße – soll ein neuer Torplatz entstehen. Er ist als Verkehrsknotenpunkt geplant, zugleich aber auch als Ausweich- und Sammelplatz im Brandfall sowie als möglicher Marktplatz. Gerade dieser letzte Zweck darf jedoch nicht offen kommuniziert werden. In der Bevölkerung kursiert bereits das Gerücht, der wöchentliche Getreidemarkt könne vom Schrammplatz auf den im Bau befindlichen Karlsplatz (Stachus) verlegt werden. Dieses Gerücht sorgt sowohl unter den Bürgern als auch in der Gemeindevertretung für Unmut und offenen Protest. Schließlich wird das Projekt am 5. April 1792 wieder eingestellt.

1. Januar 1792 – Der Kurfürst droht seinem Volk

München * In einem Erlass verbietet Kurfürst Carl Theodor die „höchst beleidigenden Zweifel gegen den Bestand des neu angenommenen Kriegssystems und alle spitzfindigen Bemerkungen über die erlassenen Verordnungen schärfstens und bey unvermeidlich hoher Strafe“.

5. April 1792 – Der Ausbau des Torweges am Isartor wird wieder eingestellt

München-Isarvorstadt * Das Projekt „Ausbau des Torweges am Isartor“ wird wieder eingestellt, nachdem sich weite Bevölkerungskreise gegen die Entfestigungsmaßnahmen ausgesprochen haben und der Ausbruch der Koalitionskriege gegen das revolutionäre Frankreich das Vorhaben in einem neuen Licht erscheinen lässt.

19. Dezember 1794 – Die zum Militärdienst verurteilten Gesellen werden wieder freigelassen

München * Die zum Militärdienst verurteilten Gesellen werden wieder freigelassen. Durch den



Erfolg wächst das Selbstbewusstsein der Bevölkerung.

16. März 1795 – Der freie Getreidehandel wird nicht aufgehoben

München * Trotz der unübersehbaren Unruhe unter der Bevölkerung lehnt Kurfürst Carl Theodor in einer landesherrlichen Erklärung die Aufhebung des freien Getreidehandels ab.

29. August 1796 – München soll verschont bleiben

München * Die Delegation erhält vom französischen Oberbefehlshaber Jean-Victor Moreau die Zusage, dass München verschont wird und keine Gefahr für das Leben und das Eigentum der Bevölkerung besteht.

30. September 1796 – Freiherr von Montgelas erarbeitet das umfangreiche Ansbacher Mémoire

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas legt Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken das „grundlegende Reformprogramm für die künftige Regierung des Kurfürstentums Baiern“ vor. Es trägt entscheidend zur Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Herzog und dem Freiherrn bei. Das Ansbacher Mémoire ist ein Konzept zur Anpassung der bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse an die Gegebenheiten der neuen Zeit. Auf sieben eigenhändig geschriebenen Doppelblättern beschreibt Montgelas die herrschenden Verhältnisse in Baiern und schlägt gleichzeitig Maßnahmen vor, die - nach seiner Meinung - für eine effektive und nach den Gesichtspunkten der Aufklärung gebildete Staatsverwaltung notwendig sind. Im Kern der Reformen fordert der Freiherr eine klar gegliederte Ministerialorganisation mit abgegrenzten Zuständigkeiten, eine neue Verwaltungsgliederung mit einheitlichen Instanzenwegen in Gesamtbaiern; eine gut ausgebildete, unbestechliche, ausreichend bezahlte und sozial abgesicherte Beamtenschaft; die steuerliche Gleichbehandlung aller Menschen; die Unabhängigkeit der Richter, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Überantwortung aller judikativen Bereiche in staatliche Obergericht, die Reform des Straf- und Zivilrechts; die Möglichkeit für die Bauern, adeliges Obereigentum an Grund und Boden abzulösen; die Beschränkung der Kirche auf den religiösen Bereich, die Aufhebung der Bettelorden und die bessere Nutzbarmachung der Klöster; die religiöse Toleranz; die Aufhebung der Zensur; die Verbesserung der Universitäten und Schulen. In einer übergeordneten Instanz soll die Zusammenarbeit der Ministerien gefördert werden und eine Koordination der Einzelmaßnahmen erfolgen. Am Ende steht ein



geschlossenes Staatsgebiet, in dessen Ministerien sich alle staatliche Macht vereint. Darüber hinaus will Montgelas ein bayerisches, patriotisches Empfinden wecken, um die örtlichen Gebundenheiten des Einzelnen abzulösen und statt dessen eine Identifikation mit dem Kurfürstentum, später Königreich, herbeiführen. Die Forderung nach einer Volksvertretung - nicht nur einer Ständeversammlung - wiederholt Montgelas im Ansbacher Mémoire nicht mehr. Wohl aber die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels. Seine Adelspolitik nimmt später weitaus konservativere Züge an, vor allem nachdem er im Jahr 1803 selbst Grundbesitz erworben hat.

16. Februar 1799 – Kurfürst Carl Theodor stirbt

München-Graggenau * Kurfürst Carl Theodor erliegt am Abend seinem am 12. Februar erlittenen Schlaganfall. Herzog Wilhelm von Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld-Gelnhausen wohnt als Zeuge dem Tod des pfalz-bayerischen Regenten bei. Protokollarisch wird die 22-jährige Kurfürstin-Witwe von Herzog Wilhelm und vom Vertreter des kaiserlichen Hauses, Joseph Anton August Graf von Seilern, befragt, ob sie ein Kind vom verstorbenen Kurfürsten erwartet. Maria Leopoldine antwortet daraufhin mit einem klaren „Nein!“. Mit dieser Aussage entzieht sie den Österreichern die Gelegenheit, Bayern auf friedlichem Weg an sich zu ziehen. Bei den Münchnern ruft das Ableben des Kurfürsten keine allzu große Trauerstimmung hervor. Im Gegenteil, als sich die Trauernachricht verbreitet, „frohluckte alles, und jeder wünschte dem anderen Glück“, schreibt Lorenz von Westenrieder. Carl Theodors Nachfolger auf dem bayerischen Thron wird Kurfürst Max IV. Joseph aus der wittelsbachischen Linie Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld, von dem sich die Bayern eine ganze Menge erwarten und der unter dem Jubel der Bevölkerung in München einzieht.

20. Februar 1799 – Kurfürst Max IV. Joseph zieht umjubelt in München ein

München * Der neue Kurfürst Max IV. Joseph zieht unter dem Jubel der Bevölkerung in München ein. Der Neue will sich von seinem Vorgänger positiv abheben, aber auch das Land verändern. Er vertraut seinem Berater Maximilian Joseph von Montgelas und lässt ihn nach eigenem Ermessen schalten und walten. Für Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas bedeutet das die Chance, das Kurfürstentum Pfalz-Baiern zu einem modernen Staat umzubauen. Da Kurfürst Max IV. Joseph stark zur Bequemlichkeit neigt, kommt ihm das Engagement Montgelas gelegen. Montgelas übernimmt bis 1817 die Aufgaben eines Ministers der Auswärtigen Geschäfte.



März 1799 – Die Österreicher benehmen sich wie feindliche Besatzungstruppen

München * 100.000 Österreicher stehen im Land und benehmen sich wie feindliche Besatzungstruppen. Die Bevölkerung ist vom neuen Bayernregenten enttäuscht. Diese hat aber - trotz seiner Sympathien für Frankreich - aufgrund der militärischen Präsenz der Österreicher im eigenen Land keine andere Wahl, als in der Koalition gegen Frankreich zu bleiben.

21. März 1800 – Die Stimme der öffentlichen Meinung über Max Joseph

München * Die Schrift „Die Stimme der öffentlichen Meinung über Max Joseph“ beschuldigt die Regierung: „Sie entfernte zwar die Schurken, die unter Carl Theodor den Hass und den Fluch des Volkes auf sich geladen hatten, aber dabei blieb sie auch stehen und hatte nicht den Mut, dieselben zu strafen. Zugleich offenbarte sich der Mangel an Grundsätzen immer deutlicher. Der Nepotismus, der Personalhass, die Intrigensucht lebten in voller Stärke wieder auf und schoben ihre untauglichen Kreaturen in die Reihe der schätzbaren Räte, deren Anstellung den Kollegien ihr ursprüngliches Ansehen wiedergegeben hatte“. Zum Thema Englische Subsidien kommt die Schrift zum Ergebnis: „Geringschätzung gegen den Kurfürsten, Hass gegen die herrschenden Minister“. Es herrscht eine eiseige Stimmung.

4. August 1800 – Eine republikanische Schrift an die Bevölkerung

München * Eine Anfang August erschienene Schrift wendet sich an die Bewohner Baierns, Schwabens, Frankens, Tyrols und Salzburgs und fordert dazu auf, „daß wir diesem Unwesen einmal ein Ende machen und von dem alten verderblichen Reichsverbände uns loslösen, uns nach dem Drange aller politisch- und natürlichen Verhältnisse in einen freien, mächtigen Staatskörper [...] zusammenschließen [...] und uns so eine eigene, auf die natürlichen Rechte der Menschheit, auf die reine Religion, und den allgemeinen Wohlstand gegründete Konstitution geben“. Alle Soldaten aus der Koalitionsarmee sollen zurückgerufen werden und anschließend Vertreter aus den Gemeinden und Distrikten „zu einer allgemeinen süddeutschen Nationalversammlung oder süddeutschem Landtage“ gewählt werden.

25. August 1801 – Kurfürst Max IV. Joseph nimmt die Reform Baierns in Angriff

München * Mit tatkräftiger Unterstützung seines Ministers Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas nimmt Kurfürst Max IV. Joseph eine Reform seines Landes in Angriff. Zur dauerhaften



Stabilisierung des Staates ist eine Umverteilung von Rechten, Pflichten und Chancen notwendig. Zu dieser Revolution von oben gehört auch die revolutionäre Gleichbehandlung aller Baiern, mit dem Anspruch des Herrschers, „allen Untertanen, Reichen und Armen, Witwen und Waisen, Geistlichen und Weltlichen, gleiches Recht und Schirm zu verschaffen“. Durch diese Reformen kann der Baiernregent einen Großteil der Kritik, die zu Beginn seiner Regierung die öffentliche Debatte geprägt hatte, den Boden entziehen. Vieles von dem wird beseitigt, was unter der Regentschaft des Kurfürsten Carl Theodor als willkürlich und korrupt angegriffen worden ist. Gleichzeitig lässt er energisch eingreifen und setzt sich mit Militärgewalt durch, wenn seiner Politik offene Auflehnung entgegen schlägt. Beides, die umfangreichen und weitreichenden Reformen sowie das energische und harte Durchgreifen, lassen die heftige Kritik der Anfangsjahre und jedes Auflehnen gegen seine Politik allmählich verstummen. Durch sein leutseliges Verhalten kann Kurfürst Max IV. Joseph sogar die Zuneigung der Münchnerinnen und Münchner erringen und sich so zu einer der beliebtesten Persönlichkeiten der Wittelsbacher hocharbeiten. Schon bald gehören die anfänglichen Differenzen zwischen dem Herrscher und dem bayerischen Volk der Vergangenheit an.

1802 – München verfügt über 1.397 bürgerliche Gerechtigkeiten

München * München verfügt über 1.397 bürgerliche Gerechtigkeiten, einschließlich des Handels. Das bedeutet einen Rückgang von 374 Gerechtigkeiten gegenüber dem Jahr 1618 - trotz des Anstiegs der Bevölkerungszahlen.

25. Januar 1802 – Dekret zur Aufhebung der Bettelordensklöster in Baiern

Kurfürstentum Baiern * Das kurfürstliche Dekret zur Aufhebung der Bettelordensklöster in Baiern beginnt mit der Feststellung, dass die Bettelorden die „Fortpflanzung des Aberglaubens und der schädlichen Irrtümer“ begünstigen und die Entstehung und Entwicklung „richtiger Begriffe der moralischen Bildung im Volke“ verhindern, weshalb die fortdauernde Existenz der Mendikantenklöster zwecklos und schädlich für die Bürger ist. In Altbaiern sind davon einundneunzig derartige kirchliche Einrichtungen betroffen. In München sind folgende Bettelorden betroffen: Kapuziner, Franziskaner, Karmeliten, Karmelitinnen, die Benediktinerinnen am Lilienberg, die Paulanerinnen im Lilienthal und das Pütrichkloster. Zur zweckmäßigen Einrichtung der Bürger- und Landschulen wird ein Schulfonds eingerichtet, der aus dem Vermögen der aufgehobenen Orden gebildet wird, da es an anderweitigen staatlichen Mitteln mangelt. Zur sofortigen Verminderung der Insassen werden alle Ausländer, das heißt, die nicht in Pfalzbaiern geborenen Klostermitglieder, in ihre Heimat geschickt, die Laienbrüder in die



Prälatenklöster versetzt und Kleriker, die noch keine Profeß abgelegt haben, entlassen. Neuaufnahmen und das Überwechseln von Ordensangehörigen in andere Klöster wird streng untersagt. Priestermonche können unter bestimmten Voraussetzungen in den Weltpriesterstand übertreten, was dem Staat die Pensionskosten einsparen hilft. Alle übrigbleibenden Klosterindividuen sollen in Zentralklöster - in Wirklichkeit Aussterbeklöster - ihres Ordens verbracht werden. Außerdem ist den Franziskanern künftig nur noch Predigt und Beicht hören in der eigenen Ordenskirche erlaubt, jedoch keinerlei Seelsorgeaushilfe. Dazu unterstehen sie der verschärften Aufsicht der zuständigen Landrichter. Als Unterhalt für die Franziskaner setzt man, da ihnen das Almosensammeln verboten worden ist, jährlich 125 Gulden fest, zahlbar aus dem Vermögensfonds der nichtständischen Klöster. Der Inhalt des Aufhebungsdekretes wird öffentlich nicht bekannt gemacht. Die ganzen Vorbereitungen der staatlichen Klosteraufhebungen laufen bis zur Ausführung im Wesentlichen geheim. Das verstärkt die Unsicherheit und lässt jede Gegenwehr erlahmen. Ebenfalls besteht Unkenntnis über die Befugnisse der eingerichteten Spezialkommission. Ausgenommen vom kurfürstlichen Aufhebungs-Dekret der Bettelordensklöster sind - aufgrund ihrer Tätigkeit in der Krankenpflege beziehungsweise im Schulwesen - die Klöster der Barmherzigen Brüder sowie der Englischen Fräulein und der Elisabethinerinnen. Das Kloster der Ursulinen in München wird mit den Nonnen de Notre Dame in Nymphenburg vereinigt. In der Haupt- und Residenzstadt München gibt es nur ein ständisches Kloster: das Klarissen-Kloster zu Sankt Jakob am Anger.

25. Februar 1802 – Auflösung des ältesten Mönchskonvents der Stadt

München-Graggenau * Aufhebungskommissar Graf Philipp von Arco ist mit der Auflösung des ältesten Mönchskonvents der Stadt beauftragt worden. Ein genaues Inventar des Franziskaner-Klosters ergibt ein recht bescheidenes Kapitalvermögen. Umfangreich war hingegen der Bestand an Kunstwerken zur Ausstattung der Kirchen mit nicht weniger als fünfundzwanzig Altären. Die Aufnahme des Personalbestandes ergibt, dass im Hauptkloster Sankt Anton dreißig Patres, drei Kleriker und vierzehn Laienbrüder leben, im Hospiz am Anger sind vier Patres und ein Laienbruder, im Hospiz Josephsburg drei Patres und ein Laienbruder untergebracht. Einen Laienbruder schickt man als Ausländer in seine Heimat Berchtesgaden zurück. Vier weitere Ausländer lässt man aus triftigen Gründen vorübergehend im Kloster. Für einen nicht transportfähigen alten und kranken Pater setzt sich Graf Arco nachdrücklich ein: „Ihn seinem Schicksal überlassen, hieße der ganzen Klosteraufhebung den Stempel der Grausamkeit aufdrücken und würde eine üble Wirkung bei dem Volke zurücklassen“. Fünf Laienbrüder werden in Abteien verwiesen, die übrigen Franziskaner sollen möglichst bald nach Ingolstadt gebracht werden. Die Ordensmänner wissen zwar, dass ihr



Kloster aufgehoben wird, darüber hinaus sind ihnen aber weder der genaue Zeitpunkt noch die besonderen Umstände mitgeteilt worden.

3. März 1802 – Freiherr von Leyden bereitet die Franziskaner auf die Abreise vor

München-Graggenau * Nachmittags um 16 Uhr erscheint Generallandesdirektionsrat Freiherr von Leyden mit einigen Amtspersonen im Franziskanerkloster und lässt alle Insassen ins Refektorium rufen. Dort teilt er den Ordensmännern mit, dass der Abtransport nach Ingolstadt unter den Bedingungen der „kurfürstlichen Instruktion“ am „kommenden Morgen um 3 Uhr, längstens 4 Uhr“, zu erfolgen hat. Freiherr von Leyden hat die Weisung erhalten, dafür zu sorgen, dass „die hier bleibenden Individuen“ im Kloster verbleiben und nicht durch ihr „Ausgehen in die Stadt dem neugierigen Volke zu vielem Geschwätz Veranlassung“ geben.

1. Oktober 1802 – Mühldorfer Bürger freuen sich auf die Einverleibung nach Baiern

München-Schloss Nymphenburg - Mühldorf * Eine Abordnung Mühldorfer Bürger überreicht dem Kurfürsten Max IV. Joseph im Schloss Nymphenburg eine Bittschrift, in der sie zum Ausdruck bringen, wie sehr sich die Bevölkerung freut „dem durchläuchtigsten Churhause Baiern einverleibt“ zu werden. Damit gehe „ein Wunsch, der schon Jahr Zehnte in unseren Herzen glühte in Erfüllung“.

2. Dezember 1802 – Freiherr von Aretin trifft in Mühldorf ein und nimmt Besitz von der Stadt

Mühldorf * Johann Adam Freiherr von Aretin nimmt - unter großem Jubel der Bevölkerung - mit dem Besitzergreifungspatent vom 26. November offiziell Besitz von der Stadt Mühldorf am Inn. Er weist das Pfliegergericht an, ab sofort keine Weisungen und Befehle mehr aus Salzburg entgegenzunehmen. Nach der Vereidigung der Beamten findet ein feierlicher Gottesdienst in der Pfarrkirche statt. Am Abend wird in der Stadt gefeiert.

1805 – Joseph Sulzbeck tritt in verschiedenen Wirtschaften auf

München * Joseph Sulzbeck tritt mit seiner dreisaitigen Bassgeige in verschiedenen Wirtschaften auf.



6. September 1805 – Die österreichische Armee belagert Schloss Nymphenburg

Schloss Nymphenburg * Einhundert österreichische Husaren und Dragoner umzingeln - unter der Leitung des kaiserlichen Feldmarschalls Carl Philipp Fürst zu Schwarzenberg - Schloss Nymphenburg. Sie nötigen den sich dort aufhaltenden Kurfürsten Max IV. Joseph „ultimativ“ zum Eintritt in die antifranzösische Koalition. Zur Unterstreichung seiner Forderung lässt der Feldmarschall das Schloss umstellen und von München abriegeln, worüber die bayerische Bevölkerung entsetzt ist. Offensichtlich will der Kurfürst, der den Vertrag von Bogenhausen noch nicht unterschrieben hat, schon dem österreichischen Drängen nachgeben, als Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas ernsthaft mit seinem Rücktritt vom Amt des Außenministers droht. Dem Kurfürsten und seinem leitenden Minister gelingt es immerhin, die Verhandlungen mit dem österreichischen Bevollmächtigten zu verzögern und die Österreicher über die bayerischen Absichten bis zum 9. September im Unklaren zu lassen. Unter dem Vorwand, den gerade in Frankreich weilenden Kronprinzen Ludwig nicht zu gefährden, erzielt Max IV. Joseph einen Zeitaufschub. Bis dahin hat die kurfürstliche Familie die Haupt- und Residenzstadt München heimlich in Richtung Würzburg verlassen. Auch die bayerische Armee war inzwischen in Franken und in der Oberpfalz zusammengezogen worden.

10. Oktober 1805 – Der Kurfürst rechtfertigt den Bündniswechsel

Würzburg * Kurfürst Max IV. Joseph gibt einen Aufruf „an sein Volk“ heraus, in dem er sich für sein Bündnis mit Napoleon rechtfertigt. Um den politisch umwälzenden Schritt ins französische Lager darzustellen, muss er eine überzeugende Begründung liefern. Also wird Österreich zum „Erbfeind“ erklärt, der Baierns Unabhängigkeit bedrohte und dessen Truppen plündernd durchs Land zogen, während „Frankreich [...] zu allen Zeiten Baierns Unabhängigkeit schützte“. Das Bündnis scheint damit als die einzige und alternativlose Konsequenz, um Baiern zu retten: „Der Kaiser der Franzosen, Baierns natürlicher Bundesgenosse, eilte mit seinen tapferen Kriegen herbei, um euch zu rächen, [...], und bald, bald naht der Tag der Rettung.“ Der Aufruf endete siegesgewiss mit den Worten: „Unsere gute Sache steht unter dem Schutze eines gerechten Gottes und [...] unter der eigenen Anführung eines unüberwindlichen Helden.“

24. Oktober 1805 – Napoleon Bonaparte zieht triumphal in München ein

München * Napoleon zieht triumphal durch das Karlstor in München ein. Kurfürst Max IV. Joseph befindet sich noch in seinem Exil in Würzburg. Die Kurpfalzbaierische Staats-Zeitung von München berichtet am 25. Oktober 1805: „Endlich hatten wir gestern das sehnlich erwartete



Vergnügen, Se. Majestät Napoleon Kaiser in Frankreich und König in Italien hier eintreffen zu sehen. Se. Majestät kamen von Augsburg, fuhren in einem 6-spännigen Reisewagen, welchen der Herr Reichs-Marschall Bernadotte, nebst noch einigen H.H. Reichsmarschallen zu Pferde begleitete, unter dem Donner der Kanonen, und dem Zusammengeläute aller Glocken durch die Neuhauser-Kaufinger- über den Platz durch die Diener- in die Residenz-Gasse heran, und stiegen [...] in der kurfürstl. Residenz ab. Die ganze Stadt war zur Tageshelle beleuchtet, und die Mittags zuvor angekommenen kaiserl. königl. Garde-Regimenter hatten sich durch die ganze Einzugsstrecke à la haie aufgestellt. Es war $\frac{1}{2}$ 8 Uhr Abends, und die Menge des hier befindlichen, zum Theile noch mit der Einquartierung beschäftigten Militärs nebst dem zusammenströmenden Volke zeigte das Bild eines durch Ströme aufgetriebenen Meeres, das sich schwer und langsam dahinwälzt.“

25. Oktober 1805 – Die Presse berichtet über Napoleons Einzug in München

München * Die Kurpfalzbaierische Staats-Zeitung von München berichtet vom Einzug Napoleons: „Endlich hatten wir gestern das sehnlich erwartete Vergnügen, Se. Majestät Napoleon Kaiser in Frankreich und König in Italien hier eintreffen zu sehen. Se. Majestät kamen von Augsburg, fuhren in einem 6-spännigen Reisewagen, welchen der Herr Reichs-Marschall Bernadotte, nebst noch einigen H.H. Reichsmarschallen zu Pferde begleitete, unter dem Donner der Kanonen, und dem Zusammengeläute aller Glocken durch die Neuhauser-Kaufinger- über den Platz durch die Diener- in die Residenz-Gasse heran, und stiegen [...] in der kurfürstl. Residenz ab. Die ganze Stadt war zur Tageshelle beleuchtet, und die Mittags zuvor angekommenen kaiserl. königl. Garde-Regimenter hatten sich durch die ganze Einzugsstrecke à la haie aufgestellt. Es war $\frac{1}{2}$ 8 Uhr Abends, und die Menge des hier befindlichen, zum Theile noch mit der Einquartierung beschäftigten Militärs nebst dem zusammenströmenden Volke zeigte das Bild eines durch Ströme aufgetriebenen Meeres, das sich schwer und langsam dahinwälzt“.

5. Dezember 1805 – Kaiserin Joséphine trifft mit großem Gefolge in München ein

München * Frankreichs Kaiserin Joséphine trifft mit großem Gefolge in München ein. Sie bezieht die Steinzimmer der Residenz und bemüht sich im Interesse der Bündnispolitik Frankreichs erfolgreich um die Sympathien des kurfürstlichen Hofes und der Bevölkerung der Landeshauptstadt. Die kaiserliche Gefolgschaft erregt gerade aufgrund ihrer prächtigen Ausstattung großes Aufsehen. Wegen des ungünstigen Münchner Wetters erkrankten in den darauf folgenden Tagen viele der kaiserliche Hofdamen.



1. Januar 1806 – Bayern wird extrem emotionslos zum Königreich erhoben

Königreich Bayern - München-Graggenau * Das Kurfürstentum Bayern wird von Napoleon Bonaparte zum Königreich erhoben. Aus Kurfürst Max IV. Joseph wird König Max I. Joseph. Die Rangerhöhung Baierns wird extrem emotionslos vollzogen. Der nur wenige Minuten dauernde Akt der Königserhebung findet um 10 Uhr, in den Appartements der Kurfürstin Karoline in der Münchner Residenz statt. Obwohl Napoleon Bonaparte am Abend des Vortages in München eingetroffen ist, nimmt er nicht an der Zeremonie teil. Auch der leitende Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas ist aus uns nicht bekannten Gründen abwesend. Anwesend sind neben dem König und dem Kronprinzen Ludwig der Minister für geistliche Angelegenheiten, Heinrich Theodor Graf Topor Morawitzky, der Justizminister Johann Friedrich Freiherr von Hertling und Abbé Pierre de Salabert. Dazu kommen die Chefs der Königlichen Hofämter, der Obersthofmeister Clemens Anton Graf von Toerring-Seefeld, der Oberstkämmerer Maximilian Emanuel Freiherr von Rechberg und Rothenlöwen, der Oberstmarschall Ludwig Joseph Freiherr von Gohren und schließlich der Oberstallmeister Carl Ludwig Freiherr von Kesling. Dieser Männerrunde erklärt Max Joseph, er habe sich „durch die vielen Beweise von Treue und Anhänglichkeit der Bayern an ihren Fürsten und Vaterland bewogen befunden, Baierns Unabhängigkeit zu begründen, indem Allerhöchst Sie in dem gegenwärtigen Zeitpunkt, wo es durch die Vorsehung Gottes dahin gediehen, dass das Ansehen und die Würde des Herrschers in Bayern seinen alten Glanz und vorige Höhe zur Wohlfahrt des Volkes und zum Flore des Landes wieder erreicht, den dem Regenten Baierns angestammten Titel eines Königs von Bayern anzunehmen und öffentlich proklamieren zu lassen“. Er fügt noch hinzu, dass künftig alle direkten Abkömmlinge den Titel Königliche Hoheit führen werden. Daraufhin bringen die Anwesenden ihre Glückwünsche und Huldigungen zum Ausdruck.

1808 – Johann Weinmüllers Vorstadttheater

München-Vorstadt * Die Theatergruppe um Johann Weinmüller erhält eine Konzession für Schau- und Singspiele und eröffnet daraufhin in der Vorstadt seine neue Spielstätte. Ihr Spielplan enthält neben den „Lipperiaden“ auch „regelmäßige Stücke“, meist Ritter- und Schauerdramatik. Das waren verbürgerlichte Weiterentwicklungen barocker Stücke.

1808 – Angehörige der Familie Schweiger leiten vier Münchner Vorstadttheater

Vorstadt Au - München-Isarvorstadt * In den Jahren von 1808 bis 1865 leiten die Angehörigen der Familie Schweiger, eine Münchner Theater- und Schauspielerdynastie, vier Münchner



Vorstadttheater.

1. Mai 1808 – Die Konstitution für das Königreich Baiern tritt in Kraft

München * Die Konstitution des Königreichs Baiern tritt in Kraft. Die erste einheitliche Verfassung des Königreichs Baiern besteht aus 45 Paragraphen, die auf acht Seiten Platz finden. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem großen Gebietszuwachs, den Baiern erfahren hat, ist es notwendig geworden, das Recht zu vereinheitlichen und die Rechtsgleichheit in den verschiedenen Landesteilen herzustellen. Nur Altbaiern war, bis auf wenige Enklaven, ein geschlossenes Staatsgebiet. Ansonsten gleicht das neue Baiern mit seiner Anhäufung von Besitzungen verschiedener Fürsten, Grafen, Herren und Ritter eher einem Fleckerlteppich. Baiern muss nun zusammenwachsen und nach einheitlichen gesellschaftlichen und verwaltungsrechtlichen Grundsätzen regiert werden.

Damit werden „alle besonderen Verfassungen, Privilegien, Erbämter und Landschaftliche Korporationen der einzelnen Provinzen“ aufgehoben. Die Verfassung garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz und den Steuerbehörden sowie beim Zugang zu den Staatsämtern. Die Rechte des Adels werden darin eingeschränkt und deren bisherigen politischen Vorrechte ausdrücklich abgelehnt. In einer neu eingeführten „Adelsmatrikel“ muss der Adelstitel erst staatlich anerkannt werden. Die Leibeigenschaft wird ersatzlos abgeschafft. Die Sicherheit des Eigentums wird ebenso gewährleistet, wie die Gewissensfreiheit und die Pressefreiheit. Letztere wird allerdings durch Gesetze teilweise wieder eingeschränkt. Das Gesetz sieht ein stehendes Volkshier und eine Bürgermiliz vor. Mit 21 Jahren muss jeder Staatsbürger vor der Verwaltung seines Kreises einen Eid ablegen, dass er „der Konstitution und den Gesetzen gehorchen - dem König treu sein wolle“. Ohne ausdrückliche Erlaubnis des Monarchen darf kein Staatsbürger auswandern oder ins Ausland reisen. Zum „Königlichen Hause“ wird in der Konstitution festgelegt, dass die Krone erblich ist „in dem Manns-Stamme des regierenden Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealischen Erbfolge“. Die Prinzessinnen sind für immer von der Regierung ausgeschlossen, so lange noch männliche Nachkommen vorhanden sind. Sämtliche Familienmitglieder des königlichen Hauses stehen unter der Gerichtsbarkeit des Monarchen, und können bei Verlust Ihres Erbfolge-Rechts nur mit dessen Einwilligung zur Ehe schreiten. Nach den Bestimmungen der Konstitution besteht zur Verwaltung des Königreiches Baiern das Ministerium aus fünf Departements, dem des Äußeren, der Justiz, der Finanzen, des Inneren und des Kriegswesens. Zudem teilte sie das Königreich in Kreise ein, um so einen einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaat zu schaffen. Auch



das Justiz- und Militärwesen werden neu organisiert. Ein Parlament ist in Form einer National-Repräsentation vorgesehen, kommt aber nicht zustande. Gleichwohl werden die Vertretungen der einzelnen Teilgebiete des Königreichs mit Inkrafttreten der Verfassung abgeschafft. Die National-Repräsentanten sollten für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Dazu sollten in jedem der acht Kreise, von den 200 höchstbesteuerten „Land-Eigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten“ von Wahlmännern sieben Mitglieder gewählt werden. Diese 56 Gewählten hätten dann die Reichs-Versammlung gebildet. Durch die Einführung der Konstitution verhindert Minister Maximilian Joseph von Montgelas, dass der auf Napoléon Bonapartes Drängen geschlossene Rheinbund die Souveränität des Königreichs Baiern zu stark einschränkt.

Juli 1808 – Die Münchner lieben Theater und Unterhaltung

München * Das „Journal des Luxus und der Moden“ berichtet, dass es in München bei allen Ständen üblich sei, sich von „Lipperltheatern, Menagerien, Automaten und italienischen Puppenspielern“ unterhalten zu lassen.

1809 – Weinmüllers Gesuch um Errichtung eines Theaters

München * Johann Weinmüller reicht ein Gesuch für ein Theater in fester Bauweise in der Maxvorstadt ein. Die Münchner Polizeidirektion lässt sich aber nur zu einem Bau vor dem Isartor überreden. Es wird daraufhin eine provisorische hölzerne Hütte errichtet. Das Publikum des Theaters in der Bretterbude besteht zunächst aus Bürgern der unteren Einkommensschichten.

Januar 1809 – Erzherzog Johann lädt die führenden Köpfe des Tiroler Widerstands ein

Wien - Tirol * Erzherzog Johann lädt drei der zu den führenden Köpfen des Widerstands zählenden Tiroler nach Wien. Darunter ist Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Passeier. In vertraulichen Gesprächen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Um mögliche rechtlich-moralische Bedenken der Tiroler Bevölkerung im Aufstand gegen die baierische Landesherrschaft auszuräumen, will der Erzherzog gleich bei Kriegsbeginn ein Besitzergreifungspatent unterzeichnen und damit Tirol wieder mit Österreich vereinen. Damit wären die Tiroler keine baierischen Untertanen mehr, sondern Österreicher. Und



wer dann gegen die Bayern kämpft, wäre kein Aufständischer sondern ein Freiheitskämpfer. In der Folge wird die Erhebung Tirols ins Rollen gebracht. Es sind viele Gründe zusammengekommen, die den Aufstand der Tiroler gegen die bayerische Herrschaft letztlich auslösen. Keiner allein hätte ausgereicht: weder die Aufhebung der alten Verfassung noch die Überheblichkeit bayerischer Beamter, weder die drückende Steuerlast noch die religionspolitischen Maßnahmen; ja nicht einmal die verhasste Rekrutierung zum bayerischen Militär hätte unter anderen Umständen solche verheerende Folgen gezeigt. Ausschlaggebend war, dass die Tiroler unter Bayern keine Tiroler bleiben durften, sondern zu Südbayern gemacht wurden.

10. April 1809 – Die Nachricht vom Kriegsbeginn verbreitet sich in ganz Tirol

Tirol * Die Nachricht vom Kriegsbeginn und der Vormarsch der österreichischen Truppen verbreitet sich in ganz Tirol wie ein Lauffeuer. Auf Flugzetteln, die selbst in den hintersten Tälern kursieren, wird die Bevölkerung zu den Waffen gerufen. Eine starke bayerische Einheit greift das Dorf Axams zur Strafexpedition an. Die Bayern stoßen dabei auf bewaffneten Widerstand. Es fallen Schüsse, in denen der erste bayerische Soldat stirbt. Erzherzog Karl überschreitet in der Zwischenzeit mit der Hauptmacht der österreichischen Armee den Inn und marschiert in Richtung München.

12. April 1809 – In und um Innsbruck toben heftige Kämpfe

Innsbruck * In und um Innsbruck toben heftige Kämpfe. Um 5 Uhr früh greifen 6.000 Bauern die bayerischen Soldaten an. Innsbruck wird von den Tiroler „Aufständischen“ erobert. Die bayerischen Truppen werden gefangen genommen. Um 10 Uhr ist der Kampf beendet. Danach beginnen in der ganzen Stadt Plünderungen, die auch Judenfamilien einschließen, die kurz zuvor Kirchensilber ersteigert haben. Die Volkswut tobt.

Juni 1809 – Tirol wird seinem Schicksal überlassen

Tirol * Da Frankreich alle bayerischen Truppen bei Wien braucht, überlässt man Tirol zunächst seinem Schicksal. In Bayern werden Stimmen laut, die für eine friedliche Verständigung mit den Tirolern plädieren. Statt ein Volk mit Gewalt zu unterwerfen, solle man ihm lieber Zugeständnisse in wirtschaftlichen und religiösen Fragen machen.



11. November 1809 – Andreas Hofer bricht sein gegebenes Wort

Tirol * Andreas Hofer hat sich inzwischen in das Sandwirtshaus in Sankt Leonhard zurückgezogen. Wieder ändert er seine Meinung und bricht sein gegebenes Wort, indem er einen weiteren Kampfauftrag unterschreibt. „Wenn Wir nachgeben ist Glaube, Religion, Volk und alles hin. Wer widerstrebt, ist ein Feind Gottes und des Vaterlands.“

1810 – Joseph Sulzbeck und seine Kapelle

München * Drei weitere Musiker gesellen sich zu Joseph Sulzbeck hinzu. Es sind dies der Flötist Straubinger, der Violinspieler und Sänger Huber, genannt „Canape“, und der Harfenzupfer Bacherl. Ein Programm hat die erste Münchner Volkssängergruppe nicht. Ihre Mitglieder spielen und singen, was ihnen gerade einfällt oder was gefordert wird. Sie haben kein festes Engagement und leben alleine von den Trinkgeldern, die sie beim Einsammeln, beim „Schuberln“ oder „Abwackeln“ mit dem Teller, erhalten.

19. Februar 1810 – Andreas Hofer wird zum Tode verurteilt

Mantua * Trotz Bitten der Stadtbevölkerung von Mantua und der Interventionen des Vizekönigs Eugène Beauharnais sowie des baierischen Kronprinzen Ludwig I. wird Andreas Hofer auf persönliche Weisung Napoleon Bonapartes von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt.

August 1810 – Die neue Grenzziehung in Tirol ist abgeschlossen

Tirol * Der Aufstand der Tiroler und die zunächst vergeblichen Versuche Baierns, Tirol zurück zu erobern waren in den Augen Napoleon Bonapartes eine militärische Schande, die seinen Ruf als unbesiegbaren Feldherrn beschädigt hat. Das führt zu einer neuen Grenzziehung in Tirol. Bayern behält Nordtirol, den Vinschgau sowie das obere Eisack- und das Pustertal. Der südliche Teil geht an das Königreich Italien, Osttirol und Innichen werden zum Bestandteil der illyrischen Provinzen. Baierischen Berechnungen zufolge hatte Gesamt-Tirol im Jahr 1807 exakt 618.857 Einwohner. Etwa 289.000 davon lebten in „Welschtirol“, dem italienisch sprechenden Süden. Das Königreich Bayern muss also einen Bevölkerungsverlust von 300.000 Einwohnern verkraften. Doch nahezu gleichzeitig kann das Baiernland einen Zugewinn von rund 700.000 Einwohnern verzeichnen, nachdem sie die Herrschaft über Berchtesgaden, das Innviertel und Teile des



Hausruckviertels, aber auch über Bayreuth und Regensburg erlangt.

13. Oktober 1810 – Am Abend gibt es die bei Fürstenhochzeiten übliche Ausspeisung

München * An diesem Abend ist die bei Fürstenhochzeiten übliche Ausspeisung, die die Bevölkerung in großen Scharen herbeilockt. Es gibt dabei natürlich deutliche Unterschiede. Denn während „die angesehenen Bürger, d.h. welche zur Nationalgarde gehörten, [...] mit ihren Familien in vier großen Gasthäusern, bei 6.000 an der Zahl, auf königliche Kosten zum Tanz und Abendessen versammelt“ sind, hat man für „die herbeygeströmten Volkshaufen“ am Schrammelnplatz, dem heutigen Marienplatz, am Promenadeplatz, in der Neuhauser Gasse und am Anger „Tische und Bänke hergerichtet, wo man ihnen zu essen und trinken bot“. Aktenbelegen zufolge werden an diesem Abend 32.065 Laibln Semmelbrod, 3.992 Pfund Schweizerkäse über 80 Zentner gebratenes Schafffleisch, 8.120 Cervelat-Würste und 13.300 Paar geselchte Würste ausgegeben. Brauknechte verzapften rund 232 Hektoliter Bier. Aus sieben Fässern werden knapp vier Hektoliter österreichischer Weißwein ausgeschenkt. 150 Musikanten sorgen für Stimmung und in zwei Volkstheatern wurden Vorstellungen zu freiem Eintritt gegeben. Sogar die Münchner Gefängnisinsassen erhalten eine - von der Israelitischen Gemeinde finanzierte - Ausspeisung.

13. Oktober 1810 – Das einfache Volk und die bessere Gesellschaft feiern

München * Nicht das einfache Volk benimmt sich während der Hochzeitsparty in der Innenstadt schlecht, sondern die bessere Gesellschaft. Das belegt ein Geheimprotokoll des damaligen Vizedirektors der Münchner Polizei, Markus von Stetten. Im einfachen Volk kommt es weder zu Ausschreitungen noch zu Raufereien oder grobem Unfug. Er notiert lediglich: „[...] dem Bacchus und der Liebe wurde in der letzten Nacht treulich geopfert [...]“ und berichtet weiter von Bierleichen, die im Polizeigebäude gestapelt werden und auch am Abend des nächsten Tages ihren Rausch noch nicht ausgeschlafen haben. Von Stetten: „Doch dies gehört zu dem Ganzen und ist ein wesentlicher Teil eines Volksfestes.“ Er stoppt den Ausschank von Bier und Wein, als er merkt, dass die Menge auf den Festplätzen der Stadt nur noch lallt und wankt. Dann widmete sich der Polizeivize der Münchner Gesellschaft, die in der Hofoper feiert. Dort kommt es zu Schlachten am kalten Buffet, Herren in staatlichen Spitzenpositionen sitzen mit hochrotem Kopf inmitten von geleerten Flaschen. Ein Offizier schlägt eine Garderobenfrau nieder, ein Geheimer Rat gibt eine Portion Eis zurück, als er hört, dass er sie selbst bezahlen muss. Nach dem Fest wird ein Haufen Silber vermisst. Mehrere Besucher schickt man volltrunken aus der Oper, eine Dame bleibt bewusstlos auf der Straße liegen. „Ein Fall, der sich unter Frauen bei einem



Volksfeste nicht ereignete.“

17. Oktober 1810 – Das erste Oktoberfest beginnt mit einem Pferderennen

München * An diesem Mittwoch, es ist ein milder Herbsttag mit hellblauem Himmel, wird nochmals eine breite Bevölkerungsschicht in die Feierlichkeiten um die Kronprinzenhochzeit einbezogen, nachdem die zuvor abgehaltenen Opernaufführungen und Bälle nur einem kleinen ausgesuchten Kreis geladener Gäste vorbehalten waren. Diese Festveranstaltungen wurden vom Staat ausgerichtet und finanziert. Doch angesichts von Kriegszeiten und leeren Staatskassen hält sich der sonst bei Fürstenhochzeiten übliche Glanz und Glamour in Grenzen. Und da im Jahr 1808 die städtische Selbstverwaltung abgeschafft worden ist, verfügt München über kein Vermögen, aus dem sie einen eigenen Beitrag zu den Feierlichkeiten hätte leisten können. Dankbar überlässt man deshalb die Ausrichtung der Feier der gehobenen Bürgerschaft, die dazu in der Lage ist und die die eigentliche Volksbelustigung, ein als Huldigung gedachtes Pferderennen, das in der Tradition des Scharlachrennens steht, durchführen kann. Es ist der Kavallerie-Major der Nationalgarde 3. Klasse, der Bankier Andreas Michael Edler von Dall'Armi, der im Namen der Nationalgarde, also des Bürgermilitärs, ein Schreiben an den König richtet, in dem er bittet, eine solche Veranstaltung ausrichten zu dürfen. Das Pferderennen soll den Abschluss, aber zugleich auch den Höhepunkt der Feierlichkeiten um die Kronprinzenhochzeit bilden.

17. Oktober 1810 – 40.000 Zuschauer nehmen an der Volksbelustigung teil

München * Im Anschluss an die Messe im Bürgersaal versammeln sich die Kavallerie-Divisionen am Hofgarten, um sich im Abstand von einer Stunde in zwei Zügen auf den Weg zum Rennplatz zu machen. Beide Züge des Bürgermilitärs durchqueren dabei die Stadt in Nord-Süd-Richtung. Auf der Landstraße nach Sendling nehmen sie eine Abzweigung, um auf die Festwiese zu gelangen. Dort, am Fuße des Sendlinger Berges, befindet sich der Königliche Pavillon, bei dem Gardisten eine Ehrenwache halten. Der Pavillon ist das ursprünglich hellgrüne, circa 67 Meter lange Audienzelt des türkischen Großwesirs, das Kurfürst Max Emanuel im Jahr 1683, bei der Befreiung Wiens, eroberte hat. Der von türkischer Musik angeführte zweite Zug der Nationalgarde begleitet die Rennpferde und die Preisfahnen zur Rennwiese. Auf dem Sendlinger Berg, der Landsberger Straße und am Filserbräukeller sind Zelte und Bänke aufgestellt worden. Nach Andreas von Dall'Armi kommen rund 40.000 Zuschauer aus allen Volksschichten zum Sendlinger Berg, der späteren Schwanthaler Höhe, und säumen die unterhalb der Anhöhe bis nahe an die Stadtgrenze sich ausbreitende Festwiese.



17. Oktober 1810 – Kinder in Landestracht überbringen die Huldigungsgrüße des Volkes

München-Theresienwiese * Nachdem die königliche Familie endlich eingetroffen ist und im Königspavillon Platz genommen hat, gratuliert eine Gruppe von „Kindern im Nationalkostüme“ dem Kronprinzenpaar. Die Kinder, allesamt Töchter und Söhne von Angehörigen der k.b. Kavallerie Division, überbringen in verschiedenen Landestrachten gekleidet, stellvertretend für die bayerische Nation, der Königsfamilie die Huldigungsgrüße des Volkes.

17. Oktober 1810 – Zum Andenken heißt der Platz der Feier Theresens Wiese

München * Am Abend gibt der Organisator der Volksbelustigung, Andreas von Dall'Armi, bekannt, dass König Max I. Joseph einverstanden ist, dass „die Wiese, worauf das erste bayerische Nationalfest gefeiert worden, zum bleibenden Andenken Theresens Wiese“ genannt werden darf. Den Wunsch gewährt der König herzlich gerne, da es ihm ja nichts kostet.

November 1810 – Vereinbarung für ein jährliches Münchner Oktoberfest

München * Zwischen den Gründern und Veranstaltern des ersten Münchner Oktoberfestes und dem Generalkomitee des landwirtschaftlichen Vereins wird eine Vereinbarung getroffen, „wonach die Volksfeier in der Maximilianswoche [12. Oktober] fortan jährlich als gemeinsames Fest begangen“ werden soll - unter Einbeziehung landwirtschaftsbezogener Aktivitäten. Bis 1818 organisiert der Landwirtschaftliche Verein das Gesamtfest: Pferderennen und Landwirtschaftliche Präsentation.

3. November 1810 – Eine Verordnung über die neuen Posttarife

München * Eine Verordnung über die neuen Posttarife bringt keine wesentlichen Fortschritte gegenüber dem alten System. Die Berechnung der Brieffaxe erfolgt nach dem Gewicht des Briefes und der Entfernung des Bestimmungsortes. Der billigste Brief kostet drei Kreuzer. Er darf nicht mehr wiegen als ein halbes bayerisches Lot [8,75 Gramm] und der Bestimmungsort darf nicht weiter als sechs Meilen entfernt sein. Für den Briefe schreibenden „Untertanen“ bedeutet die Übernahme der Posthoheit durch die souverän gewordenen Einzelstaaten einen Rückschritt gegenüber dem unter dem Schutz des Reiches entwickelten europäischen System der Thurn und Taxis, da es auf der Grundfläche des aufgelösten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nun nicht weniger als 43 verschiedene Postanstalten gibt. Da auch auf dem Wiener



Kongress nichts für die Wiederherstellung der Posteinheit und die Verbesserung der Postbedingungen unternommen worden war, muss jedes Land seine Postangelegenheiten in eigener Zuständigkeit ordnen. Den Vorschlag Bayerns, zumindest das Portosystem für das Gebiet des Deutschen Bundes zu vereinheitlichen und das Porto - nach bayerischem Muster - zu verbilligen, lehnen die anderen Länder aber kategorisch ab. Im Königreich Bayern, in dem zahlreiche fränkische und schwäbische ehemalige reichsunmittelbare Gebiete aufgegangen sind, kommt der Post eine wichtige Rolle bei der Aufgabe zu, die neubayerische Bevölkerung zu integrieren. Ein funktionierendes Post- und Verkehrswesen ist dabei ein wichtiges Mittel der bayerischen Regierungspolitik. Es sollen damit die Vorteile des neuen und größeren Wirtschaftsraumes demonstriert werden und den vom neuen Staatsverband eher weniger begeisterten Neubürgern das Königreich attraktiver machen.

3. März 1811 – Johann Weinmüllers Theater brennt ab

München-Angerviertel * Das provisorische Theater des Johann Weinmüller vor dem Isartor brennt ab. Der Hoftheater-Intendant Carl August Delamotte schlägt daraufhin dem Bayernkönig Max I. Joseph die Errichtung eines königlichen Nebentheaters vor. Aus diesem wird das „Königliche Vorstadttheater am Isartor“ hervorgehen.

20. März 1811 – Die Weinmüller-Schauspieltruppe wird der Hoftheater-Intendanz unterstellt

München * König Max I. Joseph lässt die arbeitslos gewordene Weinmüller-Schauspieltruppe der Hoftheater-Intendanz unterstellen. Die Hofmusik-Intendanz wird angewiesen, dem Vorstadt-Theater seine Schauspieler und Dekorationen zur Verfügung zu stellen. Das Unternehmen muss sich finanziell selbst tragen und sich „keines Zuschusses aus unserer Staatscassa zu erfreuen haben“. Damit hat der König zwei Ziele erreicht. Er will einerseits ein etabliertes Theater für die mittleren Einkommensschichten schaffen und andererseits die bisher frei agierende Bühne unter die Kontrolle und Einflussnahme des Hofes zu stellen.

15. April 1811 – Weinmüllers Theaterbetrieb im Herzoggarten des Clemensschlosses

München-Maxvorstadt * Johann Weinmüller, inzwischen zum königlichen Regisseur befördert, kann seinen Theaterbetrieb im Herzoggarten des Clemensschlosses, auf dem Gelände des heutigen Justizpalastes, eröffnen. König Max I. Joseph hat dieses Weinmüller als



Übergangslösung zur Verfügung gestellt.

30. August 1811 – Genehmigung zum Bau des Volkstheaters am Isartor

München * König Max I. Joseph genehmigt das Projekt eines Volkstheaters am Isartor und stellt dafür eine Summe vom 30.000 Gulden zur Verfügung. Dadurch kann er einerseits gerade den Zuschauern aus den unteren Einkommensschichten ihr privates Vergnügen erhalten und gleichzeitig in die Programmgestaltung steuernd und kontrollierend eingreifen.

26. Oktober 1811 – Grundsteinlegung für das Hof- und Nationaltheater

München-Graggenau * Kronprinz Ludwig legte den Grundstein zum Hof- und Nationaltheater.

10. März 1812 – Die Arbeiten am Theaterbau vor dem Isartor beginnen

München-Angerviertel * Die Arbeiten am Theaterbau vor dem Isartor nach Plänen von Emanuel Joseph d'Herigoyen und Ludwig von Sckell beginnen.

Oktober 1812 – Erstmals wird der Begriff Central-Landwirtschaftsfest gebraucht

München-Theresienwiese * Das Volksfest auf der Theresienwiese wird als Central-Landwirtschafts- oder Oktoberfest bezeichnet. Für die landwirtschaftlich ausgerichteten Programmpunkte des Oktober-Festes wird erstmals der Begriff Central-Landwirtschaftsfest gebraucht. Es gibt ein Pferderennen und einen Nutzviehmarkt. Die preisgekrönten Tiere werden auf der Wiese vor dem Königszelt im Beisein von König Max I. Joseph prämiert und ausgezeichnet.

10. Oktober 1812 – Das Königliche Theater am Isartor wird eröffnet

München-Angerviertel * Das Königliche Theater am Isartor wird nach rekordverdächtiger Bauzeit eröffnet. Es fasst 1.200 Personen und verfügt über eine geräumige Bühne. Die Konzeption des Grundrisses des neuen Vorstadttheaters ging auf das Pariser Odeon zurück. Zur



Theaterpremiere führt das Weinmüller-Ensemble ein historisch-musikalisches Drama auf, bei dem 105 Personen auf der Bühne stehen. Es wird zugunsten jener Familien aufgeführt, deren Angehörige beim Einsturz der Isarbrücke am 13. September 1813 verunglückten oder ums Leben kamen.

November 1812 – Das Vorstadttheater am Isartor ist Königs Liebling

München-Angerviertel * Das neue „Königliche Vorstadttheater am Isartor“ spielt mit noch größerem Erfolg als zuvor, und wird dadurch zum Schoßkind des Königpaares, die es als das „lustigste, eigentümlichste Theater der Welt“ bezeichnet. Es zählt zu den ersten Theaterbauten Deutschlands, die losgelöst von höfischer Kultur für ein breites bürgerliches Publikum errichtet wurden. Die Schauspieler der Weinmüller-Truppe dürfen sogar im Cuvilliés-Theater aushelfen.

1813 – Aus dem Lustigen Dörfel wird der Prater

München-Lehel * Nachdem Anton Gruber ein Karoussel und eine Schaukel aufstellt, wird aus dem Lustigen Dörfel der Prater. Der Gastwirt Anton Gruber ist ein Vollprofi in Sachen Volksbelustigung.

3. Oktober 1813 – Bayern tritt auf die Seite der Verbündeten Russland, Preußen und Österreich

Ried * Mit dem Vertrag von Ried tritt Bayern noch vor der Leipziger Völkerschlacht auf die Seite der Verbündeten Russland, Preußen und Österreich. Dem bayerischen König sind darin der derzeitige Besitzstand und die volle Souveränität über alle seine Gebiete zugesichert worden.

16. Oktober 1813 – Die Völkerschlacht bei Leipzig beginnt

Leipzig * Die Völkerschlacht bei Leipzig beginnt als Entscheidungsschlacht der Befreiungskriege gegen Napoleon. Sie dauert bis zum 19. Oktober 1813. Dabei kämpfen die Truppen der Verbündeten Österreich, Preußen, Russland, Schweden und Bayern gegen die französischen Truppen. Die Verbündeten bringen Napoleon Bonaparte die entscheidende Niederlage bei, die ihn zwingt, sich mit der verbliebenen Restarmee und ohne Verbündete aus Deutschland zurückzuziehen. In dieser wahrscheinlich größten Schlacht der Weltgeschichte werden von den



rund 600.000 beteiligten Soldaten 92.000 getötet oder verwundet.

18. Oktober 1813 – Die entscheidende Schlacht bei Leipzig

Leipzig * Die entscheidende Schlacht der Völkerschlacht bei Leipzig wird geschlagen. Die französischen Truppen können der Übermacht der Verbündeten nicht mehr standhalten und müssen sich in die Stadt zurückziehen.

19. Oktober 1813 – Die französischen Truppen müssen Leipzig räumen

Leipzig • Die französischen Truppen unter Napoleon Bonaparte müssen Leipzig räumen. Die dreitägige Schlacht hatte schwere Verluste gefordert. Viele Franzosen kommen auch auf der Flucht ums Leben, andere müssen sich in Kriegsgefangenschaft begeben.

1. Dezember 1813 – Die Außenmauern am Nationaltheater stehen

München-Graggenau * Beim Bau zum Hof- und Nationaltheater werden die Außenmauern fertiggestellt.

30. Mai 1814 – Die Befreiungskriege sind beendet

Paris * Mit dem Ersten Frieden von Paris werden die napoleonischen Befreiungskriege beendet. Es ist ein Versöhnungsfrieden, der Frankreich als Großmacht in den Grenzen von 1792 bestehen lässt. Das Land erhält sogar besetzte Kolonien und Handelsniederlassungen zurück. Der Erste Pariser Frieden legt in einer völkerrechtlich verbindlichen Formel fest: „Die Staaten Deutschlands werden unabhängig und durch ein föderatives Band vereinigt sein.“ Damit ist die Restauration der vorrevolutionären Verhältnisse des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation ebenso ausgeschlossen, wie die Gründung eines deutschen Einheitsstaates. Durch die von Napoleon initiierte große Flurbereinigung der deutschen Landkarte ist die Zahl der deutschen Staaten auf ein überschaubares Maß reduziert worden. Das hat jedoch an den zum Teil enormen Größenunterschieden nichts geändert. Durch die erheblich vergrößerten süddeutschen Mittelstaaten Bayern, Württemberg, Baden und anderer war ein neuer Machtfaktor entstanden. Die Neuordnung erfolgt freilich unter den Eindrücken der bürgerlichen Reformprojekte der Französischen Revolution, die bereits zuvor in den deutschen Einzelstaaten Resonanz gefunden



und dort manche Impulse zur Modernisierung der Staats- und der Gesellschaftsordnung ausgelöst hat.

9. März 1815 – Kronprinz Ludwigs liberale Verfassungsvorstellungen

München * Kronprinz Ludwig I. gibt in einer von seinem Vater Max I. Joseph angeforderten Stellungnahme zum Verfassungsentwurf eine sehr detaillierte und bemerkenswerte Denkschrift ab, in der der liberal auftretende Ludwig für eine Beschneidung der Kronrechte und für eine Volksrepräsentation mit weitreichenden Kompetenzen plädiert. In der Konzeption der Gewissens- und Pressefreiheit geht der Kronprinz sogar weit über den Entwurf der Kommission hinaus.

Juni 1815 – Die Zeit des Biedermeier

Deutscher Bund * Die Zeitspanne vom Ende des Wiener Kongresses [1815] bis zum Beginn der bürgerlichen Revolution [1848] in den Ländern des Deutschen Bundes wird als Biedermeier bezeichnet. In dieser Zeit wird ein großer Teil der Bevölkerung daran gehindert, einen eigenen Hausstand zu gründen und zu heiraten. Als besonders streng gelten die Vorschriften im rechtsrheinischen Königreich Baiern. Noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ist die Eheschließung in Bayern an eine obrigkeitliche Genehmigung gebunden.

September 1816 – Es kommt zu einer fünffachen Brotverteuerung

Königreich Baiern * Es kommt aufgrund des Vulkanausbruchs in Indonesien und der damit verbundenen Klimaverschlechterung zu einer fünffachen Brotverteuerung. Und da siebzig Prozent der Ernährung aus Getreideproduktion besteht, kann der Bedarf an Grundnahrungsmitteln für rund achtzig Prozent der Bevölkerung nicht mehr gedeckt werden.

1818 – Ein nicht immer spannungsfreies Zusammenleben

Ramersdorf - Haidhausen * Das Verhältnis zwischen den Bewohnern der Ramersdorfer Lützen und der eher bäuerlich strukturierten Bevölkerung in Ramersdorf gestaltet sich nicht immer spannungsfrei. Jedenfalls begehren die Haidhauser und später die Münchner dieses Gebiet, auch deshalb, weil die Grenzziehung zwischen den Gemeinden immer etwas verworren ist.



Diese Ungereimtheiten gehen auf die Bildung der bürgerlichen Gemeinde Ramersdorf zurück. Damals nimmt man keine Rücksicht auf die Grenzen der bereits bestehenden Steuerdistrikte. Deshalb kommen die Ramersdorfer Lüften zum Steuerdistrikt Haidhausen.

26. Mai 1818 – Das Königreich Baiern gibt sich eine konstitutionelle Verfassung

München * Das Königreich Baiern gibt sich eine konstitutionelle Verfassung. Baiern ist damit unter den großen deutschen Staaten der erste Verfassungsstaat. Baden erreicht diesen Status drei Monate und Württemberg ein Jahre später. Der König vereinigt alle Rechte der Staatsgewalt in seiner Person, unterliegt aber in der Ausübung seiner Rechte einigen Beschränkungen. Es gibt ein Zweikammersystem. Die Erste Kammer sind die Reichsräte, die Zweite Kammer setzt sich zusammen zu je einem Achtel aus adeligen Gutsbesitzern und Geistlichen, ein Viertel kommt von Städten und Märkten, die restliche Hälfte sind Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit. Es gibt eine Legislaturperiode und außerdem werden die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung gewählt. Dennoch ist der Weg zu demokratischen Strukturen noch sehr, sehr weit! Die adeligen Gutsbesitzer stellen ein Achtel, die katholischen und evangelischen Geistlichen ebenfalls ein Achtel, die Städte, Märkte und Gemeinden ein Viertel und die übrigen Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit die Hälfte. Dazu kommen zusätzlich drei Vertreter der Universitäten. Es gibt keinen Parlamentarismus, die Mehrheitsverhältnisse in der Abgeordnetenversammlung haben keinen Einfluss auf die Arbeit des Ministerrats, die Abgeordneten haben kein Initiativrecht, dürfen also selbst keine Gesetzentwürfe einbringen und dürfen nicht über ihren Zusammentritt selbstständig entscheiden. Im Vergleich zu den Vorgaben der Deutschen Bundesakte ist die Bayerische Verfassung jedoch sehr modern ausgefallen. Sie legt das Fundament für das System einer konstitutionellen Monarchie. Erneut ist das neue Staatsgrundgesetz aber keine Vertragskonstruktion zwischen dem Fürsten und dem Volk, sondern ein einseitiger verfassungsgebender Akt des Königs. Man nennt das auch eine oktroyierte Verfassung, die vom König in freier Selbstbeschränkung erlassen wird und somit nicht das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen Fürst und Volksvertretung darstellt. Im Gegenteil, der Bayernkönig begründet seine Herrschermacht mit der Verfassung nicht, sondern unterwirft sich vielmehr nur in bestimmten Punkten seinen selbst erlassenen Beschränkungen.

November 1818 – Eine steinerne Isarbrücke wird geplant

München * Die Diskussionen um eine neue Steinbrücke über die Äußere Isar mit fünf Bögen entstehen, deren Fahrbahnbreite 8,17 Meter betragen soll, nehmen Fahrt auf. Zur Finanzierung wird die biertrinkende Bevölkerung durch die Erhöhung des Bierpreises um einen



Pfennig je Mass herangezogen.

1820 – Der Masskrug setzt sich durch

Königreich Bayern * Mit der Vereinheitlichung der bayerischen Mass verbreitet sich im ganzen Königreich ein entsprechendes Trinkgefäß. Der meist zylindrische Steinzeugkrug besitzt einen Henkel, eine eingezogene Trinklippe und häufig einen Zinndeckel. Sein Inhalt entspricht der bayerischen Maß von rund 1,069 Litern. Daneben kommt ein wesentlich einfacher hergestellter Krug in Gebrauch: der sogenannte Keferloher. Ursprünglich handelt es sich um einen handgedrehten, dünnwandigen Tonkrug, den Hafner aus regionalem Lehm fertigen. Er wird nur einmal gebrannt und lediglich innen sowie am Trinkrand glasiert. Weil er schnell und preiswert hergestellt werden kann, dient er bei Märkten und Volksfesten vielfach als einfaches Gebrauchs- und Wegwerfgefäß. Seine poröse, unglasierte Außenwand nimmt Feuchtigkeit auf. Verdunstet diese an der Luft, entzieht sie dem Gefäß Wärme und hält das Bier länger kühl. Allerdings ist der ursprüngliche Keferloher weniger stabil als die aufwendiger gefertigten Steinzeugkrüge und zerbricht vergleichsweise leicht. Seinen Namen erhält der Krug vom traditionsreichen Markt in Keferloh östlich von München, auf dem er in großer Zahl verwendet wird. Später überträgt sich die Bezeichnung „Keferloher“ auch auf stabilere, salzglasierte Steinzeugkrüge. Dadurch bezeichnet der Name heute unterschiedliche historische Krugformen. Der schlichte graue Krug entwickelt sich schließlich zu einem Sinnbild der bayerischen Bierkultur.

1820 – „Hier will das Volk gesehen, gefallen und bewundert werden“

München-Englischer Garten * Friedrich Ludwig von Sckell schreibt über den Englischen Garten: „Hier will das Volk gesehen, gefallen und bewundert werden, alle Stände müssen sich also da versammeln und in langen bunten Reihen bewegen und die frohe Jugend unter ihnen hüpfen können“.

31. Dezember 1820 – In Bayern leben 3.700.000 Menschen

Königreich Baiern * In Bayern leben 3.700.000 Menschen, wovon 3 Millionen oder 81 Prozent auf die landwirtschaftliche Bevölkerung entfallen, die auf 680.000 land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aufgeteilt sind.



März 1821 – Der griechische Unabhängigkeitskrieg beginnt

Griechenland * Unter dem Kommando des Fürsten Alexandros Ypsilantis beginnen die Griechen im offenen Aufstand für ihre Freiheit und Selbstständigkeit zu kämpfen. Da aber die von Russland erwartete Unterstützung in diesem Unabhängigkeitskrieg nicht erfolgt, wird die „Heilige Schar“ unter Alexandros Ypsilantis innerhalb von nur drei Monaten vollkommen aufgerieben. Es kommt in der Folge zu grausamen Massakern unter der griechischen Bevölkerung. Mit Beginn des Unabhängigkeitskrieges gründen sich in ganz Westeuropa Vereinigungen von Philhellenen (das bedeutet Griechenfreunde), die in der Öffentlichkeit für die griechische Sache werben, diese mit Geldspenden unterstützen und sich auch selbst in die Kampfhandlungen einmischen. Zu diesen Philhellenen zählt sich auch Ludwig I.. Der Bayernkönig unterstützt - leidenschaftlich und mit viel romantischem Pathos versehen - die griechischen Patrioten in ihrem Freiheitskampf. Die Griechen kämpfen einen Guerillakrieg. Die griechischen Freiheitskämpfer werden von einem „Kapetánii“ angeführt und bezeichnen sich selbst als „Klephte“, was eigentlich Dieb oder Räuber bedeutet, oder als „Pallikare“, was junger Mann oder Held heißt. In der Zeit des Unabhängigkeitskrieges sind unter diesen Bezeichnungen aber immer Freiheitskämpfer gemeint.

1822 – Der Münchner Bierpfennig

München-Graggenau * Die Münchner Obrigkeit erkennt, dass sich das in der Stadt gebraute Bier zugunsten der kommunalen Finanzen besteuern lässt. Sie führt deshalb den sogenannten Lokalmalzauzuschlag ein, der im Volksmund bald als „Bierpfennig“ bezeichnet wird. Für die Stadtverwaltung entwickelt sich diese Abgabe zu einer äußerst einträglichen Einnahmequelle.

1822 – Bernbrunn bringt den Staberl auf die Bühne

München-Angerviertel * Der aus dem Weinmüller-Ensemble Schauspieler Carl Andreas von Bernbrunn, ein Darsteller aus Wien, übernimmt das Königliche Theater am Isartor. Der aus der österreichischen Hauptstadt kommende Akteur bringt den Wiener „Staberl“ auf die Bühne.

Der „Staberl“ ist in den Alt-Wiener Volkstheatern eine lustige Person, gekleidet mit einem roten Rock, grauem Hut, blaue Weste, Schnürstiefel á la Tyrolienne und mit einem dünnen, wegstehenden Zopf. Ursprünglich ist der „Staberl“ ein Wiener Bürger des Mittelstands mit dem Beruf eines Parapluimachers [= Schirmmacher], der sich in fremdartigen Verhältnissen ungelenk benimmt, sich aber durch Mutterwitz immer zu helfen weiß. Er wird folgendermaßen beschrieben: Er sei ein „lockerer Zeisig, der überall zu Hause ist und Dummheit mit Verschmitztheit vereint“.



Theaterstücke mit dieser Figur im Zentrum nannte man „Staberliaden“. Staberl ist auch mit den Darstellern Johann Nestroy und vor allem mit Carl Andreas von Bernbrunn, dem späteren Carl Carl verbunden, der schon in seiner Münchner Zeit Stücke für den „Staberl“ schreibt.

31. Dezember 1822 – 798 Familien bevölkern die Hofmark Haidhausen

Haidhausen * 798 Familien, das entspricht rund 4.000 Menschen, bevölkern die Hofmark Haidhausen.

14. Januar 1823 – Das Nationaltheater-Ensemble siedelt ins Isartor-Theater um

München-Graggenau - Angerviertel * Da das Königliche Hof- und Nationaltheater ein Opfer der Flammen wurde, siedelte das dortige Ensemble in das Theater am Isartor um, weshalb der Theaterdirektor Carl Andreas von Bernbrunn mit seiner Schauspielertruppe auf Tournee gehen musste.

Oktober 1824 – Innerhalb der Pferderennbahn befindet sich der Wirtsbudenring

München-Theresienwiese * Innerhalb der Pferderennbahn befindet sich der Wirtsbudenring. Die sie betreibenden Bierwirte und Brauereien sorgen mit Kegelbahnen und Kletterbäumen für Unterhaltung und Volksbelustigung.

1825 – Bevölkerungsvermehrung und Gewerbeverfassung angestrebt

Königreich Baiern * Eine seit Jahren anhaltende Diskussion über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Finanzen und damit einer Abwehr eines Staatsbankrotts sowie die Anhebung des allgemeinen Wohlstands führen zum Wunsch nach einer Vermehrung der Bevölkerungszahl und der Liberalisierung der Gewerbeverfassung.

1825 – Gründe für den Mangel an Bevölkerung

Königreich Baiern * Als Gründe für den Mangel an Bevölkerung sieht man in den Kriegsverlusten, der mangelnden Freizügigkeit, in dem zur Ehelosigkeit zwingenden



Militärstand, in der großen Anzahl der Geistlichen, in den Eheverboten für untergeordnete öffentliche Bedienstete, in dem Luxusbedürfnis, das einer Eheschließung entgegen steht, in der Unteilbarkeit der Bauerngüter und in der Erschwerung der Ansässigmachung und Verehelichung.

1825 – Die Themen Ansässigmachung und Verehelichung im Landtag

München-Kreuzviertel - Königreich Baiern * Die Ständeversammlung befasst sich mit den Themen Ansässigmachung und Verehelichung. Man verweist auf England und Holland, wo der Wohlstand auf einer zahlreichen und gewerbefleißigen Bevölkerung basiert. Dagegen hindern im Königreich Baiern die „Erschwerung der Heiraten und Ansässigmachungen [...] ein unserem dürrtigen Boden und seiner großen Oberfläche angemessenes Wachstum der Bevölkerung und beraubten uns dadurch gerade der Entwicklung jener kostbaren Kräfte, durch deren fruchtbare Produktion der innere Wohlstand am segensreichsten gedeiht und die Gewichtigkeit eines Staates am sichersten emporsteigt“. Bedenken, dass die wachsende Bevölkerung nicht ernährt werden könne, zerstreut der Abgeordnete Jakobi mit Hunden in der Landeshauptstadt: „In München werden viele Tausend unnütze Hunde gehalten, die besser genährt und gefüttert werden oft als Tausende von Menschen“.

2. Januar 1825 – Das Kgl. Hof- und Nationaltheater wird wiedereröffnet

München-Graggenau * Das vom Brand zerstörte Kgl. Hof- und Nationaltheater wird nach dem Wiederaufbau mit einem Prolog, einem bayerischen Volkslied und dem Ballett „Aschenbrödel“ eröffnet. Die einzige bedeutende Veränderung am Theaterbau ist der Giebel, mit dem Leo von Klenze das Walmdach von Carl von Fischer ersetzt hat.

11. September 1825 – Die Ständeversammlung verabschiedet drei Sozialgesetze

München-Kreuzviertel - Königreich Baiern * Die Ständeversammlung verabschiedet drei Gesetze, die als die ersten von einer bayerischen Volksvertretung verabschiedeten Sozialgesetze angesehen werden: Das Gesetz über die Heimat, das Gesetz über die Ansässigmachung und Verehelichung und das Gesetz über das Gewerbewesen.



11. September 1825 – Das Gesetz über die Ansässigmachung und Verehelichung

München-Kreuzviertel - Königreich Baiern * Mit dem Gesetz über die Ansässigmachung und Verehelichung verfolgt der Staat vier Ziele: Vermehrung der Bevölkerung, Hebung des allgemeinen Wohlstands, Verbesserung der Sittlichkeit und Verringerung der Zahl der unehelichen Kinder. Ansässigmachung ist ein Rechtsverhältnis, das zwischen einem (männlichen) Individuum und einer Gemeinde begründet wird. Voraussetzung für die Ansässigmachung ist der Besitz eines Grundvermögens, der Besitz eines realen, radizierten oder konzessionspflichtigen Gewerbes oder die definitive Einstellung in einem öffentlichen Amt des Staates, der Kirche oder einer Gemeinde oder ein anderweitig gesicherter Nahrungsstand. Die Erfüllung der Bestimmungen des Militärkonskriptionsgesetzes, ein guter Leumund und den vorschriftsmäßigen Besuch des Schul- und Religionsunterrichts. Der Ansässigmachungstitel beinhaltet die Erlaubnis zur Verehelichung. Bei Wiederverehehlichung oder wenn zwischen Ansässigmachung und dem Heiratsgesuch ein längerer Zeitraum verstrichen ist, wird überprüft, ob die Voraussetzungen für die erteilte Ansässigmachung noch gegeben sind. So ist es möglich, auch einen Ansässigen Bewerber die Heiratserlaubnis zu verweigern.

27. Oktober 1826 – Der ledigen Wirtstochter von Thalham das Haberfeld getrieben

Thalham * In der Nacht vom 27. zum 28. Oktober 1826 wird der ledigen Wirtstochter von Thalham, der Theresia Kirchberger, das „Haberfeld getrieben“. Durch einen glücklichen Umstand wird dieses Treiben von einem Redakteur der Münchner Zeitung „Der Bayerische Volksfreund“ mit verfolgt, sodass sich sogar einige Habererverse überliefert haben;

20. Dezember 1827 – Wieder keine Hinweise auf die Haberfeldtreiber

Großprienzenau * In der Nacht vom 20. auf den 21. Dezember 1827 wird dann noch der 18-jährigen Tochter vom Seltenschmied, Ursula Menhofer, das Haberfeld getrieben. Da auch nach diesem Treiben die Bevölkerung verschwiegen bleibt, bringen die eingeleiteten Ermittlungen wieder keinerlei Hinweise auf die Täter. In seiner Ohnmacht schlägt der Landrichter der Regierung von Oberbayern vor, künftig jede Gemeinde, „in welcher sich solche Ruhestörung ereignet, in eine ergiebige Geldstrafe nebst Bezahlung der Untersuchungskosten [zu] verurteilen“.



1830 – Das Jodeln wird in den Vorstadt-Theatern sozusagen erfunden

München - Wien * Das Jodeln wird in den Vorstadt-Theatern in Wien und München erfunden. Freilich hat das Jodeln eine alpenländische Tradition, deren Ursprünge auf vorhistorische Zeiten zurückreichen. In allen gebirgigen und unwegsamen Regionen der Welt gibt es verschiedene Techniken, um mit Rufen weite Distanzen akustisch zu überbrücken. Jodelnd verständigten sich Hirten und Sammler, Waldarbeiter und Köhler. Nicht nur in den Alpen wurde von Alm zu Alm mit „Almschrei“ (Almschroa) oder „Juchzer“ (Juchetzer, Jugitzer, Juschroa) kommuniziert oder auch das Vieh mit einem „Jodler“ (Viehruf) angelockt. Dennoch wird das Jodeln erst als Unterhaltungseinlage in den Vorstadttheatern und Singspielhallen populär gemacht. Erst von dort aus kommt es von gastierenden Künstlern aufs Land.

1. Mai 1830 – Das Schweiger-Theater hinterm Gasthof zum Kaisergarten

Vorstadt Au * Josef Schweiger tritt mit seinem Ensemble in seinem Theaterbau im Garten des Gasthauses zum Kaisergarten in der Vorstadt Au, in der heutigen Lilienstraße 42, auf. Die Spielzeiten des Schweigerischen Volkstheaters in der Vorstadt Au dauert von Ende April bis Ende September. Täglich finden zwei Aufführungen statt. Josef Schweigers Holztheater bietet Platz für bis zu 500 Zuschauer. Der billigste Platz kostet 6 Kreuzer, was dem Preis einer Maß dunklen Bieres entspricht. Dies können sich auch die weniger bemittelten Theaterbesucher leisten. Da man der Schweigerbühne eine „Sitten zerrüttende Wirkung auf das Publikum“ nachsagt, lebt Josef Schweiger in ständigem Kampf um die Theaterkonzession.

28. Januar 1831 – König Ludwig I. erlässt eine Pressezensur

München * König Ludwig I. schränkt die Pressefreiheit durch starke Zensurbestimmungen für die innenpolitische Berichterstattung in der Tages- und Wochenpresse ein. Zuvor hatte er drei aus dem Ausland stammende Publizisten des Landes verweisen lassen. Die Maßnahmen führen zu einer politischen Entrüstung der liberal eingestellten Bevölkerung, die in der Pressefreiheit ein extrem schützenswertes Gut sieht.

1832 – Bier als politischer Zündstoff

Paris * In dem Jahr, in dem in der Pfalz das Hambacher Fest stattfindet, beschreibt eine Pariser Zeitung die politische Haltung der Bayern mit einem Seitenhieb auf ihre Liebe zum Bier: „Die



Bayern sind ein derbes, aber gutmütiges Volk. Sie ließen eher Holz auf sich spalten, als dass sie zu einem Aufstand zu bringen wären. Doch man nehme oder verkümmere ihnen ihr Bier, und sie werden wilder revolutionieren als irgendein Volk.“

1832 – Kronprinz Max II. und das Maximilianeum

München-Haidhausen * Die Wurzeln für das Maximilianeum gehen auf den damals 21-jährigen Kronprinzen Max II. zurück, der ab diesem Jahr die Idee einer „Akropole zur Hebung des monarchischen nationalen Volksgeistes“ verfolgt. Er beabsichtigt, „auf der Isaranhöhe einen großen Nationalbau, einen Park, eventuell sogar einen neuen Stadtteil anzulegen“. Das bedeutet aber noch nicht den Standort des heutigen Maximilianeums.

1832 – Der Anstoß für die 1.664 Meter lange Maximilianstraße

München * Der 21-jährige bayerische Kronprinz Max II. hat die Idee einer Akropole zur „Hebung des monarchischen nationalen Volksgeistes“ und beabsichtigt, „auf der Isaranhöhe einen großen Nationalbau, einen Park, eventuell sogar einen neuen Stadtteil anzulegen“. Das ist der Anstoß für die 1.664 Meter lange Maximilianstraße.

19. April 1832 – Erste vorsorgliche Hinweise über die Cholera

München * Das Bayerische Innenministerium befasst sich mit der Cholera und gibt erste vorsorgliche Hinweise an die Bevölkerung.

20. April 1832 – Einladung für ein Volksfest auf dem Hambacher Schloss

Neustadt * 32 Neustadter Bürger laden zu einem Volksfest ein, das der „politischen Diskussion über die Gestaltung eines demokratischen Nationalstaats und über die Mittel zu seiner Durchsetzung“ gewidmet ist. Der Kreis der Einladenden für das „Volksfest auf dem Hambacher Schloss“ setzt sich überwiegend aus wohlhabenden Geschäftsleuten und Gutsbesitzern zusammen. Als äußeres Zeichen dafür, dass das Fest einem künftigen und nicht bereits erreichten politischen Ziel gilt, wird es vom bayerischen Verfassungstag am 26. auf den 27. Mai verschoben. Das ist zudem ein Sonntag und damit für die arbeitende Bevölkerung ein wesentlich günstigerer Termin. Ausdrücklich werden auch die Frauen zu



dieser politischen Versammlung aufgerufen.

29. April 1832 – Zeitungsartikel und Flugblätter laden zum Hambacher Fest ein

Hambach * Der Festausschuss für das Volksfest auf dem Hambacher Schloss veröffentlicht Zeitungsartikel und Flugblätter für das Hambacher Fest am 27. Mai 1832.

27. Mai 1832 – Kritische Töne auf dem Hambacher Fest gegen die Regierung

Hambach * Auf dem Hambacher Fest demonstrieren rund 30.000 Menschen aus Süddeutschland in den Farben Schwarz-Rot-Gold für die Einheit Deutschlands, für eine föderative deutsche Republik und für eine Allianz der demokratischen Bewegungen Europas. Offenbar sind viele Frauen dem Aufruf gefolgt, der sich ja auch ausdrücklich an die „deutschen Frauen und Jungfrauen“ gewendet hat, „deren politische Missachtung in der europäischen Ordnung ein Fehler [...] ist“. Die Festteilnehmer tragen Fahnen mit politischen Aufschriften mit, die auf die Themen der Veranstaltung aufmerksam machen. In mehr als zwanzig Reden beschreibt man die augenblickliche politische Lage und beschreibt - in einer heute ungewohnt pathetischen Sprache - die künftige Gestaltung Deutschlands. Die Forderung nach Einheit meint die staatliche Einheit der deutschen Kulturnation, die auf der gemeinsamen Sprache und der gemeinsamen historischen Vergangenheit beruht. Die Forderung nach Freiheit meint die bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit sowie Handels- und Gewerbefreiheit. Die Forderung nach Gleichheit richtet sich gegen die mittelalterliche „Ständeordnung“, die die Menschen in Adel, Klerus und den dritten Stand, welcher über keinerlei politischen Rechte verfügt, einteilt. Gleichheit meint aber auch eine Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Bindung an den Geburtsstand. Gegen dieses absolutistische System setzen die Hambacher die Volkssouveränität als den obersten Wert der Staatsverfassung. Die Macht im Staate soll vom Volk ausgehen, gesetzlich festgelegt und kontrollierbar sein, damit Willkürakte verhindert werden und der Einzelne mit Hilfe der Gesetze in seinen Eigentums- und Freiheitsrechten geschützt ist. Anstelle der dem Fürsten verantwortlichen Heere fordern die Hambacher eine allgemeine Bürgerbewaffnung. Die Frau wird als gleichberechtigte Partnerin des Mannes gesehen. Sie ist „nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers“, deren Aufgabe es ist, frühzeitig ein politisches Verantwortungsbewusstsein in den Kindern zu wecken. Überhaupt sehen die in Hambach Versammelten in der politischen Bildungsarbeit ein bedeutendes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das soll in einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess in der Presse und auf Volksversammlungen gefördert werden, damit



sich die Ziele der Einheit, der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität in der Bevölkerung festsetzen und so allmählich gewaltlos verwirklicht werden können.

28. Juni 1832 – Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede unterdrückt die

Hambach * Feldmarschall Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede verordnet in 16 Paragraphen detaillierte Maßnahmen, mit denen die oppositionelle Volksbewegung unterdrückt werden soll. Im Einzelnen verbietet er öffentliche Versammlungen, politische Vereine und Verbindungen sowie das Tragen von schwarz-rot-goldenen Abzeichen und Fahnen. Er befiehlt die Entfernung der Freiheitsbäume und kündigt die Bestrafung der Verfasser und Verbreiter unzensurierter politischer Flugschriften an. Für den Fall, dass die angeordneten Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung unzureichend sein sollten, kündigt Wrede die Verhängung des Kriegszustandes an. Im weiteren Verlauf kommt es zu 142 Gerichtsprozessen, in denen sogar sieben Todesstrafen ausgesprochen werden. Diese werden allerdings in lebenslange Haft umgewandelt.

1833 – Das Hofbräuhaus ist als öffentliches Lokal zugänglich

München-Graggenau * Das Hofbräuhaus ist als öffentliches Lokal zugänglich. Hier spielt der Kapellmeister Sulzbeck mit seine „Bande“ auf. Von hier aus ertönt immer wieder der Landler „Huraxdax, packs bei der Hax“.

31. Dezember 1833 – Die gewerbliche Bevölkerung übertrifft die bäuerliche ums Neunfache

Haidhausen * Aus einem Bericht des Königlichen Landgerichts Au geht hervor, dass die rein landwirtschaftlich tätige Bevölkerung in Haidhausen - einschließlich der ansässigen und nichtansässigen Tagelöhner und Dienstboten - 445 Personen umfasst. Die rein gewerbliche Bevölkerung - mit Gesellen, Lehrlingen, Dienstboten und Tagelöhnern - beträgt 4.053 Menschen, wovon 1.764 Personen in Haidhausen ansässige Tagelöhner sind. Das bedeutet, dass die gewerbliche Bevölkerung zahlenmäßig die bäuerliche um das Neunfache übertrifft.

1. Mai 1834 – Die Haidhauser Armen- und Krankenanstalt wird eröffnet

Haidhausen * Die Haidhauser Armen- und Krankenanstalt wird eröffnet. Sie ist auch für die



Aufnahme der Auer Bevölkerung vorgesehen.

16. Mai 1834 – Johann Nestroys „Der böse Geist Lumpazivagabundus“ in der Au

Vorstadt Au * Johann Nestroys „Der böse Geist Lumpazivagabundus“ erlebt im Schweiger'schen Volkstheater in der Vorstadt Au seine Münchner Premiere. Erst knapp vier Wochen später wird das Bühnenstück im Königlichen Hof- und Nationaltheater gespielt.

1. Juli 1834 – Gesetzesvorlage zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums

München-Kreuzviertel * Innenminister Ludwig Fürst von Oettingen-Wallerstein bringt in die Ständeversammlung einen Gesetzentwurf zur Revision des Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetzes ein. Ziel der Gesetzesvorlage ist die Begrenzung des Bevölkerungswachstums durch Verhinderung der Verehelichung und Familiengründung durch Besitzlose. Damit sollen gleichzeitig die Lasten der Armenkasse gesenkt sowie die Unzufriedenheit der sozialen Unterschichten und die damit verbundene Revolutionsbereitschaft unterbunden werden. Der Innenminister kommt damit der überwältigenden Mehrheit der Abgeordnetenversammlung entgegen, die bereits am 13. September 1831 derartige Schritte forderte. Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein schafft mit diesem Deal auch die Zustimmung zu anderen Gesetzesvorlagen wie die Zivilliste, den Festungsbau in Ingolstadt und den Ludwig-Main-Donau-Kanal.

24. September 1835 – Stimmen gegen Faulheit, Liederlichkeit und Sittenlosigkeit

München - Königreich Bayern * Da sich nach 1830 die wirtschaftliche Lage im Königreich Bayern verschlechtert hat, werden jetzt Stimmen laut, die die Faulheit, Liederlichkeit und Sittenlosigkeit der unteren Bevölkerungsgruppen anprangern. Für die Behörden sind viele Arme und die meisten Bettler nur „Scheinarme“, die sich auf Kosten anderer ein schönes Leben machen wollen.

Oktober 1835 – Familienfest der Wittelsbacher und ihres Volkes

München-Theresienwiese * König Ludwig I. verbietet zwar alle öffentlichen Feiern aus Anlass seiner Silberhochzeit. Gleichzeitig „geruht“ er aber, „die Verherrlichung und Verjüngung der 25-jährigen Jubelfeier des Oktoberfestes zu gestatten“. Dabei lassen sich die beiden Anlässe



nicht trennen, da sie in einem direkten Zusammenhang stehen. Dieses Oktoberfest wird deshalb auch als „Familienfest der erhabenen Wittelsbacher und ihres Volkes“ bezeichnet. Der Festumzug umfasst 86 aufwändig geschmückte Wagen, die die Kreise Bayerns präsentieren, Epochen der bayerischen Geschichte, verschiedene Lebenswelten der Regionen, unterschiedliche Bevölkerungsschichten, Berufsgruppen und Erwerbszweige oder lokale Legenden darstellen. Die in Tracht gekleideten Festzugs-Teilnehmer verkörpern die bayerische Gesamtnation.

März 1836 – Die Cholera grassiert erstmals in Süddeutschland

Süddeutschland * Die Cholera grassiert erstmals in Süddeutschland. Das Bürgertum fühlt sich zunehmend von den armen Bevölkerungsschichten bedroht, weshalb das Bayerische Staatsministerium des Innern eine Verordnung erlässt. In dieser wird die Notwendigkeit der Unterstützung der Armen angesichts der herrschenden Epidemie eingefordert, da sie „zum Schutze der Gesamtheit nicht minder als zum Schirme der Dürftigen selbst“ notwendig sei, „da die in den Hütten sich steigende Krankheit auch auf alle übrigen Klassen und den Gesundheits-Zustand ganzer Orte nicht ohne Rückwirkung bleibt“.

1837 – Die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten im Münchner Osten

Vorstadt Au - Haidhausen - Giesing * Anselm Martin, für den Münchner Osten zuständiger Armenarzt, schreibt in seiner Topographie über die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten: „Die Masse der Bevölkerung zieht [...] ihre Nahrungsquelle aus den Tages-Arbeiten in der benachbarten Stadt, den Fabriken des Bezirkes und namentlich den vielen nahen Ziegelöfen.“

2. Februar 1837 – Wahlergebnis im Sinne der Regierung beeinflusst

München-Kreuzviertel * Die nächste Zusammenkunft der Volksvertretung beginnt am 2. Februar und dauert bis zum 17. November 1837. Das Ergebnis der im Vorfeld durchgeführten Wahlen war von der Staatsregierung schon ganz in ihrem - konservativen - Sinne beeinflusst worden.

14. November 1842 – Die Stände-Versammlung erhält ein Mitspracherecht



München-Kreuzviertel * Die nächste Stände-Versammlung dauert vom 14. November 1842 bis zum 30. August 1843. Sie ist zu Beginn überschattet vom Ausschluss mehrerer Abgeordneter, hauptsächlich aus der Pfalz. Den Schwerpunkt der Verhandlungen bildet wiederholt die Frage der „Erübrigungen“, deren Summe seit dem Jahr 1837 auf fast 30 Millionen Gulden angewachsen ist, und die der König ohne Beteiligung der Volksvertretung für sich beanspruchen will. Eingespart wurden diese Gelder zum größten Teil bei Infrastrukturmaßnahmen. Dabei war der Zustand der Straßen so katastrophal, dass man amüsiert feststellte, man könne bald nicht mehr zu den Prachtbauten Ludwigs gelangen. Doch der öffentliche Straßenbau interessierte den König nicht, da ihm sonst nicht genügend Geld für „seine Sachen“ bleibt. Zudem wird bei der Verwaltung und den Bildungseinrichtungen gespart. Der Bildungsetat bleibt dreißig Jahre lang gleich und beträgt für ganz Bayern nur ein Viertel der Zivilliste für das Königshaus. Das Ergebnis der Stände-Versammlung ist das sogenannte „Verfassungsverständnis“, in dem der König seinen Anspruch auf die alleinige Verfügungsmacht über die „Erübrigungen“ aufgeben muss. Das Parlament erhält bei der Verwendung der Gelder ein Mitspracherecht und geht aus dieser Auseinandersetzung gestärkt hervor.

1843 – Grenzen zwischen künstlerischem und mehr unterhaltendem Theater

London * Der Theatre Regulation Act definiert die Grenzen zwischen künstlerischem und mehr unterhaltendem Theater. Es gibt daraufhin nur mehr zwei große Theater in London, die für dramatische Aufführungen zugelassen sind. Die kleinen Bühnen dürfen keine vollständigen Dramen mehr anbieten und müssten dadurch auf die „Randgebiete der theatralischen Kommunikation“ zurückgreifen.

12. Oktober 1843 – Der Grundstein für das Siegestor wird gelegt

München-Maxvorstadt - Schwabing * Anlässlich des Jahrestages der Völkerschlacht bei Leipzig wird der Grundstein für das Siegestor gelegt. König Ludwig I. verliest den Satz: „Bayerns tapferem Heere, das zu jeder Zeit, in allen Lagen seinem Landesfürsten unerschütterlich treu war, ihm widme ich das Siegesthor.“

5. Februar 1844 – Im ehemaligen Isartor-Theater wird ein zweites Pfandhaus eröffnet

München * Durch den rasanten Anstieg der Bevölkerung durch Zuzüge und Geburtenüberschüsse ist die Errichtung eines zweiten Pfandleihhauses notwendig



geworden. Unter der Bezeichnung Leihhaus II wird dieses an der Westenriederstraße, im Gebäude des aufgelassenen ehemaligen Isartortheaters eröffnet.

23. April 1844 – Soziale Not und wachsender Volkszorn

München * Neben der schleichenden Geldentwertung trägt auch eine neue, von König Ludwig I. eingeführte Biersteuer zur Preiserhöhung bei. Gleichzeitig streichen der König und seine Regierung den Soldaten die Teuerungszulage von zwei Pfennigen. Auch der Tagelohn der Arbeiter auf den königlichen Baustellen sinkt von 48 auf 44 Kreuzer - eine Kürzung um 16 Pfennige. Zusätzlichen Unmut löst die kurz zuvor verfügte deutliche Erhöhung des Brotpreises aus. Für viele Menschen ist damit die Belastungsgrenze erreicht. Ihr Zorn richtet sich gegen den König und seine Regierung, vor allem aber gegen die Brauer. Diese stehen im Ruf, „wie Fürsten und Grafen herumzustolzieren“, gewaltige „Bierfestungen“ zu errichten und ihren neu gewonnenen Reichtum stolz zur Schau zu stellen. Dieses harsche Urteil trifft zwar nur auf wenige Brauereibesitzer zu und wird auch innerhalb des Braugewerbes kritisch gesehen. In der aufgeheizten Stimmung findet eine solche Differenzierung jedoch kaum noch Gehör. Das sprichwörtliche Fass läuft über: Die Münchner entschließen sich, „Revoluzzion“ zu machen.

3. Mai 1844 – Zwischen Königsjubiläum und Bierrevolte

München-Graggenau * Am Vormittag des 3. Mai 1844 macht sich die Menge erneut daran, den Bockkeller zu verwüsten. Mitten in den Unruhen ereignet sich ein bemerkenswerter Stimmungswechsel, der auswärtige Beobachter in Erstaunen versetzt. Der preußische Gesandte von Küster berichtet einige Tage später: „Was nun aber am 3. Mai sich tat, gehört zu den großen Denkwürdigkeiten der Landeshauptstadt! Vorher noch hatte es die schlimmsten Ausschreitungen gegeben, dann rief der königliche Hochzeitszug stürmische Begeisterung hervor, und am Abend desselben Tages wurde weiterrandalisiert. Zwischen loderndem Kampfe gab es ebensolche Begeisterung für das Königshaus!“ Auch der Münchner Stadtchronist beschreibt diesen Gegensatz. Die Straßen entlang der Strecke des Hochzeitszuges sind festlich geschmückt. Immer wieder ertönen Hochrufe auf das Königshaus. Angesichts dieser Begeisterung erscheint es kaum vorstellbar, dass dieselbe Stadt nur wenige Stunden zuvor Schauplatz schwerer Ausschreitungen ist: „Der festliche Umzug ging somit ohne alle Störung vorbei, ja, er erinnerte vielmehr an die schönste Zeit wahrer Volksbegeisterung für das erlauchte Haus Wittelsbach.“ Noch am selben Nachmittag flammen die Unruhen wieder auf. Im Bockkeller zertrümmern die Aufständischen Krüge, Gläser, Bänke und Tische oder werfen sie in den nahen Kanal. In der Nacht werden auch die Hofpfisterei und das Königliche Hofbräuhaus mit Steinen



beworfen. Fenster gehen zu Bruch, und weitere Schäden entstehen. Trotz der starken Präsenz von Militär und Polizei und obwohl München Sitz des Königshofes ist, dauern die Ausschreitungen mehrere Tage an. Verschont bleiben lediglich das Eberlbräu und das Menterbräu, die den Bierpreis nicht erhöht haben.

5. Mai 1844 – Eine vermeintlich „geordnete“ Revolte

München * Der Bierkrawall von 1844 erscheint in manchen zeitgenössischen Schilderungen beinahe als vergleichsweise geordneter Aufstand. Angesichts zweier Todesopfer lässt sich das Geschehen jedoch kaum als harmlose, aus dem Ruder gelaufene „Riesengaudi“ abtun. Aufseiten der Ordnungskräfte kommt ein Soldat der Schweren Reiterei ums Leben. Die Aufständischen betrauern einen Bürger, der nach den Worten eines Chronisten von einem Gendarmen „mehr gegen dessen Absicht im Gewirr und eigentlich ganz unschuldigerweise mit dem Bajonett erstochen ward“. Der bekannte Stenograf Franz Xaver Gabelsberger schildert den Ablauf in einem Brief an einen Verwandten. Seiner Darstellung zufolge richtet sich die Gewalt gezielt gegen den Besitz der Brauer, während anderes Privateigentum weitgehend verschont bleibt: „Die Revolte wegen dem Biere lief, wenn man so sagen darf, mit einer solchen Ordnung und echt bayerischer Besonnenheit ab, daß außer den Brauhäusern, auf welche der derbe Unwille der Volksmasse und des Militärs selbst gerichtet war, keines Menschen Eigentum beschädigt oder gefährdet war. In den Brauern gehörenden Häusern blieb allerdings kein Fenster bis in den dritten Stock hinauf, keine Türe, kein Laden, kein Tisch noch Stuhl, kein Ofen noch Uhr, kein Geschirr usw. mehr ganz. Es ging alles auf Kommando und in zehn Minuten war der Volkshaufen mit dem Haus fertig, die Gendarmen durften sich kaum in die Nähe wagen, und bis das Militär kam, waren sie gewöhnlich schon an jedem Platz fertig. Diese Geschichte ging schon vor acht Uhr abends an, und bis die Soldaten zum Zapfenstreich nach Hause kamen, war das meiste schon abgetan und viele hatten fleißig mitgewirkt. Dies wiederholte sich drey Tage lang, bis die Bekanntmachung angeschlagen wurde: Die hiesigen Bräuer haben sich erklärt, das Bier um sechs Kreuzer verleiten zu wollen! Auch das Brot, nachdem auch Bäckern die Fenster eingeworfen worden waren, wurde gleich um vieles größer. Und da das Volk nichts anderes wollte, als wohlfeileres Bier und Brot, wohl einsehend, daß die Teuerung nur eine wucherische und erkünstelte war, so ist seitdem nun wieder alles vollkommen ruhig!“ Gabelsbergers Brief macht deutlich, dass viele Zeitgenossen die Ausschreitungen nicht als politischen Umsturzversuch, sondern als gezielten Protest gegen die Verteuerung von Bier und Brot verstehen. Seine Schilderung von „Ordnung“ und „Besonnenheit“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Menschen sterben, zahlreiche weitere verletzt werden und erhebliche Sachschäden entstehen.



September 1844 – Anhaltende Teuerung und neue Unruhe

München * Die nach der Bierrevolution eingetretene Ruhe erweist sich als trügerisch. Die Königliche Gendarmeriekompanie der Haupt- und Residenzstadt München berichtet der Regierung von Oberbayern über die wachsende Unzufriedenheit: „Die arbeitende Klasse, nämlich Maurer, Zimmerleute und Tagelöhner klagen in Wirtshäusern und öffentlichen Plätzen über große Teuerung der Viktualien. [...] Diese Klasse Menschen beschwerten sich auch über geringen Tagelohn, da sie in früheren Jahren, wo die Viktualien billiger waren, viel besser als jetzt bezahlt wurden. [...] Bei fortgesetzten hohen Viktualienpreisen dürfte noch zu besorgen sein, daß nun auch die arbeitende Klasse, die sich bis jetzt ruhig verhalten hat, mit dem unruhigen Volke gemeinsame Sache machen werde.“ Der Bericht macht deutlich, dass nicht allein der Bierpreis für Unmut sorgt. Steigende Lebensmittelpreise und niedrige Löhne verschärfen die soziale Not und nähren die Sorge der Obrigkeit vor neuen Unruhen.

1845 – Friedrich Engels: „Über die Lage der arbeitenden Klasse in England“

England * Friedrich Engels veröffentlicht sein Werk „Über die Lage der arbeitenden Klasse in England“, das ihn auch in Deutschland populär macht. Darin schreibt er: „Die Teilung der Arbeit, die Benutzung der Wasser- und besonders der Dampfkraft und der Mechanismus der Maschinerie - das sind die drei großen Hebel, mit denen die Industrie seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts daran arbeitete, die Welt aus ihren Fugen zu heben. [...] Denn wie die neue Industrie erst dadurch bedeutend wurde, dass sie die Werkzeuge in Maschinen, die Werkstätten in Fabriken - und dadurch die arbeitende Mittelklasse in arbeitendes Proletariat, die bisherigen Großhändler in Fabrikanten verwandelte; wie also schon hier die kleine Mittelklasse verdrängt und die Bevölkerung auf den Gegensatz von Arbeitern und Kapitalisten reduziert wurde, so geschah dasselbe, außer auf dem Gebiet der Industrie im engeren Sinne, in den Handwerken und selbst im Handel. [...] Die wichtigste Frucht aber dieser industriellen Umwälzung ist das englische Proletariat.“

1. Dezember 1845 – Widerstand gegen die Konfessionspolitik des Innenministers Abel

München-Kreuzviertel * Die Stände-Versammlung wird für den 1. Dezember 1845 einberufen und tagt bis zum 24. Mai 1846. Die feierliche Eröffnung der Zusammenkunft der Volksvertreter findet, wie bereits beim vorhergegangenen Treffen des Jahres 1842, in der Residenz statt. König Ludwig I. sucht das Ständehaus in der Prannerstraße nicht mehr offiziell auf. Neun Abgeordnete werden ausgeschlossen, darunter acht Protestanten. Nun kocht der Widerstand gegen die



Konfessionspolitik des Innenministers Karl August von Abel hoch. Die evangelischen Untertanen fühlen sich schon seit längerer Zeit zurückgesetzt und ungerecht behandelt.

25. Oktober 1846 – Hofmaler Joseph Stieler malte zwei Bilder der Lola Montez

München-Maxvorstadt * Schon bald nach ihren Auftritten im Hof- und Nationaltheater lässt der verliebte König Ludwig I. Lola Montez für den Saal der Schönheiten in der Residenz malen. Dazu beauftragt er den Hofmaler Joseph Stieler. Stieler malte zwei Bilder der Lola Montez. Die Señora Lola Montez ist eine international agierende, extravagante Persönlichkeit, die man ohne Zweifel mit heutigen Pop-Stars gleichsetzen kann. Wie die Film-, Sport- und Pop-Idole unseres Jahrhunderts versucht auch die Señora durch den bewusst herbeigeführten Skandal im Gespräch - und damit interessant - zu bleiben. Und genau wie in heutigen Tagen werden die Skandale und Skandälchen interessiert vom Volk beobachtet und in allen Details besprochen.

1847 – Max Schweiger erhält die Konzession für das Isar-Vorstadt-Theater

München-Isarvorstadt * Nach dem Tod von Josef Schweiger bemüht sich sein Bruder Johann um die Übernahme des Isar-Vorstadt-Theaters. Doch die Konzession erhält dessen Sohn Max.

1847 – Das Schyrenbad wird als städtisches Männerfreibad eröffnet

Untergiesing * Das Schyrenbad wird als städtisches Männerfreibad eröffnet. Schwimmen dürfen hier in der Anfangszeit nur Männer, da Gleiches für Frauen als unschicklich gilt. Vorkämpfer für die Errichtung von Badeanstalten sind die Anhänger der deutschen Volksbadebewegung. Sie wollen durch eine Verbesserung der Körperpflege die sittliche Verwahrlosung und den sozialen Unfrieden in der Arbeiterbevölkerung abschaffen. Die minderbemittelte Bewohnerschaft soll einen Teil ihrer Freizeit in einer Badeanstalt verbringen können. Die Gruppierung teilt sich in die Befürworter der Regenerationsbäder und in jene, die den Reinigungsbädern den Vorrang einräumen. Das städtische Männerfreibad wird damals vom Aubach oder Auerbach gespeist. Er zweigt im heutigen Tierpark Hellabrunn aus dem Auer Mühlbach ab. Nach dem Auslass unterhalb der Thalkirchner Überfälle wechselt der Bach seinen Namen in Freibadbächl. Da das Wasser direkt aus der Isar kommt und schon aufgrund seiner Temperatur nicht unbedingt für das Badevergnügen einladend ist, muss das Wasser erst in zwei großen, flachen Aufwärmseen gesammelt und wird erst danach dem Schyrenbad zugeführt. Einer dieser Aufwärmseen hat sich noch bis heute im Rosengarten erhalten. Kein Wunder also, dass selbst



der Münchner Magistrat das Schyrenbad als „ein hervorragendes Bad“ bezeichnet. Das Schwimmbad war etwa dreihundert Meter lang und rund zwanzig Meter breit. Es verfügt über einen schönen Baumbestand und über ein angenehmes Bachwasser, das „stets mild bleibt“. Das Freibadbächl fließt heute unterirdisch durch das Schyrenbad und mündet als Freibad-Auslaufkanal zwischen der Reichenbachbrücke und der Corneliusbrücke in die Kleine Isar zurück.

1847 – Das Kostümverbot wird in Frankreich eingeführt

Paris * Das Kostümverbot wird in Frankreich eingeführt.

1. Januar 1848 – Revolutionäre Flugblätter kursieren

Hanau * In Hanau kursiert ein Flugblatt, das mit den Worten endete: „Ihr verfluchten Tyrannen, ihr Henker des Rechts, ihr schonungslosen Volksschinder, ihr Fürsten, Aristokraten, Pfaffen und Geldsäcke! Das Gericht komme über euch.“ In einem anderen steht zu lesen: „Gebt uns, was wir wollen, die Freiheit, oder wir werden sie uns nehmen!“ In dieser revolutionsbereiten Stimmung wird die Nachricht über die Revolution in Paris auch in München zum Signal des Aufbruchs.

27. Februar 1848 – Die Märzforderungen werden erstmals erstellt

Mannheim * Mit Bekanntwerden der Februarrevolution in Frankreich verstärken sich die politischen Forderungen nach einer stärkeren Beteiligung am politischen Leben. Die Bevölkerung Mannheims reagiert als erste auf die Nachrichten aus Paris. An diesem Tag, einem Sonntag, kommen hier 2.500 Menschen zu einer Volksversammlung zusammen. Sie beratschlagen über eine Petition, die erstmals die vier Forderungen beinhaltet, die als Märzforderungen in alle künftigen Petitionen eingehen: Pressefreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte und ein nationales Parlament.

3. März 1848 – Die Münchner erstellen einen Forderungskatalog an den König

München * In einem Forderungskatalog verlangen die Münchner Untertanen vom König: Die Verabschiedung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit. Die Einführung voller Pressefreiheit und eines Pressegesetzes. Die Einführung öffentlicher Gerichtsverfahren. Die



Unterstützung des Wunsches nach Schaffung einer Volksvertretung für den Frankfurter Bundestag. Die Verteidigung des Militärs auf die Verfassung. Die Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes. Die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes. Die Entlassung des Verwesers des Innenministeriums Berks. Die Resolution liegt im Rathaus auf und „innerhalb von nur vier Stunden sollen bereits mehr als 10.000, bald gar 20.000 Unterschriften gesammelt worden sein“. Der Magistrat und zwei aus dem Bürgerstand ausgewählte Vertrauensmänner überreichen die Resolution. Noch am Abend verkündet der Leitende Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein, dass die Stände zur Prüfung der Resolution vorzeitig einberufen werden sollen. Als Termin wird der 31. Mai festgesetzt. König Ludwig I. kann und will die Forderungen der Bürger nicht akzeptieren, verspricht aber die Entlassung Berks. Außerdem soll die nächste Stände-Versammlung auf den 31. Mai 1848 vorverlegt werden. Als die Münchner diese Forderungen aufstellen, hat Lola Montez das Königreich Bayern bereits seit drei Wochen in Richtung Schweiz verlassen. Es geht nicht mehr um die Affäre mit der Spanischen Tänzerin, es geht nur noch um das autokratische und neoabsolutistische Herrschaftssystem König Ludwigs I., das nicht mehr länger aufrechtzuerhalten ist.

4. März 1848 – Beratungen über die Forderungen des Volkes vom 3. März 1848

München * König Ludwig I., die Prinzen und die Minister beraten am 4. und 5. März 1848 über die Forderungen des Volkes vom 3. März und über das Ausmaß der zu gebenden Zugeständnisse.

6. März 1848 – Die Königliche Proklamation wird veröffentlicht

München * Die Königliche Proklamation wird als Antwort auf die Forderungen der Münchner Bürgerschaft vom 3. März veröffentlicht. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein hat den Inhalt der Proklamation, in der der König seine weit- reichenden Versprechungen zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung abgibt, redigiert. Sie beinhaltet: die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit, die vollständige Pressefreiheit, eine Verbesserung der Wahlordnung, die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in eine Rechtspflege mit Schwurgerichten, eine umfassende Fürsorge für Staatsdiener und ihre Angehörigen und Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen Angestellten des Staates, eine Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten, die Abfassung eines Polizeigesetzbuches, die Verteidigung des Heeres auf die Verfassung und eine Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ und geht sogar über die Forderungen der Petition vom 3. März weit hinaus, beinhaltet aber alle Punkte und damit auch die Märzforderungen. Was aber mit



keinem Wort erwähnt wird ist die „soziale Frage“, die Frage der „Bauernbefreiung“. Nicht nur, dass mit der Proklamation vom 6. März 1848 die Märzforderungen in Bayern noch vor den anderen deutschen Staaten ihre Anerkennung finden, nein, es wird damit auch König Ludwigs I. auto-kratischer Regierungsanspruch mit einem Handstreich ausgehöhlt.

20. März 1848 – Die Hoffnungen und Ängste des neu ernannten Königs Max II.

München * Nach 23-jähriger Regierungszeit dankt Ludwig I. ab und überträgt das Herrscheramt an seinen Sohn Max II.. Sein Enkel Ludwig (II.) wird dadurch Kronprinz. Auch wenn sich Max II. nach Außen hin als Musterbild eines bürgernahen, konstitutionellen Staatsoberhauptes darstellt so plagt ihn zeitlebens die Furcht, dass ihm von seinem Volk ein ähnliches oder gar schlimmeres Schicksal bereitet werden könnte, wie seinem abgedankten Vater Ludwig I.. Die revolutionären Begleitumstände, die König Max II. auf den Thron verhalfen und seinen Vater vom selben stießen, haben den neuernannten Bayernherrscher geradezu traumatisch geprägt. Er fühlt sich, nachdem auch das Militär auf die Verfassung vereidigt worden ist, „schutzlos der Demokratie preisgegeben“. Doch nachdem sich die revolutionäre Situation wieder beruhigt hat, kann König Max II. seine politischen Visionen endlich in die Tat umsetzen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Förderung einer bayerisch-monarchischen Gesinnung. Greifbare Formen nehmen das „Athenäum-Projekt“ und der Bau des Prachtboulevards an.

20. März 1848 – „Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“

München * König Ludwig I. stellt in einer Proklamation an das bayerische Volk die zentralen Momente seiner Herrschaft - aus seiner Sicht - dar: „Treu der Verfassung regierte Ich; dem Wohle des Volkes war Mein Leben geweiht; - als wenn ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich mit dem Staatsgute, mit dem Staatsgeldern um. [...] Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend Mein Herz für Bayern, für Teutschland.“ Den liberalen Forderungen der Märzrevolution kann und will der Autokrat Ludwig I. nicht entsprechen. „Regieren konnte ich nicht mehr und einen Unterschreiber abgeben wollte Ich nicht. Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“.

31. März 1848 – In Frankfurt am Main versammelt sich das sogenannte Vorparlament

Frankfurt am Main * In Frankfurt am Main versammelt sich das sogenannte Vorparlament, das



aus 574 ehemaligen und gegenwärtigen Mitgliedern von Stände-Versammlungen sowie aus etlichen durch „das Vertrauen des deutschen Volkes“ ausgezeichneten Männern besteht. Das sind allerdings noch keine gewählten Vertreter, die die verschiedenen Staaten des Deutschen Bundes deshalb nur sehr ungleichgewichtig repräsentierten. Sofort bricht der Konflikt zwischen den Demokraten, die eine republikanische Staatsform und soziale Reformen durchsetzen wollen, und den Liberalen aus, die der Konstitutionellen Monarchie den Vorzug geben;

1. Mai 1848 – Erneuter Bierkrawall nach der Abdankung Ludwigs I.

München * Nur wenige Wochen nach der Abdankung König Ludwigs I. richtet sich der Volkszorn erneut gegen die Münchner Brauer. Der überraschende Erfolg der revolutionären Proteste stärkt das Selbstbewusstsein der Bevölkerung. Ein zeitgenössischer Beobachter stellt fest, „dass das Krawallmachen in die Mode kam und alle Welt sich an den Gedanken bewaffneten Widerstandes gegen die Staatsgewalt gewöhnte“. Der neuerliche Bierkrawall bleibt jedoch deutlich kleiner als die Bierrevolution von 1844. Die Behörden nehmen 24 Aufständische fest, unter ihnen drei mutmaßliche Brandstifter, und sperren sie in den Neuturm.

4. Juni 1848 – Die Landtagsabgeordneten erhalten das Recht der Initiative

München-Kreuzviertel * Ein weiteres wichtiges Vorschriftenwerk ist das Gesetz über die ständische Initiative. Es gibt den Abgeordneten beider Kammern des Landtags das Recht der Initiative, also das Recht, Gesetzesentwürfe einzubringen. Immerhin wird damit aus der Stände-Versammlung eine wirkliche Volksvertretung. Und aus dem Ständehaus wird das Landtagsgebäude.

29. Juni 1848 – Erzherzog Johann zum Reichsverweser gewählt

Frankfurt am Main * Die Nationalversammlung wählt den österreichischen Erzherzog Johann zum Reichsverweser. Die Monarchisten stimmen zu, da er Fürst ist, die Großdeutschen, da er Österreicher ist, der Linken ist er genehm, weil er als volkstümlich gilt. Überhaupt ist Erzherzog Johann ein Gegner Metternichs gewesen. Seine Popularität bei den Linken basiert auch auf seiner morganatischen Ehe mit einer bürgerlichen Postmeisterstochter. Am 18. Februar 1829 hatte er die aus Aussee stammende Anna Plochl geheiratet und hinnehmen müssen, dass er von der Thronfolge ausgeschlossen wurde.



11. Juli 1848 – Erzherzog Johann zieht unter großem Jubel in Frankfurt ein

Frankfurt am Main * Erzherzog Johann zieht unter großem Jubel in Frankfurt ein. Als Reichsverweser ist er das provisorische Oberhaupt des Deutschen Reiches, eines Staates, der noch in der Entstehung ist. Aufgabe des Reichsverwesers ist es, die Reichsminister zu ernennen und zu entlassen. Außerdem unterschreibt er die Reichsgesetze. Doch die Macht der Zentralregierung und der Nationalversammlung ist gering. Die Armeen der Großmächte Österreich und Preußen weigern sich, dem Reichsverweser zu huldigen und die Staaten England sowie Frankreich versagten ihm die völkerrechtliche Anerkennung. Und weil sie über keine eigenen Streitkräfte verfügt, muss die Zentralgewalt auf die ehemaligen Bundestruppen zurückgreifen, die aber letztlich ihre Befehle von den einzelstaatlichen Regierungen empfangen. Diese intervenieren immer dann, wenn Ruhe und Ordnung durch linke Volksaufstände gefährdet sind. Wenn aber die Errungenschaften des März verteidigt werden sollen, ist mit den Bundestruppen nicht zu rechnen.

16. Oktober 1848 – Alfred Fürst zu Windischgrätz wird österreichischer Oberbefehlshaber

Wien * Der österreichische Kaiser Ferdinand I. ernannt Alfred Fürst zu Windischgrätz, den führenden Kopf der Gegenrevolution, zum Oberbefehlshaber aller österreichischen Truppen. Fürst Windischgrätz gilt in der Bevölkerung als Schreckensmann, mit dem man Kinder erschreckt, wenn sie nicht gehorchen.

18. Oktober 1848 – „D' Maß für viere!“ – Der Aufstand eskaliert

München * Die Unruhen verschärfen sich. Erneut ziehen Menschenmengen durch die Stadt und greifen Brauhäuser und Bäckereien an. Ein zeitgenössischer Bericht spricht abwertend von „viel Volk, Buben, schlimmen Weibern und dergleichen aus Giesing und der Au“. Die Aufständischen verleihen ihrer Forderung nun mit einem gemeinsamen Sprechchor Nachdruck: „Wir wollen die Maß für vier Kreuzer!“ Auf Bairisch schallt es durch die Straßen: „D' Maß für viere! D' Maß für viere! D' Maß für viere!“ Bereits am Vormittag verwüstet eine Gruppe aus Soldaten, Handwerksgesellen, Jugendlichen und Frauen mehrere Brauhäuser und Bäckereien. Bier wird geplündert und auf offener Straße getrunken. Je deutlicher die Schutzlosigkeit der Brauer und Wirte zutage tritt, desto größer wird deren Sorge. Zugleich wächst die Zahl der Aufständischen. Zu den ursprünglichen Teilnehmern stoßen weitere Handwerksgesellen, Jugendliche, Frauen und zahlreiche Militärangehörige. Bald fordern sie nicht mehr nur eine Preissenkung, sondern Freibier. Eine neue Parole macht die Runde: Schließlich geben einige Wirte und Brauer dem



Druck nach. Das Bier wird kostenlos ausgeschenkt und fließt in großen Mengen.

18. Oktober 1848 – Brauer unter dem Druck der Aufständischen

München * Auch andere Münchner Brauer geraten in Bedrängnis. Der Inhaber des Löwenbräus bringt sich und seine Familie vor der anrückenden Menge in Sicherheit. Nach einem zeitgenössischen Bericht gelingt die Flucht „mittels einer von großem Mute getragenen Abseilung aus dem im zweiten Stockwerke gelegenen Fenster“. Simpert Floßmann, der Besitzer des Stubenvollbräus am Anger, berichtet dem Bürgermeister: „Als ich des Abends in mein Haus zurückkam, ist ein großer, von Soldaten geführter Volksschwarm meist betrunkenen Leute in meine Wirtschaft gedrungen, um nach dem Bierpreis zu fragen. Ich sagte: ‚Viereinhalb Kreuzer, aber heute könnt ihr so viel ohne Geld trinken, wie ihr wollt!‘ Sie aber machten geltend, dass, wenn mir mein Leben und mein Eigentum geschützt werden solle, ich das Bier um vier Kreuzer abgeben müsse. Dann forderten die Rädelsführer Handschlag auf Ehrenwort, dass ich diesen Preis den ganzen Winter über halten würde. Als dies geschehen, bildeten sie einen sogenannten ‚Sicherheitsausschuß‘ für mich, meine Frau und mein Eigentum und zogen, gleiches zu tun, wenn er sich als willig erweise, zum Menterbräu ab. Freilich nicht, ohne vorher noch zwei Stunden lang tüchtig zu zechen.“ Auf diese Weise zwingen die Aufständischen Floßmann, den geforderten Bierpreis mit Handschlag zuzusichern. Im Gegenzug stellen sie ihn, seine Familie und seinen Besitz unter ihren Schutz. Anschließend ziehen sie zum Menterbräu weiter. Ähnlich ergeht es Mathias Pschorr, dem damaligen Inhaber des Hackerbräus.

27. Dezember 1848 – Grundrechte des deutschen Volkes verabschiedet

Frankfurt am Main * Die Nationalversammlung in Frankfurt am Main verabschiedet die Grundrechte des deutschen Volkes, die am 28. März 1849 in die Paulskirchen-Verfassung münden wird. Erbkaiser soll der König von Preußen werden. Anstatt eines Großdeutschland sollte es nur ein Kleindeutschland geben, da Österreich nicht bereit ist, seine nichtdeutschen Gebiete aufzugeben.

20. Januar 1849 – Ein politisches Haberfeldtreiben gegen einen fortschrittlichen Lehrer

Holzolling * In der Nacht vom 20. zum 21. Januar 1849 wird auf einer Wiese außerhalb von Holzolling ein Haberfeldtreiben abgehalten. Die Treiben finden nun schon seit einiger Zeit aus Sicherheitsgründen außerhalb der dörflichen Siedlungen statt. Getrieben wird von 50 bis 60



Haberern. Es gilt mehreren Einwohnern des Dorfes, in der Hauptsache aber dem Lehrer Franz Xaver Bacherl. Der Grund für das Haberfeldtreiben ist bei Franz Xaver Bacherl nicht in einer Leichtfertigkeit zu finden, sondern ist politischer Natur und zeigt damit eine völlig neue Tendenz weg vom Sittlichkeitstreiben. Der Lehrer Franz Xaver Bacherl begeisterte sich für ein großes, geeinigtes Deutschland, hatte einen Arbeiterverein, angelehnt an den Münchner Märzverein gegründet, organisierte Versammlungen und hielt politische Reden. Als der Holzollinger Kooperator Haid gegen den Arbeiterverein von der Kanzel predigte, schrieb Bacherl über ihn einen Artikel in der revolutionsfreundlichen, radikal-demokratischen Zeitung „Gradaus mein deutsches Volk! * Volksblatt für uneingeschränkte Freiheit“. Daraus ergibt sich einerseits, dass das Haberfeldtreiben gegen Franz Xaver Bacherl von einem geistlichen Herrn forciert worden war, und dass andererseits die Haberer wenig sorgfältig über ihr Opfer recherchierten und wie hilflos sie im Grunde den neuen sozialen und politischen Entwicklungen gegenüber standen. Die Haberer werfen dem Lehrer vor: seinen schändlichen Artikel im „Gradaus“ und unterstellen ihm, er hätte einen „Lumpenverein“ gegründet, den Opferstock ausgeraubt und die Vorhänge aus dem Beichtstuhl gestohlen, um sich daraus einen Frack schneiden zu lassen.

3. April 1849 – Friedrich Wilhelm IV. will nicht Kaiser von Volkes Gnaden sein

Berlin - Frankfurt am Main * Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. lehnt die ihm von der Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone ab. Die von Volksvertretern angebotene Krone besteht für Friedrich Wilhelm IV., der in seinem monarchischen Selbstbild vom traditionellen Gedanken des Gottesgnadentums ausgeht und die Idee der Volkssouveränität ablehnt, nur aus „Dreck und Letten“. Ein „Kaiser von Volkes Gnaden“ will er keinesfalls sein. Damit sind auch die Deutsche Einheit und die Reichsverfassung gescheitert. Die Zurückweisung der Kaiserkrone durch den preußischen König liegt an dessen innerlichen Ablehnung der Frankfurter Reichsverfassung, weil diese von Demokraten und Liberalen beschlossen worden ist. Denn während der Revolutionszeit hat der Preußenkönig immer wieder seine Bereitschaft signalisiert, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten. Er wünscht sich allerdings eine konservativere Verfassung und scheut sich vor dem Titel eines Kaisers. Viel wichtiger ist ihm, die Zustimmung seiner Standesgenossen, der anderen deutschen Fürsten, zu erhalten. Bereits am 3. April 1849, als Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone des Frankfurter Parlaments ablehnt, lässt er die übrigen deutschen Staaten wissen, dass er an die Spitze eines deutschen Bundesstaates treten wolle, an dem diejenigen Staaten teilnehmen sollen, die dies wünschen.

2. Mai 1849 – Wahl eines provisorischen Landesverteidigungs-Ausschusses



Kaiserslautern * Die Vertreter der demokratischen Vereine in der Pfalz wählen in Kaiserslautern einen provisorischen Landesverteidigungsausschuss, der von der bayerischen Regierung die Anerkennung der Reichsverfassung fordert und zur Volksbewaffnung aufruft.

21. Mai 1849 – Die Abgeordneten fordern die Anerkennung der Reichsverfassung

München-Kreuzviertel * Die Kammer der Abgeordneten fordert mit 72 gegen 62 Stimmen die Anerkennung der „Reichsverfassung, die insbesondere von der fränkischen, schwäbischen und rheinpfälzischen Bevölkerung laut und freudig begrüßt“ wird.

9. November 1849 – Das bayerische Nationalgefühl des Volkes heben und kräftigen

München * König Max II. beauftragt seinen Innenminister Theodor von Zwehl ein „Gutachten patriotisch gesinnter Männer aus sämtlichen Kreisen des Königreichs und aus den verschiedenen Ständen“ einzuholen und „nichts zu unterlassen, was das Nationalgefühl des Bayern - für Bayern - zu heben und zu festigen vermag“. Mit diesem Programm will er die Monarchie in Bayern sichern. Ihm ist klar, dass fast die Hälfte seines Staatsgebiets und seiner Bevölkerung nicht das Geringste mit Bayern zu tun hatte. Die revolutionären Ereignisse haben gezeigt, dass besonders von Franken, das keinerlei geschichtlichen Bezug zu Bayern hatte, der stärkste Widerstand gegen die Monarchie ausging. Durch die Förderung von Tracht, Brauchtum und Geschichte, durch Geschichtszyklen und dynastische Feste, durch Denkmäler, Nationalhymne und den Ausgleich der Religionen sowie durch gezielte Unterstützung aller konservativen, monarchiefreundlichen Institutionen und Vereinigungen, soll die gesamtbayerische Identitätsstiftung gesteuert werden. All diese Maßnahmen schlagen sich nicht zuletzt auch in Fragen der Architektur nieder. Denn zum Ziel zur Förderung einer bayerisch-monarchischen Gesinnung zählen auch die Bemühungen des Bayernregenten um einen neuen Baustil, bei dem programmatisch gotische und bäuerliche Architekturformen, also letztlich deutsche und bayerische Elemente verschmolzen werden sollen. Darüber hinaus verfolgt Max II. mit einem neuen, in Bayern erfundenen Baustil außenpolitische Ziele. Er will damit für Bayern eine Vorrangstellung unter den deutschen Mittelstaaten erreichen und so das Land als dritte Kraft zwischen Preußen und Österreich etablieren und zumindest in der Architektur und im Städtebau eine führende Rolle einnehmen. Daneben hätte er mit der Erfindung eines neuen Baustils auch seinen Vater, den dominierenden Kunstkönig, in dessen ureigenstem Gebiet übertroffen.



1850 – Bierkeller zählen zu den Volksbelustigungsorten

München * Die Münchner Bierkeller sind in bürgerlichen Kreisen so populär, dass man sie zu den Volksbelustigungsorten zählt.

1. Mai 1850 – J. Schweiger erhält eine Konzession für ein Theater in der Vorstadt Au

Vorstadt Au * Mit der Unterstützung Auer Bürger erhält Johann Schweiger - trotz des Widerstand der Hoftheaterintendanz - die Konzession für ein eigenes Theater in der Vorstadt Au. Es befindet sich im Garten der Wirtschaft Kaisergarten in der Lilienstraße 2. Jetzt haben die Münchner die Qual der Wahl. Und schon bald heißt es: „Heut‘ geh‘ ich zum Schani, morgen zum Maxi“.

1. Mai 1850 – Das Schweiger Volkstheater in der Au erhält Gasbeleuchtung

Vorstadt Au * Das Schweiger Volkstheater in der Au erhält Gasbeleuchtung.

1. Mai 1850 – Die Schweiger Volkstheater dürfen nur noch Lokalpossen aufführen

Vorstadt Au - München-Isarvorstadt * Die Schweiger Volkstheater dürfen auf Druck des Königlichen Hoftheaters keine Dramen und Konversationsstücke mehr zur Aufführung bringen, sondern nur noch Lokalpossen aufführen.

27. September 1851 – Karl Falks Bauantrag wird vom Auer Magistrat genehmigt

Vorstadt Au * Der Magistrat der Vorstadt Au genehmigt den Antrag des bürgerlichen Tapezierermeisters Karl Falk für ein neu zu erbauendes Wohn- und Waschhaus in der Unteren Isargasse 45, später Entenbachstraße 63, heute: Zeppelinstraße 41. Es handelt sich dabei um das spätere Geburtshaus der Münchner Volkssängers Karl Valentin.

1852 – Das erste Varieté entsteht in London

London * Das erste Varieté entsteht in London. Es wird Music Hall genannt und befindet sich in der Saint George's Tavern. Das Varieté hat ihren Ursprung in den Gauklern der Antike und des



Mittelalters, die auf den Jahrmärkten herumzogen. In festen Häusern etabliert sich diese Kunstform im 19. Jahrhundert in England.

21. November 1852 – Frankreich für die Wiedereinführung des Kaisertums

Frankreich * Das französische Volk stimmt über ein vom Staatspräsidenten Charles Louis Napoleon Bonaparte vorgelegtes Plebiszit [= eine von oben angesetzte Volksbefragung] über die Wiedereinführung des Kaisertums ab.

1853 – Die Erweiterung der Anna-Kirche ist vollendet

München-Lehel * Die Erweiterung der Anna-Klosterkirche ist vollendet, doch der expansive Bevölkerungszuwachs in der Anna-Vorstadt macht einen Kirchenneubau unbedingt notwendig. Dieser soll aber erst knapp fünfzig Jahre später in Form der St.-Anna-Basilika entstehen. In der Zwischenzeit müssen die Lechler mit der maximal 700 Gläubigen Platz bietenden ehemaligen Klosterkirche vorlieb nehmen.

1853 – Pepita de Olivia löst einen wahren „Pepita-Rummel“ aus

Deutschland * Die junge spanische Tänzerin Pepita de Olivia löst nach einigen Gastauftritten in Deutschland einen wahren „Pepita-Rummel“ aus.

28. November 1853 – König Max II. stiftet den Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst

München * An seinem 43. Geburtstag stiftet König Max II. den Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst. Der Bayernregent beruft bedeutende Gelehrte nach München, die von der Bevölkerung als „Nordlichter“ tituiert werden. Er will so die Hofgesellschaft mit den geistigen Koryphäen beleben. Da diese Elite aber häufig nicht-adelig ist, erhalten sie keinen Zutritt zum Königlichen Hof. Mit der Verleihung des Maximiliansordens erwirbt man die dritte Rangklasse und damit den Hofzutritt.

1. Oktober 1854 – Au, Giesing und Haidhausen werden nach München eingemeindet



München-Au - München-Haidhausen - München-Giesing * Eingemeindung nach München der Vorstadt Au mit den Gemeindeteilen Niedergiesing und Nord-Falkenau, die selbstständige Gemeinde Haidhausen und die Gemeinde Giesing mit den Gemeindeteilen Obergiesing, Lohe, südliche Falkenau, Pilgersheim, Birkenleiten, Siebenbrunn, Hellabrunn, Harlaching, Soyerhof, Stadelheim und Mengerschweige. Dadurch erhöht sich die Bevölkerungszahl Münchens um 20.662 Einwohner. Davon kommen aus der Au 10.840, aus Haidhausen 6.273 und aus Giesing 3.549 Menschen. Damit wächst zusammen, was zusammen gehört, den die Bewohner der drei Vorstädte gehörten schon immer „funktional“ nach München. Die Au ist zu diesem Zeitpunkt die zehntgrößte Stadt des Königreichs Bayern. Der Burgfrieden von München, der sich durch Korrekturen seit dem Jahr 1724 von 1.593 Hektar auf rund 1.700 Hektar erweitert hat, verdoppelt sich nahezu. Mit der Au [87 ha], Haidhausen [296 ha] und Giesing [1.287 ha] vergrößert sich das Stadtgebiet um weitere 1.670 Hektar. Wegen der noch grassierenden Cholera-Epidemie erfolgt der Eingemeindungsakt ohne großes Aufsehen.

2. Oktober 1854 – Die Cholera-Epidemie wird offiziell für erloschen erklärt

München * Die Cholera-Epidemie wird in der Neuen Münchener Zeitung offiziell für erloschen erklärt. An die Bevölkerung wird appelliert, auch weiterhin die empfohlenen Vorsichtsmaßnahmen zu beachten, da die Krankheit noch längere Zeit vereinzelt auftreten kann.

1856 – Die Schweiger-Theater als lästige Konkurrenz des Hoftheaters

München-Au - München-Isarvorstadt * Wegen des großen Erfolgs der Schweiger-Theater bei allen Bevölkerungsgruppen bittet Hoftheaterintendant Franz Dinglstedt das Innenministerium, das Interesse seines Hoftheaters gegen die lästige Konkurrenz aus der Vorstadt zu schützen. So kommt es zum Aufführungsverbot klassischer Dramen.

1857 – Max Schweiger engagiert Fräulein Dellson als „Pepita“

München-Isarvorstadt * Max Schweiger engagiert die Wiener Soubrette Fräulein Dellson als „Pepita“ an sein Theater. Verschiedene Possen mit „Pepita“ im Namen werden in diesem Jahr im Isar-Vorstadt-Theater in der Müllerstraße aufgeführt.



1859 – König Max II. gibt resigniert auf

München * König Max II. beendet seine sämtlichen Versuche, die Verfassung zu verschlechtern. Sie scheitern an der hohen Hürde der Dreiviertelmehrheit, die in Titel X Artikel 7 der Verfassungsurkunde des Jahres 1818 festgelegt worden war. Der angebliche Leitspruch Königs Max II.: „Ich will Frieden haben mit meinem Volk!“ trat damit tatsächlich ein. Der König erkennt die Unmöglichkeit der Verfassungsänderung gegen den Willen der bayerischen Bevölkerung.

1859 – In Wien wird die Gewerbefreiheit eingeführt

Wien * In Wien wird die Gewerbefreiheit eingeführt.

21. November 1859 – Die Kreisirrenanstalt in der Hochau wird eröffnet.

München-Au * Die Kreisirrenanstalt für Oberbayern wird eröffnet. Das neue Nervenkrankenhaus liegt bei ihrer Errichtung in einem völlig unbebauten Gebiet zwischen der Rosenheimer- und der Auerfeldstraße. Unter der Leitung des Obermedizinalrats Dr. Bernhard von Gudden gilt die Einrichtung als Musteranstalt. Der quadratische Gebäudekomplex hat vier Höfe. Die Länge der Flügelbauten betragen hundert Meter. Im Südflügel sind die Verwaltungsräume, in der Mittelachse die Küche, die Anstaltskapelle mit Werkstätten ist im Erdgeschoss, ebenso eine Turnhalle mit dem zentralen Bad und den Beschäftigungsräumen.

In den beiden südlichen, nur auf drei Seiten geschlossenen Höfen sind die „ruhigen Irren“, in den beiden nördlichen geschlossenen Höfen die „unruhigen Kranken“ untergebracht. Die Zimmer der „ruhigen“ Patienten liegen außen. Die Räume der „unruhigen“ Kranken sind genau umgekehrt angeordnet. Nur die Fenster und Türen im Erdgeschoss haben Gitter und da sie die Form der rundbogigen Fenster aufnehmen, bleiben sie relativ unauffällig. Die Anlage um die vier Höfe entspricht den zeitgemäßen Forderungen nach Trennung der Patienten nach Geschlechtern und der Schwere ihrer Erkrankung. Eine Trennung nach Klassen ist nicht vorgesehen. Die Beschäftigten der Kreisirrenanstalt finden allerdings keine mustergültigen Arbeitsbedingungen vor. Das Pflegepersonal untersteht der Gesindeordnung. Es gibt weder eine Pflegequote, noch Urlaubsregelungen oder eine Altersversorgung für die Pflegekräfte. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt einhundert Stunden und mehr. Der Dienst beginnt um 5:00 Uhr und endet um 21:00 Uhr. Selbst verheiratete Pfleger müssen in der Anstalt schlafen und dürfen nur einen Nachmittag pro Woche bei ihren Familien verbringen. Durch das rapide Bevölkerungswachstum der Stadt - München wächst vom Jahr 1854 von 100.000 Einwohnern auf fast 500.000 im Jahr 1900 - kommt



es in der Kreis-Irrenanstalt zu einer über fünfzigprozentigen Überbelegung und wird unter diesen Umständen den Bedürfnissen nicht mehr gerecht.

31. Dezember 1861 – Zu den Wohnverhältnissen in den Herbergsvierteln

München - München-Au - München-Haidhausen - München-Giesing * Im Physikatsbericht des Bezirks der Stadt München finden sich über die Wohnverhältnisse in den Herbergsvierteln folgende Ausführungen: „München besteht gegenwärtig aus 2 Theilen, durch den Isarfluß voneinander getrennt. München links der Isar ist der größte Theil, und das ursprüngliche, eigentliche, alte München. München rechts der Isar enthält die erst seit 1854 zu München gezählten 3 Vorstädte Au, Haidhausen und Giesing. In diesen 3 Vorstädten sind natürlich die Wohnungsverhältnisse ganz anders, wie auch die Population eine ganz andere ist, als wie in München links der Isar. In den genannten 3 Vorstädten, in welchen größtentheils Tagelöhner, überhaupt Arbeiterbevölkerung wohnt, ist das Herbergswesen vorherrschend. [...] In diesen Herbergen ist die Bewohnung dichter, sind die Wohnungen überhaupt schlechter, den hygienischen Anforderungen nicht entsprechend, ja sie sind, wie dies namentlich in den Jägerhäuseln, in der Lohstraße, Quellenstraße, in der Grube zu Haidhausen der Fall ist, sogar im hohen Grade feucht in Folge ihrer tiefen Lage an dem Bergabhang und an den Canälen und dergleichen, sie sind finster, oft dumpf usw., und wunderbar dennoch ist, wie ich in einer speciellen Bearbeitung der Wohnungsfrage in München im Allgemeinen im vorigen Jahre nachgewiesen habe, die Mortalität in diesen Straßen und Häusern nicht im Geringsten eine größere, und sind die Erkrankungen, namentlich an Typhen etc. nicht einmal so häufig hier, als wie in den luftigsten und schönsten Quartieren der Stadt. Ich weiß dieses nur dadurch zu erklären, daß diese Bevölkerung eine abgehärtetere und obgleich arm, doch gut genährte, und größtentheils im Freien lebende ist.“

1862 – Die Königlich-Ethnographische Sammlung wird gegründet

München * Die Königlich-Ethnographische Sammlung wird gegründet. Sie zählt zu den ältesten Sammlungen ihrer Art in Deutschland. Mit dem Forschungsreisenden Moritz Wagner übernimmt ihr erster Konservator die wissenschaftliche Leitung.

1863 – Die Beamten-Relikten-Anstalt wird gebaut

Bogenhausen * König Max II. lässt in Neuberghausen durch Baurat Riedel die



„Beamten-Relikten-Anstalt“ bauen. Das repräsentative - vom Volksmund auch despektierlich „Drachenburg“ genannte - Gebäude nahe der Bogenhauser Kirche enthält „außer den Sälen hundert Zimmer“ und bietet damit Platz für rund einhundert Personen. In ihm leben verwaiste oder alleinstehende Frauen, „namentlich Töchter des mittleren Beamtenstandes“, deren Pensionsansprüche für den Lebensunterhalt nicht ausreichend sind, für die aber wegen ihrer Herkunft und Erziehung - „als gebildete Frauenzimmer“ - nicht die damals übliche Arbeit als Dienstmädchen in Frage kommt. Ihre einzige Verdienstmöglichkeit bleibt daher „die geringe Einnahme weiblicher Handarbeiten, bei deren gewöhnlicher Unzulänglichkeit“ die betroffenen Frauen „einem kummervollen Leben“ ausgesetzt waren. König Max II. sorgt damit ebenso für den Abschluss der Laufbahn seiner Staatsdiener, wie er mit dem Maximilianeum den Beginn derselben gewidmet hat.

1864 – Kostümverbot in Frankreich zum Schutz der Theater

Paris * Das Kostümverbot in Frankreich wird zum Schutz der Theater polizeilich überwacht.

1864 – Joseph Gungl übersiedelt von Wien nach München

Wien - München * Joseph Gungl übersiedelt von Wien nach München und gibt mit seinem „Orchesterverein Wilde Gungl“ bis 1876 regelmäßig Konzerte und Bälle „à la Gungl“.

25. August 1864 – Grundsteinlegung für das spätere Gärtnerplatz-Theater

München-Isarvorstadt * Der Grundstein für das Münchner Volkstheater, dem späteren Gärtnerplatz-Theater wird gelegt.

10. Juni 1865 – Richard Wagners Tristan und Isolde feiert Premiere

München-Graggenau * Im Hof- und Nationaltheater wird Richard Wagners „Tristan und Isolde“ uraufgeführt. Auch hier führt Hans von Bülow den Dirigentenstab. Die Oper ist ein weiterer Höhepunkt im Leben des Komponisten. Die Frankfurter Rundschau schreibt darüber: „Das schönste und erhabenste Werk, welches die Welt besitzt“. Dagegen meint Der Volksbote, eine bayerische Provinzzeitung: „Musik ein Tollsinn, Text ein Unsinn, das Ganze ein Irrsinn“. Doch der Märchenkönig ist wieder einmal begeistert. Wegen der „Schweinehunde-Affäre“ und den deshalb



befürchteten Ausschreitungen befindet sich die Polizei im Zuschauerraum.

September 1865 – Richard Wagner mischt sich in die bayerische Politik ein

München * Richard Wagner mischt sich immer mehr in die bayerische Politik ein. Für König Ludwig II. verfasst er ein Pamphlet mit dem Titel „Was ist deutsch?“. In diesem fordert er die Gründung einer neuen politischen Zeitschrift und den Aufbau einer bayerischen Volksmiliz.

15. September 1865 – Die Schweiger-Theater müssen schließen

München-Isarvorstadt - München-Au * Am Ende bringt die politisch stärkere Konkurrenz die Schweiger-Theater zur Strecke. Als das Aktien-Volkstheater am Gärtnerplatz eröffnet wird, müssen die Schweiger-Theater schließen.

26. November 1865 – Richard Wagner hat den Bogen endgültig überspannt

München * In einem Brief schlägt Richard Wagner dem König vor, den Kabinettssekretärs Franz Seraph von Pfistermeister durch Max von Neumayr und den bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig von der Pfordten durch Ludwig von Edelsheim zu ersetzen. Der König wird die Entlassungen erst im Oktober 1866 umsetzen. Nun kommt es zum Eklat. Denn durch sein massives Einmischen in die bayerischen Staatsangelegenheiten hat Richard Wagner den Bogen endgültig überspannt. Der Komponist, der wie kaum ein anderer Zugang zum König hat, wird von der Regierung sowieso mit großem Misstrauen beobachtet. Nun stellt der Ministerrat dem König ein Ultimatum. Ludwig II. habe zu wählen „zwischen der Liebe und Verehrung Ihres treuen Volkes und der Freundschaft Richard Wagners“. Eine breite öffentliche Opposition gegen den Komponisten hat sich gebildet. Sie wirft Richard Wagner vor, er halte den König von den Regierungsgeschäften ab und beanspruche die Kabinettskasse übermäßig. Bald darauf übergeben Münchner Bürger 810 Unterschriften mit der Forderung der Landesverweisung des Komponisten Richard Wagner an den Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister.

27. Mai 1866 – König Ludwig II. eröffnete den 22. Landtag

München-Gruggenau * König Ludwig II. eröffnete den 22. Landtag im Thronsaal der Residenz. Er



will zur Eröffnung des Landtags eine Rede zu halten, in der er Bayerns Eintreten für ein frei gewähltes Parlament befürwortet, die Volksbewaffnung anstelle eines stehenden Heeres empfiehlt und die Militärgerichtsbarkeit abschaffen will. Der Bayerische Ministerrat kann gerade noch rechtzeitig die eindeutig auf Richard Wagner zurückgehenden radikaldemokratischen Vorschläge aus der Thronrede streichen.

27. Juli 1866 – Der spätere „Krokodilwirt“ Georg Lang wird geboren

Nürnberg * Georg Lang kommt in der Nähe der Hadermühle als Sohn des Gastwirtschaftspächters Georg Lang und dessen Ehefrau Margarethe, geborene Schwab, zur Welt. Er wächst in einem vom Gastgewerbe geprägten Umfeld auf und schlägt später selbst die Laufbahn eines Wirts und Großgastrons ein. Seit 1889 betreibt Lang in Nürnberg das Wirtshaus „Krokodil“, dem er seinen überregional bekannten Beinamen „Krokodilwirt“ verdankt. Auf Volksfesten sammelt er Erfahrungen mit der Bewirtung großer Menschenmengen und entwickelt neuartige Unterhaltungs- und Werbekonzepte. 1898 tritt Lang erstmals als Festwirt auf dem Münchner Oktoberfest auf. Mit seiner „1. Bayerischen Riesenhalle“, einer großen Musikkapelle und gemeinschaftlich gesungenen Stimmungsliedern prägt er entscheidend die Entwicklung des modernen Festzelts. Bis heute gilt er als einer der bedeutendsten Wegbereiter der Münchner Bierzeltkultur.

1868 – Der Untergiesinger Eisenbahndamm entsteht

München-Untergiesing * Zur optimalen Straßenführung legt die Bahnverwaltung „einen Eisenbahndamm von der Brücke angefangen bis zum Berge von Giesing, und durch diesen einen aufsteigenden tiefen Einschnitt“ an. Damit wird Untergiesing in zwei Hälften zerschnitten. Proteste der Untergiesinger stellen heraus, dass mit dem plumpen und unansehnlichen Bahndamm die Vorstadt in ihrer baulichen Entwicklung beeinträchtigt, dass zumindest die in der Nähe des Damms liegenden Grundstücke entwertet und der Bevölkerung eine „unästhetische und unerträgliche Last aufgebürdet“ wird. Der Stadtrat befürchtet bei einem Bruch des Hochwasserdammes der Isar können die hereinströmenden Wassermassen große Teile Untergiesings überschwemmen. Statt des festen Bahndammes fordert man deshalb die Herstellung der Bahntrasse auf Pfeilern. Die Bahnverwaltung hält aber die vorgetragenen Hochwasserängste für stark übertrieben, da genügend Öffnungen für Straßen und Bäche vorgesehen sind. Gleichzeitig stellt sie die - berechnete - Frage, ob eine leichtere Bauweise etwas an der Lautstärke und der Ästhetik ändern würde. Zum Bau des Bahndamms wird auf der gesamten Strecke zwischen dem Bergeinschnitt und der Braunauer Brücke ein sieben Meter



hohes Holzgerüst aufgebaut. Diese Konstruktion trägt eine Rollbahn, mit der die Erdmassen aus dem Hangeinschnitt abtransportiert und anschließend auf beide Seiten der Holzkonstruktion herabgekippt werden. Das Holzgerüst verschwand nach und nach im aufgeschütteten Eisenbahndamm. Zehn Monate sind dafür vorgesehen, um die 60.000 Kubikmeter Erdreich, die beim Aushub des Einschnitts zwischen dem Giesinger Berg und dem Ostbahnhof anfallen, auf den Bahndamm zu verteilen. Voraussetzung ist aber, dass die Bauarbeiter pro Tag rund 750 Waggons der Rollbahn mit Erdreich be- und entladen. Auf dem Streckenabschnitt sind drei Rollbahnzüge mit jeweils siebzehn Waggons ständig im Einsatz. Zu erheblichen Problemen führen nach der Inbetriebnahme der Bahnstrecke die Lärmentwicklung an der Eisenbahnbrücke am Kolonnenplatz und dem gesamten Weg des Damms. Der Lärmpegel war noch höher wie heute, da die Schienen ohne jede Geräuschdämmung direkt auf die eisernen Brückenläufe montiert worden waren.

1868 – Die Königlich-Ethnographische Sammlung wird öffentlich

München-Grägenau * Die Königlich-Ethnographische Sammlung zieht in das Galeriegebäude der Hofgartenarkaden und wird erstmals öffentlich zugänglich. Damit entwickelt sie sich zu einem Museum im heutigen Sinn. Fast sechs Jahrzehnte bleibt sie dort, doch die stetig wachsenden Bestände machen die Räume bald zu klein. Ein neuer Standort wird notwendig.

30. Januar 1868 – Bayern führt - als letztes deutsches Land - die Gewerbefreiheit ein

München * Das Königreich Bayern führt - als letztes deutsches Land - die Gewerbefreiheit ein. In dem Gesetz heißt es: „Alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts und des Glaubensbekenntnisses sind zum Betriebe von Gewerben im ganzen Umfange des Königreichs berechtigt. In dieser Berechtigung liegt insbesondere die Befugnis, verschiedenartige Geschäfte gleichzeitig an mehreren Orten und in mehreren Lokalitäten desselben Ortes zu betreiben, von einem Gewerbe zum andern überzugehen, ein Geschäft auf den Bereich anderer Gewerbe auszudehnen und Hilfspersonen aus verschiedenartigen Gewerbszweigen in beliebiger Anzahl in und außer dem Hause zu beschäftigen.“ Das bedeutet, dass jeder, ob Mann oder Frau, ob Christ oder Jude, beliebig viele Gewerbeunternehmungen an beliebig vielen Orten in Bayern betreiben kann. Nur für Apotheken und Gastwirtschaften bleibt auch weiterhin ein Konzessionssystem erhalten.

7. März 1868 – Gegen den Bau eines Wagner-Festspielhauses in München



München * Das Festspielhaus-Projekt scheitert am Geldmangel und schließlich sogar am Widerstand Richard Wagners, der drei seiner Opern - durch Protektion Ludwigs - in München uraufführen konnte. Cosima von Bülow, Wagners Sekretärin und Mutter zweier gemeinsamer Kinder, redet Ludwig II. den Plan zum Bau eines Wagner-Festspielhauses in München aus. Dieses Bauvorhaben ist das erste und zugleich das letzte, bei dem der König in der Bestimmung an das Volk denkt. Bayerns Märchenkönig lässt schließlich überhaupt keinen öffentlichen Bau mehr errichten und zieht sich zurück. Ludwigs Schlösser waren niemals für die Öffentlichkeit bestimmt.

Januar 1869 – Interessenten für den Zoologische Garten

München-Englischer Garten - Schwabing * Die Unternehmer eines kleinen, aber populären zoologischen Museums in München, Leven & Sohn, beantragen bei der Stadt, den ehemaligen Benedikt-Tierpark zu pachten. Der Zoologische Garten am Westrand des Englischen Gartens soll wieder mit lebenden Tieren bevölkert und ein Seewasseraquarium eingerichtet werden. Bei Erfolg wollen sie das Anwesen kaufen.

21. Juni 1869 – Die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund wird erlassen

Berlin * Die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund wird erlassen.

1870 – In München entstehen die ersten Singspielhallen

München * In München entstehen - als Ableger der Varietés - die ersten Singspielhallen.

11. Juni 1870 – Das erste deutsche Urheberrecht wird verabschiedet

Berlin * Das erste deutsche Reichsgesetz betreffend das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen und musikalischen Kompositionen wird verabschiedet. Es hat aber bis zur Gründung der Anstalt für musikalisches Aufteilungsrecht im Jahr 1902 nur wenig Bedeutung.

15. Juli 1870 – Der Preußenkönig Wilhelm I. erlässt die Mobilmachungsorder



Ems - Berlin * Der Preußenkönig Wilhelm I. beendet seinen Kururlaub in Ems und reist über Potsdam nach Berlin. Er wird von einer jubelnden Bevölkerung empfangen. Der König erlässt die Mobilmachungsorder für Preußen.

18. August 1870 – In Lothringen kommt es zur Schlacht von Gravelotte

Gravelotte - Saint Privat - Metz • In Lothringen kommt es zur Schlacht von Gravelotte, die auch Schlacht bei Saint Privat genannt wird. Es ist zugleich die letzte Schlacht um die Einkesselung der Festung Metz. Beide Armeen büßen ein Achtel ihres Bestandes ein. Anders als in den meisten Schlachten zuvor fordert es in Gravelotte und Saint Privat einen erheblichen preußischen Blutzoll. Die Deutschen haben seit der Völkerschlacht bei Leipzig keinen verlustreicheren Kampf mehr geführt. Die geschlagene französische Rheinarmee zieht sich nach Metz zurück.

23. August 1870 – Straßburg wird beschossen

Straßburg * Die deutschen Geschütze eröffnen das Feuer auf die Stadt Straßburg und verursachen starke Schäden, auch am Straßburger Münster. Der Bischof von Straßburg bittet vergeblich um Einstellung des Feuers. Die Zivilbevölkerung schlägt vor, jeden Tag 100.000 Franc zu bezahlen, an dem die Stadt nicht bombardiert würde. Der Beschuss hört allerdings erst auf, als man sich bewusst wird, dass ein fortgesetztes Bombardement zu viel Munition verbrauchen und schwerste Schäden in der Stadt anrichten würde. Man will jedoch die Stadt erobern und nicht zerstören.

1. September 1870 – Massaker in Bazeilles

Bazeilles * Bayerische Truppenteile greifen Bazeilles an. Der Kampf endet mit der völligen Vernichtung des Ortes. Ein Teil der Einwohner war bereits am Vorabend der Kämpfe geflohen. Dem in Bazeilles gebliebenen Teil der Bevölkerung wird die Beteiligung an Schießereien gegen die Bayern vorgeworfen. Zwar wird keiner der Zivilisten mit Waffen angetroffen, dennoch ermorden bayerische Soldaten noch am 1. September vierzig Frauen und Männer aus dem Ort, weitere 150 in den folgenden Tagen. Zudem werden 363 Häuser in Bazeilles niedergebrannt. Der Kampf um Bazeilles ist für die Bayerische Armee besonders verlustreich und gilt in der deutschen Öffentlichkeit als „Ein blutiger Beitrag zur Bayerischen Waffenehre, ein ehrenvoller Kitt für die Deutsche Einigkeit“.



3. September 1870 – Napoleon III. flieht nach Kassel

Sedan - Kassel * Als ab dem 3. September 1870 rund 104.000 französische Soldaten, darunter 4.000 bis 5.000 Offiziere, in die Kriegsgefangenschaft gehen, ist Kaiser Napoleon III. schon auf dem Weg nach Wilhelmshöhe bei Kassel, wo er den Friedensschluss abwarten soll. Der französische Noch-Kaiser will schnellstens durch Belgien nach Kassel reisen. Seinem eigenen Volk misstraut er. Und seinen Soldaten tritt er nicht mehr gegenüber, so groß ist die Schmach der Niederlage.

4. September 1870 – Die Französische Republik wird ausgerufen

Paris * Volksmassen stürmen die Deputiertenkammer, kurz danach wird die Absetzung des Kaisers verkündet und die „provisorische“ Französische Republik ausgerufen, die den Krieg gegen die Deutschen fortsetzt. Die französischen Volksheere können zunächst die deutschen Angriffe zurückdrängen, zu keiner Zeit aber den deutschen Sieg ernsthaft gefährden.

30. Dezember 1870 – Die Kammer der Reichsräte beschließt den Beitritt zum Reich

München-Kreuzviertel * Zur Annahme der Versailler Verträge vom 23. November 1870 und dem damit verbundenen Reichsbeitritt ist im Bayerischen Landtag eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit notwendig. Diese Verträge regeln die Modalitäten, unter denen die süddeutschen Staaten dem Deutschen Kaiserreich beitreten sollen. Dabei ist zu entscheiden, ob das Königreich Bayern selbstständig bleiben oder ein Teil des Deutschen Reiches werden soll.

Die Kammer der Reichsräte, der Vertretung des Hochadels, der Hochfinanz und der hohen Geistlichkeit, hat den Verträgen, die am 1. Januar 1871 in Kraft treten sollen, bereits an diesem 30. Dezember 1870 mit großer Mehrheit zugestimmt. Um die Souveränität des bayerischen Volkes preiszugeben, haben die erklärten „Sachwalter bayerischer Interessen“ genau einen Vormittag gebraucht.

1871 – Die Beamten-Relikten-Anstalt bietet Platz für rund 100 Frauen

Bogenhausen * Die Beamten-Relikten-Anstalt wird seinem Zweck zugeführt. Die von der Bevölkerung „Drachenburg“ genannte Einrichtung bietet Platz für rund 100 Frauen.

1871 – In Wien dürfen erst jetzt Frauen auf Kleinkunsth Bühnen auftreten



Wien * Im Gegensatz zu München dürfen in Wien erst jetzt Frauen auf Kleinkunsthöhlen auftreten.

1871 – Ein vielfältiges Volksbildungswesen entwickelt sich

Königreich Bayern * Im Zeitraum von der Reichsgründung 1871 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges entwickelt sich in Bayern ein vielfältiges Volksbildungswesen, das von verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Richtungen getragen wird. Im Bereich des bürgerlich-liberalen Lagers entstehen Volksbildungsvereine, die als Vorläufer der Volkshochschulen angesehen werden können.

21. Januar 1871 – Auch die Abgeordnetenversammlung stimmt dem Beitritt zum Kaiserreich zu

München-Kreuzviertel * Nach einer zehnstündigen Redeschlacht stimmen 102 Abgeordnete für den Beitritt Bayerns zum Deutschen Kaiserreich und nur noch 48 dagegen. Damit ist die Zweidrittelmehrheit - wenn auch knapp - erreicht. Das im Jahr 1871 gegründete Deutsche Reich ist nach der Präambel seiner Verfassung ein „ewiger Bund zum Schutz des deutschen Bundesgebietes und des innerhalb dieses gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“. Diesen Bund schließen die 22 Repräsentanten der vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen; der sechs Großherzogtümer Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und Sachsen-Weimar; der fünf Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; der sieben Fürstentümer Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, des mitregierten Reichslandes Elsass-Lothringen sowie der Regierenden Bürgermeister der drei Freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck. Dieser Bundesstaat wird durch zwei Institutionen - Bundesrat und Reichstag - repräsentiert. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat das höchste Reichsorgan, in dem Preußen aufgrund seiner Größe und seiner hegemonialen Stellung dominiert. In diesem Gremium sind die einzelnen Länder entsprechend ihrer Größe mit unterschiedlichen Stimmzahlen ausgestattet vertreten: Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, die kleineren je 2 oder 1 - insgesamt 58 Stimmen.

19. März 1871 – Ex-Kaiser Napoleon III. verlässt die Wilhelmshöhe



Kassel • Der französische Ex-Kaiser Napoleon III. verlässt die Wilhelmshöhe in Kassel, von wo aus er mehrfach versucht hat, sein gescheitertes Regime wiederherzustellen. Doch das französische Volk hatte von ihrem bisherigen Staatsoberhaupt einfach genug. Er geht ins Exil nach Großbritannien.

16. April 1871 – Die Reichsverfassung wird rechtskräftig

Deutsches Reich - Königreich Bayern * Die Reichsverfassung wird rechtskräftig. Das Zweite Deutsche Kaiserreich ist ein Bundesstaat, dem - unter preußischer Hegemonie - 25 Einzelstaaten angehören. Der preußische Ministerpräsident ist gleichzeitig Reichskanzler. Das Deutsche Reich ist nach der Präambel seiner Verfassung ein „ewiger Bund zum Schutze des deutschen Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“. Diesen Bund schließen die 22 Repräsentanten: der vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen; der sechs Großherzogtümer Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und Sachsen-Weimar; der fünf Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; der sieben Fürstentümer Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, des mitregierten Reichslandes Elsass-Lothringen sowie der Regierenden Bürgermeister der drei Freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck. Dieser Bundesstaat wird durch zwei Institutionen - Bundesrat und Reichstag - repräsentiert. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat das höchste Reichsorgan, in dem Preußen aufgrund seiner Größe und seiner hegemonialen Stellung dominiert. In diesem Gremium sind die einzelnen Länder entsprechend ihrer Größe mit unterschiedlichen Stimmenzahlen ausgestattet vertreten: Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, die kleineren je 2 oder 1 - insgesamt 58 Stimmen. Bis im Rahmen der Reichsgründung auch in Bayern das metrische Maß eingeführt wird, fasst die Bayerische Mass 1.069 Kubikzentimeter. Durch die Preußische Maß- und Gewichtsordnung wird das Bayerische Maaß abgeschafft. Als gesamtdeutsche Maßeinheit gilt nun der Liter. Und dieser ist auf 1.000 Kubikzentimeter festgelegt worden.

11. November 1871 – Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt für Oberbayern wird gegründet

München * Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt für Oberbayern wird als Lehranstalt für weltliche Lehrerinnen durch einen Beschluss des Bayerischen Landtags gegründet. Damals werden Schulen nur von klösterlichen Lehrerinnen geleitet. Für interessierte und begabte Frauen ist es



jedoch nur über Einrichtungen dieser Art möglich, eine beruflich gehobene Qualifikation zu erreichen und damit zu gesellschaftlichem Ansehen zu kommen. Da die Universitäten „frauenfrei“ gehalten werden, ist der Beruf der Volksschullehrerin eine der wenigen, möglichen Alternativen.

27. Dezember 1871 – Der Liter verschärft den Bierpreisstreit

München * Neue Auseinandersetzungen um den Bierpreis kündigen sich an. Der Konflikt, der bis 1874 andauert, wird nicht nur in Wirtshäusern und auf der Straße, sondern zunehmend auch in den Zeitungen ausgetragen. Zusätzlichen Unmut verursacht die Einführung des metrischen Systems zum 1. Januar 1872. Der Liter ersetzt die bisherige bayerische Maß, die rund 1,069 Liter fasst. Die Gäste erhalten künftig also 0,069 Liter weniger. Gleichzeitig soll der Ausschankpreis von sechseinhalb Kreuzern für die alte Maß auf sieben Kreuzer je Liter steigen. Am 27. Dezember 1871 eröffnet der „Volksbote“ den publizistischen Streit: „Infolge der maßlosen Bedrückung der hiesigen Wirte vonseiten der Brauer bei Einführung des neuen Maßes, des Liters, sind Erstere gezwungen, das ihnen von den Brauern unter dem Titel ‚Bier‘ verabfolgte Gebräu, das jetzt sechseinhalb Kreuzer je Maß kostet, vom 1. Januar an um sieben Kreuzer je Liter auszuschenken.“ Damit entzündet sich ein polemischer Zeitungskrieg, in dem sich die beteiligten Blätter gegenseitig mit scharfen Angriffen überbieten.

1872 – Richard Wagners Musik wird konsumierbar gemacht

München * Das neu erwachte „Deutschland-über-alles-Selbstwertgefühl“ nach dem gewonnenen Krieg von 1870/71 sowie die Reichsgründung haben in München schon zu Wagners Lebzeiten Vereine gründen lassen, die dieses Gefühl pflegen und hochhalten. Und damit stehen Richard Wagners Kompositionen im Mittelpunkt des öffentlichen Musikinteresses. Seine Musik wird konsumierbar gemacht; von der Spieldose bis zum mechanischen Klavier. Neben Volksliedern, patriotischen Hymnen und Gassenhauern spielen Kirmes-Orgeln auch Wagner-Potpourris. Und selbst in den regelmäßig stattfindenden Bierkonzerten erfreut sich ein „mehrere tausend Köpfe starkes Publikum“ an den von vierzig bis fünfzig Mann starken Militärkapellen vorgetragenen Werken von Richard Wagner. Das „Vorspiel zu Parsifal“ oder Szenen aus „Rheingold“ beziehungsweise der „Walküre“ werden dargebracht und von den zechenden Besuchern mitgesungen. Richard Wagner ist einfach zum Popstar geworden.

Juni 1872 – Falschmeldung über Sedlmayrs Bier



München * Mit welchen Mitteln angesehene Brauer und ihre Erzeugnisse öffentlich in Verruf gebracht werden, zeigt eine Meldung des „Volksboten“. Die Zeitung verbreitet das frei erfundene Gerücht, das Bier der Spatenbrauerei Gabriel Sedlmayrs sei wegen einer angeblichen Gesundheitsgefährdung der Soldaten in den Münchner Kasernen verboten worden. Obwohl es ein solches Verbot nicht gibt, übernehmen zahlreiche große europäische Zeitungen die Nachricht. Die erbitterte Presseschlacht um Bierpreis und Bierqualität dauert bis gegen Ende des Jahres 1874 an. Vor allem auflagenorientierte Blätter verschärfen mit reißerischen Meldungen immer wieder die Stimmung. Neue Nahrung erhalten die Vorwürfe, als einzelne kleinere Brauereien tatsächlich der Bierversäufschung überführt werden. Den Suden sollen neben Alkohol auch Brechnuss, Opium, Ignatiushohnen und wilder Rosmarin zugesetzt worden sein. Solche gesundheitsgefährdenden Beimischungen verstoßen deutlich gegen die viel beschworene Tradition des bayerischen Reinheitsgebots.

12. Juni 1872 – Die Gewerbeordnung gilt über ein Reichsgesetz auch für Bayern

München * Die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund wird mit einem Reichsgesetz auch auf Bayern übertragen. Diese allgemeine Gewerbefreiheit ermöglicht es Unterhaltungskünstlern, ihre Darbietungen im ganzen Kaiserreich anzubieten, Singspielgesellschaften zu gründen und Bühnen oder Schauspielbetriebe zu eröffnen. Damit blühen viele Theaterbetriebe, besonders aber deren Mischformen wie Varieté, Revue, Tingeltangel und Singspielhalle auf. Da das Reichsgesetz die Restaurationsbetriebe mit Unterhaltungsdarbietungen zwar wie Theater unter die Gewerbeordnung stellt, schränkt sie deren Tätigkeit jedoch umgehend wieder ein, denn die Betreiber sind weiterhin in erster Linie Gastronomen und keine Theaterdirektoren.

14. Oktober 1872 – Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt zieht in die Ludwigstraße

München-Maxvorstadt * Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt für Oberbayern hat im Gebäude des Damenstifts an der Ludwigstraße ihre neue Unterkunft gefunden. Die Lehramtsaspirantinnen müssen eine höhere Erziehungs- und Unterrichtsanstalt besuchen und anschließend eine zweijährige Fachausbildung durchlaufen, werden aber nicht in den gleichen Fächern ausgebildet wie die Männer. Behörden und Lehrer sehen die Frau in der Schule - zwar als einen hübschen, aber dennoch - als Ärgernis erregenden Fremdkörper an. Kritiker betonen, dass der Körper der Lehrerinnen „den Anstrengungen des Schulberufs weniger gewachsen ist als der der Männer. Wir Deutsche aber, die dem konzentrischen Drucke aller Völker Europas ausgesetzt sind, können die Verweiblichung am allerwenigsten brauchen. Wir können uns in



unserer Stellung nur halten aufgrund jener harten Männertugenden, die das schönste Erbe des deutschen Volkes sind.“ Die Lehrerinnen werden von ihrem männlichen Kollegen verteuftelt, obwohl ihr Lohn sowieso schon geringer als der ihrer männlichen Kollegen ist. Außerdem haben die meisten weiblichen Lehrkräfte keine feste Anstellung und kommen über die untersten Stufen der Hierarchie nicht hinaus. Hinzu kommt noch ein strenges Zölibat, ein Heiratsverbot. Das verordnete Eheverbot für die Lehrerinnen ist ein wirksames Mittel, die Quote der weiblichen Lehrkräfte niedrig zu halten. Die Unvereinbarkeit zwischen Ehe und Lehrberuf wird begründet und verteidigt. So kommt der Bayerische Landtag zur Erkenntnis, dass das Eheverbot „einem dem Interesse der Schule schädlichen Widerstreit zwischen den Pflichten einer Frau als Lehrerin und als Ehefrau“ zuvorkomme.

1873 – Adele Spitzeders will die „Westendhalle“ kaufen und umgestalten

München-Ludwigsvorstadt * Adele Spitzeders Plan, die „Westendhalle“ zu kaufen und in ein glitzerndes „Vandevillet-Theater“ umzuwandeln, scheitert.

September 1873 – Das „Oktoberfest“ wird wegen der drohenden „Cholera-Epidemie“ abgesagt

München-Theresienwiese * Das „Oktoberfest“ wird wegen der heraufziehenden „Cholera-Epidemie“ abgesagt. Seit 1810 fällt das Volksfest damit zum fünften Mal aus.

2. September 1873 – Der „Sedantag“ wird als patriotischer Feiertag begangen

Deutsches Reich * Im Deutschen Kaiserreich wird am 2. September der „Sedantag“ als patriotischer Feiertag an Stelle eines noch nicht existierenden Nationalfeiertages gefeiert. Es ist vor allem ein Feiertag des kaisertreuen Bürgertums, des Adels sowie des Militärs, der preußischen Beamtschaft und der ländlichen Bevölkerung gewesen, nicht oder nur kaum einer der Arbeiterschaft.

1874 – Carl Hagenbecks Völkerschau

Hamburg-Stellingen * Carl Hagenbeck stellt in seinem Hamburger Tierpark eine Familie von sechs nordeuropäischen „Samen“ [= Lappländer] aus. Diese Präsentation wird zum Vorbild aller späteren Völkerschauen. Die „Lappländer-Ausstellung“ zeigt aber nicht nur die Menschen dieser



Region, sondern stellt sie in einen Zusammenhang mit ihren heimischen Lebensumständen. Um die Ausstellung als möglichst authentisches Ensemble zu arrangieren, beschafft Hagenbeck Ren- und andere Nutztiere, originale Zelte, Werkzeuge und Schlitten.

1874 – Bierboykott mit Milch und Limonade

München * Im seit Jahren andauernden Bierpreisstreit greifen Münchner Arbeiter erneut zu einem wirkungsvollen Protestmittel: Ganze Belegschaften meiden jene Gaststätten, die den Preis für einen Liter Bier auf neun Kreuzer erhöhen. Zeitgenössisch ist noch häufig vom englischen „Strike“ die Rede. Genau genommen legen die Arbeiter ihre Arbeit jedoch nicht nieder, sondern organisieren einen gezielten Bier- und Wirtsboykott. Auch Maurer aus Haidhausen und Giesing schließen sich der Bewegung an. Sie versprechen auf Ehrenwort, so lange Milch statt Bier zu trinken, bis der Preis wieder auf acht Kreuzer sinkt. Münchner Zeitungen stärken die Durchhaltungsmoral der Boykottierenden und veröffentlichen sogar Rezepte für preiswerte Ersatzgetränke. Unter der Überschrift „An das durstige Publikum“ empfiehlt die „Volksstimme“ eine selbst hergestellte Brauselimonade: „Wer da glaubt, das Bier nicht entbehren zu können, der mache den Versuch: Kaufe bei einem Materialisten ungefähr für 18 Kreuzer Weinsteinensäure, um neun Kreuzer doppeltkohlenstoffsaures Natron, nehme zu einem halben Liter Wasser zwei Teile Natron, einen Teil Weinsteinensäure, und das billigste Selterswasser ist fertig. Um 27 Kreuzer hat man eine ganze Woche Selterswasser – statt saurem Bier!“ Der organisierte Konsumverzicht zeigt einen Wandel der Protestformen: An die Stelle gewaltsamer Bierkrawalle tritt zunehmend der wirtschaftliche Druck auf Wirte und Brauer. Wer das Bier verteuert, soll darauf sitzen bleiben.

Januar 1874 – Emil Weinberger gründet das Volkstheater in der Leopoldstadt

München-Maxvorstadt * Theaterdirektor Emil Weinberger gründet das Volkstheater in der Leopoldstadt in der Senefelderstraße.

13. März 1874 – Fest zur Feier der Pariser Commune

München-Ludwigsvorstadt * Die Münchner Sozialdemokraten organisieren ein stark besuchtes „Arbeiter-Massenfest zur Feier der Pariser Commune“ in den Räumlichkeiten der Centralsäle.



21. Juli 1874 – Solidarität zwingt den Wirt zum Einlenken

München-Au * Der Bierboykott zeigt Wirkung. Der Wirt „Zum Bereiter Anger“ bietet den Arbeitern der Lederfabrik Seiler und Bromberger den Liter Bier zunächst für acht Kreuzer an. Alle übrigen Gäste sollen weiterhin neun Kreuzer bezahlen. Die Arbeiter lehnen diesen Preisnachlass für ihre eigene Gruppe ab. Sie erklären, den Boykott fortzusetzen, solange der niedrigere Preis nicht für sämtliche Gäste gilt. Daraufhin gibt der Wirt nach und senkt den Bierpreis allgemein auf acht Kreuzer. Die „Süddeutsche Volksstimme“ würdigt am 21. Juli 1874 die solidarische Haltung: „Die Arbeiter erklärten jedoch, unter diesen Umständen den Streik aufrecht erhalten zu müssen. Der Wirt gab nun nach und verkauft jetzt durchgängig das Bier nur um 8 kr. Es ist sehr zu wünschen, dass andere Stände von diesem Gemeinsinn der Arbeiter lernen, statt wie bisher über diese loszuziehen.“ Der Vorgang macht deutlich, dass es den Arbeitern nicht nur um einen persönlichen Preisvorteil geht. Ihr gemeinsames Vorgehen soll eine Preissenkung für alle Gäste erreichen.

23. Juli 1874 – Brauer drohen Wirten mit Lieferstopp

München * Die Münchner Brauer reagieren auf die Erfolge des Bierboykotts. Sie setzen Gastwirte unter Druck, die den Liter Bier bereits wieder für acht Kreuzer ausschenken. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Volksstimme“ drohen sie damit, diesen Wirten kein Bier mehr zu liefern. Einige Gaststätten müssen deshalb erneut neun Kreuzer verlangen: „Verschiedene Wirte, welche das Bier schon für 8 kr. gaben, mussten auf Drängen der Bräuer und die Drohung derselben, ihnen kein Bier mehr zu liefern, wieder den erhöhten Preis von 9 kr. verlangen.“ Damit verschärft sich die Auseinandersetzung: Die Arbeiter antworten mit Boykott, die Brauer mit wirtschaftlichem Druck auf die Wirte.

1875 – Junge Stadtbevölkerung

München * Die Altersgruppe von 16 bis 35 Jahren stellt 42 Prozent der Münchner Stadtbevölkerung.

1876 – Völkerschauen = Zoo mit Menschen und Tieren

München * „Völkerschauen“ bieten in München die Möglichkeit, nicht nur Menschen fremder und außereuropäischer Länder zu bestaunen, sondern auch Tiere, die in deren Umfeld vorkommen,



zu besichtigen. Da München noch keinen Tierpark hat, finden die Präsentationen fremder Völker im Rahmen des Oktoberfestes auf der Theresienwiese statt.

1876 – „Papa“ Jakob Geis tritt mehrmals in der Woche im Oberpollinger auf

München-Kreuzviertel * Zwischen 1876 und 1899 tritt „Papa“ Jakob Geis, der bekannte Münchner Komiker und Direktor einer Singspielgesellschaft, tritt - mehrmals in der Woche - im Oberpollinger auf.

25. August 1876 – Die Wittelsbacherbrücke wird der Öffentlichkeit übergeben

München-Ludwigsvorstadt - München-Au * Am 31. Geburtstag König Ludwigs II. wird die Wittelsbacherbrücke der Öffentlichkeit übergeben. Die eiserne Brücke stammt von der Münchner Tochtergesellschaft der Cramer-Klett'schen Eisenwerke Nürnberg, der Süddeutschen Brückenbaugesellschaft. Einen besonderen Aufwand betreibt man mit den zwei Brückenportalen, die reich ausgestattet waren. Den bisherigen Holzsteg reißt man kurz vor Fertigstellung der Brücke ab. Zweifellos ist eine leistungsfähige Brücke für Untergiesing überlebensnotwendig, da hier bisher nur sehr wenig funktioniert hat: kein Bahnhof, kein Schlachthof, dafür aber der städtebaulich stark behindernde Bahndamm. Eine Brücke ist Untergiesings letzte Chance, denn nur durch sie ist mit einer großflächigen Ansiedlung von Industriebetrieben und Unternehmen zu rechnen, nur durch sie entstehen neue Impulse für die Entwicklung des Stadtviertels, nur durch den neuen Isarübergang kann der Wohlstand der Bewohner gefördert werden und nur durch ihn kann bei der Vorstadt-Bevölkerung „Bildung und bürgerlicher Freisinn“ zunehmen.

September 1876 – Die erste, noch sehr bescheidene Völkerschau auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * Die erste, noch sehr bescheidene Völkerschau wird auf dem Oktoberfest gezeigt. Präsentiert werden: „Die Lappländer Polarmenschen, bestehend aus 2 Männlichen und 2 Weiblichen, produzieren sich hier während des Oktoberfestes auf der Festwiese, und zwar mit ihren 4 Renntieren, Eishunden (Bärenfänger), Hütten, Fahrzeugen und vielen Originalgerätschaften in einem eigens zu diesem Zwecke elegant hergerichteten Theater“.



Oktober 1876 – Die Völkerschau „Lappländer Polarmenschen“ wird auf dem Oktoberfest gezeigt

München-Ludwigsvorstadt * Auf dem Oktoberfest werden „Lappländer Polarmenschen“ gezeigt. Da München noch über keinen zoologischen Garten verfügt, finden die Völkerschauen zumeist auf der Theresienwiese statt.

1878 – Jeder Vortrag in einem „Tingeltangel“ muss polizeilich genehmigt werden

Berlin * In einer Reichspolizeiverordnung wird festgelegt, dass jeder Vortrag in einem „Tingeltangel“ polizeilich genehmigt werden muss, dass diese Genehmigung nur für ein bestimmtes Lokal gilt und dass die Erlaubnis zudem zurückgezogen werden kann. Außerdem wird die Aufführung von Dramen, Lustspielen, Possen, Opern, Operetten, Sing- und Liederspielen, Tänzen und Balletts als unzulässig erklärt. Nur Gesangs- und Deklamationsstücke mit einer Besetzung von höchstens zwei Personen sind erlaubt. Die Vortragenden Personen dürfen aber nur in bürgerlicher Kleidung (Gesellschaftsanzug) auf der Bühne erscheinen. Alle Vorträge im Kostüm sind verboten. Als Ausnahme wird der Auftritt im „wirklichen Nationalkostüm“ (Tracht) genehmigt. Auch Kulissen, Vorhänge und jede Art von Requisiten werden von der Bühne verbannt. Außerdem durften die vorgetragenen Gesangs- und Deklamationsstücke in Inhalt und Vortragsweise nicht gegen die Religion, die Sittlichkeit, die staatlichen Einrichtungen, den öffentlichen Anstand und die öffentliche Ordnung verstoßen. Die Vorträge dürfen frühestens um 18 Uhr beginnen und müssen spätestens um 23 Uhr beendet sein.

1878 – Ein „Ort der Halbwelt mit Prostituierten“ im Thalia-Theater

München-Ludwigsvorstadt * Der Schriftsteller Karl Theodor von Perfall entdeckt im Thalia-Theater im Grünen Hof in der Bayerstraße 16a einen „Ort der Halbwelt mit Lebemännern und Prostituierten in den Logen“, die sich an „leichtgeschürzten Offenbachiaden“ erfreuen.

5. Oktober 1878 – Das Kil's Colosseum erhält die Konzession für Singspielhallen

München-Isarvorstadt * Die Singspielhalle Kil's Colosseum erhält die Konzession für Singspielhallen und Café chantants. Sie wird in Bezug zum Bayerischen Polizei-Strafgesetzbuch vom 16. Dezember 1871 gestellt, in dem festgelegt ist: „das sogenannte Chansonetten-Kostüm selbst in der abgeschwächten Form des kurzen ausgeschnittenen Kleides



mit kurzen Ärmeln und mit Trikot ist verboten. Die Chansonetten und Coupletsängerinnen dürfen nur in langem Gesellschaftskleide auftreten. Nur das National-Costüm von echten National-Sängern ist von den Bestimmungen [...] ausgenommen“.

1879 – Friedrich Fabri stellt die Frage nach deutschen Kolonien

Deutsches Reich * Friedrich Fabri, ein aus Franken stammender Missionsleiter, Expansionspublizist, Kolonial- und Sozialpolitiker, veröffentlicht eine aufsehenerregende Broschüre, in der er die Frage stellt: „Bedarf Deutschland der Kolonien?“ Fabri gilt gemeinhin als Vater der deutschen Kolonialbewegung. Er sieht in der Überbevölkerung, der Überproduktion und dem Kapitalüberschuss die eigentlichen Ursachen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen des Kaiserreichs. Friedrich Fabris Krisentherapie besteht aus einer Exportoffensive an Waren, Kapital und Menschen. Durch eine „gelenkte Auswanderung“ und gegebenenfalls auch der Deportation der Kräfte aus der sich emanzipierenden sozialistischen Arbeiterschaft, die an ihren systemverändernden Absichten festhielten, könnte auch die Soziale Frage nach Übersee exportiert werden. Friedrich Fabri stilisierte damit die Frage nach deutschen Kolonien zu einer deutschen Überlebensfrage hoch.

1879 – Eine Beschreibung Untergiesings

München-Untergiesing * Im Münchner Fremdenblatt sind - 25 Jahre nach der Eingemeindung - über Giesing folgende Zeilen zu lesen: „[...] Viel berechtigter wäre der Ausspruch: Die neue Wittelsbacherbrücke sei über die Isar gebaut, um bei ihrem prächtigen Anblick zu vergessen, welche Enttäuschung folgt, wenn man sie überschritten hat und sich einer Vorstadt nähert. Da wir einmal auf dem Wege sind, wollen wir uns auf dem Schyrenplatz, so genannt zum Andenken der Wittelsbacher Ahnen, weiter wagen; denn es ist Schönwetter und die Police der Unfallversicherung in unserer Tasche. Die Stadt hat aufgehört und liegt hinter uns - das Dorf beginnt, und zwar ein schmutziges Dorf. Lassen wir den Tummelplatz des Rieser und niederbayerischen Federviehs (den Weideplatz der Martinsvögel, die jedoch hier zu jeder Zeit vertilgt werden, wenn sie nur 'gansln'), links liegen und haben wir die blauweiße Tafel passiert, auf der geschrieben steht Gänsemarkt, so kommen wir rechts vor dem Eingang in das eigentliche Giesing, an eine eigentümliche Fallgrube. Auf unser Befragen hin wurde uns mitgeteilt, das sie die Universalabtrittsgrube der Adjazenten [= Anwohner] weit herum bilde, die in ihren Häusern des allernötigsten Rückzugsortes entbehren, der für alle zivilisierten Völker der notwendigste ist. Gleich neben der Kommunegrube arbeitet die Wasserversorgungsanstalt, welche die Vorstadt mit



filtriertem Isarwasser beglückt. Und wieder nur einen Schritt weiter kommen wir an eine Pfütze, an ein Stinkwasser, das von Zeit zu Zeit ein ärgeres Parfüm ausströmt, als alle Böcke von Bar el Maserim - und wahrhaftig diese stinken arg. Giesing hat eine Gemeinschaft mit allen orientalischen Städten, nämlich: man soll sie von weitem anschauen, aber nicht hineingehen. [...]

Links ein eingepankerter Garten, rechts Holzhütten, in deren Vergleich die Troglodyten [= Höhlenbewohner] noch besser logiert haben, schließen eine Straße ein, zu deren Herstellung respektive Erweiterung schon längst hätte energisch vorgegangen werden müssen - wenn eben Giesing kein Stiefkind der Stadt wäre. Einstimmig muß man von den Giesingern hören: „Wir sind nur gut genug, Steuern und Abgaben zu bezahlen, im übrigen schert sich kein Mensch um uns“. [...] In dem ganzen zur Stadt gehörigen Giesing ist mit Ausnahme der Tegernseer Landstraße kein Trottoir; bei jedem Regen stehen die Tümpel in den Straßen, die nach längerer Zeit die Luft verpesten und die Gesundheit schädigen. Während in den übrigen Vorstädten die Nacht hindurch die bestimmten Gaslaternen noch Licht haben, ist diese Wohltat für die Giesinger nicht gegeben; um 1 Uhr nachts sind alle Lichter gelöscht - um diese Zeit hat eben der Giesinger nichts mehr auf der Straße zu suchen!“

1879 – Das Neue Vorstadt-Theater beim Damenwirth wird gegründet

München-Au * Das Neue Vorstadt-Theater in der Au beim Damenwirth wird gegründet.

8. April 1879 – Volkssänger Georg Schwarz wird zu sechs Mark Strafe verurteilt

München * Der Münchner Volkssänger Georg Schwarz wird zu sechs Mark Strafe verurteilt. Er hat bei Abendauftritten am 27. November 1878 im Fraunhofergarten und am 4. Dezember 1878 im Braunauerhof Bärte, Perücken, Zylinder und „andere Versatzstücke“ benutzt.

Oktober 1879 – Eine „Nubier-Karawane“ auf dem Oktoberfest

München-Ludwigsvorstadt * Eine „Nubier-Karawane“ ist auf dem Oktoberfest als Völkerschau zu sehen.

September 1880 – 401 Wirts-, Verkaufs- und Schaubuden auf der Theresienwiese

München-Theresienwiese * 401 Wirts-, Verkaufs- und Schaubuden - darunter auch Völker- und



Abnormitätenshows, Menagerien, Varietés, Zirkuszelte und Museen - befinden sich auf der Theresienwiese.

6. Dezember 1880 – Eröffnung der Mariahilf-Volksschule am Mariahilfplatz

München-Au * Eröffnung der Mariahilf-Volksschule am Mariahilfplatz.

21. Mai 1881 – „Das Münchener Aquarium“, Münchens erstes Panoptikum, wird eröffnet

München-Hackenviertel * Mit dem „Münchener Aquarium“ öffnet das erste stationäre „Panoptikum“ Münchens. Das Etablissement befindet sich am Färbergraben 24 und wird von Johann Baptist Gassner geführt. Vom Vestibül führen Treppen in die einzelnen Sammlungen. Die namensgebende Attraktion - das Aquarium - befindet sich im Untergeschoss des Anwesens. Der Raum ist als Tropfstein-Grotte gestaltet und kühl, „wie wenn man zur Sommerzeit in des Tannenwaldes Schatten tritt“. Im Vorderteil befinden sich die Süßwasserbecken, im Mittelbau folgen die Meerwasser-Aquarien. Im Kontrast zum Unterwassererlebnis des Aquariums bietet dem Besucher der Ausstellungssaal im Erdgeschoss ein ganz anderes Ambiente. Der Saal ist salonartig mit Kronleuchtern eingerichtet. An der Wand entlang und zwischen den Fenstern sind Affen- und Vogelkäfige aufgestellt, die jeder für sich in Architektur und Dekoration ein separates Schauereignis bieten. In einem mit Maschendraht verkleideten Rundtempel sind auf einem dekorativen blätterlosen Baum exotische Vögel zu besichtigen. Im großen Saal im ersten Obergeschoss sind „raffinierte und spektakuläre Produkte menschlicher Kunstfertigkeit“ untergebracht. Das Angebot reicht von alten chinesischen Skulpturen, historischen Waffen, ausgestopften Tieren, Spieluhren bis hin zu mechanischen und automatischen Maschinen. Eine besondere Attraktion ist ein Telefon, das in Zeitungsinserten von J. B. Gassner extra beworben wird. Ein weiterer Höhepunkt der Ausstellung ist ein elektrisches Harmonium, das verschiedene, über den Raum verteilte Instrumente und Geräuschquellen in Gang setzen kann. Gassner will damit „Eine Reise um die Welt“ inszenieren. Und gefühlt dann noch Hunderte andere Ausstellungsstücke, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. In der zweiten Etage befindet sich zur Unterhaltung und zum Zeitvertreib das Panoptikum. Neben anderen Ausstellungsstücken wie den Zauberspiegeln, sind hier humorvolle, aber auch märchenhafte Szenen mit Wachfiguren aufgebaut. So beispielsweise das „Rotkäppchen und der böse Wolf“, „Drei Polizeiwidrige Gestalten“ oder „Die Klatschweiber“. Hier sind zwei Frauen wegen „Klatschereien“ in eine Geige gelegt worden. Damit sie sich gegenseitig nicht kratzen konnten, werden ihre Hände in besondere Löcher gesteckt und mit einem Schloss versperrt. Zum Abschluss gibt es noch eine Sammlung von „Totenmasken berühmter Persönlichkeiten“ zu



sehen. Das Angebot reicht von Napoleon I. bis Martin Luther, von Isaac Newton bis Ludwig van Beethoven. Im Erdgeschoss ist das Restaurant untergebracht, in dem man „noch ein Stündchen in trautem Gespräch bei einem Glas Spatenbier das Gesehene am Geistesauge vorbeiziehen lassen.“ Hier befindet sich auch der Ausgang. Zurück in die Sammlung ist nicht mehr möglich.

25. September 1881 – Metzgermeister Johann Rössler brät einen ganzen Ochsen

München-Theresienwiese * Der Metzgermeister Johann Rössler kommt mit einem selbst entworfenen Apparat aufs Oktoberfest. In einem Plakat beschreibt er die neue Attraktion: „Auf der Theresienwiese. Seltene Volksbelustigung! Das Braten eines ganzen Ochsen. Sonntag, den 25. September 1881 wird ein ganzer Ochse auf einer eigens dazu construirten Maschine am Spiess gebraten. Anfang der Zubereitung Früh 8 Uhr. Beginn des Bratens 9 Uhr. Das Garsein wird auf Abends halb 5 Uhr festgesetzt und wird durch drei Böllerschüsse bekannt gegeben. Preis per Portion 50 Pfg. Entrée 50 Pfg. Von 2 Uhr an Musik-Produktion. Ausschank von gutem, alten Hacker-Bier. Die Maschine steht von Montag, den 26. September an gegen Entrée von 10 Pfg. ausgestellt, Wozu ergebenst einladen die Unternehmer J. Rössler & A. Schibanek.“ Die Ochsenbraterei wird in den Polizeiberichten als „Schaustellung“ und nicht als gastronomischer Betrieb geführt.

29. Dezember 1881 – Die Feuerländer-Völkerschau wird unter Auflagen genehmigt

München-Lehel * Die Polizeidirektion München erteilt das „Erlaubnisschreiben“ für die öffentliche Vorstellung von vier Feuerländer mit vier Frauen und zwei Kindern im Alter von zwei bis drei Jahren bei gleichzeitiger Erhebung von Eintrittsgeldern. An Gebühren entstehen einmalig drei Mark sowie pro Tag 1,80 Mark, insgesamt 71,80 Mark, die an den Armenfonds zu entrichten sind. Es ist alles zu vermeiden, was gegen „öffentlichen Anstand, Schicklichkeit und Sittlichkeit verstößt oder feuergefährlich sein könnte“.

31. Dezember 1881 – Völkerschau: „Die Wilden der Feuerlands-Inseln“

München-Lehel * Bis zum 4. Februar 1882 können die Münchnerinnen und Münchner die „Wilden der Feuerlands-Inseln“ bewundern. Für sie wird extra eine Schaubude an der Zweibrückenstraße errichtet. Sie liegt gegenüber der Neuen Isarkaserne, dem heutigen Patent- und Markenamt. Die „Feuerländer-Völkerschau“ ist trotz der hohen Eintrittspreise ein voller Erfolg. Der reservierte Platz kostet immerhin eine Mark, erste Plätze 50 Pfennig und zweite Plätze 25 Pfennig.



1883 – Das Fahrrad ist ein Luxusartikel

München * Das Fahrrad ist ein Luxusartikel. Es kostet um die fünfhundert Mark. Das „Rad fahren“ ist ein Modesport und ein Privileg wohlhabender bürgerlicher Kreise, „die darin ein Mittel sahen, sich gegen die 'niederen Schichten' des Volkes abzusetzen“. Durch steigende Produktionszahlen und Rationalisierung in der Herstellungstechnik sinken die Preise und das Fahrrad wurde zum Gebrauchsgegenstand. Obwohl „die Arbeiterschaft im Allgemeinen (...) eine ausgesprochene Abneigung diesem neuen Verkehrsmittel gegenüber an den Tag legte - sie betrachtete das Radfahren als einen Sport für Bourgeoisjünglinge“ - wird das Fahrrad für sie nun zum Gebrauchsgegenstand, mit dem sie den täglichen Arbeitsweg wesentlich schneller bewältigen können.

1883 – Eine Musikerbörse wird ins Leben gerufen

München-Isarvorstadt * Eine Musikerbörse wird in der Singspielhalle Neue Welt in der Blumenstraße ins Leben gerufen.

1. Mai 1883 – Heinrich Vogelsang erwirbt die heutige Lüderitzbucht

Deutsch-Südwestafrika * Der 22 Jahre alte Kaufmannsgehilfe Heinrich Vogelsang erwirbt im Auftrag des Bremer Tabakhändlers Adolf Lüderitz die Bucht von Angra Pequena, die heutige Lüderitzbucht in Deutsch-Südwestafrika, und ein zirka 40 Meilen langes und 20 Meilen tiefes Landstück, um darauf einen Handelsposten zu errichten. Das Land gehörte bis dahin dem Volk der Nama in Bethanien. Vogelsangs Verhandlungspartner war Josef Frederiks II.. Der vereinbarte Kaufpreis für das circa 70 mal 35 Kilometer große Gebiet beträgt 250 alte Gewehre und 100 englische Pfund. Adolf Lüderitz hoffte auf dem - allgemein als wertlos angesehenen - Land, das sich um die Bucht herum erstreckte, Bodenschätze zu finden. Nach dem Vertragsabschluss wird dem Verkäufer jedoch erklärt, dass es sich nicht um englische Meilen [= 1,609 Kilometer], sondern selbstverständlich um preußische Meilen zu 7,532 Kilometer handelte. Josef Frederik II. hatte damit einen Großteil seines Stammesgebietes von rund 300 mal 150 Kilometer an Heinrich Vogelsang verkauft. Adolf Lüderitz beansprucht fortan ein um das sechzehnfache größeres Gebiet. Die Nama fühlten sich von den Deutschen zurecht getäuscht, konnten sich aber trotz ihrer Proteste nicht durchsetzen. Dieser Handel ging als „Meilenschwindel“ in die Geschichte ein.



1. Juli 1883 – Jeder muss sich um eine Konzession bemühen

München * Mit dem Ergänzungsparagraphen 33a der Gewerbeordnung müssen Personen, die „gewerbsmäßig Singspiele, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen oder theatralische Vorstellungen“ öffentlich veranstalteten, „ohne Rücksicht auf die etwa bereits erwirkte Erlaubnis zum Betriebe des Gewerbes“, um eine gesonderte Erlaubnis dafür nachzusuchen. Das bedeutete, dass nicht nur der Besitzer und damit Betreiber der Singspielhalle, sondern auch der Direktor der Singspielhalle und der Direktor der Volkssänger-Gesellschaft eine Konzession benötigt. Außerdem muss jeder Unterhaltungskünstler für jede Stadt, in der er auftritt, eine ortspolizeiliche Erlaubnis vorweisen.

1884 – Der Auer Pfarrer Simon Knoll schreibt über Herbergen

München-Au - München-Haidhausen -München-Giesing * Der Auer Pfarrer Simon Knoll schreibt: „Die Entstehung der sogenannten Herberghäuser setzt eine besitzlose Bevölkerungsklasse voraus, welcher die Mittel zu der bisher üblichen Niederlassung auf eigenem Grund und Boden fehlte, und sich daher auf anderweite ebenso rasche wie billige Weise die nöthigen Wohnräume zu verschaffen suchte. [...] Füglichsch lässt die Herstellung solcher Häuser den Zufluss einer Bevölkerung erkennen, welche in der Wahl der Niederlassung beschränkt, sich deshalb nur auf abgelegenen, vordem unbenutzte und selbst ungesunde Plätze zusammengedrängt sieht. So entstanden die Herbergen aus dem Bedürfnis heraus, in Orten, in denen die Zahl der Hausstellen aus räumlicher Beengung nicht vermehrt werden konnte, den Bewohnern gleichwohl die rechtlichen und sozialen Vorteile der Eigentümerstellung zu gewähren. In jenen Gegenden, in denen genügend Bauland zur Verfügung stand, waren Herbergen nicht üblich.“

28. Oktober 1884 – Über das Kolonialfieber die Reichstagswahlen beeinflussen

Berlin * Reichskanzler Otto von Bismarck ändert seine Einstellung gegenüber der Kolonialpolitik in Hinblick auf die Reichstagswahlen aus innenpolitischen Gründen. Über das Kolonialfieber will Bismarck die am 28. Oktober angesetzten Reichstagswahlen zugunsten der regierungsfreundlichen Parteien zu beeinflussen, da die bürgerliche Linke und die Sozialdemokratie offen zu ihrer Kolonialgegnerschaft steht. Und tatsächlich verliert das linksliberale Lager, bestehend aus der Deutschen Fortschrittspartei, der Liberalen Vereinigung, der Deutschen Freisinnigen Partei und der Deutschen Volkspartei 41 Sitze im Reichstag und fällt von 115 auf 74 Mandate zurück. Unabhängig davon können die Sozialdemokraten - trotz der Behinderungen durch das Sozialistengesetz - ihre Mandate von 12 auf 24 verdoppeln.



15. November 1884 – Die Kongo-Konferenz legt die Abgrenzung der Besitzstände fest

Berlin * Im Reichskanzler-Palais in Berlin, dem ehemaligen Hôtel Radziwill, findet unter dem Vorsitz von Otto von Bismarck eine internationale Konferenz, bei der es um Lösungen von Konflikten geht, die im Zusammenhang mit dem Wettlauf um Afrika stehen. Dreizehn europäische Staaten, die USA und das Osmanische Reich beteiligen sich an der sogenannten Kongo-Konferenz. Es geht dabei um die Festlegung von Kriterien für die völkerrechtliche Anerkennung von Kolonialbesitz. Immerhin waren in etwas mehr als zwei Jahrzehnten über zehn Millionen Quadratmeilen afrikanischen Bodens und mindestens einhundert Millionen Afrikaner unter europäische Herrschaft gelangt. Um die Besetzung der restlichen Gebiete und der abschließenden Abgrenzung der Besitzstände geht es auf dieser Konferenz. Das Ergebnis sind die wie mit dem Lineal gezogene Demarkationslinien, wobei die Grenzen oft quer durch die Lebensräume einheimischer Ethnien verlaufen. Afrika wird als herrenloses Land definiert, das nunmehr als Kronland und Eigentum europäischer Staaten an Kolonialgesellschaften, Konzessionäre und Siedler vergeben werden kann. Damit folgt die schrittweise Verdrängung der Eingeborenen aus ihren Wohn- und Lebensgebieten bis hin zur Eingrenzung in Reservate. Zu dieser Konferenz ist kein einziger afrikanischer Vertreter eingeladen worden und die Souveränitätsrechte der betroffenen Staaten werden schlicht ignoriert. Wozu auch, es geht doch den europäischen Mächten um so hehre Ziele wie den Zivilisationsauftrag und die Verbesserung der „sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“. Die Kongo-Konferenz endet mit der Verabschiedung einer Generalakte am 26. Februar 1885.

1885 – Krankenunterstützungsverein der Münchner Volkssänger gegründet

München * Nach Wiener Vorbild wird der Krankenunterstützungsverein der Münchner Volkssänger gegründet.

29. September 1885 – Bei den Konservativen besteht keine Neigung für eine Finanzhilfe

München-Kreuzviertel * Die Sitzungsperiode des Bayerischen Landtags beginnt. Nachdem Reichskanzler Otto von Bismarck die Übernahme der Schulden von König Ludwig II. durch den Landtag vorgeschlagen hat, entwickelt sich bei den Abgeordneten der Patriotenpartei eine für den König sehr ungünstige Stimmung. Pläne zur Erhöhung der Zivilliste, um König Ludwig II. - unter strengen Auflagen - die Abzahlung seiner Schulden zu ermöglichen, werden zwar diskutiert, aber nicht weiter verfolgt. Bei den Konservativen besteht keine Neigung für eine Finanzhilfe. „Wir halten fest zu unserem angestammten Fürstenhause, zu unserem Könige, aber was auch



kommen möge, wir werden auch die Interessen des Volkes hoch halten, Wünschen gegenüber, die mit dem Volkswohl nicht im Einklang stehen“. Eine Diskussion des Themas im Landtag wird sogar als gefährlich bezeichnet, „denn die Stimmung im Lande sei der Art, daß jede Diskussion die Aufregung bis zum Überlaufen steigern und Dinge ans Licht bringen könne, über die man sich entsetzen würde“.

2. Mai 1886 – Die königliche Finanzmisere wird öffentlich diskutiert

Nürnberg * Der Nürnberger Anzeiger schreibt zur Finanzmisere König Ludwigs II. folgende Zeilen: „[...] der Staat soll Schulden machen, um die Kalamität der Kabinettskassa zu beseitigen, wozu eine Summe von 12 bis 20 Millionen Mark - nach den verschiedenen Lesearten - nötig sein wird. Ob hierzu wirklich so leicht die Genehmigung der 2/3-Mehrheit der Landboten zu erhalten ist, wollen wir doch erst abwarten, nach unserer Meinung kann hierzu eine Volksvertretung ihre Zustimmung unmöglich geben“.

13. Juni 1886 – Ex-König Ludwig II. und Dr. Gudden werden tot aufgefunden

Schloss Berg * Am Pfingstsonntag gegen 18.30 Uhr treten der abgesetzte und entmündigte König Ludwig II. und der Leiter der Kreisirrenanstalt von München und Oberbayern, Professor Dr. Bernhard von Gudden, einen Spaziergang an. Nachdem sie um 20 Uhr noch immer nicht zum Abendessen erschienen sind, beginnt man mit der Suche. Gegen 23 Uhr findet man die Leiche des Ex-Königs auf dem See schwimmen, das Gesicht nach unten. Nur ein paar Meter entfernt treibt der tote Dr. Gudden. Bei der Leichenschau finden sich an Ludwig II. keine Verletzungen, jedoch im Gesicht des 61-jährigen Psychologen Kratzwunden über dem rechten Auge. An der Stirn wird eine Beule festgestellt. Ein Fingernagel ist abgerissen und am Hals finden sich Würgemale. Das Volk gibt die Schuld an der Königstragödie dem Prinzregenten.

20. Juni 1886 – Kritik an König Ottos I. Inthronisation

München * Der Journalist Anton Memminger schreibt in der Bayerischen Landeszeitung: „Um sich auf seinen Sesseln weiter halten und in gewohnter Weise fortwursteln zu können, hat das Ministerium Lutz den Prinzen Otto zum König eingesetzt. [...] Allein der klare Wortlaut der Verfassung widerspricht der Ernennung Ottos zum König. In der Urkunde heißt es, dass der König den Eid auf die Verfassung leisten muss. Ein Prinz, der aber nichtfähig ist einen Eid zu leisten, weil er den selben weder verstehen noch halten kann, soll der nun fähig sein, König zu



werden? [...] Das ganze Volk war auch völlig verblüfft, als ihm das Ministerium einen irrsinnigen Prinzen als König vorstellte. [...] Wo soll das hinaus? Man kann doch dem Volke nicht zumuten, dass es die Ehrfurcht, Liebe und Achtung, die es dem genialen König Ludwig II. auch im Unglück nicht versagte, auf einen unheilbaren blödsinnigen Prinzen überträgt.“ Der Verfasser der Zeilen wird wenig später deswegen verurteilt.

9. September 1886 – Der Verband zum internationalen Schutz des Urheberrechtstags in Bern

Bern * Der Verband zum internationalen Schutz des Urheberrechts tagt in Bern. Die souveränen Staaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Haiti, Italien, Schweiz, Spanien und Tunis erklären in der Berner Übereinkunft, die Rechte des Autors am eigenen Werk in den teilnehmenden Staaten schützen und vertreten zu wollen.

13. Oktober 1886 – Die Öffentlichkeit erfährt von der Krankheit des Prinzen Otto

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten informiert die Bevölkerung ausführlich über die Lebensumstände und den Gesundheitszustand des neuen Bayernkönigs Otto I.. Die Öffentlichkeit erfährt erst jetzt, dass Prinz Otto an Verrücktheit oder Paranoia leidet. „Der kranke König wird durch anhaltende Sinnestäuschungen (Halluzinationen) und Wahnvorstellungen so sehr vom realen Leben abgezogen, daß der Nichtunterrichtete [...] jeden geistigen Zusammenhang des Monarchen mit der Außenwelt für aufgehoben hält. Nur gelegentlich zeigen sich vorhandene Reste normaler Geisteskräfte. [...] Die Prognose geht mit Bestimmtheit dahin, daß an Heilung nicht gedacht werden kann. Auf die Lebensdauer hat das Leiden keinen Einfluß.“

5. Februar 1887 – Bittschrift an Prinzregent Luitpold um Aufhebung des Kostümverbots

München * Johann Kögel ersucht in einer Bittschrift an Prinzregent Luitpold um die Aufhebung des Kostümverbots. Er begründet sein Schreiben damit, dass nicht jeder Volkssänger in konzessionierten Singspielhallen auftreten kann und deshalb die weniger etablierten Künstler weiter ins berufliche Abseits gedrängt werden würden.

8. März 1887 – Kostümierungserlaubnisse sollen auf Singspielhallen begrenzt werden

München * Das Bayerische Innenministerium stellt einen Antrag an Prinzregent Luitpold,



Kostümierungserlaubnisse alleine auf Singspielhallen zu beschränken, da diese leichter zu überwachen sind, als andere Etablissements.

September 1887 – Der Steyrer Hans zieht mit festlich geschmückten Wagen zur Wiesen

München-Theresienwiese * Der Steyrer Hans zieht mit festlich geschmückten Wagen zur Theresienwiese. Er selbst fährt mit seiner Familie im Vierspanner, es folgen sieben Zweispänner, beladen mit Musikanten sowie Schank- und Bedienungspersonal. Der Aufzug beginnt am Restaurant Steyrer Hans in der Tegernseer Landstraße in Obergiesing. Nach einem Umtrunk im Schneider Weißen im Tal wird Steyrers Wiesneinzug von der Polizei gestoppt. Ein Gerichtsverfahren endet mit einer Geldbuße wegen Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, was jedoch die Sympathie für den bayerischen Kraft-Athleten bei der Bevölkerung vermehrt. Das wiederum wirkt sich positiv aufs Geschäft aus. Damit ist der Steyrer Hans der Erfinder des Einzugs der Wiesnwirte.

1888 – Der eingeborene Münchner ist bieder, schwerblütig und genussfreudig

München * Meyers Konversations-Lexikon beschreibt den „autochthonen [= einheimischen] Münchner“ folgendermaßen: „Insoweit sich noch typische Figuren des echten Münchners finden, zeigt dieser sich bieder, trockenen Humors, schwerblütig und genussfreudig, aber auch bei schwerer Arbeit ausdauernd und kräftig, für das Fremde nicht leicht einzunehmen, auf seine Stadt und ihre Schönheit stolz, wenn auch mit mancher großstädtischer Neuerung nicht immer sofort einverstanden. Im Hofbräuhaus, wo man sich selbst bedient, statt des Stuhls mit einem Fass, statt des Tellers mit einem Blatt Papier oder auch der flachen Hand begnügt, um Stand und Würden des Nachbarn unbekümmert, mit demselben rasch ein gemütliches Gespräch anknüpft, oder in den zahlreichen Lagerbierkellern [...] der Vorstädte, wo auch das schöne Geschlecht, das in München seinen Namen mit Recht führt, vertreten ist, spielen sich köstliche Volksbilder ab, deren Drastik sich steigert zur Zeit des Bocks, einer im Mai zum Ausschank gelangenden, besonders kräftigen Biersorte, oder des Salvators, der schon um Ostern im sogenannten Zacherlbräu verabreicht wird.“

1888 – Der erste deutsche Kolonialkrieg beginnt in Deutsch-Ostafrika

Deutsch-Ostafrika [= Tansania] * Angefangen haben die Kolonialkriege in den deutschen Kolonien bereits im Jahr 1888, als es in Deutsch-Ostafrika dem heutigen Tansania, zum Aufstand



der Küstenbevölkerung unter Buschri bin Salim gegen die Versuche der deutschen Inbesitznahme kam. Der junge Offizier Hermann Wißmann wird als Reichskommissar nach Ostafrika geschickt, um mithilfe einer Söldnertruppe aus deutschen Offizieren sowie Sudanesen und Zulu den Aufstand niederzuringen. Dies geschieht dann auch mit einem beispiellosen Terrorfeldzug. Die Städte, in denen sich die Aufständischen mit ihren Familien verschanzt haben, werden von Kanonenbooten aus beschossen und zerstört. Noch lange nach der Niederschlagung des Aufstands werden Säuberungsaktionen und Bestrafungsaktionen durchgeführt.

10. Januar 1889 – Georg Lang übernimmt das Nürnberger „Krokodil“

Nürnberg * Georg Lang übernimmt das Wirtshaus „Krokodil“ in der Weintraubengasse 2. Nach diesem Lokal erhält er seinen bald über Nürnberg hinaus bekannten Beinamen „Krokodilwirt“. Ausgeschenkt wird Bier der Nürnberger Lederer-Brauerei. Lang zeigt bereits hier sein Gespür für wirkungsvolle Unterhaltung und moderne Werbung. Elektrisches Licht, das in Gaststätten noch keineswegs selbstverständlich ist, setzt das Lokal eindrucksvoll in Szene. Eine 25-köpfige Hauskapelle sorgt täglich für musikalische Unterhaltung und lockt zusätzliche Gäste an. Auch das Krokodil wird gezielt als Erkennungszeichen eingesetzt. Der Nürnberger Künstler und Lang-Stammgast Friedrich Wanderer gestaltet das Motiv eines Krokodils, das sich um einen Bierkrug windet. Es wird später zum bekannten Markenzeichen der Lederer-Brauerei. Mit der Verbindung von Gastronomie, Musik, moderner Technik und einprägsamer Werbung entwickelt Lang bereits im „Krokodil“ jenes Erfolgsrezept, das er später auf Volksfesten und ab 1898 auf dem Münchner Oktoberfest in wesentlich größerem Maßstab verwirklicht.

3. Juli 1889 – Ein Pferdestraßenbahn-Betriebshof wird errichtet

München-Haidhausen * Die Verwaltung der Landeshauptstadt München kauft von der Münchner-Kindl-Brauerei das Anwesen des Schloßwirths, das an der Stelle des ehemaligen Langerschlößls steht. Die Wirtschaft wird abgerissen und an seiner Stelle ein Pferdestraßenbahn-Betriebshof errichtet. Der im Münchner Volksmund seit altersher als Depot bezeichnete Betriebshof entsteht auf einem 4.800 Quadratmeter großen Areal. Es beherbergt ein dreistöckiges Wohngebäude mit Bureaux, eine zweistöckige Etagenstallung für 180 Pferde mit einer Rampe zum Obergeschoss, eine achtzehngleisige Wagenhalle für vierundfünfzig Trambahnwagen mit dem darüber befindlichen Hafer-, Heu- und Strohmagazin und ein zweistöckiges Werkstättegebäude mit einer Schreinerei und einer Schlosserei im Parterre sowie einer Lackiererei und einer Sattlerei im ersten Stock. Die



Wagen können mit einem Aufzug in die letztgenannten Werkstätten hochgezogen werden. Außerdem ermöglicht eine besondere Durchfahrt im Werkstattegebäude das Ein- und Ausrücken der Trambahnwagen.

Oktober 1889 – Die „Menges'sche Ost-Afrikaner-Karawane“ auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * Die „Menges'sche Ost-Afrikaner-Karawane“ wird auf dem Oktoberfest gezeigt.

1890 – Werbung: „Auftreten einer Komiker- und Sängergesellschaft“

München-Isarvorstadt * Die Kapuziner-Brauerei wirbt mit „Jeden Samstag und Sonntag Auftreten einer Komiker- und Sängergesellschaft“.

1890 – Die Westendhalle wird in ein Volkstheater umgewandelt

München-Ludwigsvorstadt * Nach 15 Jahren Varieté-Betrieb wird die Westendhalle in der Sonnenstraße in ein Volkstheater umgewandelt.

1890 – Einführung von Jugendturnspielen an den städtischen Volksschulen

München * Die Stadtgremien beschließen die Einführung von Jugendturnspielen an den städtischen Volksschulen. Jede Jahrgangsstufe soll - neben dem eigentlichen Turnen - ihrem Alter angemessene Spiele ausüben können. Um den Jugendlichen diese Möglichkeiten zu geben, müssen in den folgenden Jahren in allen Stadtteilen geeignete Spielplätze und umfangreiches Spielgerät zur Verfügung gestellt werden. Die auf diesen Sportplätzen durchgeführten Spielnachmittage zeigen reges Interesse und ständig steigende Teilnehmerzahlen. Schnell kristallisiert sich als beliebteste Betätigung das Spiel mit dem Fußball heraus.

Juli 1890 – „D'Münchner“ geben im Bamberger Hof ein komisches Singspiel

München-Hackenviertel * Nach Buffalo Bills Gastspiel geben „D'Münchner“ im Bamberger



Hof das komische Singspiel „Biffola Bull“ oder „Der Indianerhäuptling 'Hau Wau' von Holzkirchen“.

31. Dezember 1890 – Der Bierverbrauch pro Kopf der Münchner beträgt 339 Liter

München * Der Export Münchner Bieres liegt bei 1.277.595 Hektoliter. Der Bierverbrauch pro Kopf der Münchner Bevölkerung beträgt 339 Liter.

1891 – Der Reichstag bewilligt finanzielle Mittel für Strafaktionen

Kamerun * Um den Widerstand der in Kamerun lebenden Völker zu brechen, bewilligt der Reichstag finanzielle Mittel zum Aufbau einer bewaffneten Streitmacht, die die Interessen der deutschen Handelsgesellschaften durchsetzen sollen. Die Polizeitruppe für Kamerun wird vom Premierleutnant Hans Dominik geleitet. Er erhält mit seinen Kriegszügen und den nachfolgenden Straf- und Säuberungsaktionen den Namenszusatz „Schrecken von Kamerun“. Dominiks Grundsatz lautet: „Die Neger müssen wissen, dass ich der Herr bin und der Stärkere; so lange sie das nicht glauben, müssen sie es eben fühlen, und zwar hart und unerbittlich, so dass ihnen für alle Zeiten das Auflehnen vergeht; ist das erreicht, dann kann man sie mit großer Freundlichkeit und Milde behandeln.“

1891 – „Papa Geis“ eröffnet den Salvator-Anstich mit einer heiteren Ansprache

München-Au * Der populäre Volkssänger Jakob Geis, genannt „Papa Geis“, eröffnet erstmals vor einem „äußerst gewählten Herrenpublikum“ den Salvator-Anstich auf dem Nockherberg mit einer heiteren Ansprache.

1. Juni 1891 – Die Sonntagsruhe wird gesetzlich festgelegt

Deutsches Reich * Die Novelle der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich tritt in Kraft. In ihr wird die Sonntagsruhe gesetzlich festgelegt bzw. deutlich ausgeweitet: Einführung der verpflichtenden Sonntagsruhe für Arbeiter, Klare Regeln zur Einschränkung von Sonntagsarbeit, Festlegung von Ausnahmen und Ersatzruhetagen. Damit wird Zeit für Freizeitvergnügungen geschaffen, wodurch sich ein umfangreiches Vergnügungsleben entwickelt. Varietés, Volkssängerbühnen, Panoptiken, Panoramen, Velodrome, Hippodrome, Vergnügungsparks, Zirkusse, Dioramen oder Wachsfigurenkabinette sowie viele andere Einrichtungen zur



Unterhaltung etablierten sich dadurch.

Oktober 1891 – Der Mordprozess gegen das Berliner Ehepaar Heinze beginnt

Berlin * Der Mordprozess gegen das Berliner Ehepaar Heinze beginnt. In der Verhandlung wird der Zusammenhang mit Kuppelei und Prostitution hergestellt. Daraus schließt man, dass Obszönität eine der Hauptursache für kriminelles und von der Norm abweichendes Verhalten sei.

Dezember 1891 – Die erste antisemitische Gesellschaft in München gegründet

München * Mit dem Deutsch-Sozialen-Verein wird in München erstmals eine antisemitische Gesellschaft gegründet. Er fordert unter anderem die Aufhebung des Emanzipationsgesetzes von 1869, das die jüdische Bevölkerung erstmals offiziell vor dem Gesetz gleichstellt. Darüber hinaus die Beschränkung der Gewerbefreiheit, die Einführung von Befähigungsnachweisen sowie ein Verbot der neuen, die Existenz der ortsansässigen Detailhändler und des heimischen Handwerks bedrohende Verkaufsformen, worunter in erster Linie die gerade aufkommenden Warenhäuser gemeint sind.

1892 – Konrad Dreher und sein Schlierseer Bauerntheater

Schliersee * Der Münchner Schauspieler und Komiker Konrad Dreher ist mit seinem Schlierseer Bauerntheater häufig unterwegs.

März 1892 – „Es müßte ein Festspielhaus für das Volk werden, ...“

München * Im März 1892 hält Generalintendant Carl von Perfall einen Vortrag zum Thema Festspielhaus vor den Bürgermeistern der Landeshauptstadt München. In dieser Rede sagt er unter anderem: „Welch eine große That für die Kunst wäre es, welch eine ruhmreiche Zierde für die Kunststadt München, welch eine neu sich erschließende enorme Geldquelle für die Stadt, wenn die Prinz-Regenten-Straße ihren Abschluß durch Erbauung eines Kunsttempels fände! Es müßte ein Festspielhaus für das Volk werden, das die verschiedenen Kunstrichtungen von Bayreuth, Salzburg und Worms in sich vereinigte, dessen Pforten im Gegensatz zu Bayreuth jedem aus dem Volke um ein im Verhältnis geringes Entgelt sich eröffneten.“



März 1892 – Zahlreiche Behörden ziehen in die Alte Isarkaserne

München-Isarvorstadt - Museumsinsel * Die Garnisonsverwaltung zieht von der Alten Isarkaserne auf der Kohleninsel nach Neuhausen. Damit beginnt die Übergabe des Geländes an die Stadt München. Diese quartiert in der ehemaligen Kaserne zahlreiche Behörden ein: die städtische Desinfektionsanstalt, die Inspektion für Blitzableiteranlagen, das polizeiliche Krankenträgerinstitut, den Sanitätsverband, die Lehrwerkstätten des Volksbildungsvereins und die Berufsschule für Friseure.

25. März 1892 – Einweihung der Ohel-Jakob-Synagoge

München-Graggenau * Die Ohel-Jakob-Synagoge in der Kanalstraße 23, später Herzog-Rudolf-Straße 3, wird feierlich eingeweiht. Der Name „Ohel Jakob“ bedeutet „Zelt Jakobs“ und verweist auf das biblische Bild des Zeltes als Ort der Gegenwart Gottes. Errichtet wird die Synagoge vom Verein Ohel Jakob, der die orthodoxen Juden Münchens vertritt und den Bau vollständig durch Spenden finanziert. Das von August Exter entworfene Gotteshaus bietet Platz für rund 150 Gläubige und verfügt über eine Frauenempore. Mit einer Höhe von etwa 19 Metern und seiner vergleichsweise schlichten Dimension wirkt der Bau eher wie eine kleine Pfarrkirche als wie die monumentale Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Dennoch entwickelt sich die Synagoge rasch zum religiösen Zentrum der orthodoxen jüdischen Gemeinde Münchens. Architektonisch verbindet das Gebäude verschiedene historische Stilrichtungen. Die Straßenfassade orientiert sich an romanischen Kirchenbauten und wird durch frühgotische Elemente ergänzt. Besonders prägend sind das große Rundfenster mit Davidsstern sowie die zentrale Kuppel, die von byzantinischen Vorbildern inspiriert ist. Auch im Inneren spiegelt die Architektur die religiösen Funktionen wider: Über dem Thoraschrein erhebt sich ein neugotisches Rippengewölbe, während die zentrale Kuppel den Blick auf den Almemor, das Lesepult für die Torahlesung, lenkt. Die Errichtung der Synagoge kostet rund 250.000 Mark. Zum Ensemble gehört außerdem eine Israelitische Volksschule in den benachbarten Gebäuden. Sie besitzt den Status einer öffentlichen Konfessionsschule.

1893 – „Den Ruf als Bierstadt büaß ma ein, ...“

München-Lehel * Aus Anlass der Eröffnung des Café Prinzregent - in der Prinzregentenstraße 4 - dichtete ein namentlich nicht überlieferter Münchner Volkssänger folgende Zeilen: „Jetzt werd, wohin man schaut, Kaffeehaus um Kaffeehaus baut. Den Ruf als Bierstadt büaß ma ein, bald wern ma a Kaffeestadt sein!“ Und tatsächlich genossen die Cafés in München bis zum



Ersten Weltkrieg einen hohen Stellenwert im gesellschaftlichen Leben.

1893 – Die amerikanische Tänzerin Loïe Fuller tritt erstmals in München auf

München * Die amerikanische Tänzerin Loïe Fuller tritt mit ihrem „Serpentintanz“ erstmals in München auf.

1893 – Im Café Luitpold wird ein Anthropologisches Museum eröffnet

München-Maxvorstadt * Im Café Luitpold in der Briener Straße wird ein Panoptikum und Anthropologisches Museum eröffnet.

1893 – Wird München zur Kaffeestadt ?

München-Lehel * Aus Anlass der Eröffnung des Café Prinzregent in der Prinzregentenstraße 4 dichtete ein namentlich nicht überlieferter Münchner Volkssänger folgende Zeilen: „Jetzt werd, wohin man schaut, Kaffeehaus um Kaffeehaus baut. Den Ruf als Bierstadt büaß ma ein, bald wern ma a Kaffeestadt sein!“

Oktober 1893 – Die antisemitische Aktion „Kauft nicht bei Juden“

München * Im Deutschen Volksblatt wird die von den Antisemiten propagierte Aktion „Kauft nicht bei Juden“ mit dem Abdruck einer Liste jüdischer Geschäftsinhaber in München begleitet. Ziel ist dabei der Boykott der jüdischen Geschäfte durch die christlichen Konsumenten.

Oktober 1893 – Organisierter Boykott jüdischer Geschäfte

München * Der Antisemitismus in München nimmt eine neue Dimension an. Das antisemitische „Deutsche Volksblatt“ veröffentlicht eine Liste jüdischer Geschäftsinhaber der Stadt und unterstützt damit die Parole „Kauft nicht bei Juden“. Ziel der Kampagne ist es, christliche Kunden zum Boykott jüdischer Geschäfte zu bewegen. Die Aktion verdeutlicht, dass antisemitische Ausgrenzung in München bereits Jahrzehnte vor der NS-Herrschaft organisiert und öffentlich propagiert wird.



1894 – Der Bildhauer Matthias Gasteiger schenkt München das Brunnenbuberl

München-Kreuzviertel * Der Bildhauer Matthias Gasteiger schenkt seiner Heimatstadt die Brunnengruppe Satyrherme & Knabe, die im Volksmund als „Brunnenbuberl“ bezeichnet wird. Es ist sein berühmtestes Werk, für das er 1892 im Glaspalast eine Goldmedaille erhalten hatte und für das er weitere Auszeichnungen in Berlin und Wien bekam, wo er sogar das „besondere Wohlgefallen“ des Österreichischen Erzherzogs fand. Das Kunstwerk zeigt einen Knaben und eine Satyrherme. Während das Buberl spielerisch das Rohr an der Herme zuhält, spritzt aus dem Mund des Satyrn ein Wasserstrahl auf den Kopf des Jungen. Und obwohl die Münchner Kunstkritiker Matthias Gasteigers Werk als „prächtige Bereicherung“ Münchens bezeichnen, haben die Münchner Stadtväter große Probleme mit dem nackten Buberl.

Januar 1894 – Eine Großspende für ein Bad für das unbemittelte Volk

München-Haidhausen * Johann Karl Bernhard Müller vermachte der Stadt seinen gesamten Münchner Immobilienbesitz, um dafür ein Bad „für das unbemittelte Volk“ zu errichten.

10. März 1894 – Das Internationale Handels-Panoptikum wird eröffnet

München-Hackenviertel * Der Schausteller Carl Gabriel eröffnet gemeinsam mit dem Wachsplastiker Emil Eduard Hammer im ehemaligen Vogl'schen Kaufhaus in der Neuhauser Straße 1/Ecke Färbergraben das „I. Internationale Handels-Panoptikum“. Es ist das größte und bedeutendste Panoptikum Münchens und wird als „ein Bedürfnis der werdenden Großstadt“ bezeichnet. Es gibt rund 2.000 Exponate zu betrachten, davon etwa 500 Wachsfiguren und Wachspräparate. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfennig, Kinder und Soldaten zahlen die Hälfte. Das Panoptikum ist täglich von 8 bis 21 Uhr geöffnet. Als besondere Attraktion befindet sich in der dritten Etage das Anatomische Museum und ein Extrakabinett mit über 600 Exponaten. Das Extrakabinett dürfen nur Personen über 18 Jahren betreten. Personen beiderlei Geschlechts ist die gemeinsame Besichtigung polizeilich verboten. Am Dienstag und Freitag ist die Anatomische Abteilung ab 14 Uhr nur für Damen geöffnet. Im Keller befindet sich die Inquisitionsabteilung mit einer Sammlung von Folterwerkzeugen, deren Anwendung an lebensgroßen Wachsfiguren dargestellt werden. In der angeschlossenen Verbrecher-Galerie werden hauptsächlich zeitgenössische Massenmörder als Wachsimitate gezeigt.



September 1894 – Die „Dinka-Neger-Karawane“ begeistert die Oktoberfest-Besucher

München-Theresienwiese * Die „Dinka-Neger-Karawane“ begeistert die Oktoberfest-Besucher.

1895 – Konrad Drexlers „Schlierseer Bauerntheater“ auf USA-Tournee

New York * Konrad Drexlers „Schlierseer Bauerntheater“ gastiert während seiner USA-Tournee auch an der Metropolitan Opera in New York.

1895 – Im Sinne der Sozialdemokratie

München * Die Inbetriebnahme der elektrischen Trambahn ist auch im Sinne der immer stärker werdenden Sozialdemokratischen Partei, die die Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe der Stadt fordert. Damit sind auch die Verkehrsbetriebe und die Straßenbeleuchtung gemeint, die nach ihrer Auffassung der „Privatausbeutung zu entziehen“ waren. Entgegen dem wirtschaftsliberalen Kurs der Stadtgemeinde-Kollegien wollen die Münchner Sozialdemokraten die Zerschlagung der Monopole. Das vor allem deshalb, weil sie in der Straßenbahn ein volksnahes und preisgünstiges Verkehrsmittel sehen.

1895 – Die Volksschule an der Kolumbusstraße wird als Musterschule errichtet

München-Au - München-Untergiesing * Zwischen 1895 und 1897 wird die Volksschule an der Kolumbusstraße als Musterschule durch Carl Hocheder errichtet. Sie löst eine seit 1885 bestehende Schulbaracke an der Pilgersheimer Straße ab. Der Architekt Carl Hocheder muss für die „Volksschule an der Kolumbusstraße“ eine völlig neuartige architektonische Lösung entwickeln. Da das Grundstück, wegen des unregelmäßigen Zuschnitts, eine geschlossene Bebauung nicht zulässt, gliedert Hocheder die Schule in einzelne Baukörper. Zum ersten Mal verwendet er hier die - für das Münchner Schulhaus später so typische - Turnsaalterrasse und stellt sie an die Ecke des spitzwinkligen Grundstücks. Als Gegengewicht zu dem breit gelagerten Komplex entsteht der schlanke Uhrenturm. Carl Hocheder orientiert sich bei der Gestaltung der Schule an süddeutsche Klosterbauten des 18. Jahrhunderts.

März 1895 – Premierleutnant Hans Dominik bekämpft das Volk der Bakoko



Kamerun * Hans Dominik bekämpft das Volk der Bakoko, das vom Zwischenhandel zwischen Nordkamerun und der Küstenregion lebt. Da den deutschen Kolonialherren damit die Ausbeutung des Kameruner Hinterlandes entgeht, wird diese Strafexpedition eingeleitet.

26. Juni 1895 – Samoaner*innen treten in Völkerschauen auf

Deutsches Reich * Noch bevor Samoa Teil des deutschen Kolonialbesitzes geworden ist, reisen Inselbewohner der „Perle der Südsee“ nach Deutschland, um in Völkerschauen aufzutreten. Die Reise der Truppe dauert bis Dezember 1897, dabei besuchen sie in Deutschland unter anderem Berlin, Köln, aber auch Wien. Insgesamt besuchen die Samoaner-Gruppen Deutschland drei Mal.

1896 – Ludwig Schlecht beantragt die Singspielhallen-Konzession

München * Ludwig Schlecht beantragt die Singspielhallen-Konzession für sein Theater im Münchner Hof, das bislang als klassische Varieté-Bühne geführt wurde.

1896 – Der Kaisergarten an der Lilienstraße wird abgerissen

München-Au * Der Kaisergarten an der Lilienstraße wird abgerissen und dafür der heute noch bestehende Bau errichtet. Das neue Wirtshaus trägt den Namen Gasthaus & Singspielhalle zum Kaisergarten.

1896 – Der Kaisergarten an der Lilienstraße wird abgerissen

München-Au * Der Kaisergarten an der Lilienstraße wird abgerissen und dafür der heute noch bestehende Bau errichtet. Das neue Wirtshaus trägt den Namen Gasthaus & Singspielhalle zum Kaisergarten.

1896 – Die Baumschule auf der Kalkofeninsel kommt an die Sachsenstraße

München-Haidhausen - Kalkofeninsel - Untergiesing * Die Baumschule auf der Kalkofeninsel muss wegen der Erbauung des Müller'schen Volksbades und der Erweiterung des



Muffatwerks - an die Sachsenstraße, im Anschluss an das Schyrenbad, verlegt werden. Der Kulturgarten ist noch immer für die Öffentlichkeit zugänglich. Im Garten befindet sich noch heute der Sitz der Hauptabteilung Gartenbau der Stadtgärtendirektion.

1896 – Der Volks-Hochschul-Verein München wird gegründet

München * Der Volks-Hochschul-Verein München e. V. wird gegründet.

Dezember 1896 – Ludwig Ganghofer und sein Wohnzimmer-Biergarten

München-Lehel * Ludwig Ganghofer lässt sich in seinem Wohnzimmer einen Biergarten samt Bühne einrichten. Einer der Schreiner, der die Bühne errichtet, ist ein gewisser Valentin Ludwig Fey, der später als Karl Valentin eine steile Karriere als Volkssänger und Schauspieler machen wird. Ludwig Ganghofer wird in dem angehenden Schreiner und weiteren Münchner Bühnen-Talenten zu Beginn ihrer Karriere unterstützend unter die Arme greifen.

1897 – In verschiedenen Etablissements werden die Filme vorgeführt

München * In verschiedenen Etablissements werden die Filme vorgeführt. Feste Filmtheater gibt es noch nicht. Neben Konzertsälen, verschiedenen Theatern, dem Panoptikum und dem Volksgarten dienen auch Gaststätten und Bierkeller als Filmvorführstätten.

1897 – Die Eisenbeton-Bahn im Nymphenburger Volksgarten

München-Untergiesing - München-Nymphenburg * Der Rennbahn auf dem Schyrenplatz folgt die Eisenbeton-Bahn im Nymphenburger Volksgarten mit Tribünen für 10.000 Zuschauer.

1898 – Die Feuerwehr und die Vergnügungsetablissemments

München * In der Feuerschutzordnung der königlichen Polizei-Direktion München wird die „Vorgehensanweisung für Vergnügungsetablissemments“ festgeschrieben.

1898 – Im Oberpollinger müssen zehn Tische entfernt werden



München-Kreuzviertel * In der Folge des Pariser Basarbrands müssen im Oberpollinger zur Freihaltung von Fluchtwegen zehn Tische entfernt werden. Damit verringern sich die Sitzplätze von 300 auf 220, was natürlich den Umsatz und damit das Einkommen der Gastronomie und der auftretenden Künstler erheblich schmälert.

1898 – Anderl Welsch tritt zwischen 1898 und 1905 im Apollotheater auf

München-Maxvorstadt * Anderl Welsch tritt zwischen 1898 und 1905 im Apollotheater in der Dachauer Straße 19 - 21 auf.

1898 – Die Münchner Architektur ist auch im Ausland ein Qualitätsbegriff

München * Um die Jahrhundertwende ist die Bezeichnung Münchner Architektur auch im Ausland ein Qualitätsbegriff. Speziell zwei Gebäudetypen werden dabei zu einem beliebten Exportartikel: der Bierpalast und das Schulhaus. Natürlich ist die Konzeption des Schulhausbaues eine langjährige Entwicklung, doch mit Carl Hocheders Volksschule am Kolumbusplatz ist der vorläufige Höhepunkt erreicht. Schulgärten, Brausebäder und die Turnsaalanbauten sind feste Bestandteile in den Volksschulen. Schulküchen, Schulwerkstätten und Horte werden bei Bedarf eingefügt. Die Bauform ergibt sich durch Aneinanderschieben der L-förmigen Jungen- und Mädchentrakte. An der Gelenkstelle entstehen die übereinanderliegenden Turnsäle.

1898 – Josef Turner eröffnet im Frankfurter Hof eine Volkssänger-Bühne

München-Ludwigsvorstadt * Im Frankfurter Hof wird von dem Pächter Josef Durner eine Volkssänger-Bühne eröffnet, in der die Gesellschaft von Hans Blädel spielt, bis sie 1907 in den Peterhof am Marienplatz umzieht.

1898 – Das Münchner Arbeitsamt vermittelt Arbeitsplätze

München-Isarvorstadt * Das Münchner Arbeitsamt ist die Hauptvermittlungsstelle für die Bezirke Oberbayern, Schwaben und Neuburg. Seine Hauptaufgabe ist, möglichst viele am Münchner Arbeitsmarkt gemeldete Arbeitslose auf das Land zu vermitteln. Doch für die Landbevölkerung stellt das Leben in der Stadt die wünschenswertere Perspektive dar, weshalb die meisten Zuzügler nicht zur Rückkehr zu bewegen sind. Deshalb bietet man diesen Arbeitern und



Dienstboten nur mehr landwirtschaftliche Stellen an. Die anderen Stellenangebote werden dagegen nur den Münchnern vorgelegt.

September 1898 – Eine Hauskapelle schafft Bierzeltstimmung

München-Ludwigsvorstadt * Für seine Riesenhalle engagiert Georg Lang eine eigene, 30-köpfige Blaskapelle. Die Musiker treten in Oberländer Tracht auf und werden als „Langs Original Oberlander“ bekannt. Ihr Repertoire umfasst ein breites Spektrum beliebter Unterhaltungs- und Stimmungsmusik. Die Polizeibehörde erhebt gegen die vom Festwirt bezahlte Hauskapelle keine Einwände. Da die Musiker ein festes Honorar erhalten, entfällt das bis dahin übliche und häufig als störend empfundene Einsammeln von Geld mit dem Teller. Lang greift damit eine zeitgenössische Mode auf: In Bierpalästen, Singspielhallen und Volkssängerlokalen sind Kapellen in Oberländer oder Dachauer Tracht bereits gang und gäbe. Auf dem Oktoberfest verbindet er die Musik gezielt mit der Bewirtung. Die ausgelassene Stimmung soll die Gäste länger im Zelt halten und zugleich den Bierumsatz steigern.

September 1898 – Eine Hauskapelle schafft Bierzeltstimmung

München-Ludwigsvorstadt * Für seine Riesenhalle engagiert Georg Lang eine eigene, 30-köpfige Blaskapelle. Die Musiker treten in Oberländer Tracht auf und werden als „Langs Original Oberlander“ bekannt. Ihr Repertoire umfasst ein breites Spektrum beliebter Unterhaltungs- und Stimmungsmusik. Die Polizeibehörde erhebt gegen die vom Festwirt bezahlte Hauskapelle keine Einwände. Da die Musiker ein festes Honorar erhalten, entfällt das bis dahin übliche und häufig als störend empfundene Einsammeln von Geld mit dem Teller. Lang greift damit eine zeitgenössische Mode auf: In Bierpalästen, Singspielhallen und Volkssängerlokalen sind Kapellen in Oberländer oder Dachauer Tracht bereits gang und gäbe. Auf dem Oktoberfest verbindet er die Musik gezielt mit der Bewirtung. Die ausgelassene Stimmung soll die Gäste länger im Zelt halten und zugleich den Bierumsatz steigern.

27. Mai 1899 – Positive Kritiken für den Kaisergarten

München-Au * Im „Münchener Lokal-Anzeiger“, der ehemaligen Zeitschrift „Münchener Ratsch-Kathl“ ist zu lesen: „Der neue ‚Kaisergarten‘ am Eingange der Au, nächst der äußeren Ludwigsbrücke, hat in seinem jetzigen Besitzer, Herrn Betz, den richtigen Mann gefunden hinsichtlich des Betriebs dieser altbekannten Volksquelle. Der große Parterre-Saal ist wie



geschaffen zur Abhaltung volkstümlicher Unterhaltungen, die denn auch alle Sonn- und Feiertage, sowie Samstage, durch Sing- und Komikergesellschaften veranstaltet werden und sich eines recht regen Besuches erfreuen.“

November 1899 – Sioux-Indianer im Internationalen Handels-Panoptikum ausgestellt

München-Hackenviertel - München-Schwabing * Eine Gruppe von Sioux-Indianern wird im Internationalen Handels-Panoptikum ausgestellt. Red-Tail, ein Mitglied der Truppe stirbt in München an Tuberkulose. Der Todesfall und die Beerdigung am Schwabinger Friedhof sorgt für großes Aufsehen in der Presse.

17. Dezember 1899 – Die Gesellschaft Prinzregenten-Theater wird gegründet

München * Die „Gesellschaft Prinzregenten-Theater [GmbH]“ als Auftraggeber des Theaterneubaus wird gegründet. Da trifft es sich gut, dass der Architekt Max Littmann noch vor der endgültigen Entscheidung über den neuen Theaterbau, fünf Projektskizzen für ein Wagnertheater nach Bayreuther Vorbild und Volkstheater ohne soziale Rangunterschiede, ausgestattet mit den modernsten bühnentechnischen Mitteln erstellt hat.

1900 – Auftrittsmöglichkeiten der Münchner Volkssänger

München * In München treten Volkssänger in etwa 80 Singspielhallen, Varietés und Bierkellern auf. Insgesamt verfügt München etwa über 1.500 Gasthäuser.

1900 – Wirte können Singspielgruppen für 3 bis 5 Mark Tagesgage buchen

München-Hackenviertel * Über eine Agentur in der Sendlinger Straße können Wirte Singspielgruppen für 3 bis 5 Mark Tagesgage buchen.

1900 – Das Bayerische Nationalmuseum zieht um

München-Lehel * Das Bayerische Nationalmuseum verlässt sein Stammhaus in der Maximilianstraße 42, das den wachsenden Sammlungen nicht mehr genügend Platz bietet. Es



zieht in den von Gabriel von Seidl entworfenen Neubau an der Prinzregentenstraße. Damit wird das Gebäude in der Maximilianstraße für eine neue Nutzung frei.

1900 – Afrika und Asien werden für die Landnahme auserkoren

Deutsches Reich * Im Deutschen Reich herrscht die Auffassung vor, dass das Alte Europa nicht genügend Platz hat, um die sich ständig vermehrende Bevölkerung auf Dauer angemessen zu ernähren und am Wohlstand teilhaben zu lassen. Afrika und Asien sind für die Landnahme auserkoren. Aus der Evolutions-Theorie von Charles Darwin wird die Überlegenheit des weißen Mannes gegenüber anderen „Rassen“ abgeleitet.

1. Januar 1900 – Die zweite „Samoa-Schau“ gastierte auch in München

Samoa - München * Die zweite „Samoa-Schau“ dauert vom 1. Januar 1900 bis 5. Dezember 1901. Im Dezember 1900 gastiert die Truppe auch in München.

15. März 1900 – Gründung des Goethe-Bundes zum Schutze freier Kunst und Wissenschaft

München * In München wird der Goethe-Bund zum Schutze freier Kunst und Wissenschaft gegründet. Ihm gehören unter anderen an: Paul Heyse, Max Halbe, Georg Hirth, Friedrich August von Kaulbach, Otto Falckenberg, Franz von Lenbach, aber auch der Volkssänger Jakob Geis. Das Ziel der Vereinigung ist, den „Angriffen auf die freie Entwicklung des geistigen Lebens, insbesondere von Wissenschaft, Kunst und Literatur gemeinsam entgegenzutreten“.

25. Juni 1900 – Das Kuppelei-Gesetz „Lex Heinze“ tritt in Kraft

Berlin * Das Kuppelei-Gesetz „Lex Heinze“ tritt in abgeschwächter Form in Kraft.

Oktober 1900 – Samoaner*innen gastieren erstmals auf dem Oktoberfest

München-Ludwigsvorstadt * Die Truppe der Samoaner*innen gastieren erstmals in München auf dem Oktoberfest. Die Hauptattraktion auf diesen von vielen Interessent*innen besuchten



Veranstaltungen sind natürlich die schönen, jungen Samoanerinnen. Diese „Marzipanpüppchen mit Chokoladenüberzug“ begeistern freilich in erster Linie die Männerwelt.

1901 – Die Eisenbeton-Bahn im Volksgarten wird wieder geschlossen

München-Nymphenburg * Die Eisenbeton-Bahn im Nymphenburger Volksgarten wird wieder geschlossen.

10. Mai 1901 – Das Müller'sche Volksbad wird eröffnet

München-Haidhausen * Erstmals dürfen sich die Bürger Münchens in die Fluten des Müller'schen Volksbades stürzen.

19. Mai 1901 – Das Künstlerhaus wird zum gesellschaftlichen Mittelpunkt

München-Kreuzviertel * Mit dem „Münchner Frühlingsfest“ etabliert sich das Künstlerhaus als bedeutender Treffpunkt des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der Stadt. Die Berliner Zeitschrift „Moderne Kunst“ beschreibt die Münchner Künstlerschaft als „die Blüte des gesamten Lebens der Stadt“, die in allen Bevölkerungsschichten verwurzelt sei. Prinzregent Luitpold zeigt großes Interesse am künstlerischen Leben und nimmt – trotz seines hohen Alters – nach Möglichkeit persönlich an den Künstlerfesten teil. Sein regelmäßiger Austausch mit etablierten Künstlern ebenso wie mit jungen Talenten unterstreicht seine enge Verbundenheit mit der Münchner Kunstszene. Beim Frühlingsfest findet erstmals eine Versteigerung von Gemälden statt. Zu den Stiftern zählen namhafte Künstler wie Franz von Lenbach und Franz von Defregger. Die Auktion leitet der Volksschauspieler Konrad Dreher, Gründer des Schlierseer Bauerntheaters. Der Erlös kommt dem chronisch unterfinanzierten Künstlerhausverein zugute, der das Gebäude seit 1900 von der Künstlergenossenschaft gepachtet hat.

19. Juni 1901 – Das Gesetz betreffend das Urheberrecht wird verabschiedet

Berlin * Das Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und Tonkunst wird verabschiedet.

September 1901 – Carl Gabriel präsentiert das Beduinen-Lager auf dem Oktoberfest



München-Theresienwiese * Carl Gabriel präsentiert auf dem Oktoberfest mit dem Beduinen-Lager erstmals eine seiner berühmten Völkerschauen. Auf einem 7.500 qm großen Karawanenplatz baut er ein Beduinendorf auf und bietet damit seinen Besuchern neben speziellen Darbietungen aus einem Rahmenprogramm auch Einblicke in das Alltagsleben dieses fremdartigen Volksstammes.

Oktober 1901 – Drei Völkerschauen auf dem Oktoberfest

München-Ludwigsvorstadt * Carl Gabriels erste Völkerschau auf dem Oktoberfest ist ein „Beduinen-Lager“. Diese aufwändig gestaltete Schau ist aber nicht die einzige, denn parallel wird noch die „Negertruppe Dahomey“ und ein „Afrikaner Theater mit Gorilla-Negern aus dem Congo“ gezeigt.

1902 – Gründung der Anstalt für musikalisches Aufteilungsrecht

Berlin * Gründung der Anstalt für musikalisches Aufteilungsrecht.

1902 – Die Zeitschrift „Hammer, Blätter für deutschen Sinn“

Leipzig * Der Publizist Theodor Fritsch, der seine politischen Aktivitäten auf den Mittelstand konzentriert, gibt die Zeitschrift „Hammer, Blätter für deutschen Sinn“ heraus. Schon 1887 hatte er einen Antisemiten-Katechismus verfasst, der anno 1907 neu überarbeitet unter dem Titel Handbuch der Judenfrage neu erschienen war. Sein Leipziger Hammerverlag verlegt nicht nur zahlreiche völkische Bücher und Zeitschriften, wie die Antisemitische Correspondenz, die Deutschsozialen Blätter sowie den bereits erwähnten Hammer, Blätter für deutschen Sinn, sondern auch den Deutschen Müller, eine damals bekannte Wirtschaftszeitung. Schon vor dem Ersten Weltkrieg erzielen die Produkte des Hammerverlags Aufmerksamkeit und hohe Auflagen.

15. Juni 1902 – Gründung des „Vereins für Volkskunst und Volkskunde“

München-Kreuzviertel * Der „Verein für Volkskunst und Volkskunde“ wird im Künstlerhaus gegründet. Gabriel von Seidl soll zunächst den Vorsitz des neuen Vereins übernehmen, verzichtet jedoch wegen seiner bereits bestehenden Verpflichtungen beim Isartalverein. Den Vorsitz übernimmt schließlich der Architekt und Hochschullehrer August Thiersch.



September 1902 – Carl Gabriel stellt ein Hippodrom auf dem Oktoberfestes auf

München-Theresienwiese * Der Magistrat erlaubt dem Schausteller-Unternehmer Carl Gabriel ein Hippodrom auf dem Festplatz des Oktoberfestes aufzustellen. Es ist seinem griechischen Namen entsprechend eine Reitarena. Im Inneren des Etablissements befindet sich eine 60 Meter lange Pferdereitbahn, in der Besucher des Restaurationsbetriebs gegen Bezahlung reiten können. Der Umritt dauert 5 Minuten und kostet 50 Pfennige. Der Bierausschank ist dem Inhaber anfangs verboten. Doch die Gäste können die Reitkünste der nicht immer nüchternen oder sich sonst nicht sonderlich geschickt anstellenden Damen und Herren bewundern. So manches Kleid rutscht hoch und gibt den Blick auf ein Damenbein frei. Kein Wunder, dass für das Hippodrom bald der Name „Stilaugenzelt“ auftaucht. „Der unerschöpfliche Unterhaltungsstoff, den die erstmaligen Reitversuche von Herren und Damen den Zuschauern bieten, macht das Hippodrom zur ersten Volksbelustigung der Festwiese“.

Oktober 1902 – Carl Gabriels „Beduinen-Lager“ auf dem Oktoberfest

München-Ludwigsvorstadt * Carl Gabriel präsentiert sein „Beduinen-Lager“ erneut. Allerdings hat er sich zuvor vom Magistrat der Stadt „Konkurrenzzfreiheit“ zusichern lassen.

September 1903 – Carl Gabriel lässt ein Aschanti-Dorf auf dem Oktoberfest errichten

München-Theresienwiese * Carl Gabriel lässt ein Aschanti-Dorf auf dem Karawanenplatz auf dem Oktoberfest errichten.

11. Juni 1904 – Lothar von Trotha: „Die Würfel sind gegen die Herero gefallen“

Deutsch-Südwestafrika - Swakopmund * Nachdem Generalleutnant Lothar von Trotha in Swakopmund eingetroffen ist, will ihn Leutwein dazu bewegen, „die Belange der Kolonie und der Eingeborenen in der Kriegsführung zu berücksichtigen und den Feldzug so durchzuführen, dass das Volk der Herero als solches erhalten bleibe“. Doch Lothar von Trotha meint nur: „Die Würfel sind gegen die Herero gefallen.“

11. August 1904 – Es kommt zur Entscheidungsschlacht am Waterberg



Deutsch-Südwestafrika - Waterberg * Es kommt zur Entscheidungsschlacht am Waterberg. Diese tobt inmitten der notdürftig errichteten Dörfer, wohin die Herero bereits unter Gouverneur Theodor Leutwein getriebenen worden waren. Am Waterberg befindet sich das Volk der Herero - mit Frauen und Kindern sowie allen Habseligkeiten und dem gesamten Viehbestand - insgesamt zwischen 30.000 bis 40.000 Menschen. Nun, unter dem Kommando von Lothar von Trotha sind sie eingeschlossen.

17. September 1904 – Proteste gegen den Hungerkünstler Ricardo Sacco

München-Theresienwiese * Als sich der Hungerkünstler Ricardo Sacco während des Oktoberfestes zur Schau stellt, kommt es zu Protesten der Münchner Bevölkerung. Sie will es nicht dulden, dass ein Mensch inmitten der „Genüsse des Festes“ hungert.

17. September 1904 – Carl Gabriels Völkerschau trägt den Titel Tunis in München

München-Theresienwiese * Carl Gabriels Völkerschau trägt den Titel „Tunis in München“ und konfrontiert die Besucher mit Sitten und Gebräuchen der Nordafrikaner.

Oktober 1904 – Besucherandrang bei der Völkerschau „Die Tunesen“

München-Ludwigsvorstadt * Eine äußerst erfolgreiche Ausstellung von „exotischen“ Menschen ist „Die Tunesen“. Diese „erfreuten sich bereits während der ersten zwei Tage des Oktoberfestes eines solch starken Besuchs, wie ihn bisher in München noch keine exotische Truppe zu verzeichnen hatte“. Es gibt ein tunesisches Café und Bauchtanz. Auch diese Schau besucht Prinz Ludwig [III.].

2. Oktober 1904 – Generalleutnant Lothar von Trotha erlässt den Vernichtungsbefehl

Deutsch-Südwestafrika * Generalleutnant Lothar von Trotha erlässt den Vernichtungsbefehl. In diesem heißt es: „Die Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. Sie haben gemordet, gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nasen und andere Körperteile abgeschnitten, und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen. [...] Das Volk der Herero muss das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem Groot-Rohr [= Geschütz] dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit und ohne



Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber oder Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück, oder lasse auf sie schießen.“

Dezember 1904 – Bewahrung traditioneller Handwerkstechniken

München-Kreuzviertel * Der „Verein für Volkskunst und Volkskunde“ präsentiert im Rahmen des Christkindlmarkts im Hof des Künstlerhauses vor allem oberbayerische Handwerkskunst, darunter Arbeiten der Oberammergauer Schnitzer und der Berchtesgadener Schachtelmalers. Ziel ist es, traditionelle Handwerkstechniken zu bewahren und zu fördern - als bewusster Gegenpol zur industriellen Massenproduktion.

20. Dezember 1904 – Konzentrationslager als Internierungslager für Unterstützer

Deutsch-Südwestafrika * Das Erscheinungsbild des Krieges gegen die Herero und Nama ist nicht nur durch die eigentlichen Kampfhandlungen geprägt, sondern mindestens ebenso sehr durch die von der Militäradministration errichteten Konzentrationslager. Sie dienen als Internierungslager, in denen auch Stämme aus dem Gebiet des Guerillakampfes festgesetzt werden, um so den Kämpfern den Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen. Es sind also keine reinen Kriegsgefangenenlager nach europäischen Standards, sondern werden auch zur Inhaftierung von Frauen, Greisen und Kindern genutzt. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass es sich hierbei um einen Krieg gegen ein ganzes Volk handelte. Die Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern sind völlig unzureichend. Es fehlte an allem, von den Lebensmitteln bis zum Brennmaterial. Viele Insassen erkrankten an Skorbut und Typhus. Die Sterblichkeit ist entsetzlich hoch. „Es kamen an manchen Tagen bis 27 Sterbefälle vor. Karrenweise wurden die Toten zum Friedhofe gebracht.“

1905 – Die Zensur in allen Bereichen des Theaterwesens

München * Eine nicht datierte Aktennotiz vermerkt: Die Zensur betrifft auch „das kleine Theaterwesen, die Varietés, Tingeltangel, Singspielhallen, Cabarets; ferner die Volkssänger, Komiker, Rezitatoren sind vermittle der Präventivzensur nach Möglichkeit in ordnungsgemäßen Bahnen zu halten, zumal da erfahrungsgemäß gerade auf diesem Weg die Kenntnis von Unsittlichkeiten und Unanständigkeiten aller Art in die breitesten Schichten der Bevölkerung getragen wird“.



1905 – Die Ausstellung „Die Volkskrankheiten und ihre Bekämpfung“ wird gezeigt

München-Isarvorstadt - Museumsinsel * In einem kleinen Ausstellungsbau auf der „Kohleninsel“ wird die Wanderausstellung „Die Volkskrankheiten und ihre Bekämpfung“ gezeigt.

1906 – Der Verein Akademische Arbeiterkurse wird gegründet

München * Der Verein Akademische Arbeiterkurse e.V. wird gegründet.

12. November 1906 – Kaiser Wilhelm II. eröffnet die Ausstellung des Deutschen Museums

München-Lehel * Kaiser Wilhelm II. eröffnet die provisorische Ausstellung des Deutschen Museums im Alten Nationalmuseum an der Maximilianstraße, dem heutigen Museum Fünf Kontinente. Bis 1925 erhalten Besucherinnen und Besucher hier einen Vorgeschmack auf das künftige Museum, bevor die Sammlungen auf die Museumsinsel umziehen.

1908 – Der Münchner Volkssänger-Verband wird gegründet

München * Der Verband zur Wahrung und Förderung der Interessen der Münchner Volkssänger wird gegründet.

8. Februar 1908 – Ludwig und Therese Greiner erfinden den „Skelett-Gigerl“

München-Angerviertel * Auf der Suche nach einer Unterkunft klopft Karl Valentin auch an die Tür der Gastwirtschaft „Zum Feuerhaus“. „Mit an Stösser am Kopf, an Schirm am Arm und mit a großen Ledermappen“ erscheint der Volkssänger bei Ludwig „Wiggerl“ und Therese Greiner. Die Wirtsleute haben noch ein kleines Kammerl frei. Es ist allerdings nur über das Schlafzimmer des frisch verheirateten Ehepaars zu erreichen. Therese Greiner fragt Valentin, ob ihn das störe. Ihn kümmert es nicht – noch am selben Tag zieht er als „Zimmerherr“ bei den Greiners ein und bleibt dort bis zum 5. Mai 1908. Wiggerl und Therese bringen Karl Valentin auf die Straße des Erfolgs. Sie erfinden die neue Bühnenfigur, den „Skelett-Gigerl“; Therese Greiner näht ihm die hautengen und viel zu kurzen Klamotten, die sein ausgezehrt, klapperdürres Gestell in unnachahmlicher Weise zur Geltung bringen. Da Wiggerl Greiner Klavier spielt und Karl Valentin musikalisch begleiten kann, entwickelt sich rasch eine enge Freundschaft. Sie hält über Jahrzehnte hinweg.



1. Juli 1908 – Karl Valentin tritt erstmals im Frankfurter Hof auf

München-Ludwigsvorstadt * Josef Durmer, der Besitzer des Hotels Frankfurter Hof, Schillerstraße 49, besuchte eine Veranstaltung von Karl Valentin und engagierte ihn umgehend für ein dauerhaftes Engagement an seiner renommierten Volkssängerbühne. Am 1. Juli tritt der 26-jährige Künstler erstmals im Frankfurter Hof für eine Gage von 5.- Mark am Abend auf. Zum gleichen Zeitpunkt meldet er sein Gewerbe als „Singen im Stadtbezirk“ an. Nun ist er „amtlich gemeldeter Volkssänger“.

4. Juli 1909 – Ritter Karl von Müller stirbt in der Nähe von Bozen

Bozen * Ritter Karl von Müller, der Sponsor des Volksbades, stirbt in der Nähe von Bozen.

1910 – Die Ruine von Bogenhausen

München-Bogenhausen * Bereits ein Jahr nach dem Baubeginn werden jedoch die Bauarbeiten auf Wunsch des Bauherrn aus finanziellen Gründen eingestellt. Der unvollendete Rohbau - im Volksmund bald als „Ruine von Bogenhausen“ bekannt - bietet keinen schönen Anblick, besonders nachdem er notdürftig mit Dachpappe eingedeckt worden war. Portale und Treppen fehlen ebenso wie die endgültige Dachkonstruktion.

1910 – Die Lustbarkeitssteuer wird in Deutschland eingeführt

Berlin * Die Lustbarkeitssteuer wird in Deutschland eingeführt.

1910 – Auf zehn verschiedene Stadtbezirke verteilte Brause- und Wannenbäder

München * Neben dem Karl-Müller-Volksbad betreibt die Stadtgemeinde München zehn auf verschiedene Stadtbezirke verteilte Brausen- und Wannenbadeanstalten, die ganzjährig gegen ein geringes Entgelt benutzt werden können. Anno 1910 stürzten sich 497.924 Personen in ein Wannenbad. Die billigeren Brausebäder benutzten 621.212 Münchner. München hat zu dieser Zeit 596.497 Einwohner. Statistisch gesehen badet oder duscht jeder Münchner keine zwei Mal im Jahr.



1910 – Bei Elisabeth Wellano [Liesl Karlstadt] wird das „Theaterfeuer“ gelegt

München-Hackenviertel * Ihr Bruder lädt Elisabeth Wellano im Alter von 17 Jahren in den Bamberger Hof ein, wo die Münchner Alpensängergesellschaft Schnackl Franz“auftritt. Dadurch wird bei ihr das „Theaterfeuer“ gelegt.

10. Februar 1910 – Die dritte „Völkerschau aus Samoa“ geht auf Reisen

Samoa - Deutschland * Die dritte „Völkerschau aus Samoa“ nimmt ihren Anfang am 10. Februar 1910 und endet am 22. November 1911.

19. Juni 1910 – Die Einweihung des Ludwig II.-Denkmals

München-Au - München-Isarvorstadt * Unter Glockengeläut und Kanonendonner findet die feierliche Enthüllung des Ludwig-II.-Monuments auf der Corneliusbrücke als förmlicher Staatsakt statt. Der Erste Bürgermeister Wilhelm von Borscht verspricht bei der Feier, das Denkmal „heilig und in Ehren“ zu halten und „als das Symbol der einem Naturrechte vergleichbaren Bande, die das bayerische Volk seit fast dreivierteltausend Jahren mit seiner angestammten Dynastie unlöslich verknüpfen.“ Nachdem die Denkmalvereinigung ihr bei der Gründung ins Auge gefasste Vereinsziel erreicht hat, löst sie sich nach der Enthüllungsfeier satzungsgemäß selbst auf.

17. September 1910 – Das Oktoberfest wird 100 Jahre alt

München-Theresienwiese * Das 100. Jubiläums-Oktoberfest wird eröffnet. Gleichzeitig findet das Zentral-Landwirtschaftsfest statt. Organisiert wird die Festlichkeit ausschließlich vom Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt. Zehn Bierhallen bilden das Wahrzeichen des Oktoberfestes. Auf dem Oktoberfest gibt es die Nummer „La Course á la Mort“ zu bewundern. Todesmutige Fahrradfahrer radeln in einer Stahlkonstruktion direkt über den Mäulern von hungrigen und gefährlichen Löwen. Carl Gabriels Teufelsrad dreht sich erstmals auf der Wiesen. Die Feierlichkeiten auf der Jubiläums-Wiesn dauern bis zum 2. Oktober.

17. September 1910 – Eine Völkerschau aus Samoa als Hauptattraktion auf der Jubiläums-Wie



München-Theresienwiese * Die dritte Völkerschau aus Samoa ist die Hauptattraktion auf dem Jubiläums-Oktoberfest. Unter der Führung des Schaustellers Carl Gabriel besucht Prinzregent Luitpold die Ausstellung. Prinz Ludwig überreicht dem „Samoanerherrscher Tamsese einen wertvollen Ring zum Geschenk, wofür der Fürst dem Prinzen schriftlich in samoanischer Sprache seinen Dank zum Ausdruck brachte“.

Oktober 1910 – Die Samoaner-Völkerschau beim Jubiläums-Oktoberfest

München-Ludwigsvorstadt * Auf dem Jubiläums-Oktoberfest sind die Samoaner*innen die Hauptattraktion. Unter der Führung des Schaustellers Carl Gabriel besucht Prinzregent Luitpold die Ausstellung. Prinz Ludwig, der spätere König Ludwig III., überreicht dem „Samoanerherrscher Tamsese einen wertvollen Ring zum Geschenk, wofür der Fürst dem Prinzen schriftlich in samoanischer Sprache seinen Dank zum Ausdruck brachte“.

1911 – Der Wehrverein formuliert seine Kolonialpolitik

Berlin * Der im Jahr 1911 gegründete Wehrverein formuliert seine Kolonialpolitik so: „Ein vorwärtstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg“.

15. Februar 1911 – Elisabeth Wellano kündigt ihren Job bei „Hermann Tietz“

München * Elisabeth Wellano kündigt ihren Job bei „Hermann Tietz“ und steht für 3.- Mark Gage jeden Abend auf der Bühne im Frankfurter Hof.

6. Mai 1911 – Elisabeth Wellano unterschreibt einen Bühnenkontrakt

München * Elisabeth Wellano unterschreibt einen Bühnenkontrakt bei Adalbert Meiers „Gesellschaft die lustigen Dachauer“. Ihre monatliche Gage ist doppelt so hoch wie ihr Verdienst im Kaufhaus Hermann Tietz war. Das Engagement dauert vom 1. Juni 1911 bis 1. Juli 1912.

1. Juli 1911 – Das Kanonenboot Panther vor Agadir löst die Zweite Marokkokrise aus



Agadir * Das Kanonenboot Panther kreuzt in den Gewässern vor der marokkanischen Hafenstadt Agadir auf. Frankreich und die anderen Großmächte sind total überrascht und natürlich nicht darauf vorbereitet. Frankreich fühlt sich erpresst. Und auch die englische Regierung erklärt, dass sie eine Schwächung ihres Bündnispartners zugunsten Deutschlands keines Falls akzeptieren wird. Damit wird die Zweite Marokkokrise zwischen Deutschland und Frankreich ausgelöst. Es kommt zu zähen Verhandlungen, in denen Frankreich einen Zipfel Togos an Deutschland abtreten muss, den sogenannten „Entenschnabel“. Deutschland erklärt dafür im Gegenzug sein Desinteresse an der französischen Marokkopolitik. Der im Jahr 1911 gegründete Wehrverein formulierte es so: „Ein vorwärtsstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg.“

29. September 1911 – Italien erklärt dem Osmanischen Reich den Krieg

Rom - Konstantinopel * Italien, Mitglied im Dreibund, erklärt dem Osmanischen Reich den Krieg, um in den Besitz von Libyen zu kommen. Doch anders als von Italien erwartet, begrüßt die einheimische Bevölkerung die Italiener nicht als Befreier, sondern als feindliche Invasoren.

23. Oktober 1911 – Italienischen Truppen gehen gegen die arabische Bevölkerung vor

Tripolis * Die italienischen Besatzungstruppen gehen in einem Pogrom gegen die arabische Bevölkerung vor und erschießen dabei innerhalb von fünf Tagen wahllos tausende Araber, verbrennen deren Hütten und beschlagnahmen das Vieh. Auch in den folgenden Wochen führte die Besatzungsmacht Massenhinrichtungen auf öffentlichen Plätzen durch und deportierte etwa 4.000 Araber auf Strafinseln.

1. November 1911 – Die ersten Zwei-Kilo-Bomben auf lebende Ziele

Tripolis * Der italienische Leutnant Giulio Cavotti lässt über zwei Oasen bei Tripolis die ersten Zwei-Kilo-Bomben auf lebende Ziele abwerfen. Der Angriff dient keinem militärischen Zweck, sondern geschieht im Rahmen der Vergeltungsaktionen gegen die arabische Bevölkerung.

1912 – Die Thule-Gesellschaft und ihre Wurzeln



München-Grägenau * Die Thule-Gesellschaft hat ihren Ursprung in den vom Mühleningenieur und Publizisten Theodor Fritsch gegründeten Reichshammerbund. Bei der Konstituierung des Reichshammerbundes wird zugleich der Germanenorden aus der Taufe gehoben. Er soll die geheime Kommandozentrale für die gesamte völkische Bewegung werden, ein deutsch-völkischer Generalstab. Nur bis ins dritte Glied reinblütige Deutsche werden in den Orden aufgenommen. Der Orden will die Prinzipien der Alideutschen auf die ganze germanische Rasse ausdehnen und den Zusammenschluss aller Völker germanischen Blutes anbahnen. Besonderer Wert wird auf die Propaganda der Rassenkunde gelegt. Es sollen die Erfahrungen, die man „im Tier- und Pflanzenreiche gemacht hat, auf den Menschen angewandt“ und gezeigt werden, „wie die Grundursache aller Krankheit, allen Elends, in der Rassenvermischung liege“.

1912 – Karl Valentin stellt seine eigenen Volkssänger-Ensembles zusammen

München * Karl Valentin stellt seine eigenen Volkssänger-Ensembles zusammen. Das ist das Ende seines Ein-Mann-Unternehmens.

12. Januar 1912 – Bei den Reichstagswahlen wird die SPD stärkste Fraktion

Deutsches Reich * Bei der Reichstagswahl 1912 erreicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD 34,8 Prozent der abgegebenen Stimmen und wird mit 110 Abgeordneten [+ 67] zur stärksten Fraktion, das Zentrum wird mit 91 [- 14] Abgeordneten, aber lediglich 16,4 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Fraktion, die Nationalliberale Partei - NLP kommt auf 13,6 Prozent und 45 Abgeordnete [- 10], die Fortschrittliche Volkspartei - FVP erreicht mit 12,3 Prozent 42 Abgeordnete [-7]. Die Wahlbeteiligung liegt bei 85 Prozent. Die Benachteiligung der Sozialdemokraten kommt durch die seit dem Jahr 1871 unveränderte Wahlkreiseinteilung und anderen Verzerrungen durch das Mehrheitswahlrecht, zum Beispiel das Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Es ist die letzte Wahl, bei der die Frauen nicht stimmberechtigt sind.

13. März 1912 – Bulgarien, Serbien, Griechenland, Montenegro gründen den Balkanbund

Sofia - Belgrad - Athen - Montenegro * Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro gründen den Balkanbund. Ihr gemeinsames Ziel ist die Verdrängung des Osmanischen Reiches vom Balkan und die Aufteilung seiner verbliebenen europäischen Provinzen. Federführend ist Russland, das sich als Patron der Balkanvölker versteht und damit die Kontrolle über die Meerengen des Schwarzen Meeres erhalten will. Das beunruhigte Frankreich wird von



Russland mit der Aussage beschwichtigt, dass sie die Balkanstaaten kontrollieren kann.

September 1912 – Unter dem Titel „Tripolis“ zeigt Carl Gabriel eine Völkerschau

München-Theresienwiese * Unter dem Titel „Tripolis“ zeigt Carl Gabriel eine Völkerschau auf dem Oktoberfest.

21. Mai 1913 – Der Komponist Richard Wagner erhält ein Denkmal

München-Bogenhausen - München-Haidhausen * Einen Tag vor dem 100. Geburtstag Richard Wagners wird ihm zu Ehren eine Statue neben dem Prinzregententheater enthüllt. Heinrich Waderé hat das Monument gestaltet. Aus mehreren zur Verfügung stehenden Entwürfen wählt man denjenigen aus, der den Komponisten in ähnlicher Pose zeigt, wie das berühmte Porträt von Johann Wolfgang von Goethe in der Campagne. Da die ruhende Darstellung des Künstlers extrem stark im Gegensatz zu dem unstillen Leben des Musikers steht, kommt bald Kritik hoch, in die sogar das städtische Kollegium der Gemeindebevollmächtigten einstimmt. Letztlich beruhigt aber ein einziges Argument alle Kritikerstimmen: Da Richard Wagner von Natur aus nur mit einer geringen Körpergröße ausgestattet war, hätte ein stehendes Denkmal die Öffentlichkeit nur wenig beeindruckt. Der Marmor für die Figur stammt vom Untersberg. Er umfasst als Rohblock 14 Kubikmeter Inhalt und wiegt 600 Zentner. Über dreißig Pferde sind notwendig, um diese gewaltige Last vom Untersberger Steinbruch zur nächsten Eisenbahn zu schaffen, mit der er ab Berchtesgaden nach München gebracht wird. Bildhauer Heinrich Waderé hat sich am Ostbahnhof ein provisorisches Atelier eingerichtet. Da die fertige Marmorfigur noch immer 450 Zentner wiegt gestaltet sich der Transport vom Atelier zum Aufstellungsort als besonders schwierig. Er nimmt mehr als zwei Tage in Anspruch. Die Statue muss mit einer Straßenlokomotive der Firma Maffei zum Ort seiner Aufstellung gebracht werden. Dort behindert vor allem der weiche Boden die Arbeiten, da sich die Räder des Transportwagens immer wieder eingraben. Cosima und Siegfried Wagner lehnen ihre Teilnahme an der Denkmalenthüllung ab. Bei Cosima sind es gesundheitliche, bei Siegfried grundsätzliche Gründe. Die Konkurrenz der Münchner Festspiele für Bayreuth sind aber die wahren Beweggründe. Das gesellschaftliche Ereignis an der Prinzregentenstraße wird durch Richard Wagners „Huldigungsmarsch“ eröffnet. Münchens erster Bürgermeister, Wilhelm von Borscht, hält eine Ansprache und Ernst von Possart, der Initiator des Denkmals, sagt in seiner Rede: „So grüßen wir Dich, Unsterblicher! Möge Dein Antlitz uns leuchten“. Prinzregent Ludwig III. enthüllt schließlich das Wagner-Denkmal. Die sozialdemokratische Tageszeitung Münchener Post kommentiert das Ereignis mit den



Worten: „Das Streben Münchens, die seiner Zeit an Bayreuth abgegebene Hegemonie im Reiche von Wagners Kunst an sich zu bringen - das heimliche Agens [die treibende Kraft] unserer Festspiele - hat uns nun endlich ein würdiges Denkmal des Meisters beschert.“ Gleichzeitig kritisiert das Blatt, dass der Eröffnungsakt nicht dem Festwiesensbild der Wagner'schen Meistersinger entsprach und auf den „Wach-auf-Chor“ kein spontaner Jubel des Volkes, sondern ein „hochoffiziell-eisernes Schweigen“ der „aristokratisch-bürgerlichen Festversammlung“ folgt. Den Abschluss der Einweihungsfeierlichkeiten für das Musiker-Standbild bildet der „Tannhäusermarsch“.

25. August 1913 – Prinzregent Ludwig lädt die Bundesfürsten in die Befreiungshalle

Kelheim * Die 22 deutschen Bundesfürsten treffen sich nach Einladung durch Prinzregent Ludwig [III.] bei der Befreiungshalle in Kelheim. Die Befreiungshalle war am 18. Oktober 1863, dem 50. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, der Öffentlichkeit übergeben worden und stellt ein Wahrzeichen des deutschen Patriotismus dar. Gefeierte wird die endgültige Vertreibung Napoleons aus Deutschland vor einhundert Jahren. Es ist eine glänzende patriotische Feier, die zum ersten - und zum letzten - Mal alle regierenden Fürsten Deutschlands zusammenführt. Es ist sozusagen das „Totenfest des deutschen Monarchismus“. Prinzregent Ludwig preist die Verdienste seiner Wittelsbacher Vorfahren um das deutsche Nationalbewusstsein und lobt das immer mehr erstarkte „Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Teile des Reichs in Freud und Leid“. Er warnt zugleich: „Wer gleichwohl im Auslande je mit der Uneinigkeit, der Eifersucht der Reichsglieder rechnet, wird diese Rechnung grausam enttäuscht sehen.“

30. Oktober 1913 – Verfassungsänderung zur Beendigung der Regentschaft

München-Kreuzviertel * Die Abgeordnetenkammer beschließt ein verfassungsänderndes Gesetz mit 122 gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten. Mit diesem Gesetz kann der „Regent die Regentschaft für beendet und den Thron für erledigt erklären“, wenn „wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens des Königs“ auch „nach Ablauf von zehn Jahren keine Aussicht auf Regierungsfähigkeit“ besteht. Damit hat der Prinzregent die Möglichkeit, seinen noch lebenden geisteskranken Cousin, den legitimen König Otto I., zu entthronen. Prinzregent Ludwig III. wollte politisch eine Veränderung herbeiführen und konnte mit dem Zentrum und den Liberalen auf eine breite parlamentarische Mehrheit bauen. Doch eine schlichte Proklamation Ludwigs III. zum König wurde von den Abgeordneten als nicht ratsam erachtet, da auch der Prinzregent eine Übertragung der Krone durch den Landtag ablehnte. Schließlich wollte Ludwig III. kein „König von Volkes Gnaden“, sondern ein „König von Gottes Gnaden“ sein.



3. November 1913 – Den ganzen Monarchismus lächerlich finden

Trier * Die politisch dem Zentrum nahestehende Zeitung Trierischer Volksfreund schreibt über die Monarchie: „In modernen Ländern entscheidet das Volk über die Regierungsform und bestimmt das Volk den Herrscher, der es regieren soll. [...] Kein Mensch glaubt heute mehr, dass es besondere Menschen gäbe, in die die Gnade Gottes hineingefahren wäre. [...] Als vernünftige Menschen müssen wir den ganzen Monarchismus lächerlich finden.“

17. November 1913 – Marie Therese, die erste Katholikin auf dem bayerischen Königsthron

Lindau * Die Lindauer Volkszeitung schreibt: „Die Gemahlin des Königs Ludwig III. von Bayern wird die erste katholische Königin sein. [...] Die hohe Frau, die weithin als das Vorbild einer christlichen Frau und Mutter schon lange erschien, verdient es wahrhaftig, eine Landesmutter zu sein, verehrt und geliebt von allen treuen Bayern.“

1914 – In München gibt es etwa 800 Volkssänger

München * In München gibt es etwa 800 als Volkssänger gemeldete Personen. Sie organisieren sich im Volkssängerverband, mit eigener Zeitung, Krankenversicherung und Künstlerbörse.

21. März 1914 – Rosa Luxemburg spricht im Münchner-Kindl-Keller

München-Au * Rosa Luxemburg hält im brechend vollen Münchner-Kindl-Keller eine mitreißende Rede zum Thema „Militarismus und Volksfreiheit“. Sie fordert auf, die Waffen nicht gegen die ausländischen Klassenbrüder zu erheben und das Wettrüsten zu stoppen. Die Sozialdemokraten gehen zu diesem Zeitpunkt noch davon aus, dass der Krieg zu verhindern ist. Rosa Luxemburg sagt: „Wenn ein Mann von Blut und Eisen wie Bismarck trotz Ausnahmegesetz nicht mit uns fertig geworden ist, wie wollen das die Knirpse fertig bringen, die heute an der Spitze stehen!“

25. Juli 1914 – Flammender Protest gegen das verbrecherische Treiben der Kriegshetzer

Berlin * Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei - SPD veröffentlicht einen Massenprotest gegen den drohenden Krieg, in dem es heißt: „Parteigenossen, wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten



Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung.“ In 160 Städten finden bis Ende Juli 288 Versammlungen und Aufmärsche statt, an denen sich nach Angaben des Veranstalters mehr als eine Dreiviertel Million Menschen beteiligen. Alleine die große Antikriegsdemonstration der SPD in Berlin am 28. Juli umfasst über 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Und das, obwohl die Kundgebung vom Berliner Magistrat ausdrücklich verboten worden ist.

26. Juli 1914 – Betrunkene und fanatisierte Patrioten demolieren das Café Fahrig

München-Kreuzviertel * Am 25. Juli, nur wenige Stunden nachdem Serbien das Ultimatum für Österreich-Ungarns nicht ausreichend devot umgesetzt hat, berauschen sich im Café Fahrig, in der Neuhauser Straße, die Gäste an der Aussicht, dass jetzt Krieg droht. Die Menschen - im Café Fahrig und sonst wo - lassen Bayerns König Ludwig III. und Deutschlands Kaiser Wilhelm II. hochleben. Die Kapelle spielt die „Wacht am Rhein“, „Heil Dir im Siegerkranz“ und viele andere patriotische Lieder. Es wird viel gelacht, gefeiert, gesungen und natürlich getrunken. Weil der Sohn des Gaststättenhabers Franz Fahrig einen Streit unter Gästen schlichten will, lässt er die Musik kurz unterbrechen. Doch plötzlich fliegen Stühle durchs Lokal. Die Polizei wird angefordert und räumt das Café gegen zwei Uhr früh. Die sozialdemokratische Münchener Post schreibt über die Vorgänge: „Durch ungeschicktes Benehmen des Kapellmeisters wurde die betrunkene und fanatisierte Menge wild und demolierte das ganze Lokal“. Doch das ist noch nicht das Ende der Affäre. Wilde Gerüchte sind im Umlauf. Einer erzählt, eine serbische Kapelle hätte den Kaiser und das Reich geschmäht. Der andere hat Spione im Café Fahrig gesehen. Da ist es zu dem Schritt, der Café-Inhaber Franz Fahrig steht mit dem Feind im Bunde nicht mehr weit. Die Volksseele kocht. Um kurz vor drei Uhr fliegt der erste Pflasterstein in eine der Fensterscheiben des Lokals. Am Morgen ist das Café Fahrig innen und außen verwüstet.

28. Juli 1914 – Suche nach überzeugenden Argumenten

Berlin - Wien * Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg bemüht sich inzwischen halbherzig, die Wiener Regierung von ihrem harten Kurs abzubringen. Er ist zwar von der „Unvermeidbarkeit“ eines Großen Krieges überzeugt, will aber gegenüber der Öffentlichkeit den Nachweis führen, dass die Aggression von Russland ausgeht. Denn, so Bethmann



Hollweg in einem Schreiben an die K.u.K.-Regierung, ein europäischer Krieg lässt sich ohne Zustimmung der Bevölkerung nicht führen, weshalb es „eine gebieterische Notwendigkeit [ist], dass die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts [...] unter allen Umständen Russland trifft“. Die Mahnung verhallt ungehört, weil gleichzeitig der deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke seinem österreichischen Kollegen Conrad von Hötzendorf versichert, dass Deutschland selbstverständlich den österreichisch-ungarischen Kriegskurs unterstützen wird.

31. Juli 1914 – König Ludwig III. verhängt den Kriegszustand

München-Maxvorstadt * Am Nachmittag wendet sich der 69-jährige König Ludwig III. am Nachmittag an die Kundgebungsteilnehmer vor dem Wittelsbacher Palais. Er bedankt sich zunächst für die Huldigungen, die er als „Ausdruck der Treue und der Vaterlandsliebe“ betrachtet.

Im Wissen, auf welche Katastrophe das Deutsche Reich zusteuert, weist der Bayernherrscher auf die ernste und schwere Zukunft hin und erklärt: „Es sind [...] sehr schwere und ernste Zeiten, denen wir entgegen gehen. Aber ich vertraue darauf, dass das bayerische Volk wie seit vielen Jahrhunderten auch jetzt in Treue zu seinem Herrscherhaus stehen wird.“ Dann verhängt auch König Ludwig III. den Kriegszustand, verbunden mit der Anordnung des Standrechtes und den Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbehörden. Der Text seiner Verordnung lautete kurz und bündig: „Wir finden uns bewogen, auf Grund des Artikels I des Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 zu verordnen: Über das Gesamtgebiet des Königreichs wird der Kriegszustand verhängt. Gegeben zu München, den 31. Juli 1914. Ludwig.“

31. Juli 1914 – Kaiser Wilhelm II. verhängt den Zustand drohender Kriegsgefahr

Berlin * Kaiser Wilhelm II. bereitet sein Volk auf den kommenden gerechten Verteidigungskrieg gegen angreifende Feinde vor. „Infolge der andauernden und bedrohlichen Rüstungen Russlands“ verhängt er gemäß des Artikels 68 der deutschen Reichsverfassung den „Zustand drohender Kriegsgefahr“. Nachfolgend die Kernsätze seiner Rede, die mit der Überschrift „An mein Volk!“ in schriftlicher Form verbreitet wird: „Eine schwere Stunde ist heute über Deutschland hereingebrochen. Neider überall zwingen uns zu gerechter Verteidigung. Man drückt uns das Schwert in die Hand. Ich hoffe, dass, wenn es nicht in letzter Stunde meinen Bemühungen gelingt, die Gegner zum Einsehen zu bringen und den Frieden zu erhalten, wir das Schwert mit Gottes Hilfe so führen werden, dass wir es mit Ehren wieder in die Scheide stecken können. Enorme Opfer an Gut und Blut würde ein Krieg vom deutschen Volk erfordern. Den Gegnern aber würden wir zeigen, was es heißt, Deutschland anzugreifen. Und nun empfehle ich



Euch Gott! Jetzt geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet ihn um Hilfe für unser braves Heer! Kaiser Wilhelm II.“

3. August 1914 – Die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gewährleistet

München * Die außerordentliche Versammlung der Münchner Bäckerinnung stellt fest, dass - trotz der Einberufung zahlreicher Bäckermeister und Gehilfen - die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gewährleistet ist. Daneben sehen sich die verbliebenen Bäcker in der Lage, zusätzlich 20.000 Leibe Brot fürs Militär zu backen. Freilich können verschiedene Bäckereibetriebe nur mehr die gangbarste Brotsorte herstellen. Die Versorgung Münchens mit Mehl ist für die nächsten vier Wochen gesichert; danach kommt ohnehin das Getreide der gerade anstehenden Ernte zur Vermahlung. Und weil das Militär die sechs Pferde eingezogen hat, die bisher für den Hefe-Transport benutzt wurden, kann die Hefe nicht mehr an jeden Bäcker geliefert werden.

4. August 1914 – König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein

München * König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein. In seiner Bekanntmachung „An meine Bayern!“ wendet er sich nicht nur an die Soldaten, sondern vor allem an die Menschen in der Heimat: „Deutschland hat den Kampf nach zwei Fronten aufgenommen. Der Druck der Ungewissheit ist von uns gewichen, das deutsche Volk weiß, wer seine Gegner sind. In ruhigem Ernst, erfüllt von Gottvertrauen und Zuversicht, Scharen unsere wehrhaften Männer sich um die Fahnen. Es ist kein Haus, das nicht teil hätte an diesem uns frevelhaft aufgedrungenen Krieg. Bewegten Herzens sehen wir unsere Tapferen ins Feld ziehen. Der Kampf, der unser Heer erwartet, geht um die heiligsten Güter, um unsere Ehre und Existenz. Gott hat das deutsche Volk in vier Jahrzehnten rastloser Arbeit groß und stark gemacht, er hat unser Friedenswerk sichtbar gesegnet. Er wird mit unserer Sache sein, die gut und gerecht ist. Wie unsere tapferen Soldaten draußen vor dem Feind, so stelle auch zu Hause jeder seinen Mann. Wollen wir, jeder nach seiner Kraft, im eigenen Land Helfer sein für die, die hinausgezogen sind, um mit starker Hand den Herd der Väter zu verteidigen. Tu jeder freudig die Pflicht, die sein vaterländisches Empfinden ihn übernehmen heißt. [...] Bayern! Es gilt das Reich zu schützen, das wir in blutigen Kämpfen mit erstritten haben. Wir kennen unsere Soldaten und wissen, was wir von ihrem Mut, ihrer Manneszucht und Opferwilligkeit zu erwarten haben. Gott segne unser tapferes deutsches Heer, unsere machtvolle Flotte und unsere treuen österreichisch-ungarischen Waffenbrüder! Er Schütze den Kaiser, unser großes deutsches Vaterland, unser geliebtes Bayern!“



4. August 1914 – Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien

Berlin - Brüssel * Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gibt vor dem Reichstag eine Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien ab. Die Reaktionen der Abgeordneten finden sich in den eckigen Klammern wieder: „Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr; [lebhafteste Zustimmung] und Not kennt kein Gebot! [Stürmischer Beifall] Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, [Bravo!] vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. [Erneutes Bravo.] Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, so lange der Gegner sie respektiert. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereit stand. [Hört! Hört!] Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. [Lebhafteste Zustimmung.]

So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. [Sehr richtig!] Das Unrecht - ich spreche offen - das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. [Bravo!] Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! [Anhaltender brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen.] Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn“.

9. August 1914 – Die Invasion Belgiens verläuft nicht nach Plan

Belgien * Die Invasion Belgiens verläuft keineswegs nach Plan. Nur unter großen Anstrengungen und dem Einsatz schwerster Geschütze gelingt es den deutschen Soldaten, die belgischen Verteidigungsanlagen zu durchbrechen. Der Vormarsch des deutschen Heeres gerät immer wieder ins Stocken. Die Ursache hierfür ist ein nicht erwarteter, zeitweise sogar erbitterter Widerstand der belgischen Armee und der einheimischen Miliz-Einheiten. Überrascht vom starken Verteidigungswillen der - laut dem deutschen Generalstab - angeblich so „wenig leistungsfähigen belgischen Truppen“, kommt es zu häufigen Übergriffen deutscher Soldaten auf belgische Zivilisten. Kaiser Wilhelm II. warnt vor einem drohenden Volksaufstand in Belgien.

10. August 1914 – Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch während der Kriegszeit

München * Im Bayerischen Innenministerium wird die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch während der Kriegszeit besprochen. Da aus allen Regierungsbezirken eine gute bis sehr gute Heuernte gemeldet wird und sowohl die Kartoffel- wie die Getreideernte zufriedenstellend ausfiel,



sehen die Viehzüchter keinen Grund zur Sorge. Nur der Verbrauch von Kalbfleisch sollte eingeschränkt werden. Außerdem sollte die Haltung von Kaninchen gefördert werden, weil diese „innerhalb kurzer Zeit ein großes Quantum von Fleisch für den Haushalt liefern“. Als Bilanz der Besprechung wird festgestellt, dass Bayern hinsichtlich der Fleischversorgung vollkommen sicher sei, selbst wenn sich der Krieg länger hinziehen sollte. Solche Besprechungen machen deutlich, dass man sich über Fragen der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderer lebenswichtiger Gebrauchsgüter keine Gedanken machte. Niemand rechnete ernsthaft mit einem längeren Krieg.

11. September 1914 – Erich Mühsam und der Krieg (V)

München * Erich Mühsam schreibt in sein Tagebuch: „Es gibt kein Volk und kann keins geben, das zivilisiert genug wäre, um zivilisiert Kriege zu führen. Denn der Krieg selbst ist etwas unzivilisiertes.“

25. Dezember 1914 – Kriegsweihnacht I

Straßburg * Die Straßburger Post schreibt in nationalistisch gefärbten Worten: „Aus grauer Vorzeit bis auf den heutigen Tag hat sich an die Weihnacht der Begriff des Friedens und der Liebe geknüpft, und sie ist das eigentliche Fest der Deutschen geworden. [...] Mit dem Schicksal, das über uns gekommen ist, ist auch unser weihnachtlicher Festeswille noch höher gewachsen. [...] Die Not, die uns bedrückt, ist eine gemeinsame. [...] Darum ist die Weihnacht, die wir in diesem Jahr begehen, kein Fest der Familie mehr. [...] Die Weihnacht von 1914 ist die hehrste von allen, [...] weil auf die Liebe [...] alle ein Anrecht besitzen, die in diesen Tagen sich zu unserem Volke bekannt haben.“

25. Dezember 1914 – In den Staub mit allen Feinden Deutschlands. Amen.

Luxemburg - Charleville-Mézières * Kaiser Wilhelm II. äußert seine Weihnachtswünsche an das deutsche Volk aus dem sich in Luxemburg befindlichen Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung - OHL in Charleville-Mézières. Der Kaiser will das Weihnachtsfest im Kreise seiner Militärs begehen. Seine Ansprache vor dem Weihnachtsbaum beschließt er mit einer Variation des Satzes des preußischen Dichters Heinrich von Kleist, mit dem sein Drama „Der Prinz von Homburg“ schließt: „In den Staub mit allen Feinden Deutschlands. Amen.“



1915 – Die Klopfer-Villa an der Briener Straße 41

München-Maxvorstadt * Die Klopfer-Villa an der Briener Straße 41 gehört einer Öffentlichen Anstalt für Volks- und Lebensversicherungen.

1915 – In Dresden wird der Deutsche Seidenbauverband gegründet

Dresden * In Dresden wird der Deutsche Seidenbauverband gegründet. In seinem Leitfaden für die deutsche Seidenraupenzucht stellt er - den früheren Misserfolgen zum Trotz - fest: Der Maulbeerbaum gedeiht in Deutschland vorzüglich. Die damit gezüchteten Raupen liefern eine wertvolle Seide. In einem Punkt unterscheidet sich der Deutsche Seidenbauverband dann aber doch von der früheren Euphorie, indem er feststellt, dass der Seidenbau keinesfalls eine „glänzende und gewinnbringende Erwerbsquelle für weite Volkskreise“ sein wird. Im Gegenteil, die Seidenraupenzucht muss als Liebhaberei und Nebenerwerb gesehen werden, ähnlich wie die Bienenzucht.

1915 – Eine Ortsgruppe München des Deutschen Seidenbauverbandes gegründet

München * Auch in München wird eine Ortsgruppe des Deutschen Seidenbauverbandes gegründet. In einem gemeinsamen Flugblatt wird dazu aufgerufen, die Seidenzucht als Nebenerwerb für Kriegsinvalide zu fördern. Denn: „Es ist die Ehrenpflicht des deutschen Volkes, nun mit allen Kräften für die bedauernswerten Opfer des blutigen Ringens um unsere Freiheit und Kultur zu sorgen.“ Auch Zeitungsartikel und weitere Flugschriften werben für den Seidenbau und für die notwendige Geduld, denn „die Kartoffel hat anderthalb Jahrhunderte gebraucht, um all die törichten Vorurteile des Volkes gegen dies billigste und gesunde Nahrungsmittel zu überwinden“.

2. Februar 1915 – Faschingstreiben und Starkbierausschank passen nicht zum Krieg

München * Das Stellvertretende Generalkommando gibt folgende Bekanntmachung heraus: „Faschingstreiben und Starkbierausschank in der im Frieden üblichen Weise passen nicht in unsere Zeit. Ich bestimme deshalb auf Grund des Kriegszustandsgesetzes: Faschingstreiben: Während des diesjährigen Faschings ist Faschingstreiben jeder Art, sowie der Verkauf von Karnevalsartikeln auf öffentlichen Plätzen und Straßen und in Wirthschaften, Kaffeehäusern usw. untersagt. Starkbierausschank: Der bisher übliche Sonderausschank von



Starkbier darf nur im gewöhnlichen Schankbetrieb und in den diesem Betrieb dienenden Räumen ausgeschenkt werden. Konzerte, Volksgesänge und sonstige Belustigungen sowie der Verkauf von Scherzartikeln sind hiebei verboten“.

27. Mai 1915 – Deportationsgesetz gegen die Armenier verabschiedet

Konstantinopel * Das türkische Parlament verabschiedet ein Deportationsgesetz gegen die Armenier. Die Umsiedlungskampagne wird zum Tod von 600.000 bis 1.800.000 Zivilisten führen und wird als Völkermord an den Armeniern bezeichnet. Das Gesetz tritt am 1. Juni 1915 in Kraft und gilt bis zum 8. Februar 1916.

19. Juni 1915 – SPD-Politiker veröffentlichen ein Manifest gegen den Krieg

Leipzig * Die SPD-Politiker Hugo Haase, Eduard Bernstein und Karl Kautsky veröffentlichen in der Leipziger Volkszeitung ein Manifest gegen den Krieg. Daraufhin wird das Erscheinen der Zeitung für mehrere Tage verboten.

Oktober 1915 – Unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln

München * Die schlechte Ernte verschärft die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

24. März 1916 – 18 SPD-ler aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen

Berlin * In der SPD kommt es im Zusammenhang mit einem Not-haushalt zum offenen Bruch in der Frage der Unterstützung der deutschen Kriegspolitik. Hugo Haase hält im Reichstag eine Anti-Kriegs-Rede, in der er auch die durch die Regierung verschuldeten Zustände von Unterernährung und Hunger unter Teilen der Bevölkerung anklagt. Im Parlament kommt es zu einem Krawall. Der im Rahmen dieser Parlamentssitzung von der Regierung vorgestellte Notetat wird von jenen 18 SPD-Reichstagsabgeordneten, die bereits am 21. Dezember 1915 gegen die Kriegskredite stimmten, ebenfalls abgelehnt. Die anderen SPD-Abgeordneten bewilligen den Regierungsvorschlag. Mit der Begründung von Disziplin- und Treubruch werden die 18 Abgeordneten in einer anschließenden SPD-Fraktionssitzung aus der Fraktion ausgeschlossen. Die 18 Abweichler bilden daraufhin die Sozialdemokratische



Arbeitsgemeinschaft - SAG als Fraktionsgemeinschaft. Sie betrachten sich weiterhin als Mitglieder der SPD. Aus der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geht im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD hervor. Die USPD wird bei den revolutionären Ereignissen in Bayern die entscheidende Rolle spielen. Karl Liebknecht und Otto Rühle lehnen den Anschluss an die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG ab.

2. April 1916 – Die evangelische Johanneskirche wird eingeweiht

München-Haidhausen * Die evangelische Johanneskirche in Haidhausen wird eingeweiht. Die Kirchenchronik vermerkt: „Ein erstaunlicher Vorgang ist die Fertigstellung und Einweihung der St.-Johannes-Kirche in Haidhausen. In einer Zeit, in der alle Kräfte des Volkes angespannt werden müssen, um dem Krieg seinen Tribut zu zollen, kann die protestantische Gemeinde Münchens ihr sechstes Gotteshaus erstellen und in Gebrauch nehmen. Die große neuromanische Kirche mit ihrem hohen Turm tritt an die Stelle der Notkirche von 1889“.

17. Juni 1916 – Erich Mühsam: Das Volk steht auf! - Auftakt der Revolution

München * Über diesen Tag vermerkt der Schriftsteller Erich Mühsam in seinem Tagebuch: „Das Volk steht auf! Gestern erlebten wir den Auftakt der Revolution. [...] In der Tat stand der Marienplatz voll von Leuten, die ich auf 10.000 Personen schätze. Johlen und Pfeifen war zunächst das einzige Merkmal der Erregung. Allmählich hörte man aus den Gruppen heraus lautes Fluchen, Aufklärungen, Anklagen wegen der Not der Nahrungsmittelverteilung, der Massenmorderei. [...] Da entdeckte ich plötzlich, dass die Dienerstraße entlang Militär anrückt mit aufgepflanztem Bajonett und sich an der Ostseite des Rathauses aufstellte. Eine maßlose Wut brach durch. alles schrie: ‚Pfui! Gemeinheit! - Sauhunde! Blaue Bohnen statt Brot!‘.“ Benebelt von der Propaganda des Staates und der nationalen Presse hatten die Leute anfangs geglaubt, der Krieg werde bald zu Ende und die Soldaten bis Weihnachten siegreich heimgekehrt sein.

31. August 1916 – Wer soll die Not der Bevölkerung lindern ?

München * In der Sitzung der Gemeindebevollmächtigten erinnert der Vorstand einen Referenten eindringlich an den Burgfrieden. Der Referent hat sich in seinen Ausführungen energisch gegen diejenigen gewandt, die den Krieg gewollt haben und die jetzt auch die Not der Bevölkerung zu



lindern hätten.

7. Januar 1917 – Maßnahmen gegen den Hunger der Städter

München * Der Bayerische Bauernbund - BBB trifft sich zu einer Kriegstagung. Die Landwirte sollen ermuntert werden, „die entbehrlichen Lebensmittel abzuliefern, um der großstädtischen Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern“.

3. Februar 1917 – Städtische Badeanstalten wegen Kohlenmangel geschlossen

München * Wegen Kohlenmangel müssen drei städtische Badeanstalten vorübergehend ganz, vier weitere, darunter das Brause- und Wannenbad an der Schloss-/Kirchenstraße und das Volksbad zeitweilig geschlossen werden. Die Anordnung wird erst rund sechs Wochen später wieder aufgehoben.

7. Februar 1917 – Vier neue Volksküchen in München eröffnet

München * In München werden vier neue Volksküchen eröffnet. Damit erhöht sich ihre Zahl auf 30.

16. März 1917 – Die Machtbefugnisse gehen an die provisorische Regierung über

Petersburg * Zar Michail II. erklärt in einem Schreiben an das russische Volk, dass die Machtbefugnisse zunächst an die provisorische Regierung übergehen. Er selbst erklärt sich bereit, die Thronfolge dann anzutreten, wenn ihn das Volk zu einem späteren Zeitpunkt in geheimen Wahlen wählen würde. Michail hofft mit diesem Schritt die Monarchie in Russland erhalten zu können. Mit dem Thronverzicht Michails endet die über 300-jährige Herrschaft der Romanow-Dynastie. Georgij Jewgenjewitsch Fürst Lwow übernimmt nach der Februarrevolution in der bürgerlichen provisorischen Regierung, in der Zeit vom 16. März bis 21. Juli 1917, das Amt des russischen Ministerpräsidenten und Innenministers.

2. April 1917 – Kreuzzug der freien und selbstbestimmten Völker



USA * Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson ruft vor dem US-Kongress zum Kreuzzug der „wirklich freien und selbstbestimmten Völker der Welt“ auf.

6. Juli 1917 – Der Interfraktionelle Ausschuss wird gegründet

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss wird gegründet. Es ist ein inoffizielles Gremium, das die Arbeit der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - SPD, der Zentrumspartei und der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP koordiniert. Bis Januar 1918 beteiligen sich auch Abgeordnete der Nationalliberalen Partei - NLP an den Beratungen im Interfraktionellen Ausschuss. Diese Parteien stellen seit der Reichstagswahl vom 12. Januar 1912 die Mehrheit im Reichstag, weshalb auch von der Reichstagsmehrheit gesprochen wird. Der Interfraktionelle Ausschuss bildet den Auftakt zur Parlamentarisierung des Deutschen Kaiserreiches.

14. Juli 1917 – Die Reichstagsmehrheit verabschiedet eine Friedensresolution

Berlin * Die Reichstagsmehrheit bestehend aus SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei - FVP verabschiedet im Reichstag die vom Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger am 6. Juli 1917 geforderte Friedensresolution. In dieser treten sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ ein, mit dem „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ sind.

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet

Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften, darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise den Zentrums Politiker Matthias Erzberger - für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch



tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappeheit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverebächer und die Dolchstoß-Legende.

25. Oktober 1917 – Die Frauen fordern das Wahlrecht

Berlin * In einem Brief an Reichskanzler Georg Michaelis fordern Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, Marie Juchacz, Helene Lange und andere: „Jetzt ist die Stunde da, in der wir Frauen nach unseren Staatsbürgerrechten laut verlangen müssen. Sollen wir keinen Teil haben an dem was jetzt wird? Haben wir Frauen nicht auch im vollsten Maße unsere schweren Pflichten erfüllt? Es ist bitter, immer wieder vom neuen aufzählen zu müssen, warum auch wir uns zur vollbewussten Teilnahme am Leben des Volkes berechtigt fühlen. Wir sind Staatsbürgerinnen und wollen als solche behandelt sein; Gebt uns Frauen daher das Wahlrecht!“

9. November 1917 – Regierung der Volkskommissare unter dem Vorsitz von Wladimir I. Lenin

Petersburg * Die siegreichen Revolutionäre in Russland bilden eine Regierung der Volkskommissare unter dem Vorsitz von Wladimir I. Lenin. Sie erlassen ein Dekret über einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.

21. Dezember 1917 – Kurt Eisners idealistische Aktion ist nicht durchsetzbar

Berlin - Leipzig * Kurt Eisner sendet von Berlin aus seinen Text „Notwendigkeiten“ an die Leipziger Volkszeitung, den diese auch veröffentlicht. Sein Besuch in Leipzig, bei dem er die ansässigen Arbeiterführer für seine Friedensaktion gewinnen will, scheitert. Ein Massenstreik ist unter der gegebenen Situation und zu diesem Zeitpunkt aussichtslos.

31. Dezember 1917 – 9.979.252 Essen ausgegeben

München * In den Münchner Volksküchen werden 1917 insgesamt 9.979.252 Essen ausgegeben.



8. Januar 1918 – Präsident Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm

Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson schlägt ein 14-Punkte-Programm vor. Es sieht Folgendes vor: „Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden“. „Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, [...]“. „Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, [...]“. „Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“. „Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, [...]“. „Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, [...]“. „Belgien muss [...] geräumt und wiederhergestellt werden, [...]“. „Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. [...]“. „Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit“. „Den Völkern Österreich-Ungarns [...] sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“. „Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. [...]“. „Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. [...]“. „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; [...]“. „Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten“. Mit Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm sollen die deutsch-russischen Friedensverhandlungen unterlaufen werden. Schon deshalb lehnt das Deutsche Reich das Programm ab.

10. Januar 1918 – Das USPD-Flugblatt „Männer und Frauen des werktätigen Volkes!“

Berlin * Der USPD-Parteivorstand in Berlin veröffentlicht das Flugblatt „Männer und Frauen des werktätigen Volkes!“. Er ruft darin nur zu einem zeitlich befristeten, dreitägigen Demonstrationstreik auf. Zu einem unbefristeten Massentreik, wie ihn Kurt Eisner will, kann er sich nicht durchringen.



27. Januar 1918 – USPD-Versammlung zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

München-Isarvorstadt * Die Münchner Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD führt in den Kolosseum-Bierhallen eine Versammlung zum Thema „Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und das harrende Volk“ durch. Etwa 250 bis 300 Personen sind der Einladung gefolgt. Auch die Polizeibehörde hat zwei Vertreter zur Überwachung geschickt, weil sie die Versammlung als öffentlich ansieht. Unter dem Applaus der Zuhörer hält Kurt Eisner einen kämpferischen Vortrag und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die anwesenden Polizeispitzel. Die Versuche der Polizeibeamten, den Redner einzuschüchtern, werden von der erregten Menge unterbunden. Er führt u.a. aus, die Zeit ist gekommen, „nicht den Willen kundzutun, sondern ihn durchzusetzen“. Kurt Eisner bezeichnet den Massenstreik als das Mittel, „die Macht für die deutsche Demokratie zu erobern“ und „dem Wüten der verblendeten Herrschenden ein Ende [zu] bereiten“. Felix Fechenbach bemerkte dazu: Kurt Eisner sprach in Gegenwart der Polizei „trotzdem, oder gerade deshalb, ohne jede Zurückhaltung, weil er stets die Meinung vertrat, dass das Aussprechen der Wahrheit der erste Schritt zur Revolution ist“.

31. Januar 1918 – Polizei-Attacken gegen die streikenden Arbeiter

Berlin * Am Humboldtshain im Stadtviertel Gesundbrunnen wächst die Zahl der demonstrierenden Menschen immer stärker an. Dem Großaufgebot der berittenen Gendarmerie stellt sich eine Menschenmenge entgegen und ruft: „Schluss mit dem Völkermorden!“ Da ziehen die Polizisten ihren Säbel und sprengen nach Art einer Kavallerie-Attacke in die Menge hinein. „Gellende Schreie und Protestrufe wurden laut. Stöhnend sank ein Arbeiter zu Boden. Daraufhin wurden die Berittenen umringt. Ein Reiter stürzte, andere wurden vom Pferd gerissen“, schreibt ein Augenzeuge.

31. Januar 1918 – Kurt Eisner gewinnt auch die Arbeiter der Flugzeugwerke

München-Ludwigsvorstadt * Der taktische Winkelzug der USPD geht auf. Felix Fechenbach von den Unabhängigen Sozialdemokraten bemächtigt sich des Vorstandstisches im Festsaal des Mathäserbräu und beruft umgehend eine öffentliche Volksversammlung ein, die er sogleich eröffnet. Als Redner treten Kurt Eisner und Sara Sonja Lerch auf. Diese erzeugen einen Sinneswandel bei den Anwesenden, die sich jetzt ebenfalls für den Streik aussprechen. Am Schluss wird auch die bereits am Vormittag von den Kruppianern in der Schwabinger Brauerei beschlossene Resolution zur sofortigen Beendigung des Krieges „des Wahnsinns und der Wahnsinnigen“ angenommen.



München * Kurt Eisner schreibt später: „Die revolutionärste Revolution, das war doch die vom 31. Januar. Damals stand Deutschland auf dem Gipfel seiner militärischen Macht, und wenn es uns damals gelungen wäre, die Massen aufzuregen und aufzurütteln zu jener Volksbewegung, wie sie uns damals schon vorschwebte, dann hätten wir noch einen Frieden haben können, in dem wir nicht auf Gnade und Ungnade dem Gegner ausgeliefert gewesen wären.“

Seite 146/324



Camp Funston - Kansas * Der erste offizielle Fall der sogenannten Spanischen Grippe wird gemeldet. Die Grippe wird bis März 1929 weltweit 50 bis 100 Millionen töten. Das sind 2,5 bis 5 Prozent der Weltbevölkerung.

10. März 1918 – Kaiser Wilhelm II. will den Feinden einen Siegfrieden aufzwingen

München * In der Münchener Allgemeinen Zeitung bekennt sich Kaiser Wilhelm II. zu einem „Siegfrieden“, der den Feinden „aufgezwungen“ werden muss. „Völkerbeglückende Weltbürgerschaftsgedanken finden darin keinen Platz. Nur das nackte eigene Interesse und die Garantie eigener Sicherheit und Größe dürfen maßgebend sein“.

25. März 1918 – Immer weniger Beteiligung am USPD-Stammtisch

München-Ludwigsvorstadt * Nur mehr 30 Personen besuchen den USPD-Diskussions-Stammtisch im Wirtshaus Zum Goldenen Anker. Theobald Michler erklärt: „Der Krieg ist nicht vom Volke, denn das Volk will den Frieden. Der Großkapitalismus aller Völker hat den Krieg heraufbeschworen und dieser wird von einigen unverantwortlichen Elementen, wie Ludendorff und Hindenburg, geführt“. Wenig später wird Michler festgenommen und bleibt bis Oktober in Untersuchungshaft.

23. April 1918 – Erneut eine Reform zur Verhältniswahl abgelehnt

München-Kreuzviertel * Der Antrag der Sozialdemokraten und der Liberalen, die Kammer der Abgeordneten nach dem Verhältniswahlsystem wählen zu lassen, kommt für die bayerische Regierung zur Unzeit. Heinrich Held, der Führer der Zentrumsfraktion, lehnt den Vorschlag ab, da das Verhältniswahlrecht zwei Nachteile habe: Es zerstört die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ständen und ihren parlamentarischen Vertretern und das System wäre darauf ausgerichtet, dass die parlamentarische Kontrolle in den Händen professioneller Parteipolitiker zu liegen käme. Die Zentrumspartei will die Verhältniswahl nur in einigen großen Städten Bayerns, und nur auf der Grundlage der Volkszählung von 1910 zulassen. Auf 42.000 Einwohner sollte ein Abgeordneter gewählt werden. Die MSPD lehnt den Zentrums-Vorschlag als unzulänglich ab und will die Regelung auf das gesamte Staatsgebiet ausdehnen. Sie fordert eine durchgreifende Neueinteilung der Wahlkreise, um so das fehlende Gleichgewicht zwischen Stadt und Land herzustellen. Die bayerische Regierung stellt sich auf die Seite des Zentrums, weshalb die Wahlrechtsreform erneut abgelehnt wird.



26. Mai 1918 – 100 Jahre Bayerische Verfassung

München - Königreich Bayern * Der einhundertste Geburtstag der Bayerischen Verfassung werden unter Einbeziehung der Bevölkerung in „schlichter Einfachheit“ begangen. Diese ist nach der Konstitution vom 1. Mai 1808 die zweite Verfassung, die seinerzeit König Max I. Joseph einseitig aus seiner Machtvollkommenheit für Bayern erlassen hat. Die mehrfach geänderte Verfassung gilt im Kern bis zum Ende der Monarchie, also kein halbes Jahr mehr.

27. Mai 1918 – Die Operation Blücher-Yorck beginnt

Soissons - Nordfrankreich * Gemäß seiner „Hammerschlag-Direktive“ lässt Generalquartiermeister Erich Ludendorff die deutschen Truppen im Raum Soissons als dritte Frühjahrsoffensive als „Operation Blücher-Yorck“ in Kriegshandlungen eintreten. Die Deutschen können schließlich die Marne erreichen, weshalb die Franzosen von der „Zweiten Marneschlacht“ sprechen. Die Deutschen rücken bis auf 92 Kilometer an Paris heran und beschießen die französische Hauptstadt mit dem „Paris-Geschütz“. Das hat zwar keinen militärischen Nutzen, löst aber eine Panik in der Zivilbevölkerung aus. 256 Zivilisten sterben. Die deutschen Geländegewinne sind zwar bedeutungslos, dennoch glauben viele an der Heimatfront, dass der entscheidende Sieg jetzt unmittelbar bevor steht.

6. Juni 1918 – Die USPD bleibt im Parlament völlig isoliert

Berlin * Die USPD kann unter den herrschenden Ausnahmegesetzen fast nur noch den Reichstag oder die einzelnen Landtage als Tribüne nutzen, um ihre Kritik an der Obersten Heeresleitung - OHL in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie bleibt mit ihrer Einsicht in die verheerenden Folgen der deutschen Politik auch im Parlament völlig isoliert (sie stimmt als einzige Fraktion gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk). Der USPD-Vorsitzende Hugo Haase gibt sich jedenfalls diesbezüglich keinerlei Illusionen hin. In seiner Rede im Reichstag sagt er: „Wer etwa glaubte, daß durch Reden, und seien es die schärfsten Reden, die Regierung in eine andere Richtung gebracht werden könnte, irrt sich. Die Erfahrungen von fast vier Jahren müssten in dieser Beziehung aufklärend wirken. [...] Das Volk muss eingreifen, der Reichstag hat versagt und wird weiter versagen.“

17. Juni 1918 – Interner Widerstand gegen die MSPD-Reichstagspolitik



Bayreuth * Der Gautag der nordbayerischen MSPD zeigt, wie sehr die dortigen Organisationen den bisherigen Kurs des Parteivorstandes kritisch oder gar direkt ablehnend bewerten. Erhard Auer stößt mit seiner Taktik der nahezu bedingungslosen Unterstützung der Regierung ohne erkennbare Gegenleistung in seiner eigenen Partei auf zunehmenden Widerstand. In der verabschiedeten Resolution zur politischen Lage heißt es: „Wir verlangen daher, dass die Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit dem Willen der Wählerschaft und mit den Forderungen unseres Programms zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes nunmehr von der bloßen Kritik dazu übergeht, von den schärfsten parlamentarischen Machtmitteln Gebrauch zu machen und durch ihre Abstimmungen die Mitverantwortung für die Politik der Reaktion und des Landraubes abzulehnen.“

26. Juni 1918 – Das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss trifft sich im Reichstag und beschließt, auf eine politische Initiative zur Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, zu verzichten. Der Interfraktionelle Ausschuss ist ein inoffizielles Gremium, das die Arbeit der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei - SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP und der Zentrumsfraktion koordiniert. Die drei Parteien bilden seit der Reichstagswahl von 1912 die Mehrheit im Reichstag. Die Situation zeigt aber auch das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit.

13. Juli 1918 – Die MSPD stimmt dem Etat zu

Berlin * Die MSPD-Fraktion stimmt im Reichstag erneut dem Etat zu, obwohl in allen innenpolitischen Fragen, vor allem bei der preußischen Wahlrechtsreform, jeglicher Fortschritt fehlt. Zur Entscheidung der MSPD-Fraktion für die neuen Kredite erklärt Friedrich Ebert in seiner Rede, dass Deutschland niemals „auf entehrende, seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabdrückende Bedingungen“ eingehen wird, weshalb man „die Mittel bewilligen [muss], die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens erforderlich sind“. Das Parlament geht danach in die Sommerpause.

22. Juli 1918 – Die Münchener Post schlägt angeblich versöhnlichere Töne an

Nürnberg - München * Die Nürnberger Volkszeitung, eine Zeitung des konservativen Zentrums,



stellt fest: Die „Münchener Post [...] ist in den alten Ton gefallen und führt häufig eine schärfere Sprache als früher. Man kann sich nicht des Eindruckes erwehren, dass sie es bewußt tut, um die ‚Unabhängigen‘ versöhnlicher zu stimmen und dem Vorwurf des ‚Regierungssozialismus‘ zu begegnen. Denn die ‚Unabhängigen‘ machen in Bayern den Mehrheitssozialisten viel zu schaffen“.

2. August 1918 – Durchhalteparolen von Kriegsminister Philipp von Hellingrath

München-Kreuzviertel * In einer Rede vor der Kammer der Reichsräte erklärt Kriegsminister Philipp von Hellingrath: „Die schweren Kämpfe zwischen Aisne und Marne beweisen, daß der Kampf- und Siegeswille der Entente noch nicht gebrochen ist, dass wir ihm die Überlegenheit des härteren und stärkeren Willens entgegensetzen müssen, wenn wir die Friedensbereitschaft unserer Feinde erzwingen wollen. Diesen einheitlichen unbeirrbaren Willen im ganzen deutschen Volk zu wecken und zu festigen, das ist die vornehmste Aufgabe, vor die das fünfte Kriegsjahr die Heimat stellt“.

21. August 1918 – Die Ängste der Gewerkschaftsführer

München - Nürnberg - Fürth * Innenminister Dr. Friedrich Ritter von Brettreich berichtet seinen Ministerkollegen in einem Geheimschreiben über ein Gespräch mit sozialdemokratischen Arbeiterführern aus Nürnberg-Fürth. Diese sagten ihm, dass sie die Zuversicht nicht mehr teilen, „dass wir den Krieg wirtschaftlich durchhalten könnten“. Die Entbehrungen der Bevölkerung haben einen Grad erreicht, dass mit dem baldigen Zusammenbruch gerechnet werden muss. Das Vertrauen der Arbeiterschaft gegenüber den Gewerkschaften geht verloren, wenn sie weiter zu einer Regierung halten, „die ihre Versprechungen auf Besserung der Lage nicht einlösen vermocht und statt dessen immer nur neue Opfer und Entbehrungen verlangt und dadurch das Vertrauen des Volkes verloren habe. Sie würden für diese Enttäuschung mitverantwortlich gemacht, weil sie durch ihre Mitarbeit keine Besserung erreicht hätten, und sie stünden daher vor der Gefahr, ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft zu verlieren“.

25. August 1918 – Der Rückhalt im Volk für König Ludwig III. schwindet immer mehr

München * Kronprinz Rupprecht befindet sich zur Feier des königlichen Namenstages in München. Er schreibt in sein Tagebuch: „Die Verstimmung gegen meinen Vater macht sich durch die gegen sonst geringe Beflaggung der Häuser erkenntlich sowie die geringe Beteiligung



an der abendlichen Serenade, bei der gewissermaßen demonstrativ nach dem Hoch auf meinen Vater auch ein Hoch auf mich ausgebracht wurde, was mir um so peinlicher war, als im Volke allgemein davon gesprochen wird, dass mein Vater nach dem Kriege zu meinen Gunsten abdanken müsse.“

31. August 1918 – Präsident Wilson bezeichnet Deutschland als verbrecherische Macht

Washington * Der US-Präsident Woodrow Wilson bezeichnet das Deutsche Reich als „verbrecherische Macht“, weil es ein Anschlag auf das Recht freier Männer zur Gestaltung des eigenen Schicksals ist. „Es ist ein Krieg, die Nationen und Völker der Welt gegen jede solche Macht, wie die heutige deutsche Autokratie sie darstellt, zu sichern, es ist ein Bekenntniskrieg, und ehe er gewonnen ist, können die Menschen nirgends frei von Furcht leben.“

2. September 1918 – König Ludwig III. fordert eine Revolution von oben

München * König Ludwig III. fordert gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung der Monarchie und zur Stabilisierung des Systems. Ein neues Kabinett soll gebildet werden, dem sowohl das Zentrum wie die Sozialdemokratie angehören soll. Da diese Revolution von oben hauptsächlich dem Machterhalt des bestehenden Systems dient, wird sie nur vom konservativen Teil der Bevölkerung unterstützt. Es wird aber noch bis zum 16. Oktober dauern, bis in Bayern die Frage der Verfassungsreform grundsätzlich erörtert wird.

9. September 1918 – Kartoffeln statt Fleisch

München * Die fleischlosen Wochen beginnen. Als Ersatz für das ausfallende Fleisch werden 3 Pfund Kartoffeln pro Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung gewährt.

12. September 1918 – Der Interfraktionelle Ausschuss will eine Regierungsneubildung

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss, das gemeinsame Gremium von MSPD, Zentrum und Linksliberalen, loten erstmals seit den Januarstreiks aus, welche Gemeinsamkeiten ihnen geblieben sind. In der Sitzung suchen die Mehrheitsparteien gemeinsam nach einem Ausweg, zu dem auf jeden Fall eine Regierungsneubildung gehören muss. Man ist sich einig über die Unglaubwürdigkeit unserer Regierung im Ausland. Mit dem Kaiser, der Obersten



Heeresleitung und der Regierung Hertling wird es keinen Verständigungsfrieden geben können. Es wird deutlich, was die Spitze der Mehrheitssozialdemokratie will: keine Revolution, keinen Bürgerkrieg, dafür eine rasche Demokratisierung einschließlich einer gleichberechtigten Arbeiterschaft.

14. September 1918 – Käthe Bierbaumer wird Eigentümer des Verlags Franz Eher Nachfolger

München * Käthe Bierbaumer, die Freundin von Rudolf von Sebottendorf [= Thule-Gesellschaft], wird als Eigentümerin des Verlags Franz Eher Nachfolger ins Handelsregister eingetragen.

20. September 1918 – Skeptisch beim Kauf von Kriegsanleihen

Königreich Bayern * Von der Landbevölkerung wird „allenthalben die Sicherheit der Kriegsanleihen wie allen Geldes überhaupt stark in Zweifel gezogen“. Deshalb rät man sich gegenseitig von der Zeichnung ab. Schon länger glaubt man, „im Misslingen der Kriegsanleihe das beste Mittel zur baldigen Beendigung des Krieges zu sehen“.

22. September 1918 – Flugblätter zur Steigerung des Preußenhasses

München • Innenminister Dr. Friedrich Ritter von Brettreich berichtet über Flugblätter, die die Überschrift „Preußenherzen hoch“ tragen. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um „überaus gefährliche Fälschungen“ handelt, die äußerst geschickt den in Bayern neu auflebenden Preußenhass in neue Höhen steigern und so die Geschlossenheit des deutschen Volkes sprengen soll. Hier einige Auszüge aus dem Flugblatt, das nur in Altbayern mit der Post verbreitet wird. Der Poststempel stammt aus Berlin: „In tieferster Stunde wenden wir uns an alle echten Preußen mit dem dringenden Mahnruf: Helft Preußen, helft Deutschland retten! [...] Vielmehr von innen als von außen droht unserem vielgeliebten Preußenlande toternste Gefahr. [...] Ein Süddeutscher Reichskanzler, ein Süddeutscher Vizekanzler, ein Süddeutscher Reichstagspräsident [...], alle wichtigen Ämter in der Hand von Bayern! Ist es da ein Wunder, wenn die Politik auf eine völlige Lahmlegung Preußens, der Kaiserkrone und der Heeresleitung gerichtet ist, und [...] Preußen und Deutschland an den Abgrund geführt hat? [...] Aus bayerisch-partikularistischem Hasse will man Preußens Macht zerstören um selbst in Preußen zu herrschen. [...] Auch die Heeresfront ist durch Bayern zerrissen worden. Die Disziplinlosigkeit im bayerischen Heere hat seit einem Jahr den größten Umfang angenommen. [...] Durch diese Handlungen haben preußische und andere Regimenter die größten Verluste erlitten. [...] Jetzt,



wo das Vaterland wieder in der größten Gefahr schwebt, sind es wieder die Bayern, die versagen und die Gefahr vergrößern. [...].“

23. September 1918 – MSPD für eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen

Berlin • Die MSPD-Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der MSPD beschließen in einer gemeinsamen Sitzung mit einer deutlichen Mehrheit von 80 : 21 Stimmen, sich an einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien zu beteiligen, falls sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Bedenken träger bleiben in der Minderheit. Dies auch deshalb, weil noch immer keine Klarheit über die militärische Lage herrscht. Der Regierungseintritt wird an die Erfüllung eines Forderungskatalogs geknüpft, der die Parlamentarisierung verlangt und auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 Bezug nimmt, in der sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ eintritt. Die Partei entsendet Philipp Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille, Gustav Bauer soll das Reichsarbeitsamt übernehmen. Otto Wels warnt Friedrich Ebert: „Bist du von Gott verlassen, lass doch zum Teufel den Frieden diejenigen schließen, die den Krieg geführt und Verantwortung getragen und den Waffenstillstand gefordert haben“. Im MSPD-Parteiausschuss gibt Erhard Auer zu bedenken: „Mit dem Eintritt in die Regierung werden wir gewissermaßen eine Mittelpartei, und die Unabhängigen, die heute nichts sind, werden dann scheinbar die einzige Oppositionspartei sein.“

24. September 1918 – Das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung

Berlin * Im Vorwärts wird das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung veröffentlicht. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen: Den Beitritt Deutschlands zu einem Völkerbund, der Streitfälle friedlich regelt. Ein klares Eingehen auf das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten. Die Aufhebung der Diktatfrieden mit Rumänien und Russland und den Abzug der dort eingesetzten deutschen Besatzungstruppen. Belgien, Montenegro und Serbien sollen geräumt werden. Freie, allgemeine und gleiche Wahlen in den Ländern des Deutschen Reichs, was vor allem Preußen mit seinem Dreiklassen-Wahlrecht meint. Keine Nebenregierungen, womit die Oberste Heeresleitung - OHL gemeint ist. Die Berufung der Regierungsmitglieder aus der Reichstagsmehrheit, also MSPD, Linksliberale und Zentrum. Versammlungs- und Pressefreiheit, und damit die Beendigung des Belagerungszustandes. Die Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen. Die bürgerlichen Parteien sind die Bündnispartner der Mehrheitssozialdemokraten, nicht die USPD.



29. September 1918 – Die bulgarische Regierung unterzeichnet einen Waffenstillstand

Skopje - Thessaloniki * Eine französische Kavalleriebrigade zieht in die mazedonische Hauptstadt Skopje ein. In der Nacht unterzeichnen die bevollmächtigten Abgesandten der bulgarischen Regierung in Thessaloniki den Waffenstillstandsvertrag. Der Vertrag tritt am 30. September Mittags in Kraft. Bulgariens Kapitulation bedeutet für das Deutsche Reich den Stopp der enorm wichtigen Lebensmittellieferungen nach Deutschland. Für die Alliierten ist jetzt der Weg zur Donau frei. Die bulgarischen Streitkräfte verzeichnen im Ersten Weltkrieg über 100.000 Tote und über 140.000 Verwundete, bei einer Vorkriegsbevölkerung von rund 4,5 Millionen und einer Gesamtzahl von 1,2 Millionen Mobilisierten.

29. September 1918 – Ludendorff erhält die Zustimmung für sein Waffenstillstandsgesuch

Spa - Berlin * Staatssekretär Paul von Hintze verhandelt am Vormittag mit Generalquartiermeister Ernst Ludendorff über das weitere Vorgehen. Ludendorffs Forderung nach einem Waffenstillstandersuchen binnen 24 Stunden, das unter die Verantwortung der Reichstagsmehrheit gestellt wird, wird - bei aller Gefahr für Heer, Volk, Reich und Monarchie - von Hintze befürwortet. Ludendorff begründet es damit, dass er nicht mehr dafür garantieren kann, eine militärische Katastrophe an der Westfront zu verhindern. Staatssekretär Paul von Hintze will eine „Revolution von oben“ und damit einen vollständigen Systemwechsel vornehmen. Eine Umbildung der jetzigen Regierung lediglich durch Hinzuziehen einiger Parteivertreter hält er nicht für ausreichend. Der Gedanke gefällt Ludendorff, da ein radikaler Bruch mit der bisherigen Regierung die Glaubwürdigkeit gegenüber den Kriegsgegnern erhöhen würde. Der Generalquartiermeister erhält die Zustimmung für das weitere Vorgehen vom Staatssekretär Paul von Hintze und vom greisen Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling. Anschließend informiert Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gemeinsam mit Staatssekretär Hintze, aber ohne den Reichskanzler, Kaiser Wilhelm II.. Dieser ist sowohl mit der Regierungsumbildung als auch mit dem Waffenstillstandsgesuch einverstanden.

30. September 1918 – Kaiser Wilhelm II. entlässt Reichskanzler Georg Graf von Hertling

Spa * Da der amtierende Reichskanzler der vom Kaiser angekündigten Parlamentarisierung nun im Weg steht, bleibt Georg Graf von Hertling nur noch der Rücktritt, den er umgehend einreicht. Im Entlassungsschreiben macht Kaiser Wilhelm II. deutlich: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange



teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“

1. Oktober 1918 – Durchhalteparolen in der Zentrums Presse

Nürnberg * Die zur Zentrums Presse gehörende Nürnberger Volkszeitung, gibt realitätsblinde Durchhalteparolen aus: „Fürwahr: wir können uns die Größe der Gefahr, in welcher wir schweben, wenn wir in unserer Kampfkraft nachlassen, gar nicht kraß genug vorstellen, um daraus den felsenfesten, entschlossenen Willen zu schöpfen, jede Faser unseres Willens und Herzens anzuspannen, damit wir uns kräftigen in dem Entschlusse, lieber unser Letztes herzugeben, als zu so schimpflichem Dasein verurteilt zu sein. [...] Unsere Feinde wollen uns vernichten, sie würden auch einen noch so weitgehenden Frieden, den wir zu genießen bereit wären, abweisen, weil sie uns ‚ausrotten‘ und unser Land zu einer Wüstenei machen wollen. Kann es da ein deutsches Herz geben, welches dem Vaterlande in dieser großen Not und Bedrängnis nicht zur Seite stehen wollte? Jetzt ist die Stunde, in der wir die nationale Verteidigung organisieren müssen! Jetzt gibt es kein Besinnen mehr, der letzte entscheidende Gang hat begonnen!“

2. Oktober 1918 – Das OHL informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen

Berlin * Der Emissär der Obersten Heeresleitung - OHL und Abgesandter des Generalquartiermeisters Erich Ludendorffs, Major Erich von dem Bussche-Ippenburg, informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, dass „nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen“. „Die Oberste Heeresleitung sieht sich veranlasst, Seiner Majestät vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abubrechen, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern und den Feind unsere eigentliche Schwäche erkennen zu lassen.“ Bei den bürgerlichen Parteien herrscht ebenso wie bei den Sozialdemokraten blankes Entsetzen und Niedergeschlagenheit. Doch kein Sozialdemokrat, kein Zentrumsmann, kein Liberaler reißt das Angebot des politischen Handelns an sich. Deshalb geht die Kanzlerschaft an einen adeligen, badischen Prinzen.

4. Oktober 1918 – Die Deutsche Zeitung kämpft gegen den Reichskanzler

Berlin * Die Deutsche Zeitung beschreibt Prinz Max von Baden als sich doch „offen als Vertrauensmann des sozialistisch-freisinnig-zentrümlichen Volksteils“ zu bekennen. Und weiter:



„Wir fragen die deutschen Bundesfürsten, mit deren Rechten eine wildgewordene Reichstagsmehrheit heute Fangball spielt, ob sie diese Entwürdigung ihres hohen Berufes ruhig hinnehmen können?“

4. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung, die die revolutionäre Bewegung in Deutschland aufhalten soll. Die meisten Staatssekretäre aus der Regierung Hertling bleiben im Amt. Aus den Reihen der Reichstagsmehrheit übernimmt der Zentrums-Abgeordnete Karl Trimborn das Reichsamt des Inneren, der MSPD-Abgeordnete Gustav Bauer übernimmt das Reichsarbeitsamt. Vier weitere Parteienvertreter (Philipp Scheidemann, MSPD; Matthias Erzberger, Zentrum; Adolf Gröber, Zentrum, und Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP) werden zu Staatssekretären ohne Portefeuille. Dem 16-köpfigen Kabinett Baden gehören neun Parteilose, zwei Fortschrittliche Liberale, ein Nationalliberaler, drei Zentrums-Abgeordnete und zwei Vertreter der größten Reichstagsfraktion, den Sozialdemokraten, an. Die halbherzige Zusammenstellung der neuen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden ist gewiss kein Systemwechsel und Neuanfang. Sie beteiligt halt zusätzlich ein paar Parteienvertreter, die das Image der Reichsregierung aufpolieren sollen.

5. Oktober 1918 – Der Krieg ist verloren - jedes weitere Opfer ist vergeblich

Deutsches Reich - Berlin * Durch Zeitungsartikel erfährt die deutsche Öffentlichkeit, dass es eine neue Regierung mit Beteiligung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Fortschrittspartei gibt. Auch, dass diese Regierung als erste Amtshandlung ein Waffenstillstandsgesuch an den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson geschickt hat. Damit herrscht im Volk Gewissheit, dass der Krieg verloren und jedes weitere Opfer vergeblich ist. Was verschleiert wird ist das Versagen der Obersten Heeresleitung - OHL, die das Deutsche Reich mit seiner Kriegspolitik ins Verderben geführt hat, jetzt aber nicht mehr als Verantwortlicher und Hauptakteur, sondern als Zuschauer erscheint.

5. Oktober 1918 – Die neue Regierung unterbreitet Vorschläge für einen Waffenstillstand

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt in seiner Jungfernrede im Reichstag den Inhalt seiner Friedensnote bekannt, in der er im Namen der deutschen Regierung den Präsidenten der



USA, Woodrow Wilson, um die Vermittlung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen bittet. Er spricht aber nicht nur über deutsche Friedensangebote, sondern gibt auch zu bedenken, dass es nur dann zu einem Friedensschluss kommen kann, wenn man Deutschland Friedensbedingungen zugesteht, die sich auch mit seiner Ehre vertragen. Sollten die Feinde des Reiches aber Deutschland diesen Frieden nicht zugestehen, wird der Krieg weitergehen. Er unterstreicht die These mit der Aussage, dass das Deutsche Reich - wenn nötig - zu einem „Endkampf auf Leben und Tod“ bereit ist. „Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, dass dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, dass die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.“ In dieser Antrittsrede bekennt sich Reichskanzler Max von Baden aber auch ausdrücklich zur parlamentarischen Demokratie im Reich und in den Einzelstaaten, befürwortet die Friedensresolution des Reichstags vom 14. Juli 1917 und nimmt das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vorbehaltlos an. Diese Aussagen stehen allerdings seinem ursprünglichen politischen Programm vollkommen entgegen.

6. Oktober 1918 – Die Kaiserkrone im Volk verankern

Berlin * Reichskanzler Max von Baden erklärt im Kabinett: „Wir müssen alles tun, um die Krone im Volk zu verankern.“

6. Oktober 1918 – Neue Pläne zur Fortführung des Krieges

Berlin * Die Aussage des Reichskanzlers Max von Baden vom Vortag lädt die nicht gerade geringe Zahl der Gegner eines Friedens à la Woodrow Wilson ein, neue Pläne zur Fortführung des Krieges zu schmieden. Mit seiner Feststellung, entweder einen ehrenhaften, für Deutschland annehmbaren Frieden oder den Endkampf auf Leben und Tod, schürt er auch die Hoffnung bei Bewohnern von Danzig, die dem Deutschen Reich verloren gehen könnten, wenn Wilsons Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Tat umgesetzt werden würde.

6. Oktober 1918 – Bis zum letzten Blutstropfen

Berlin * Die konservative Zeitung Berliner Lokal-Anzeiger schreibt ein mit „Bis zum letzten Blutstropfen“ überschriebenen Kommentar, in dem es heißt: „[...] wird das ganze deutsche Volk gegen diejenigen kämpfen, die ihm einen demütigenden Frieden diktieren wollen. Ungebrochen



steht unsere Front noch in Feindesland. Gegen den Angriff der Verbündeten durch bulgarisches Gebiet werden wir uns leichter verteidigen können als gegen die Millionenheere Russlands, die uns drei Jahre lang vergebens bedrohten.“

6. Oktober 1918 – Beitrag der Unterwasserflotte zum bevorstehenden Endkampf

Berlin * Der in Berlin stationierte Marineoffizier, Kapitän William Michaelis, stellt in einem Schreiben dar, wie die deutsche Unterwasserflotte ihren Beitrag zum bevorstehenden Endkampf leisten könnte. Wenn die Marine zu einem heroischen Endkampf antrete, werde das die deutsche Bevölkerung aufrütteln und einen „positiven Stimmungswandel“ herbei führen. Im Zeichen dieses Umschwungs werde das deutsche Volk dem Austausch diplomatischer Friedensnoten eine Absage erteilen und sich dafür entscheiden, den Kampf so lange weiterzuführen, wie es nötig sei.

7. Oktober 1918 – Walther Rathenau verlangt eine allgemeine Volkserhebung

Berlin - Spa * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau gibt in einem Artikel im Berliner Tageblatt zu bedenken, dass die mit Woodrow Wilson auszuhandelnde Waffenstillstands- und Friedensabkommen für die Deutschen bedeuten: eine Zahlung von bis zu 50 Milliarden Mark für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich und den möglichen Verlust von Elsass, Lothringen und Danzig. Er fordert deshalb eine allgemeine Volkserhebung, um die unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus zu führen. Er fordert die Oberste Heeresleitung - OHL dazu auf, die deutschen Armeen hinter die nationalen Grenzen zurückzuziehen, um sie hier für einen neu motivierenden Verteidigungskrieg aufzustellen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung lehnen die Vorschläge als vollkommen unakzeptabel ab, da durch die Unzuverlässigkeit der Soldaten in der Heimat die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nur noch vergrößert werden würde. Walther Rathenaus Thesen stoßen im Volk auf eine breite Resonanz. Er wird zum Wortführer derer, die die Meinung vertreten: Deutschland ist nicht besiegt und braucht deshalb keinen sofortigen Waffenstillstand. Der ultranationalistische und antisemitische Reichsbote und die alldeutsche Deutsche Zeitung vergessen kurzzeitig ihre traditionelle Abneigung gegen Juden und stellen sich hinter Rathenaus Argumentation.

10. Oktober 1918 – Karl Harrer ruft einen nationalistischen Arbeiter-Ring ins Leben



München * Karl Harrer wird von der Thule-Gesellschaft beauftragt, Arbeiter für die völkische Politik zu gewinnen. Zu diesem Zweck ruft er einen Arbeiter-Ring ins Leben. Noch vor dem Sturz der Monarchie in Bayern - gründen Harrer und Anton Drexler gemeinsam den Politischen Arbeiterzirkel, der sich - laut seiner erst am 24. März 1919 festgelegten Satzung - als „eine Vereinigung ausgewählter Persönlichkeiten zwecks Besprechung und Studium politischer Angelegenheiten“ versteht. Die vom Vorstand zu Mitgliedern des Zirkels ernannten Personen werden zum Stillschweigen über die Tätigkeit und die personelle Zusammensetzung der Gruppe verpflichtet, woraus alleine schon der Einfluss der exklusiven und elitären Thule-Gesellschaft erkennbar ist. Die dominierende Figur und der geistige Führer dieses Politischen Arbeiterzirkels, dem zum größten Teil Arbeitskollegen Drexlers angehören, ist demzufolge auch nicht Drexler, sondern Karl Harrer, der vor diesem zwar vorwiegend, aber nicht ausschließlich im Hotel Vier Jahreszeiten tagenden kleinen Kreis - besonders im Winter 1918/19 - auch ständig Vorträge zu verschiedenen aktuellen Themen hält.

11. Oktober 1918 – Forderung nach einem gerechten Wahlrecht

München * Der fortschrittliche Volksverein Münchens fordert die „Schaffung eines gerechten, die wahren Kräfteverhältnisse wiedergebenden Wahlrechts als unerlässliche Voraussetzung für die Bildung einer wahren Volksregierung“.

12. Oktober 1918 – Die deutsche Reichsregierung will Wilsons Forderungen nachkommen

Berlin - Washington * Die deutsche Reichsregierung erklärt sich in ihrer Antwort auf das amerikanische Schreiben bereit, die 14 Punkte des US-Präsidenten Woodrow Wilson anzunehmen. Darunter befindet sich auch die Räumung der besetzten Gebiete. Besonders stellt die neue amtierende Regierung heraus, dass sie „durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags“ gebildet worden ist. „In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.“

13. Oktober 1918 – Weitreichende Forderungen der bayerischen SPD

München-Au * Auf dem Münchner Parteitag der SPD im Franziskaner-Keller an der Hochstraße forderte der Chefredakteur der Fränkischen Tagespost, Adolf Braun, die Abdankung des Kaisers. Unterstützung erhält er von dem Nürnberger SPD-Landtagsabgeordneten Ernst Schneppenhorst,



der gleichzeitig auch den Rücktritt des bayerischen Königs Ludwig III. fordert. Erhard Auer versucht dagegen seine Parteigenossen zu beschwichtigen und plädiert zum Abwarten, bis die Zeit reif ist für einen Regierungswechsel auf legalem Weg. Abschließend beschließt der Parteitag die Abschaffung der Monarchie, die Einführung des Acht-Stunden-Tages, das Wahlrecht für beiderlei Geschlecht und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Der SPD-Landesparteitag fordert aber auch die Überführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollkommener Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.

14. Oktober 1918 – Ludendorff will den Kampf bis zum letzten Mann

Spa - Berlin * Generalquartiermeister Ernst Ludendorff, der am 29. September einen Waffenstillstand binnen 24 Stunden gefordert hatte, plädiert nach dem Schreiben des US-Präsidenten Woodrow Wilson jetzt dafür, das deutsche Volk soll doch „um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern“. Kaum hat die neue parlamentarische Regierung die Verantwortung übernommen, spielt Ludendorff den entschlossenen Feldherrn, der sich gegen eine Politik wehrt, die ihn zur Beendigung des Kampfes zwingen will. Wieder ein Baustein zur Dolchstoßlegende.

15. Oktober 1918 – Die Liberale Fraktion stellt ihre Forderungen vor

München * Die Liberale Fraktion der Bayerischen Abgeordnetenversammlung fordert die Abschaffung des bisherigen Beamtenministeriums, die Bildung einer Volksregierung auf parlamentarischer Grundlage unter Beschränkung der königlichen Gewalt und Beiziehung der Sozialdemokraten. Die sofortige Beschlussfassung über die nötigen verfassungsrechtlichen Umgestaltungen und Verwaltungsreformen, insbesondere auch die Einführung des Verhältniswahlrechts.

16. Oktober 1918 – Österreichs Kaiser Karl I. erlässt das Kaisermanifest

Wien * Der österreich-ungarische Kaiser Karl I. erlässt das sogenannte Kaisermanifest, das die Umwandlung der österreichischen Reichshälfte in einen Bundesstaat, einer Konföderation freier Völker, vorsieht. Dazu werden die einzelnen Nationalitäten Österreichs aufgerufen, eigene Nationalräte zu bilden.



17. Oktober 1918 – Drohungen und Drohbriefe an die königliche Familie

München * Prinzessin Wiltrud sieht der politischen Realität ganz bewusst ins Auge, als sie schreibt: „Die politische und militärische Lage ist seit einigen Wochen sehr beunruhigend für uns. [...] Unsere Truppen sollen nicht mehr recht kämpfen mögen. Wenn der Geist von 1914 noch in ihnen wäre, würden sie dem Feind besser standhalten können. Die 18-jährigen halten eben viel weniger aus als die Männer von dazumal. [...] Man muss jetzt mit allem rechnen, dass der Kaiser und der Kronprinz abdanken müssen, dass vielleicht Papa und der Kaiser Karl abdanken müssen, dass es Revolution gibt, dass die gekrönten Häupter nur eine Rolle der Repräsentation spielen dürfen wie König Georg von England. [...] Die Ungerechtigkeit wird diesmal wohl siegen. [...] Deutschland wird sich demokratisieren, Österreich im besten Falle Staatenbund werden. [...] Vielleicht ist die Demütigung Deutschlands zum Heil des Volkes, und wenn sich dies in dieser ersten Zeit fängt, dann kann aus der Rückkehr zur Einfachheit viel Gutes entstehen.“ Vorausgegangen war eine erlebte Situation. Als sie mit ihrem Vater durch die Maximilianstraße fährt, schreit ein Arbeiter: „Dank ab!“. Eine neben ihm stehende Frau hält dem Rufer den Mund zu, um weitere Gefühlsausbrüche zu unterbinden.

19. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. könnte nie fahnenflüchtig werden

Berlin * Bei einer Unterredung zwischen Reichskanzler Max von Baden und Kaiser Wilhelm II. äußert dieser, „dass er nie daran denken könne, fahnenflüchtig zu werden. Er wisse auch, dass wenn für ihn als Kaiser und König von Preußen Gefahr drohe, sein Volk und seine Armee sich um ihn scharen würden“. Der mit anwesende bayerische Gesandte am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, bringt den Mut auf und weist den König darauf hin, „dass es noch andere Elemente im Reich“ gibt.

21. Oktober 1918 – Lieber ein Kapitulationsfriede als den Zusammenbruch

München - Königreich Bayern * Das Kriegsministerium erhält anonyme „Stimmen aus dem Mittelstande Bayerns“ zugeschickt. Darin wird unter der Berufung auf die allgemeine Volksmeinung gefordert: „Der Friede muss sobald als möglich herbei geführt werden, gleich ob günstig oder ungünstig.“ Ein Kapitulationsfriede sei immer noch besser als der unausweichliche Zusammenbruch.



22. Oktober 1918 – Lobeshymnen zum 60. Geburtstag der Kaiserin

Potsdam * Kaiserin Auguste Viktoria feiert im Neuen Palais im engsten Kreise ihrer Familie ihren 60. Geburtstag. Eine größere Feierlichkeit vermeidet man aus Angst vor Gegendemonstrationen oder gar öffentlicher Herabsetzung. Das hält den Hofprediger Ernst von Dryander dennoch nicht ab, sie in seiner Predigt zur „Herrin des deutschen Volkes“ hochzustilisieren.

22. Oktober 1918 – Vermehrte Befehlsverweigerungen - Die Soldaten wollen heim

Österreich-Ungarn * Es kommt verstärkt zu Befehlsverweigerungen ungarischer und kroatischer Einheiten, zu denen sich bald Tschechen und Bosniaken gesellen. Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn befindet sich in Auflösung. Weder die Regierung in Wien noch die in Budapest verfügt noch über Autorität in den Landesteilen, deren Bevölkerung einen eigenen Staat gründen will. Das führt dazu, dass viele Soldaten dieser Nationalitäten keinen Sinn im weiteren Kampf sehen und so rasch wie möglich nach Hause zurückkehren wollen.

23. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson will ein republikanisches Deutschland

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson erklärt sich in seiner Antwort auf das Schreiben vom 20. Oktober nur zur Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen gemeinsam mit den Regierungen der Alliierten bereit, wenn der deutsche Verhandlungspartner eine vom Volk gewählte Regierung ist. Die amerikanische Regierung will „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln“. Aus ihrer Sicht gibt es bislang aber keinen Hinweis dafür, dass „die Grundsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind“ und die Systemänderung im Deutschen Reich auf Dauer sein wird. Die Amerikaner geben deutlich zu erkennen, dass sie gegenüber einem republikanischen Deutschland oder zumindest einem Deutschland ohne Kaiser mehr Nachsicht üben würden. Sie setzen offenbar aber auch darauf, dass jeder zusätzliche Kriegstag die Position des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten weiter schwächen und die Friedensbedingungen für die USA positiver gestalten würden.

23. Oktober 1918 – Kurt Eisner hält im Schwabinger-Bräu seine erste Wahlkampfrede

München-Schwabing * Kurt Eisner hält im Schwabinger Bräu seine erste Wahlkampfrede seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Nur neun Tage nach seiner Haftentlassung lockt er



bereits 2.000 Zuhörer in seine Versammlung. Er referiert über das Thema „Regierungssozialisten oder Sozialistenregierung“ und wirft darin dem Flügel um Erhard Auer vor, nicht das Interesse des Volkes, sondern nur das der Regierung im Auge zu haben. In der weiteren Rede fordert Kurt Eisner die Abdankung des Kaisers und einen Frieden ohne Annexion. Kurt Eisner verspricht sich nicht viel vom jetzigen demokratischen System und tritt ein für die Beseitigung aller bestehender Gewalten durch Umsturz und Revolution ein. Am Schluss verlangt er „eine große deutsche Republik mit Einschluss Deutsch-Österreichs“ und die „Rückkehr zu den Idealen der Revolution von 1848“. „Bissig, heiser und mit einem fanatischen Elan rechnete er mit seinen Gegnern ab. Alles um ihn war dicht besetzt. Kopf an Kopf. Er stand auf dem Podium inmitten der hockenden Leute und gestikuliert mitunter wild. Langes Haar, das fast bis auf seine Schultern herabwallte, einen noch zerzausten Bart hatte er jetzt. Wie ein Apostel sah er aus, nur dass er einen Kneifer trug“, schreibt Oskar Maria Graf über Kurt Eisner.

24. Oktober 1918 – Schwere Vorwürfe Kurt Eisners gegen die MSPD

München * Kurt Eisner und seine USPD gehen in ihrer Werbung für die Wahl am 17. November mit der MSPD ins Gericht: „Diese Wahl soll und muss die große Abrechnung der Massen mit denen sein, die das Volk alle die Kriegsjahre hindurch getäuscht und verraten haben. In erster Linie mitverantwortlich für alles, was sich in diesen Zeiten Furchtbares ereignet hat, sind die Regierungssozialisten, die sich jetzt überbieten in schreiendem Radikalismus, um die Aufmerksamkeit von der eigenen Schuld und Mitschuld abzulenken. [...] Einer der belastetsten und gefährlichsten Regierungssozialisten, Herr Erhard Auer, der bereits ungezählte Ämter fest in der Hand hält, wagt es, trotz seiner Belastung mit der Schuld an der verwüstenden Kriegspolitik der herrschenden Klassen sich unter dem angemessenen Namen eines Sozialdemokraten um den Reichstagsitz in München zu bewerben.“

25. Oktober 1918 – Die Worte Kaiserfrage und Revolution beschäftigen das Volk

Deutsches Reich * Spätestens seit der dritten Note des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober sind die Worte „Kaiserfrage“ und „Revolution“ in aller Munde. Viele Männer in verantwortlichen Positionen, einschließlich des Reichskanzlers Max von Baden und des Vorsitzenden der MSPD-Reichstagsfraktion Friedrich Ebert, sehen in dem Thronverzicht des Kaisers das einzige Mittel zur „Rettung der Monarchie“. Vizekanzler Friedrich von Payer berichtet: „Die allerwildesten Kaiserstürzler sind die rechts stehenden Leute. Die Herren der Hochfinanz und der Großindustrie, ja bis hoch in die Offizierskreise hinein kann man mit einer erstaunlichen Offenheit sagen hören: Der Kaiser muss sofort zurücktreten. [...] Je länger die



Hetzte fort, desto stärker wird die Forderung hervortreten, dass man überhaupt keine Monarchie mehr brauchte, sondern eine Republik errichten sollte.“

26. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. kontert Ernst Ludendorffs Rücktrittsdrohung

Berlin * Kaiser Wilhelm II. entlässt den Generalquartiermeister Ernst Ludendorff im Schloss Bellevue nach dessen Rücktrittsdrohung mit den Worten: „Na, wenn Sie durchaus gehen wollen, dann meinetwegen“. Dies geschieht auch aufgrund seiner Verärgerung über Ludendorffs politisches Manöver gegen den Reichskanzler Max von Baden und seinem eigenmächtigen Armeebefehl vom 24. Oktober. Das Rücktrittsgesuch des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg ignoriert Kaiser Wilhelm II. und bittet ihn sogar in der Obersten Heeresleitung - OHL im Amt zu bleiben. Sein Rückhalt in der Bevölkerung ist noch so groß, dass man seine Entlassung fürchtet. Hindenburg entspricht dem Wunsch des Kaisers und lässt Ernst Ludendorff fallen wie die berühmte heiße Kartoffel. Der geschasste Generalquartiermeister fühlt sich derart verletzt und hintergangen, dass er sich sogar weigert, gemeinsam mit Hindenburg im Auto nach Spa zu fahren. Mit dem Rausschmiss Ludendorffs will der Kaiser aber auch gegenüber den USA glaubhaft machen, dass im Deutschen Reich neue Männer das Ruder übernommen haben.

28. Oktober 1918 – Die Proklamation an die bayerischen Bauern

München-Ludwigsvorstadt * Der Führer des Bayerischen Bauernbundes, Karl Gandorfer, spricht in einer Versammlung im Mathäuserbräu und fordert die politische Mitbestimmung der Bevölkerung. In einer Proklamation an die bayerischen Bauern verlangt er eine Volksregierung in Bayern und die gänzliche Beseitigung der Reichsratskammer. Auf der Versammlung ist auch Kurt Eisner anwesend.

28. Oktober 1918 – Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung unterzeichnet

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet den Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung, der am 4. November veröffentlicht wird. Damit tritt die Änderung der Verfassung von 1871 in Kraft. Die wesentlichste Bestimmung lautet: „Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags“. Damit ist das Deutsche Reich eine Parlamentarische Monarchie. Außerdem sagt der Kaiser seine loyale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung und der von dieser gestellten Regierung an. Auf Rücktrittsforderungen geht er mit keinem Wort ein.



29. Oktober 1918 – Soll das Kaisertum überhaupt gerettet werden ?

München * Im Falle einer Thronentsagung des Kaisers wollen die Wittelsbacher den neuen Regenten im Königreich Preußen nicht automatisch als Verweser des Reiches anerkennen. Ministerpräsident Otto von Dandl informiert den bayerischen Gesandten am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, von Überlegungen, „ob das Kaisertum überhaupt gerettet werden soll“, da ein „preußischer Prinz, der eine geeignete Persönlichkeit zur Führung der Regentschaft im Reiche wäre, nicht vorhanden ist“. Wenn, dann müsste „ein Regent präsentiert werden, der dem ganzen deutschen Volk, auch außerhalb Preußens sympathisch“ ist.

29. Oktober 1918 – Die Aussprache über die politische Lage wird abgesetzt

München-Kreuzviertel * Im letzten Augenblick wird in der Bayerischen Abgeordnetenversammlung die Aussprache über die politische Lage und die Rede des Ministerpräsidenten Otto von Dandl von der Tagesordnung abgesetzt und auf die folgende Woche verschoben. Man erwartet, dass König Ludwig III. das bisherige Ministerium auflösen wird, um so die Volksvertretung unmittelbar an der Regierung beteiligen zu können.

31. Oktober 1918 – Die Stellung des Kaisers ist eine ganz unhaltbare geworden

Lille * Der bayerische Kronprinz Rupprecht legt seine Gedanken zur möglichen Abdankung des Kaisers in seinem Tagebuch nieder: „So bedauerlich es hinsichtlich des monarchischen Ansehens ist, wenn ein Fürst zur Abdankung genötigt wird, scheint mir die Stellung des Kaisers eine ganz unhaltbare geworden zu sein, da er beim Volke jedes Vertrauen und Ansehen verloren hat und täglich heftigere Angriffe in der Presse - nicht bloß in der sozialistischen - gegen ihn erfolgen.“ Und an anderer Stelle: „Ich fürchte aber, es wird nur beraten und nicht gehandelt, indes die Gefahr der Revolution immer drohender empor wächst. Sogar in dem sonst so ruhigen Bayern gärt es bedenklich.“

31. Oktober 1918 – Einigung über parlamentarische Reformen

München-Kreuzviertel * In interfraktionellen Verhandlungen zwischen der bayerischen Volksvertretung und der Regierung einigt man sich auf die Einführung der Verhältniswahl und der Reform der Reichsrätekammer.



2. November 1918 – Der Auftakt der Revolution

München * Auf einer vom Liberalen Verein Frei München veranstalteten Volksversammlung ruft Kurt Eisner: „Es kommt nicht zur Reichstagswahl, vor dem 17. November kommt die Revolution.“ Der „struppige Prophet“ wird zwar wegen seines Aussehens belächelt, trotzdem gilt diese Versammlung als der Auftakt der Revolution. Kurt Eisner hat bereits vor seiner Haftentlassung die Strategie der Obersten Heeresleitung - OHL durchschaut, die mit der vorgeschobenen Parlamentarisierung lediglich die Verantwortung für den Ausgang des Krieges und den ungünstigen Friedensschluss auf das Parlament abwälzen wollte. Aus Eisners Sicht sollte nicht nur das verhasste System restlos verschwinden, sondern gleichzeitig mit ihm auch seine Repräsentanten. Gemeint sind jene, die für das vier Jahre dauernde sinnlose Morden die Verantwortung trugen. Schließlich befand sich die Mehrheit der führenden Militärs und Spitzenbeamten in Reich und Länder ebenso in Amt und Würden wie der deutsche Kaiser und die Landesfürsten. Sie aber waren die Symbole einer expansiven Außen- und einer undemokratischen Innenpolitik.

3. November 1918 – Erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks

München-Theresienwiese * Um 10 Uhr Vormittag findet auf der Theresienwiese, an der Freitreppe unterhalb der Bavaria, die erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks statt. Lediglich 800 bis 1.000 Personen nehmen daran teil. Das liegt daran, dass das Generalkommando den Anschlag von Plakaten verboten hatte. Da die finanziellen Mittel zum Druck von Flugblättern fehlten, konnten die Einladungen zu dieser Kundgebung mit hektographierten Handzetteln erfolgen. Hans Unterleitner erklärt am Versammlungsbeginn, dass die Veranstaltung nur unter folgenden Bedingungen des Polizeipräsidiums genehmigt worden ist:

Keine Entschließung zu fassen, dass die heutige Regierung durch eine Volksregierung ersetzt werden müsse, keine Aufforderung an die Soldaten ergehen zu lassen, die Waffen niederzulegen, keine Demonstrationzüge zu veranstalten beziehungsweise hierzu aufzufordern.

Kurt Eisner betont in seiner Rede den Friedenswillen des deutschen Volkes und sagt: „Von der eingerosteten deutschen Regierung in Berlin sind Taten zur Herbeiführung des Friedens nicht zu erwarten, deshalb muss eine Volksregierung in Bayern sofort Frieden schließen“ und fordert auf zum „Sturz der Monarchie“ und zur „politischen Revolution“. Das Abkommen über parlamentarische Reformen vom Vortag bezeichnet er als „unaufrichtig und unzureichend“. In Hinblick auf die am 30. Oktober in Wien gebildete Staatsregierung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich sagt Eisner: „Wir grüßen über die Grenze die neue österreichische Republik und fordern, dass eine vom Volk einzusetzende bayerische Regierung mit den deutschen Republikanern Österreichs gemeinsam den Frieden im Namen Deutschlands



verkündet, sofern in Berlin nicht der Wille oder die Macht vorhanden ist, den Frieden sofort zu erreichen“. Aufgrund des Demonstrationsverbots wird im Anschluss an die Versammlung ein Spaziergang nach Stadelheim angetreten.

4. November 1918 – Die Hoffnung auf einen baldigen Frieden

München - Königreich Bayern * Selbst von militärischer Seite wird festgestellt: „Die Stimmung der Bevölkerung ist kriegsmüder, niedergeschlagener und verdrossener denn je. Nur die Hoffnung auf baldigen Friedensschluss hebt die Gemüter.“

4. November 1918 – Der Königliche Staatsrat kommt zu seiner letzten Sitzung zusammen

München-Graggenau * Der Königliche Staatsrat kommt zusammen, um über den Fortgang der Verfassungsreform zu beraten. König Ludwig III. ist - wie seine Berater - der Auffassung, dass den demokratischen Parteien Zugeständnisse gemacht werden müssen, weil alleine damit in dieser Situation dem Staatswohl und der Monarchie gedient werden könne. Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich will etwaige Bedenken gegen die Notwendigkeit einer Parlamentarisierung „unter der Wucht der Ereignisse“ zurückgestellt wissen, da die Wellen einer revolutionären Bewegung jetzt auch auf Bayern übergreifen hätten. Ministerpräsident Otto von Dandl will den demokratischen Parteien so weitgehende Zugeständnisse machen, weil in dieser Situation nur so dem Staatswohl und der Monarchie geholfen werden kann. Vordringlich sei es jetzt, dass unter dem Volk kein Zwiespalt herrsche und die öffentliche Ruhe aufrecht erhalten werde. In der letzten von König Ludwig III. geleiteten Staatsratssitzung zieht der Monarch ein denkwürdiges politisches Resümee: „Wenn der Krieg ein so schlechtes Ende genommen hat, so können wir in Bayern unseren Schild hochhalten; er ist fleckenlos. Bayerns Heer hat sich ruhmreich geschlagen, Bayern trägt keine Schuld. Schuld trägt die unglückselige Politik, die schon vor dem Krieg seitens der Reichsleitung geführt worden ist, und noch mehr die Oberste Heeresleitung, die keinen Maßstab hatte für die Grenzen der eigenen Kräfte. [...] Nach mehr als vierjährigen unerhörten Leistungen und Opfern stehen wir vor einer Niederlage Deutschlands, die es seit Napoleon nicht mehr erlebt hat. Wir müssen Frieden schließen und zwar unter schlechten Bedingungen.“

4. November 1918 – Die USPD will die Herbeiführung des sofortigen Friedens

Berlin * Die deutsche USPD fordert in einem Aufruf „An das deutsche Volk“ die „Herbeiführung



des sofortigen Friedens“. Die Arbeiterschaft und das ganze werktätige Volk soll sich zum Eingreifen bereit halten.

4. November 1918 – Deutschland will ein Volksstaat werden

Berlin * Die deutsche Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden betont ihren Entschluss, Deutschland in einen Volksstaat umzuwandeln und kündigt den Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg an.

4. November 1918 – Die Vertreter der Berliner Reichsregierung werden freundlich begrüßt

Berlin - Kiel * Als am Abend zwei Abgesandte der Berliner Reichsregierung eintreffen, ist Kiel bereits fest in der Hand von 40.000 aufständischen Matrosen und Marinesoldaten. Der SPD-Abgeordnete Gustav Noske und der Staatssekretär ohne Geschäftsbereich Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP werden jubelnd begrüßt. Noske wird von den Aufständischen sofort zum Gouverneur gewählt. Dabei hat Noske nicht den „Eindruck, dass eine große Revolution begonnen hat“. Noch am gleichen Abend übernimmt er, „unter brausender Zustimmung“ der Arbeiter und Matrosen, den Vorsitz des Obersten Soldatenrates. Die meuternden Soldaten und revoltierende Arbeiter aus Kiel vertrauen dem prominenten Genossen aus Berlin.

5. November 1918 – König Ludwig III. lernte die Volkstimmung kennen

München - Karlsruhe * Der badische Gesandte in München berichtet nach Karlsruhe: Der bayerische König würde gerade „die Stimmung des Volkes kennenlernen“.

6. November 1918 – Ein Aufruf zur Friedenskundgebung am 7. November 1918

München * Die sozialdemokratische Münchener Post veröffentlicht auf der Titelseite im Auftrag der Leitung der sozialdemokratischen Partei Münchens einen Aufruf „An die Bevölkerung Münchens!“. Darin heißt es: „Die sozialdemokratische Partei ruft die Bevölkerung Münchens mit Ausnahme der beim Transport und Verkehr beschäftigten Personen auf, am Donnerstagnachmittags 3 Uhr auf der Theresienwiese zu erscheinen. Es gilt, im Geiste der Freiheit und Verantwortung Stellung zu nehmen zu den großen Tagesfragen, die in der letzten



Vertrauensmännerversammlung der gesamten Münchener Arbeiterschaft erörtert worden sind. Die Vertrauensleute der Partei und Gewerkschaften werden aufgefordert, dabei mitzuwirken, daß die Demonstration einen der organisierten Arbeiterschaft würdigen Verlauf nimmt“.

6. November 1918 – Einen gefährlichen Brand in seinem Beginne löschen

München - Königreich Bayern * Der Bayerische Kurier, eine führende Zeitung des Zentrums, ruft nach der Kieler Matrosenrevolte unter der Überschrift „Bedenkliche Vorkommen in Kiel“ alle „staatstreuen Kräfte des Volkes“ auf, Hand anzulegen, „um einen gefährlichen Brand in seinem Beginne zu löschen“. Verwundert stellt die Zeitung fest, dass die Anhänger einer staatlichen Ordnung wie von Winde verweht scheinen und fragt, „ob denn die Männer, welche ihre Stimme zu erheben berufen sind, in die Ecken verkrochen sind“.

6. November 1918 – Der bayerische Innenminister von Brettreich beruhigt die Bevölkerung

München * Der bayerische Innenminister von Brettreich beruhigt die Bevölkerung, „dass sie gegen jegliche Willkür und Gewalttätigkeit den ausreichenden Schutz finden wird, den das ganze Volk von seiner Regierung erwartet“. Der Aufruf wird allerdings erst am 8. November veröffentlicht werden.

6. November 1918 – Das Militär ist von der neuen Regierung völlig unbeeindruckt

Berlin * Da sich das Militär völlig unbeeindruckt von der neuen Regierung zeigt und die deutschen Wehrbehörden auch weiterhin junge Männer zum Wehrdienst einziehen, als sei nichts geschehen, protestieren die Unabhängigen Sozialdemokraten gegen die Fortsetzung des Krieges und rufen die Arbeiterschaft auf, sich bereitzuhalten. Denn „die Geschicke des deutschen Volkes werden durch dunkle Mächte gelenkt, die bereit sind, das Verderben des Volkes zu vollenden“. Sie zählen zu den „Mächten der Finsternis“ offenbar auch die „Regierungssozialisten“ mit ihren Aufrufen, die Ruhe zu bewahren: „Jede selbstständige freie Betätigung der Massen soll unterdrückt werden.“

7. November 1918 – Die Räte sollen den Ablauf des Umsturzes organisieren

München-Ludwigsvorstadt * Der Mathäserbräu wird aufgrund seiner zentralen Lage zwischen



Hauptbahnhof, Wittelsbacher Palais, Landtagsgebäude, Außenministerium, Residenz und Polizeipräsidium als Hauptquartier der Revolutionsbewegung ausgewählt. Die Funktion der spontan entstandenen revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte besteht zunächst darin, den Ablauf des Umsturzes zu organisieren und seinen Erfolg sicherzustellen. Die Räte fungieren als Organe der Revolution. Sie leiten umgehend Maßnahmen ein: Bewaffnete Soldaten patrouillieren auf Lastkraftwagen die Nacht hindurch und sollen - wenn nötig - die Ordnung aufrecht erhalten. Vor den wichtigen öffentlichen Gebäuden werden Wachen aufgestellt. Die Verkehrs- und Nachrichtenzentren werden übernommen. Die wichtigen Zeitungsredaktionen und Verlagshäuser werden besetzt, um Bekanntmachungen zu drucken und die Bevölkerung mit Informationen zu versorgen.

7. November 1918 – Es lebe die Revolution !

München-Theresienwiese * Kurt Eisner spricht zur gleichen Zeit am anderen Ende der Theresienwiese - unterhalb vom Hackerbräu. Die Demonstranten haben rote Fahnen, Tafeln und Plakate mitgebracht. Ihre Revolutionsbereitschaft demonstrieren die anwesenden Matrosen und Soldaten auch dadurch, dass sie die Reichskokarden von ihren Mützen genommen haben. Was nach dem Abmarsch der Mehrheitssozialisten und der Gewerkschafter passiert, schildert Felix Fechenbach so: „Drei Redner sprachen an dieser Stelle. Zuerst Kurt Eisner, kurz und bündig. Es sei jahrelang geredet worden, man müsse jetzt handeln! Der Bauernführer Ludwig Gandorfer verspricht, dass das Landvolk die Arbeiter nicht im Stiche lassen werde. Dann trete ich vor in Uniform, die rote Fahne in der Hand, erinnere daran, dass die Soldaten in den Kasernen zurückgehalten werden. Und dann: ‚Soldaten! Auf in die Kasernen! Befreien wir unsere Kameraden! Es lebe die Revolution‘. Das war das Signal.“

7. November 1918 – Um 15 Uhr beginnt die Kundgebung auf der Theresienwiese

München-Theresienwiese * Um 15 Uhr beginnt die politische Veranstaltung auf der Theresienwiese, an der sich etwa 40.000 Menschen beteiligen. Andere Quellen sprechen von über 100.000, sogar von 200.000 Teilnehmern.

7. November 1918 – Die Beamten haben dem Volkswohl zu dienen

München - Königreich Bayern * Der Bayerische Verkehrsbeamtenverein schreibt in Hinblick auf die Kieler Matrosenaufstände und der Anspielung des Bayerischen Kuriers auf die Beamten vom



Vortrag: „Die Beamten haben unbekümmert um die politischen Vorgänge dem Volkswohl zu dienen; sie haben durch rastlose, ununterbrochene Arbeit Handel und Wandel aufrechtzuerhalten und insbesondere alles zu vermeiden, was einer regelmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Brennmaterial usw. hinderlich wäre. Die Wandlung, die sich im Staate vollzieht, muss der Beamte über sich ergehen lassen. Nur dann dient er seinem Volke. Der werdende Volksstaat braucht unbeeinflusste Diener und die wird er in der derzeitigen Beamtenschaft finden“.

7. November 1918 – Wie Bischof Faulhaber die Umsturznacht erlebt

München-Kreuzviertel * Erzbischof Michael von Faulhaber notiert in der Umsturznacht in sein Tagebuch: „Nachmittag, 15:00 Uhr, auf der Theresienwiese Versammlung. Von den Sozialdemokraten gedacht als Explorator, um das Volk zufrieden zu stellen, wollten den Unabhängigen den Wind aus den Segeln nehmen. Im Zug wohl einige Tafeln: Nieder die Dynastie, (eine andere: Das Weib keine Gebärmaschine) sonst aber ruhig und viele Harmlose dabei. [...] Dabei schwenkte unter der Roten Fahne eine Soldatengruppe ab, ‚zu den Kasernen‘ und diese Soldaten haben die Revolution gemacht. [...] Nachts, 23:00 Uhr, beginnt der Lärm auf der Straße. Militär, bewaffnet, erst zu Fuß, allmählich mit Lastautos, die fortwährend mit furchtbarem Lärm herumrasen, mit Maschinengewehr ausgerüstet und die Bevölkerung bestürzen sollen. Die schrecklichste Nacht meines Lebens“.

7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßnahmen, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung;



achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.

7. November 1918 – Eine Revolution ohne Blutvergießen

München * München ist kampflös und ohne Blutvergießen gefallen. Der schnelle und unblutige Sieg der Revolution ist jedoch nur deshalb möglich, da fast alle Bevölkerungsschichten kein Vertrauen mehr in die alten Herrschaftsträger haben und das Regime dem Umsturz nichts entgegensetzen kann. Dabei hätte doch nur „ein einziges zuverlässiges Bataillon genügt, dem Revolutionsspek ein Ende zu machen“. Doch ein solches Bataillon gibt es nicht mehr!

7. November 1918 – Eine Versammlung nach den Vorstellungen Erhard Auers

München-Theresienwiese * Die Versammlung verläuft zunächst ganz nach den Vorstellungen Erhard Auers. Die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschafter marschieren geschlossen an. Um 15:15 Uhr beginnen die Ansprachen, dafür sind 15 Minuten vorgesehen. Der MSPD-Führer und weitere Funktionäre halten ihre Reden an der Bavaria, in der sie hervorheben, dass die Sozialdemokratische Partei weder zum Streik noch zur Revolution auffordert, sondern die Entwicklung zum Volksstaat auf parlamentarischen Wegen erreichen möchte. Um 15.45 Uhr lassen sie dann über eine Resolution abstimmen, danach löst sich die Versammlung auf. Nun formieren sich die Teilnehmer zur großen Friedensdemonstration. Mit einem Musikkorps an der Spitze marschiert der größte Teil der Massendemonstration unter Führung von Erhard Auer in vollkommener Disziplin über die Landwehrstraße, Sonnenstraße, Karlsplatz, Lenbachplatz, Maximiliansplatz, Briener Straße, Residenzstraße, Maximilianstraße und schließlich längs der Isar entlang bis zum Friedensengel. Hier löst sich der Protestmarsch nach einer kurzen Schlussansprache des MSPD-Reichstags- und Landtagsabgeordneten Franz Schmitt auf.

8. November 1918 – Der Vorwärts rechnet mit Kurt Eisner ab

Berlin - München * Friedrich Stampfer, Chefredakteur beim Vorwärts in Berlin, rechnet mit seinem ehemaligen Kollegen ab und schreibt am 1. Dezember 1918 mit arroganter Überheblichkeit in der SPD-Zeitung Vorwärts einen Leitartikel über Kurt Eisner und die „Revolution in Bayern“. Darin heißt es: „Als am 8. November 1918 die Kunde kam, dass Eisner bayerischer Ministerpräsident geworden sei, erfüllte Heiterkeit die Redaktionsstuben, sie pflanzte sich fort in die Setzer- und



Maschinensäle. Es war keiner unter uns, der Eisner von der alten Zeit her nicht liebte, keiner, der ihm übel wollte oder ihn missachtete. Dennoch: Heiterkeit überall, wohlwollende Heiterkeit. [...] Wozu wären wir ein befreites Volk, wenn es nicht erlaubt wäre, einem alten Freund offen und öffentlich zu sagen: Du hast in Deinem Leben schon viele Böcke geschossen, aber dass Du Dich von Deinen revolutionären Schwabinger Literaturfreunden zum Ministerpräsidenten machen liebst, das war Dein größter Bock. [...] Du lebst in einer Welt des holden Wahnsinns, wenn Du glaubst, Du eingewandeter Berliner Literat, der im öffentlichen Leben noch nie eine Rolle gespielt hat und den man in Bayern bis vor drei Wochen kaum kannte, Du könntest Dich auf das Vertrauen des bayerischen Volkes stützen. [...] Diese Ministerpräsidentschaft [...] steht zum Ernst unserer Zeit in erschütterndem Gegensatz. Kasperlekomödie des Lebens, frei nach Frank Wedekind, von Kurt Eisner, mit dem Dichter in der Titelrolle. München - Schwabinger Naturtheater. In fünf Minuten geht der Vorhang herunter und dann ist Schluss.“ Die preußische Sozialdemokratie fühlt sich Kurt Eisner gegenüber weit überlegen. Sie verhöhnt und verlacht ihn und sieht in ihm einen unqualifizierten Abenteurer und absoluten Dilettant, der offensichtlich nichts von Politik versteht und den Ernst der Lage völlig verkennt.

8. November 1918 – Ein Aufruf an die ländliche Bevölkerung Bayerns

München - Freistaat Bayern * In den Münchner Neuesten Nachrichten veröffentlichen Ministerpräsident Kurt Eisner und der Bauernführer Ludwig Gandorfer einen Aufruf An die ländliche Bevölkerung Bayerns, in dem sie die Notwendigkeit der Revolution darstellen und die Friedensbemühungen der Regierung Eisner schildern. „Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat betrachtet es als die erste und größte Aufgabe, dem Volke den heiß ersehnten Frieden zu bringen und ist zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Ententemächten in Verbindung getreten.“ Zugleich verspricht man den militärischen Schutz der Grenzen Bayerns und eine geordnete Demobilisierung, „damit Zustände wie in Österreich und Tirol, wo heimkehrende Soldaten plündern und Kulturwerke zerstören, unmöglich werden!“ Daneben werden sie zu reger Lebensmittelablieferung für die Städte aufgefordert.

8. November 1918 – 85 Verordnungen in 105 Tagen

München - Freistaat Bayern * Die Regierung Eisner wird in der ersten Phase nach dem Umsturz, das ist der Zeitraum vom 8. November 1918 bis zur Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar 1919, insgesamt 85 Verordnungen, Bekanntmachungen, Entschliefungen, Ministerialbekanntmachungen, Ministerialentschliefungen und Ausführungsbestimmungen erlassen. Darunter befinden sich Verordnungen, die mit dem Zusatz „mit Gesetzeskraft“



versehen sind. Zum Beispiel: die Verordnung betreffend die Bayerische Notenbank vom 20. November oder die Verordnung betreffend Beaufsichtigung und Leitung der Volksschulen vom 16. Dezember 1918.

8. November 1918 – Kurt Eisner und die Aufgabe der Arbeiterräte

München-Kreuzviertel * In der Eröffnungsrede in der ersten öffentlichen Sitzung des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern erklärt Ministerpräsident Kurt Eisner: „Die Arbeiterräte sollen die Parlamente der körperlichen und geistigen Arbeiter sein, und, wenn man demgegenüber erklärt, dass die Nationalversammlung, der Landtag diese Arbeiterräte entbehrlich machen werde, so behaupte ich: Umgekehrt. Denn wenn die Nationalversammlung nicht wieder ausmünden soll in jenen leeren, hohlen Parlamentarismus, dann muss die lebendige Kraft der Arbeiterräte sich entfalten. Sie sind gleichsam die Organisation der Wähler. Diese Wähler [...] sollen nicht ihren Parlamentariern überlassen, was Kluges oder Törichtes zu tun sie für gut befinden.“

8. November 1918 – Erhard Auer: Die SPD hat den Umsturz nicht vorbereitet!

München * Der SPD-Führer Erhard Auer macht noch einmal deutlich, dass die Sozialdemokraten den Umsturz nicht vorbereitet haben. In seiner Erklärung sagt er: „Unter dem Druck der fürchterlichen Drangsale des deutschen Vaterlandes hat sich die gestrige Kundgebung ohne unser Zutun zu einem Willensakte gesteigert, mit dem alle Teile der Bevölkerung rechnen müssen.“

8. November 1918 – Das Volk wird zu Arbeit sowie Ruhe und Ordnung angemahnt

München-Kreuzviertel * Die provisorische Regierung lässt verlautbaren, dass die Revolution beendet ist. Das Volk wird gleichzeitig zur Arbeit sowie zur Ruhe und Ordnung ermahnt.

8. November 1918 – Für die Niederschlagung der Revolution ist es zu spät

München * Gegen Mittag ruft Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich die den Ministerpräsidenten Otto von Dandl und den Kultusminister Dr. Eugen Ritter von Knilling sowie den bayerischen MSPD-Vorsitzenden Erhard Auer zu sich. Bei der Besprechung setzt Auer die



Herren von den bevorstehenden Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung für den Freien Volksstaat Bayern, die vermutlich zum Ziele führen werden. Für die Niederschlagung der Revolution durch die derzeitige Regierung ist es zu spät.

8. November 1918 – Auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung rechnend

München - Freistaat Bayern * In dem von Kurt Eisner verfassten „Aufruf an die Bevölkerung Münchens“ heißt es: Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt.

8. November 1918 – Eine verspätete aber richtige Nachricht

München - Freistaat Bayern * Die Bayerische Staatszeitung bringt auf der ersten Seite noch des Aufruf des inzwischen abgesetzten Innenministers Dr. Friedrich Ritter von von Brettreich vom 6. November. Darin heißt es: „[...] Die Bevölkerung darf überzeugt sein, dass sie gegen jegliche Willkür und Gewalttätigkeit den ausreichenden Schutz finden wird, den das ganze Volk von seiner Regierung erwartet.“

8. November 1918 – Eisner spricht mit den Vereinigten Verkehrsverbänden

München-Kreuzviertel * Unmittelbar bevor Kurt Eisner zur Konstituierenden Sitzung des Provisorischen Nationalrats des Volksstaates Bayern kommt, führt er Gespräche mit Vertretern der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals. Bei diesen Vertretern ist nichts von einer „Lähmung“ zu spüren, die die Spitzen der bayerischen Verwaltung befallen hat. Sie sind sich sofort nach dem Umsturz im Klaren, was sie zu tun haben. Denn bereits nach der Kieler Matrosenrevolte haben sie den weiteren Gang der Dinge „geahnt“.

8. November 1918 – Die freudige, vielleicht erlösten Mitwirkung der Beamten erwartet

München-Kreuzviertel * Als Kurt Eisner am Nachmittag dem Provisorischen Nationalrat des Volksstaates Bayern sein Kabinett zur Wahl vorschlägt, begründet er die Beibehaltung der bisherigen Ministerialeinteilung damit, dass man es den Beamten nicht erschweren will, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Er rechnet mit der „freudigen, vielleicht erlösten



Mitwirkung“ der Beamten und stellt ihnen mit der Demokratie ein Los in Aussicht, das ganz anders sein wird als ihr bisheriges.

8. November 1918 – Erste Erfolge bei der Beamtenschaft

München - Freistaat Bayern * Die Gespräche und ersten Kontakte Kurt Eisners mit den Vertretern der organisierten Beamtenschaft und die Aufforderung zur Mitarbeit zeigen Erfolge. Der Ausschuss der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals richtete an das gesamte Verkehrspersonal einen Aufruf, in dem es aufgefordert wird, „den für die gesamte Volkswirtschaft, insbesondere für die Lebensmittelversorgung, wichtigen Verkehrsdienst nach wie vor gewissenhaft auszuführen.“

8. November 1918 – Augsburg wählt einen Arbeiter- und Soldatenrat

Augsburg * Der Redakteur der sozialdemokratischen Schwäbischen Volkszeitung, Ernst Niekisch, informiert in aller Frühe die Führer der örtlichen Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften über die Vorgänge in München. Da sich keiner der Angesprochenen traut in die Kasernen zu gehen und sich an die Spitze der Revolution zu stellen, begibt sich Niekisch zum Augsburger Divisionskommandeur. Die Ausweglosigkeit seiner Situation erkennend, lässt er Niekisch einen Provisorischen Soldatenrat wählen. Und weil die Augsburger Mehrheitssozialdemokraten inzwischen von der Standfestigkeit der neuen Regierung überzeugen konnten, berufen sie eine Massenveranstaltung der Arbeiter ein, auf der Ernst Niekisch zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats gewählt wird.

8. November 1918 – Der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern konstituiert sich

München-Kreuzviertel * Noch in der Nacht konstituiert sich der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern. Er löst die 163 gewählten Abgeordneten des Bayerischen Landtags ab. Voraussetzung ist, dass, entsprechend der Machtverhältnisse und im Interesse der Einigung des Proletariats, die Mehrheitssozialdemokraten beteiligt werden müssen, obwohl sie die Revolution mit allen Mitteln verhindern wollten und sich Erhard Auer mit der „gewaltsamen Niederschlagung der Aufständischen“ noch in der Nacht vom 7. zum 8. November einverstanden erklärt hat. Aber gegen die MSPD kann nicht regiert werden. Deshalb zieht Eisner zur ersten öffentlichen Sitzung des provisorischen Nationalrates am 8. November 1918 - neben den Delegierten des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats sowie Vertretern der Gewerkschaften und



Berufsverbände - die sozialdemokratische Fraktion des alten Landtags, die Fraktion des Bauernbundes und drei liberale Abgeordnete - Ludwig Quidde, Hübsch und Kohl - hinzu.

8. November 1918 – Eine Provisorische Bayerische Regierung wird gebildet

München-Kreuzviertel * Um 15:38 Uhr tritt der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern zu seiner zweiten Sitzung zusammen, um eine Provisorische Bayerische Regierung zu wählen. Eisner schlägt folgende Zusammensetzung der Regierung vor: Das Ministerium des Äußeren und damit das Präsidium übernimmt Kurt Eisner selbst. Vizepräsident und Kultusminister wird der Mehrheitssozialdemokrat Johannes Hoffmann. Ebenfalls MSPD sind der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, und der Justizminister Johannes Timm. Das Innenministerium erhält der Vorsitzende der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer. Das Verkehrsministerium überträgt Eisner einem bürgerlichen Fachmann: Heinrich von Frauendorfer. Das Ministerium der Finanzen vertraut Eisner dem Professor für Staatswissenschaften, Edgar Jaffé an, der den Unabhängigen nahe steht. Das neu geschaffene Ministerium für soziale Angelegenheiten leitet der Unabhängige Sozialdemokrat Hans Unterleitner. Die Benennung Erhard Auers zum Innenminister ruft neben Beifall auch Unmutsäußerungen hervor. Bei der Abstimmung erhält Auer eine überwiegende Mehrheit. Eisner will mit Auers Ernennung seinen schärfsten Gegner unter Kontrolle bringen. Daneben ist ihm bewusst, dass die MSPD die Nichtbesetzung des Innenministeriums mit ihrem Vorsitzenden als Affront empfunden und sich möglicherweise mit der Bourgeoisie gegen die Revolutionsregierung verbünden würde. Auer dagegen kann der MSPD dadurch den Einfluss auf die kommenden Ereignisse sichern. Das Landwirtschaftsministerium wollte Eisner ursprünglich mit einem revolutionären Bauernbündler besetzen. Doch das kann Erhard Auer verhindern. Es wird nicht gebildet, da der MSPD-ler darin eine Beschneidung seines Ressorts sieht und er dem Eisner-nahen Bayerischen Bauernbund - BBB kein zusätzliches Machtinstrument an die Hand geben will.

8. November 1918 – Der Bauerndoktor Georg Heim bietet Kurt Eisner seine Unterstützung an

München-Kreuzviertel * Der Bauerndoktor genannte Dr. Georg Heim, der Vorsitzende des Christlichen Bauernvereins und spätere Mitbegründer der Bayerischen Volkspartei - BVP, bietet Kurt Eisner noch am Morgen des 8. November seine Unterstützung an.

8. November 1918 – Die Proklamation des Freistaats Bayern in den MNN



München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

9. November 1918 – Philipp Scheidemann ruft die Deutsche Republik aus



Berlin * Während der designierte Reichskanzler und Vorsitzende der Mehrheitssozialdemokraten, Friedrich Ebert, noch mit den Unabhängigen verhandelt, ruft Philipp Scheidemann gegen 14 Uhr vom Balkon des Reichstagsgebäudes unter brausendem Beifall die „Deutsche Republik“ aus: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die Deutsche Republik!“

9. November 1918 – Innenminister Auer gegen Einmischungsversuche der Räte

München * In einer Bekanntmachung des Innenministers Erhard Auer wird erläutert, dass „bis auf weiteres die sämtlichen Stellen, die bisher mit der Versorgung der Bevölkerung sowie mit der Überwachung und Regelung des Verkehrs mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs betraut waren, weiter arbeiten“. Nur diese offiziellen Stellen dürfen entsprechende Anordnungen erlassen und durchführen. „Unberechtigte Einmischung Dritter wird nicht geduldet werden.“ Das richtet sich eindeutig gegen Einwirkungsversuche der Räte.

10. November 1918 – Die Berliner Regierung beschließt die Einführung von Volksgerichten

Berlin * Die demokratische Regierung nach der November-Revolution beschließt die Einführung von Volksgerichten. Die Aburteilung von Mördern unterliegt seither diesen Gerichten, die Vollstreckung erfolgt grundsätzlich durch Erschießen.

10. November 1918 – Schritte zur Demokratisierung der Armee

München * Die Regierung des Volksstaates Bayern fordert die Offiziere auf, sich der Regierung zur Verfügung zu stellen, um so die Demokratisierung der Armee einzuleiten.

10. November 1918 – Der Rat der Volksbeauftragten als provisorische Regierung

Berlin * Bildung des Rats der Volksbeauftragten als Provisorische Regierung beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Das Gremium besteht aus je drei Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten - MSPD und der Unabhängigen Sozialdemokraten - USPD. Die MSPD entsendet: Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, die USPD: Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth. Ebert und Haase sind gleichberechtigte Vorsitzende.



Der Rat der Volksbeauftragten beaufsichtigt das Regierungskabinett, das weiterhin im Amt ist.

10. November 1918 – Keinerlei Verfügungen haben mehr Rechtskraft

München - Freistaat Bayern * Die provisorische Regierung verkündet, dass die „Vollzugsgewalt durch die Beschlüsse der provisorischen Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in die Hände des Ministeriums des bayerischen Volksstaats übergegangen“ ist. „Keinerlei Verfügungen haben mehr Rechtskraft, die nicht vom Ministerium“ ausgehen.

10. November 1918 – Bauernführer Ludwig Gandorfer verunglückt tödlich

Schleißheim * Der blinde Bauernführer Ludwig Gandorfer wird von Kurt Eisner beauftragt nach Niederbayern zu fahren, um die Ablieferung und den Transport der Lebensmittel nach München zu organisieren. Die Fahrt wird in einem vom Soldatenrat beschlagnahmten Auto erfolgen. Es ist der Fiat des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, ein Verwandter Kaiser Wilhelms II.. In der Nähe von Schleißheim kommt das mit sieben Personen besetzte Fahrzeug in einer Kurve von der Straße ab, prallt gegen einen Baum und stürzt die Böschung hinab. Ludwig Gandorfer, der mit zwei Begleitern auf der Rückbank sitzt, wird aus dem Automobil geschleudert und stirbt am Unfallort an einem Schädelbruch. Der Unfall wird in der Bevölkerung als rätselhaft empfunden: Da ist die Streckenführung nach Niederbayern vom Landtag über Schleißheim, das Unfallauto verschwindet spurlos und taucht nie mehr auf, weder das Unfallprotokoll noch die Aussagen der Überlebenden sind auffindbar. Es gibt Gerüchte, wonach die Leichenfrau auf Gandorfers Stirn einen Einschuss gesehen haben will. Sein Nachfolger als Vorsitzender des Bayerischen Bauernbundes - BBB wird sein Bruder Karl Gandorfer.

10. November 1918 – Stadtkommandant Arnold wird abgesetzt

München * Der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, informiert die Bevölkerung von der Absetzung des bisherigen Stadtkommandanten Arnold und lässt dessen Anordnungen für ungültig erklären.

10. November 1918 – Kronprinz Rupprecht kämpft mit allen Mitteln um seine Krone

Lille - München-Kreuzviertel * Ex-Kronprinz Rupprecht legt in einem forschem Telegramm bei der



bayerischen Regierung „Verwahrung ein gegen die politische Umwälzung, die ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Gewalten und der Gesamtheit der bayerischen Staatsbürger in Heer und Heimat von einer Minderheit ins Werk gesetzt wurde. Das bayerische Volk und das seit Hunderten von Jahren mit ihm verbundene Fürstenhaus haben das Recht zu verlangen, dass über die Staatsform durch eine verfassungsgebende Nationalversammlung entschieden wird, die aus freien und allgemeinen Wahlen hervor geht. Dass den heimkehrenden Soldaten die Möglichkeit eröffnet wird, ihre Stimme abzugeben, ist eine selbstverständliche Forderung. Die bayerischen Soldaten werden dann im Einvernehmen mit den bayerischen Staatsbürgern in der Heimat zu entscheiden haben, wie sie sich zur Frage weiterer Zusammenarbeit mit ihrem Fürstenhause stellen wollen.“ Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ignoriert diese papierene Ermahnung übrigens vollkommen zu Recht. Hier spielt der Monarch von Gottes Gnaden plötzlich den Vorbild-Demokraten. Denn dass sich Rupprecht auf eine noch ausstehende Entscheidung der frei gewählten Vertretung des souveränen Volkes beruft, ist frech. Bis dahin hätte schließlich die Dynastie Wittelsbach nicht im Traum daran gedacht, die Staatsform zum Gegenstand der Entscheidung einer Volksvertretung zu machen.

10. November 1918 – Im Großherzogtum Baden entsteht eine Volksregierung

Karlsruhe * Auf Initiative des Karlsruher Oberbürgermeisters Karl Siegrist gründet sich ein sogenannter Wohlfahrtsausschuss, der mit den Soldatenräten eine provisorische Volksregierung im Großherzogtum Baden bildet.

10. November 1918 – Die Suche nach dem geflüchteten König

München - Schloss Wildenwart * Ex-Ministerpräsident Otto von Dandl verlässt gemeinsam mit dem Ex-Staatsrat für militärische Angelegenheiten, Maximilian von Speidel, und einer vierköpfigen Eskorte der Revolutionsregierung die Landeshauptstadt. Sie sollen mit dem abgesetzten König Ludwig III. über die Lösung des Beamten- und Offiziersdienstes verhandeln. In der vorbereiteten Erklärung, die der König unterschreiben soll, heißt es: „Die neuen Zeiten veranlassen mich, für meine Person und alle Familienmitglieder des Hauses Wittelsbach dem Throne und allen dynastischen Ansprüchen zu entsagen. Ich verpflichte mich, in meinem und meiner Familie Namen, nichts zu unternehmen, was die friedliche und gedeihliche Entwicklung des jungen Volksstaates stören könnte.“ Die Delegation trifft den Ex-König aber nicht mehr an, da er Schloss Wildenwart bereits in Richtung Anif bei Salzburg verlassen hat.



10. November 1918 – Die Beamtenorganisationen fordern das Recht auf Mitbestimmung

München - Freistaat Bayern * Die Beamtenorganisationen dringen unmittelbar nach der Revolution darauf, ihre schon lange vertretene Forderung nach Mitbestimmung der Beamtenschaft zu verwirklichen. Vom neuen Volksstaat, der allen seinen Bürgern das „Recht auf Mitwirkung“ zugestehen will, erwartet man wie selbstverständlich, dass auch den Beamten ein weitgehendes „Recht auf Mitbestimmung“ zugestanden wird.

10. November 1918 – Großveranstaltung der Beamten im Bavariakeller

München-Ludwigsvorstadt * 15.000 bis 18.000 folgen der Einladung des Ausschusses der Vereinigten Verkehrsverbände zur Kundgebung in den Münchner Bavariakeller. Dieser kann die Massen nicht aufnehmen, sodass gleichzeitig drei Kundgebungen abgehalten werden müssen: Eine im Bavariakeller, zwei im anschließenden Garten. Dem Forderungskatalog voraus steht das Bekenntnis: „Die bayerischen Verkehrsangehörigen fügen sich der bestehenden Regierungsgewalt ein. Sie betrachten das Volkswohl als ihr oberstes Gesetz und geloben, ihm ihre volle Kraft zu widmen“. Gefordert wird: „Bildung eines Rates der Verkehrsangehörigen durch die Vereinigten Verbände, der dem Verkehrsministerium beizuordnen ist, Besetzung der oberen leitenden Beamtenstellen der Verkehrsverwaltung nur im Einvernehmen und mit Zustimmung dieses Rates, alle sozialen und volkswirtschaftlichen für das Personal sind nur gemeinsam mit dem Rate zu treffen, sofortige Aufnahme von Vertrauensmännern des Personals in den Arbeiter- und Soldatenrat, achtstündiger Arbeitstag und sechstägige Arbeitswoche.“ Die Entschließung wird sofort dem Arbeiter- und Soldatenrat zugeleitet.

10. November 1918 – In Regensburg wird ein Bauernrat gebildet

Regensburg * In Regensburg wird neben dem bestehenden Arbeiter- und Soldatenrat auch ein Bauernrat gebildet. Den Vorsitz übernehmen Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer vom Zentrum, die am 12. November die Bayerische Volkspartei - BVP gründen werden.

11. November 1918 – Das Zentrum fügt sich den gegebenen Verhältnissen

München * In den Zeitungen erscheint folgender Artikel: „Niemand wird von den Anhängern der Zentrums-Partei verlangen können, dass sie die Prinzipien ihrer Weltanschauung und die Grundsätze der Partei ändern. Wohl aber fügen wir uns den gegebenen Verhältnissen.“



11. November 1918 – Bisherige Staatssekretäre mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten teilt in einem Erlass mit, dass die Staatssekretäre und die Leiter der Reichsbehörden von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden sind.

11. November 1918 – Die Oberste Heeresleitung soll die Disziplin aufrecht erhalten

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten ermächtigt die Oberste Heeresleitung - OHL, Anordnungen zu treffen, mit denen die notwendige Disziplin aufrecht erhalten werden soll. Dagegen gibt es heftige Proteste der Soldatenräte, was die Regierung zur Präzisierung seiner Anordnung zwingt. Die Ermächtigung soll nur für die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen gelten.

11. November 1918 – Kurt Eisner startet eine unabhängige bayerische Außenpolitik

München - Bern * Nach der Bekanntgabe der harten Waffenstillstandsbedingungen startet Ministerpräsident Kurt Eisner in der Nacht zum 11. November eine eigenständige, vom Reich völlig unabhängige bayerische Außenpolitik. Über den Schweizer Bundesrat in Bern schickt er einen Appell der neuen bayerischen Regierung an die Regierungen der Siegermächte. Er ist zugleich ein Aufruf an die Proletarier aller Länder: „Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und vom endgültigen Erfolg gekrönten Erhebung alles und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. [...] In diesem Augenblicke stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein. [...] Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weitausblickender Großmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergesst in der Schöpfung der neuen Welt den Hass, der in der alten erzeugt worden ist.“

12. November 1918 – Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wird eingeführt

Berlin - Deutsches Reich * Der aus Mitgliedern der SPD und der USPD bestehende Rat der



Volksbeauftragten in Berlin verkündet in einem Aufruf an das Deutsche Volk mit Gesetzeskraft unter anderem die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Der Belagerungszustand wird aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden wieder in Kraft gesetzt.

12. November 1918 – Auflösung des Zentrums und Gründung der Bayerischen Volkspartei

Regensburg - Freistaat Bayern * Die Mitglieder des Zentrums lösen ihre Partei auf. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt gekommen, in dem man guten Gewissens alte Positionen aufgeben kann. Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer, Politiker des konservativen und katholischen Lagers, gründen in Regensburg die Bayerische Volkspartei - BVP und erklären: „Fürs erste weht über Deutschland und Bayern die rote Fahne, das musste wohl so kommen und so Gott will, wird es unserem engeren und weiteren Vaterlande am Ende doch zum Guten gereichen.“

12. November 1918 – Umfangreiche Forderungen des Bayerischen Volksschullehrervereins

München * Eine Abordnung des Bayerischen Volksschullehrervereins fordert bei Ministerpräsident Kurt Eisner und Kultusminister Johannes Hoffmann ein freiheitliches Lehrergesetz, die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, die Errichtung eines Lehrerrates und die Durchführung eines demokratischen Schulprogramms.

12. November 1918 – Ein Erzbischöflicher Hirtenbrief an die Landbevölkerung

München * In einem Hirtenbrief an die Landgemeinden vertritt der Münchner Erzbischof Michael



von Faulhaber folgende Auffassung: „Ohne unsere Grundsätze zu verleugnen, ohne ein politisches Neubekenntnis abzulegen, fühlen wir uns doch im Gewissen verpflichtet, auf dem Boden der gegebenen Tatsachen an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und an der Sicherstellung der Volksernährung mitzuarbeiten, um noch größere Übel von unserem Volke fernzuhalten.“

12. November 1918 – Keine Sozialisierung, dafür eine umfassende Eigentumsgarantie

Berlin * Der Aufruf der Volksbeauftragten an das Deutsche Volk spricht von der Verwirklichung des sozialistischen Programms, klammert aber die Frage der Sozialisierung vollkommen aus und gibt zugleich eine umfassende Eigentumsgarantie ab.

12. November 1918 – Fürst Leopold IV. zur Lippe dankt ab

Detmold * Fürst Leopold IV. zur Lippe will „die Frage der zukünftigen Staatsform [...] Entschließung des neuen, auf freier Grundlage gewählten Landtages überlassen“, weil er sich „nicht einseitig für befugt“ hält, „abzudanken, dies vielmehr eine Landesangelegenheit sei“. Er verzichtet auf den Thron, nachdem ihm der Volks- und Soldatenrat ein Ultimatum setzen.

13. November 1918 – Ludwig III. dankt als bayerischer König ab

Anif * König Ludwig III. dankt mit den Worten ab: Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Wohl meines geliebten Bayerns war stets mein höchstes Streben. Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treueeides. Anif den 13. November 1918. Ludwig. Das ist zwar nicht die vom Ministerrat des Volksstaates Bayern gewünschte „bedingungslose Abdankung“. Dennoch wird von Ludwig III. weder der Anspruch seines Hauses auf die Krone aufrecht erhalten, noch die Beibehaltung der monarchischen Staatsform reklamiert.

13. November 1918 – Planungen für eine Rote Garde eingestellt

Berlin * Nach einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und



dem Vollzugsrat wird dessen Aufruf zur Bildung einer Roten Garde vom Vortag vorläufig eingestellt. Aus Sicht der Volksbeauftragten hat der Vollzugsrat seine Kompetenzen weit überschritten.

13. November 1918 – Den Thronverzicht zur Kenntnis genommen

München * Der Thronverzicht Ludwigs III. wird vom Ministerrat (gez. Eisner) „zur Kenntnis genommen“. Er sichert ihm und seinen Angehörigen das Aufenthaltsrecht und die volle Bewegungsfreiheit in Bayern zu, sofern sie nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern unternehmen würden.

13. November 1918 – Der Bauernführer Ludwig Gandorfer wird in Pfaffenberg beigesetzt

Pfaffenberg * Der Bauernführer Ludwig Gandorfer wird unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in seiner Heimatgemeinde Pfaffenberg beigesetzt. An seinem Grab wird die Marseillaise gespielt.

13. November 1918 – Ein Rat geistiger Arbeiter wird gegründet

München * Unter dem Vorsitz des Nationalökonomen Lujo Brentano wird ein Rat geistiger Arbeiter gegründet. Diesem gehören Künstler, Lehrer, Wissenschaftler, Ärzte und Juristen an. In einem am nächsten Tag veröffentlichten Aufruf heißt es: „Der Volksstaat kann der Mitwirkung der geistigen Arbeiter nicht entbehren. Ihr Zusammenschluß ist daher dringend notwendig. Um ihn herbeizuführen, hat sich heute ein Rat geistiger Arbeiter gebildet. Unser Ziel ist: zum Wohle des ganzen Volkes den Einfluß der geistigen Arbeit geltend zu machen und in diesem Rahmen deren Daseinsbedingung zu sichern.“

14. November 1918 – Wie passen Beamtentum und Volksstaat zusammen ?

München - Freistaat Bayern * Der vom Ministerialrat im Staatsministerium des Innern, Dr. Franz Xaver Schwyer, verfasste Leitartikel der Bayerischen Staatszeitung beschäftigt sich mit der Frage „Beamtentum und Volksstaat“. Dr. Schwyer schreibt: „Während der einfache Staatsbürger seine Stellung zu der neuen Regierung sich einstweilen vorbehalten und die Entwicklung der Dinge abwarten kann, war der Beamte, vor allem der Staatsbeamte, in die bittere



Notwendigkeit versetzt, binnen weniger Stunden sich zu entscheiden, ob er der neuen Regierung seine Arbeitskräfte zur Verfügung stellen und seine Amtsgeschäfte fortführen kann und darf oder ob er, ohne Rücksicht auf weitgehende wirtschaftliche Folgen für sich und seine Familie seine Tätigkeit einstellen soll.“

14. November 1918 – Die Bayerische Mittelpartei wird in Nürnberg gegründet

Nürnberg * In Nürnberg wird die Bayerische Mittelpartei - BMP gegründet. Die Anhängerschaft der Partei rekrutiert sich aus protestantischen Kreisen des Bildungsbürgertums und der Beamtenschaft sowie des protestantischen fränkischen Mittelstands, des Kleinbauernturns und der Deutschnationalen. Sie lehnt - wie die Deutschnationale Volkspartei - DNVP, die sie sich im März 1920 als bayerischer Landesverband anschließen wird, - die Staatsform der Republik ab.

14. November 1918 – Der Thronverzicht von König Ludwig III. wird veröffentlicht

München - Freistaat Bayern * Der Ministerrat des Freistaats Bayern veröffentlicht die Rücktrittserklärung von König Ludwig III.. Alle Regierungsmglieder mussten zuvor den Rücktritt durch ihre Unterschrift quittieren. In der Veröffentlichung heißt es: Der Ministerrat nimmt „den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis“. Und weiter: „Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere Staatsbürger frei und unangetastet in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen sich verbürgen, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen.“

15. November 1918 – Räte als Grundlage der neuen Demokratie

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner sieht in den Räten die Grundlage für sein Konzept einer neuen Demokratie. In seiner Regierungserklärung erklärt er, dass die Demokratisierung des öffentlichen Geistes wie der öffentlichen Einrichtung noch vor der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung erreicht werden soll. Kurt Eisner will die Demokratisierung über eine Art Nebenparlament herbei führen, mit dem er auch bürgerliche Kreise zur Mitwirkung am Aufbau des neuen Staates gewinnen wollte. Dieses Nebenparlament sollte ihre Interessen sowohl gegenüber dem provisorischen Zentralparlament als auch gegenüber der Regierung einbringen können. „Ich habe vom ersten Tag der Revolution an in dem System der Räte die große Schule der Demokratie und des Sozialismus gesehen und glaube nicht, dass wir in Deutschland weiterkommen können, wenn wir nicht dieses System der



Räte entwickeln [...] und dadurch das Volk mündig machen zur Entscheidung über sein Schicksal. Nicht die Politik des Wahlzettels tut es allein. [...] Das hindert nicht, dass auch die Politik des Wahlzettels notwendig ist, aber das Räteystem [...] soll den Wähler lesen, denken und entscheiden lehren, nicht in acht Tagen vor der Wahl, sondern tagaus, tagein.“

15. November 1918 – Innenminister Auer: Kein Handlungsspielraum für die Räte

München - Freistaat Bayern * Innenminister Erhard Auer informiert die nachgeordneten Regierungsstellen und Behörden auch über die Zusammenarbeit mit den Räten. Er empfiehlt „dringend, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, die sich allerorten gebildet haben, [...] tunlichst zu benutzen, einerseits, um dadurch das etwa mangelnde Personal so weit notwendig zu ersetzen, andererseits aber auch diese Räte zu beschäftigen und dadurch das Verantwortungsgefühl in der Bevölkerung wieder zu wecken“. Auer macht aber auch deutlich aufmerksam, dass die Räte den Behörden untergeordnet sein sollen. „Ein eigenständiger Handlungsraum soll ihnen nicht zugestanden werden“.

15. November 1918 – Die Bayerische Volkspartei akzeptiert die revolutionären Ereignisse

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP betrachtet „den gegenwärtigen staatspolitischen Zustand Bayerns, wie er durch die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November in München geschaffen wurde, als eine gegebene geschichtliche Tatsache“.

15. November 1918 – Kurt Eisner und die Demokratisierung Bayerns

München * In seinem Regierungsprogramm der Regierung des Volksstaates Bayern spricht Ministerpräsident Kurt Eisner auch das Thema Demokratisierung an: „In der inneren Politik Bayerns streben wir die rascheste Durchführung einer nicht nur formellen, sondern lebendig tätigen Demokratie an. Bevor noch die konstituierende Nationalversammlung, die so schnell wie möglich nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten einberufen werden soll, zusammentritt, muss diese Demokratisierung des öffentlichen Geistes wie der der öffentlichen Einrichtungen erreicht werden können. Wir suchen auch hier auf neuen Wegen zusammen vorwärts zu kommen.“



15. November 1918 – Kurt Eisners Regierungsprogramm

München * Die von der Regierung des Volksstaates Bayern veröffentlichte Kundgebung trägt unverkennbar die schwärmerisch-idealistische Handschrift von Kurt Eisner. Der Aufruf „An das bayerische Volk“ mit seinen konkreten Hinweisen wird von den Zeitgenossen „wegen der realistischen Zustandsbeschreibung und der Ausgewogenheit der darin angekündigten Maßnahmen“ als offizielles Regierungsprogramm verstanden und findet selbst bei der bürgerlichen Presse positive Aufnahme. Darin wird einerseits die volle Freiheit der Religionsgesellschaften und die Ausübung ihres Kultus gewährleistet. Andererseits fordert Eisner die gleiche Freiheit für die Schule wie für die Kirche. Ein neues Volksschulgesetz mit fachmännischer Schulaufsicht wird darin angekündigt. Das bedeutet die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und damit die Ausschaltung des bisherigen starken kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen. Neu stellen sich auch die Fragen der staatlichen Alimentierung, der steuerlichen Behandlung und dem öffentlich-rechtlichen Charakter der Kirche sowie der Besetzung der Bischofsstühle und der Pfarreien.

16. November 1918 – Die Deutsche Volkspartei in Bayern wird gegründet

München * Die Deutsche Volkspartei - DVP in Bayern wird gegründet. Die Partei bekennt sich zur Republik und versteht sich ausdrücklich als bürgerlich. Der linksliberale Flügel ist in der Partei dominierend. Der Münchner Arzt Dr. Georg Hohmann wird zum Vorsitzenden gewählt. Die DVP in Bayern entspricht der Deutschen Demokratischen Partei - DDP im übrigen Reichsgebiet. 1920 wird die DVP in Bayern deren Namen übernehmen.

16. November 1918 – Kompetenzabgrenzung zwischen Volksbeauftragte und Vollzugsausschuss

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten und der Vollzugsrat beschäftigt sich in einer gemeinsamen Sitzung am 16. und 18. November mit Kompetenzfragen. Ein Ausschuss wird gebildet, der möglichst schnell eine Regelung über das künftige Verfahren erarbeiten soll.

16. November 1918 – Professor Foerster hält die Aufklärung der Deutschen für notwendig

Bern - München * Professor Dr. Friedrich Wilhelm Foerster hält die Aufklärung des deutschen Volkes im großen Maßstab für notwendig, da „dessen Bildungsschichten ja in der Tat noch keine Ahnung von den wahren Ursachen des Krieges und der Kriegsverlängerung haben“.



17. November 1918 – Die Deutsche Volkspartei in Bayern wird gegründet

München * Die Deutsche Volkspartei in Bayern wird von Vertretern der früheren Fortschrittlichen Volkspartei gegründet. Die Partei bekennt sich „freudig zum neuen freien Volksstaat; sie lehnt jeden Versuch, das Alte wiederherzustellen, ab, verlangt aber, dass der jetzige, auf Gewalt beruhende Zustand alsbald in einen geordneten Rechtszustand überführt werden“ muss.

17. November 1918 – Der Politische Rat geistiger Arbeiter soll in den Nationalrat

München * Ministerpräsident Kurt Eisner sagt dem Politischen Rat geistiger Arbeiter eine Vertretung im Provisorischen Nationalrat des Volksstaates Bayern zu.

18. November 1918 – Annullierung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk abgelehnt

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten lehnt in Berlin die Annullierung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk durch die Sowjet-Regierung ab.

18. November 1918 – Aufruf zum Inneren Widerstand gegen die neue Staatsform

München-Kreuzviertel * Michael von Faulhaber schreibt an den bayerischen Episkopat, womit die Gesamtheit der bayerischen Bischöfe gemeint ist, die Anregung für einen gemeinsamen Hirtenbrief. In dem Schreiben gibt er zu bedenken, „daß ein gemeinsames Hirtenschreiben in dieser Stunde unserem Volk die Dankesschuld gegen das Haus Wittelsbach und König Ludwig III. in offener Sprache ohne Entschuldigung bei der neuen Regierung kundgeben [...] müßte. [...] Der gestrige Thronverzicht war ein unverantwortlicher Mißgriff der alten Regierung.“ Ohne dies klar zu äußern, fordert der Münchner Bischof seinen Klerus zum Inneren Widerstand gegen die neue Staatsform auf. Und als ihm immer klarer wird, dass er mit seinen Überzeugungen nicht die allgemeine Meinung vertritt, verlegt er sich zum offenen Kampf mit der Regierung des Freistaats Bayern, ohne seine eigenen ultrakonservativen Anschauungen infrage zu stellen.

19. November 1918 – Der Revolutionäre Arbeiterrat fordert Rechte

München * Der Revolutionäre Arbeiterrat hat ebenfalls einen Entwurf für die Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte erarbeitet. Er befasst sich hauptsächlich mit der Arbeit und der Stellung



der Spitzengremien der bayerischen Räte. Der Zentralarbeiterrat soll gemeinsam mit den Bauern- und Soldatenräten die revolutionäre Macht darstellen, aber - und das ist abgestimmt mit Innenminister Erhard Auer - keine Vollziehungsgewalt haben. Dafür fordert der Zentralarbeiterrat aber eine dauernde Kontrolle über die Tätigkeit der Minister und der Ministerien, indem er in jedes Ministerium einen Volkskommissar entsendet. Dieser soll mit umfassenden Beteiligungs- und Initiativrechten ausgestattet werden.

19. November 1918 – Ein offenes Bekenntnis der Schuld übernehmen

Bern - München * Bayerns Ministerpräsident Kurt Eisner erhält von dem amerikanischen Pazifisten George Davis Herron ein Telegramm, in dem es heißt: „Ich habe mein möglichstes getan, um den Präsidenten und die Entente-Regierungen zu überzeugen, dass ihre Regierung vertrauenswürdig ist.[...] Vor allem rate ich Ihnen dringend, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen, zweitens die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung am Anfang des Krieges und an den Grausamkeiten der Kriegsführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend. [...] Ich bitte Sie, kühn, offen und unverzüglich zu handeln, nicht nur Deutschlands, sondern der Zivilisation und der Menschheit wegen.“ Diese Ratschläge entsprechen Eisners eigenen Erfahrungen und Intentionen bis ins Detail. Doch welche Handlungsmöglichkeiten stehen ihm konkret offen, da der Rat der Volksbeauftragten in Berlin, der aus je drei SPD- und USPD-Männern besteht, wobei die Letztgenannten über eine Statistenrolle nicht hinauskommen, kaum eigene Schritte zu Friedensverhandlungen unternehmen wird.

21. November 1918 – Eduard Schmid fordert Reformen im Rathaus

München-Graggenau * Der Mehrheitssozialist Eduard Schmid fordert in der Magistratssitzung im Münchner Rathaus in einem Antrag eine Vereinfachung der Stadtverwaltung, eine schrittweise Reform, die der neuen politischen Lage angepasst ist, die sofortige Herstellung der „notwendigen Fühlung [...] mit den zuständigen Stellen des Volksstaates“. „Die Kommunalverbände sollen zunächst durch das Wirken des Arbeiter- und Soldatenrates nicht beeinflusst werden.“

22. November 1918 – Gründung der Deutschnationalen Volkspartei - DNVP



Berlin * Die Deutschnationale Volkspartei -DNVP wird durch einen Zusammenschluss der Deutschkonservativen Partei, der Freikonservativen Partei, der Christlich-sozialen Partei und der Deutschen Vaterlandspartei - DVLP gegründet. Die neue Partei sieht sich als Vertreter der vaterländischen Verbände, tritt für die Wiederherstellung der deutschen Monarchie ein und fordert Wahlen zur Nationalversammlung.

22. November 1918 – Der Rat der Volksbeauftragten setzt seinen Machtanspruch durch

Berlin * Der von Mitgliedern des Rats der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats gebildete Ausschuss zur Erarbeitung der Kompetenzabgrenzung zwischen den beiden Gremien legt sein Ergebnis vor. Der Rat der Volksbeauftragten setzt seinen Machtanspruch weitgehend durch. Man vereinbart die Einberufung einer Reichsversammlung von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte.

23. November 1918 – Verhaltensmaßregelungen des Münchner Erzbischofs

München-Kreuzviertel * In einem von Erzbischof Michael von Faulhaber verfassten Grundsatzpapier fordert er seinen Klerus auf, jede positive Anerkennung der neuen Regierung in Bayern und jeden direkten Kontakt mit dem neuen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Johannes Hoffmann, zu vermeiden. „Der geistliche Stand kann und darf nicht daran denken, der tatsächlich bestehenden öffentlichen Gewalt gewalttätigen Widerstand entgegenzusetzen. Den öffentlichen Dank und den Abschiedsgruß an das Jahrhundertelang mit dem Bayernvolk verwurzelte Haus Wittelsbach und an die ehrwürdige Gestalt des Königs Ludwig III. müssen wir einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.“

23. November 1918 – Die Zeitschrift Die neue Zeit erscheint

München * Die Zeitschrift Die neue Zeit * Volkstümliche, parteilose Wochenschrift für Freiheit und Recht! erscheint erstmals. Ihr Herausgeber ist Wilhelm Craemer. Die erste Ausgabe trägt die Überschrift „Könige auf der Flucht!“. Der Artikel beginnt so: „Den Krieg haben wir verloren, - und das ist traurig! Geld und Gut werden wir verlieren, - das ist tiefbetäubend! Und die Könige haben wir auch verloren! - Gott sei Dank! Dreimal Dank! Hei! Wie sind sie gelaufen, als die rote Fahne sich entfaltete, gelaufen wie die Spitzbuben sind sie, jene Machthaber, die kalten Blutes Millionen von Menschen dem Hungertode nahe gebracht, die Millionen von Existenzen ruiniert haben!“



24. November 1918 – Der Ex-König lässt seinem Ärger freien Lauf

Schloss Wildenwart * Ex-König Ludwig III. schreibt an seine Schwester Therese: Wir sind „der Übermacht unterlegen in Folge von Fehlern der Obersten Heeresleitung und der mangelnden Führung der äußeren Politik der Reichsleitung. Wir in Bayern müssen die Folgen mittragen, obwohl wir wahrlich nicht das Geringste dafür können. Die Revolution vom 7. November war zum mindesten sehr überflüssig, da es ein freieres Volk als das bayerische nicht gegeben hat.“ Sein eigenes Versagen als höchster Repräsentant des Königreichs Bayern schiebt er auf die Regierung, die nach seiner Auffassung „keinen Schuss Pulver wert“ gewesen sei. Die Regierung hat ihn „schmählich im Stich gelassen“. Und weil er schon mal ein Feindbild hat, schimpft er weiter über „die Hunde, mit der Gesellschaft habe ich gebrochen, von den Kerlen kommt mir keiner mehr, wenn ich zurück komme“.

24. November 1918 – Die BVP schließt die Wiederherstellung der Monarchie aus

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP teilt mit: „Eine Wiederherstellung der Monarchie in der alten Form und Machtvollkommenheit erscheint ausgeschlossen.“

24. November 1918 – Die Deutschnationale Volkspartei - DNVP wird gegründet

Berlin * Die Deutschnationale Volkspartei - DNVP wird gegründet. Sie bekennt sich „zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform“.

25. November 1918 – Die Beschlüsse der Ministerpräsidenten-Konferenz

Berlin * Die Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin, auch Reichskonferenz der deutschen Bundesstaaten genannt, stimmt letztlich nur der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung, der Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und der schnellen Herbeiführung eines Präliminarfriedens [= Vorfrieden oder vorläufiger Frieden] mit großer Mehrheit zu. Bis die konstituierende Nationalversammlung zusammen tritt, werden die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens angesehen.

25. November 1918 – Kurt Eisner bricht die diplomatischen Beziehungen zum Auswärtigen Amt



München - Berlin * Noch in der Nacht sendet Ministerpräsident Kurt Eisner ein Telegramm an den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, in dem er den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Auswärtigen Amt bekannt gibt: „Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen und das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Äußern des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen.“

27. November 1918 – Die Beseitigung der Reichsregierung Ebert-Scheidemann gefordert

München - Berlin * Der Vollzugsausschuss der Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte fordert die Beseitigung der Reichsregierung Ebert-Scheidemann.

27. November 1918 – Kurt Eisners Vorschläge für ein provisorisches Reichspräsidium

München - Berlin * In einem Telegramm an den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, übermittelt Kurt Eisner seinen Besetzungsvorschlag für das von ihm auf der Ministerpräsidenten-Konferenz vorgeschlagene provisorische Reichspräsidium. Darin schlägt er - neben sich selber - vor: die Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Karl Kautsky [alle USPD] und den parteilosen Diplomaten Johann Wilhelm Muehlon. Keiner der Vorgeschlagenen gehört der MSPD an. Der Sitz des Gremiums soll in München sein.

28. November 1918 – Kaiser Wilhelm II. dankt ab

Amirong * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet seine Abdankungsurkunde. „Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie mir als ihrem Kaiser, König und obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen. Urkundlich unter unser höchst eigenhändigen Unterschrift und begedrücktem kaiserlichen Insiegel. Gegeben Amirong, den 28. November 1918. gez. Wilhelm“



29. November 1918 – Kurt Eisner äußert sich zu den Anfeindungen in der Presse

München * Unter der Überschrift Zur Kenntnisnahme veröffentlicht der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern: Kurt Eisner nachstehende Erklärung: „Man bemüht sich von allen Seiten mich aufmerksam zu machen auf die albernen Artikel, die eine gewisse Presse gegen meine Person richtet. Ich erfahre daraus allerlei interessante Bereicherungen meiner Biographie. Man erweist mir darin auch die Ehre, mich mit einem Familien- und Erwerbssinn zu begaben, der mir nur in geringstem Maße bisher beschieden war. Schon habe ich meinen gesamten Familienanhang in gut bezahlten Stellungen untergebracht. Besorgte Leute verlangen von mir, daß ich gegen solche Äußerungen, die jedoch nur eine Fäulniserscheinung des zusammengebrochenen Systems sind, einzuschreiten. Ich wiederhole, daß die Presse in voller Freiheit soviel Dummes und Kluges, soviel Anständiges und Schmutziges produzieren soll, wie es ihrem geistigen und moralischen Vermögen entspricht. Ich habe in den 4 ½ Kriegsjahren soviel Verachtung gegen diese Presse aufgehäuft, daß sie genügt, um mich für den Rest meines Lebens gegen jede Neigung zu festigen, auch nur polemisch mich mit ihr zu befassen.“

30. November 1918 – König Wilhelm II. von Württemberg verzichtet auf den Thron

Tübingen-Schloss Bebenhausen * In einer Bekanntmachung an das württembergische Volk legt König Wilhelm II. von Württemberg freiwillig die Krone nieder.

30. November 1918 – Die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten wird gegründet

München * Der Kreis um Erich Mühsam gründet die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten - VRI. Sein Ziel ist, die Revolution siegreich zu Ende zu führen - auch gegen den Widerstand des zu wählenden Parlaments. Erich Mühsam lehnt zudem die stark zentralistisch geprägten Positionen des am 11. November 1918 in Berlin ins Leben gerufenen Spartakusbundes strikt ab. Dennoch gehören viele VRI-Mitglieder zur später gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD. In einem Flugblatt fassen sie ihre Ziele zusammen: „Revolutionäre, internationalistisch gesinnte, kommunistische Arbeiter und Soldaten! Männer und Frauen! Nicht alle Volksgenossen sind mit dem bisherigen Verlauf der Revolution einverstanden. [...] Wir verlangen die Verwirklichung des Sozialismus als Krönung der gegenwärtigen Volksbewegung. [...] Wir blicken nicht auf den Weg, sondern aufs Ziel. Das Mittel der Revolution heißt Revolution. Das ist nicht Mord und Totschlag, sondern Aufbau und Verwirklichung“. Geschäftsstelle ihrer neuen Vereinigung wird das Wirtshaus Braunauer Hof in der Frauenstraße. Erich Mühsam bezeichnet die Stunden hier als die „eigentlich beste Zeit der Revolution“.



1. Dezember 1918 – Parlamentstätigkeit im Deutschen Theater

München-Ludwigsvorstadt * Die Revolutionsregierung nutzt das Deutsche Theater bis zum 21. Februar 1919 als Sitz des Parlaments des Volksrates.

1. Dezember 1918 – Der Vorwärts rechnet mit Kurt Eisner ab

Berlin - München * Friedrich Stampfer, Chefredakteur beim Vorwärts, rechnet mit einem ehemaligen Kollegen ab und schreibt mit arroganter Überheblichkeit in der SPD-Zeitung Vorwärts einen Leitartikel über Kurt Eisner und die Revolution in Bayern: „Als am 8. November 1918 die Kunde kam, dass Eisner bayerischer Ministerpräsident geworden sei, erfüllte Heiterkeit die Redaktionsstuben, sie pflanzte sich fort in die Setzer- und Maschinensäle. Es war keiner unter uns, der Eisner von der alten Zeit her nicht liebte, keiner, der ihm übel wollte oder ihn missachtete. Dennoch: Heiterkeit überall, wohlwollende Heiterkeit. [...] Wozu wären wir ein befreites Volk, wenn es nicht erlaubt wäre, einem alten Freund offen und öffentlich zu sagen: Du hast in Deinem Leben schon viele Böcke geschossen, aber dass Du Dich von Deinen revolutionären Schwabinger Literaturfreunden zum Ministerpräsidenten machen ließest, das war Dein größter Bock. [...] Du lebst in einer Welt des holden Wahnsinns, wenn Du glaubst, Du eingewandeter Berliner Literat, der im öffentlichen Leben noch nie eine Rolle gespielt hat und den man in Bayern bis vor drei Wochen kaum kannte, Du könntest Dich auf das Vertrauen des bayerischen Volkes stützen. [...] Diese Ministerpräsidentschaft [...] steht zum Ernst unserer Zeit in erschütterndem Gegensatz. Kasperlekomödie des Lebens, frei nach Frank Wedekind, von Kurt Eisner, mit dem Dichter in der Titelrolle. München - Schwabinger Naturtheater. In fünf Minuten geht der Vorhang herunter und dann ist Schluss.“

1. Dezember 1918 – Die Union der Siebenbürger Rumänen mit ihren Volksgenossen in Rumänien

Karlsburg * Die Volksversammlung der Siebenbürgener verkündet die Union der Siebenbürger Rumänen mit ihren Volksgenossen in Rumänien.

2. Dezember 1918 – Eisner zur Wahl der Nationalversammlung vor den Soldatenräten

München * Auf der Sitzung der Soldatenräte gibt Ministerpräsident Kurt Eisner eine Regierungserklärung ab. In dieser verkündet er: „Die Volksregierung Bayern wird ihr Versprechen, die Nationalversammlung so rasch als möglich einzuberufen, einlösen.“ Die



Aussage wird von den Anwesenden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

4. Dezember 1918 – Eine Kommission erstellt ein Sozialisierungskonzept

Berlin * Da der Rat der Volksbeauftragten kein Sozialisierungskonzept hat, wird eine Kommission gegründet, in der Karl Kautsky von der USPD und Ernst Francke, der Generalsekretär der Gesellschaft für soziale Reformen, den Vorsitz übernehmen. Vertreter der MSPD, der Gewerkschaften und der Unternehmer gehören dem Gremium zusätzlich an. Aufgrund der Zusammensetzung ist kaum mit schnellen Entscheidungen und Einschnitten zu rechnen. Die Kommission dient mehr der Beruhigung in allen Richtungen.

5. Dezember 1918 – Der Wahlkampf in Bayern und im Reich beginnt

München - Freistaat Bayern - Deutsches Reich * Der Wahlkampf beginnt. Er wird mit der Wahl der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 enden. Diese Wahl findet eine Woche nach den Wahlen zum Bayerischen Landtag statt. Als die beiden stärksten Parteien werden in Bayern die Mehrheitssozialdemokraten - MSPD und die Bayerische Volkspartei - BVP eingeschätzt. Es ist nur die Frage, wie sich die Mehrheiten verteilen werden. Die USPD hat - trotz einer verbindlichen Absprache mit dem Bayerischen Bauernbund - BBB - keine Erfolgsaussichten. Sie hofft auf einen so großen Stimmenzuwachs, dass sie für eine Regierungskoalition unentbehrlich sein würde. Der Spartakusbund, der sich nach dem 31. Dezember 1918 Kommunistische Partei Deutschlands - KPD nennen wird, weigert sich, an der Wahl teilzunehmen.

6. Dezember 1918 – Matrosen und Soldaten für die Wahl zur Nationalversammlung

Berlin * Am späten Nachmittag versammeln sich vor der Reichskanzlei Matrosen und Soldaten. Ein Feldwebel Spiro, der Vorsitzende des Soldatenrats des Ersatz-Bataillons des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2, hält eine Ansprache, in der er darstellt, dass „Deutschland in dem unermesslichen Unglück einer vollen Katastrophe“ steht, „die nur durch bewusste Zusammenfassung aller Kräfte und durch freiwillige Unterordnung jedes Einzelnen unter das gemeinsame Wohl überwunden werden kann“. Er fordert abschließend, dass die Nationalversammlung für den 20. Dezember einberufen wird. Danach ernennt er - „gestützt auf die bewaffnete Macht und im Bewusstsein für die ganze Nation zu sprechen“ - Friedrich Ebert zum Präsidenten Deutschlands. Ebert antwortet mit „ruhiger, fester, durchdringender Stimme:



Kameraden und Genossen! Der Ruf, der an mich ergangen ist, kann und will ich nicht annehmen, ohne vorher mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das ist eine hoch wichtige Angelegenheit, deren Entscheidung allein in den Händen des Rates der Volksbeauftragten liegt“. Feldwebel Spiro zieht daraufhin mit seinen Truppen geschlossen ab. Das Ziel der Soldaten ist, die Revolution faktisch zu beenden und die Kräfte links des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu entmachten.

6. Dezember 1918 – Die Verhaftung des Vollzugsrats verhindert

Berlin * Zur selben Zeit wird der Versuch unternommen, den Vollzugsrat zu verhaften. Er ist neben dem Rat der Volksbeauftragten das wichtigste Organ der Revolution. Weil sich die Betroffenen gegen die Verhaftung wehren und protestieren, kommt der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn mit Kräften der Sicherheitswehr dem Vollzugsrat zu Hilfe. Die Verhaftung scheitert - die Putschisten müssen erfolglos abziehen.

6. Dezember 1918 – Bildung einer freiwilligen Volkswehr möglich

Berlin * Das Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr wird beschlossen.

6. Dezember 1918 – Die antisemitischen Tendenzen des Bayerischen Kuriers

München * Der Bayerische Kurier, das Organ der Bayerischen Volkspartei - BVP, zeigt ganz eindeutig antisemitische Tendenzen: „Für die BVP spielt auch die Rassenzugehörigkeit keine Rolle. [Ihre Mitglieder] achten und ehren jeden ehrlichen Juden. [...] Was aber bekämpft werden muss, das sind die zahlreichen atheistischen Elemente eines gewissen internationalen Judentums mit vorwiegend russischer Färbung“. Die politischen Parolen der Bayerischen Volkspartei lauten: „Los von Berlin!“ und „Bayern den Bayern!“. Die letzte Aussage richtet sich nicht gegen Preußen, sondern vor allem gegen die Juden, die in der Regierung Eisner zahlreich vertreten sind.

6. Dezember 1918 – Erich Mühsam und seine Gefolgschaft stürmen den Bayerischen Kurier

München * Erich Mühsam und seine Anhänger stürmen am Abend das Verlagshaus des Bayerischen Kuriers, einer stramm konservativen Zeitung und Organ der Bayerischen Volkspartei



- BVP. Erich Mühsam übernimmt persönlich die Redaktion. Die Drucker verbünden sich mit den Besetzern, nachdem sie diesen eine Beteiligung an der Zeitung versprochen haben.

7. Dezember 1918 – Plakate sollen die Bevölkerung beruhigen und informieren

Berlin * Noch in der Nacht zum 7. Dezember lässt der Rat der Volksbeauftragten Plakate anschlagen. Sie sollen einerseits die Lage beruhigen und andererseits die Bevölkerung darüber informieren, dass die Vorfälle und die Todesfälle vom 6. Dezember mit strengster Härte verfolgt werden.

7. Dezember 1918 – Räte: Der Abschaum der Bevölkerung

München - Vatikan * Uditore [= die rechte Hand des Nuntius] Lorenzo Schioppa berichtet an den Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri: „Der Münchner Arbeiter- und Soldatenrat setzt sich aus dem Abschaum der Bevölkerung zusammen, aus vielen Nichtbayern aus der Marine, Juden, Einheimischen, die schon lange gegen Adel und Klerus aufbegehren, und kaum aus Bürgern und Soldaten, die wirklich an der Front waren“.

7. Dezember 1918 – Ein sozialistischer Aufruf im Bayerischen Kurier

München * Die Leser der stark konservativen Zeitung Bayerischer Kurier, die zugleich das Organ der Bayerischen Volkspartei - BVP darstellt, müssen lesen: „Brüder! Die Soldaten und Arbeiter Münchens haben heute nacht die Zeitungen besetzt. Sie haben der schändlichen Hetzpresse, die das Volk durch 51 Monate belogen und betrogen hat und eine ungeheuere Blutschuld an diesem Völkermord trägt, ihr Gift genommen. Die Übernahme der Zeitungen geschah in größter Ruhe und Ordnung, und sie erscheinen von nun ab unter unserer Leitung. [...] Es lebe die internationale sozialistische Weltrepublik! Die revolutionären Internationalisten Bayerns“.

8. Dezember 1918 – Das 2. Infanterie-Regiment trifft in München ein

München * Um 15 Uhr trifft das I. Bataillon des 2. Infanterie-Regiments mit zwölf Offizieren und 400 Mann in München ein. Mit wehenden weißblauen Fahnen und vom versammelten Volk umjubelt ziehen sie zur Kaserne an der Infanteriestraße.



8. Dezember 1918 – Ebert verweigert sich dem Putschvorhaben der OHL

Berlin * Reichskanzler Friedrich Ebert verweigert sich dem Putschvorhaben der Obersten Heeresleitung - OHL. Mit dem preußischen Kriegsminister Schöuch und dem Vollzugsrat handelt Ebert die Modalitäten des Truppeneinzugs aus. Der erzielte Kompromiss läuft den Putschplänen der Heeresleitung entgegen. Denn es sollen nur Berliner Truppenteile mit begrenzter Menge an Taschenmunition in der Hauptstadt einziehen. Außerdem sollen sie von Arbeiterabordnungen eskortiert werden.

8. Dezember 1918 – Die Oberste Heeresleitung lehnt den Kompromiss ab

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL lehnt den Kompromiss zwischen Reichskanzler Friedrich Ebert, dem preußischen Kriegsminister und dem Vollzugsrat zum Truppeneinzug in Berlin ab. Der OHL-Plan war der Einzug von „zuverlässigen Divisionen“ bestehend aus 150.000 Mann, in voller Kriegsausrüstung mit schweren Waffen und Munition, die einen entsprechend erfolgreichen Putsch und die Niederschlagung der Revolution durchsetzen sollten.

9. Dezember 1918 – Ein Eid auf die Republik und die provisorische Regierung

Berlin * Bei Verhandlungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat wird ein Kompromiss gefunden, der den am nächsten Tag einziehenden Frontsoldaten erlaubt, Munition mitzuführen, aber keine Maschinengewehre, keine schweren Waffen und keine Panzerfahrzeuge. Die Truppen müssen sich verpflichten, „ihre ganze Kraft in den Dienst der jetzigen provisorischen Regierung zu stellen“. Reichskanzler Ebert vereidigt einige dieser Einheiten - symbolisch für das gesamte Offizierskorps - auf die Republik und die provisorische Regierung.

10. Dezember 1918 – Die Bayerischen Volkspartei - BVP wehrt sich

München * In einer von der Bayerischen Volkspartei - BVP finanzierten Zeitungsannonce ist zu lesen: „Lügner und Verleumder! nennen wir jeden, der behauptet, die BVP spiele mit dem Gedanken der Wiedereinführung der Wittelsbacher.“

10. Dezember 1918 – Antisemitismus im Buchloer Anzeigenblatt



Buchloe - München * Im Buchloer Anzeigenblatt erscheint ein antisemitischer Artikel. Dem Redakteur Cölestin Rabis schwebt sogar eine Endlösung vor. „Der Jude Eisner spielt Diktator und beschwindelt das Volk wie vordem unsere Diplomaten. [...] Politik ist und bleibt ein Geschäft, und Jude bleibt Jude. [...] Die Judenfrage ist ein Problem für sich, welches das deutsche Volk endlich einmal mit gerechter Strenge zu lösen hat, aufgefasst als Rassenfrage und nicht als Religionsproblem.“

12. Dezember 1918 – Eisner: Der Mensch darf nicht mehr Sklave der Maschinen werden

München * In einer Wahlrede vor den Unabhängigen erklärt Kurt Eisner: „Die Revolution war ja schon geplant im Januar“. Und weiter: „Sozialismus ist nur ein Wort und Sozialismus, das Wort, erfüllt man mit Leben, indem man es verwirklicht; wie auch Demokratie nicht dekretiert werden kann von oben, wie die Freiheit nur in sich selbst und aus sich selbst reift. Ein Volk, das nicht frei ist, kann niemals die Freiheit gebrauchen lernen; erst wenn es frei ist, lernt es, frei zu sein. Nur so können wir sozialistische Politik treiben. Der Sozialismus wirkt, indem er sich verwirklicht. Er birgt ein Fülle schwerster Probleme. Aber das Ziel ist klar: wir müssen die menschliche Knechtschaft beseitigen. Wir müssen die Güter der Erde allen zuteil werden lassen. Es darf nicht mehr sozial Unterdrückte in der künftigen Gesellschaft geben. Wie immer die Gliederung und der Aufbau in der zukünftigen Gesellschaft sich vollziehen wird, welche wirtschaftlichen Formen wir finden werden, der Mensch darf nicht das Opfer seiner Verhältnisse werden, sondern der Mensch muß Herr über seine Verhältnisse werden. Der Mensch darf nicht mehr Sklave der Maschinen werden, sondern Herr über die Technik. Der Mensch darf nicht mehr Objekt des Profits werden, sondern jeder, der arbeitet, muß mitbestimmen können an der Gestaltung dieser Arbeit. Wir haben es immer abgelehnt, einen Zukunftsstaat auszumalen. Einen Zukunftsstaat prophezeit man nicht, sondern man schafft ihn.“

12. Dezember 1918 – Die Volksmarinedivision soll das Stadtschloss räumen

Berlin * Das Kriegsministerium und die Stadtkommandantur drängen darauf, dass die Volksmarinedivision das Stadtschloss räumt.

13. Dezember 1918 – Die Volksmarinedivision ist zu Verhandlungen bereit

Berlin * Die Führung der Volksmarinedivision ist bereit, mit der Stadtkommandantur über die Reduzierung der Mannschaftsstärke auf 600 Matrosen und die Räumung des Stadtschlusses und



des Marstall zu verhandeln. Die Vereinbarung wird zunächst nicht umgesetzt, weil die Matrosen die Zusage wollen, dass die Entlassenen in die Republikanische Schutztruppe übernommen werden.

13. Dezember 1918 – Ministerpräsident Kurt Eisner, das Parlament und die Räte

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner konkretisiert auf der zweiten Sitzung des Provisorischen Nationalrats sein Konzept über die Zusammenarbeit von Parlament und den Räten. Dabei stellt er heraus: „Jeder, der arbeitet, also auch jede Organisation von Arbeitenden, soll nicht nur die persönlichen und beruflich-wirtschaftlichen Interessen vertreten, nicht nur die Standes- und Gewerbsinteressen, sondern sie soll die gesamte Arbeit eines bestimmten Berufs in den Dienst der Demokratie stellen.“ Die „produktive Demokratie“ soll im Gegensatz zur „formalen staatsrechtlichen Demokratie“ nicht nur das „Recht gleicher Teilnahme“, sondern die „Pflicht gleicher Mitarbeit“, also die „lebendige Teilnahme aller Glieder des Volkes an der Gesamtheit der Nation“, beinhalten. „Die Nationalversammlung muss die oberste, souveräne, gesetzgebende Körperschaft sein, sonst wäre sie ja kein Parlament, kein demokratisches Parlament. Die künftige Nationalversammlung ist die Gesetzgeberin, die souveräne Gesetzgeberin, aber in den Räten liegt die moralische Kraft der Massen. Von hier aus soll der lebendige Geist der Demokratie und des Sozialismus hinüber strömen in das Parlament der Abgeordneten.“

13. Dezember 1918 – Wilhelm Solf, der Leiters des Auswärtigen Amtes, tritt zurück

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten nimmt das Rücktrittsgesuch des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf, an. Als sein Nachfolger wird Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau berufen, der aber von Kurt Eisner ebenso „ungünstig“ beurteilt wird wie Solf.

16. Dezember 1918 – Die geistliche Schulaufsicht wird abgeschafft

München-Kreuzviertel * Der Ministerrat billigt die von Kultusminister Johannes Hoffmann vorgelegte „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“. Darin wird ab 1. Januar 1919 die geistliche Schulaufsicht abgeschafft und Übergangsregelungen für die Zeit bis dahin festgeschrieben. Die Ortsschulaufsicht geht vom Ortspfarrer auf den Bürgermeister über. Darüber hinaus wird ein freireligiöser Sittenunterricht eingeführt und der Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht abgeschafft. Damit sind zentrale kulturpolitische Forderungen der



Sozialdemokratie der letzten Jahrzehnte erfüllt.

16. Dezember 1918 – In Berlin beginnt der Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte

Berlin * Der Erste Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands beginnt im Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin. Der Reichsrätekongress dauert bis zum 20. Dezember.

Pro 200.000 Einwohner wird ein Arbeiterrat, pro 100.000 Soldaten ein Soldatenrat entsandt. Die SPD-Delegierten haben eine Zweidrittelmehrheit. Nur zwei von 490 Delegierten sind Frauen. 298 Delegierte sind Mitglieder der MSPD, 101 Delegierte gehören der USPD an. 25 bezeichnen sich als Demokraten, 26 Soldatenräte und 49 Arbeiterräte machen keine Angaben zu ihrer politischen Orientierung.

17. Dezember 1918 – Die Volksmarinedivision alarmiert den Räte-Kongress

Berlin * Protestierende Soldaten unter dem Führer der Volksmarinedivision, Heinrich Dorrenbach, erscheinen im Plenum des Ersten Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands und alarmieren die anwesenden Delegierten. Sie fühlen sich durch die zurückgekehrten Fronttruppen, dem Kriegsministerium und der Stadtkommandantur bedroht. Wo die Frontsoldaten auf die Räte treffen, kommt es zu Zusammenstößen. Versuche, die Soldatenräte zu behindern oder gleich ganz aufzulösen sowie die Embleme der Revolution zu beseitigen, sind keine Einzelfälle.

17. Dezember 1918 – Soldaten besetzen die Versammlung der Deutschen Volkspartei München

München-Ludwigsvorstadt * Eine Gruppe Soldaten besetzt die Versammlung der Deutschen Volkspartei München im Saal des Hotel Wagner. Die Eindringlinge stören den Ablauf derart, dass die Beratungen vorzeitig abgebrochen werden müssen. Professor Ludwig Quidde erntet stürmischen Beifall der Versammelten, als er die Forderung formuliert: „Wir beanspruchen vom freien Volksstaat Bayern das, was der verfluchte Obrigkeitsstaat uns gewährt hat.“

18. Dezember 1918 – Die Protesterklärung der Bayerischen Bischofskonferenz

München * Der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber reagiert auf die „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ vom 16. Dezember 1918 überraschend pragmatisch



und ist sogar bereit, die Schulaufsicht kampflos aufzugeben. Auf der Bayerischen Bischofskonferenz erstellen die Bischöfe allerdings eine gemeinsame Protesterklärung gegen die schulpolitischen Maßnahmen der Revolutionsregierung. Die Bischöfe beklagen darin die einseitige Verletzung des im Konkordat anerkannten Rechts und betonen die langjährige und treue Mitarbeit der Kirche im Erziehungswesen.

18. Dezember 1918 – Der Räte-Kongress beschließt die Hamburger Punkte

Berlin * Im Ersten Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands kommt es zu einer Debatte über die von den protestierenden Soldaten der Volksmarinedivision vom Vortag vorgetragenen Punkte. Durch die sogenannten Hamburger Punkte steht das deutsche Militär vor einem demokratischen Neubeginn wie noch nie vor diesem 18. Dezember. Die sieben Punkte werden nahezu einstimmig vom Kongress beschlossen: Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr. Entfernung der bisherigen Achselstücke usw. ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen ihrer Truppenteile genießen, dürfen wiedergewählt werden. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisierung in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

18. Dezember 1918 – Die Oberste Heeresleitung droht dem Rat der Volksbeauftragten

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL reagiert scharf auf die vom Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands beschlossenen Hamburger Punkte. Reichskanzler Friedrich Ebert wird massiv unter Druck gesetzt, weil sie Chaos, Niedergang, Bolschewismus und Wehrlosigkeit befördern. Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Wilhelm



Groener erklären gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten ihren Rücktritt, falls die Hamburger Punkte angenommen und umgesetzt werden. „Die Verantwortung für alle Folgen würde vor dem deutschen Volke und der gesamten Welt sowie vor der Geschichte denjenigen zufallen, die diese Resolution durchsetzen würden.“

18. Dezember 1918 – Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung festgesetzt

Berlin * Auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte Deutschlands in Berlin werden die Forderungen des Spartakusbundes und dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD zur Übertragung der gesamten Macht an die Arbeiter- und Soldaten-Räte abgelehnt. Die Mehrheit stimmt für den Antrag der MSPD, „bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt“ dem Rat der Volksbeauftragten [= Regierung Ebert] zu übertragen. Die Mehrheit beschließt, die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 festzusetzen.

19. Dezember 1918 – Den Anspruch auf den Besitz der Staatsgewalt bestätigt

München * Das Bayerische Oberste Landesgericht bestätigt der provisorischen Regierung den Anspruch auf den Besitz der Staatsgewalt. In der Begründung zu einem Urteil über die Rechtsgültigkeit einer Verordnung heißt es: „Die gesetzgebende Gewalt ist ein Ausfluss der Staatsgewalt. Sie steht dem zu, der die Staatsgewalt tatsächlich innehat, also zurzeit der Regierung des Volksstaates Bayern. Die Anordnungen der Regierung haben deshalb verbindliche Kraft.“

19. Dezember 1918 – Abschaffung des Rätesystems und ein Termin für die Wahl

Berlin * Auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands wird über die Frage Nationalversammlung oder Rätesystem beraten. Die Mehrheitssozialdemokraten wollen den Vollzugsrat, das Kontrollorgan des Rats der Volksbeauftragten auflösen. Max Cohen von der MSPD stellt deshalb den Antrag, künftig auf die Räte zu verzichten. Die USPD setzt sich für den Weiterbestand ein. Schlussendlich stimmen die Delegierten mit 344 gegen 98 Stimmen für die Abschaffung des Rätesystems und legen den Termin für die Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 fest.



19. Dezember 1918 – Der Zentralrat ohne Beteiligung der USPD

Berlin * Am Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands wird über den noch zu wählenden Zentralrat debattiert. Dem Rat der Volksbeauftragten wird die gesetzgeberische und die vollziehende Gewalt übertragen. Der Zentralrat soll das Recht zur Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Deutschen Reiches und der Volksbeauftragten Preußens erhalten. Er muss bei der Berufung von Fachministern und Beigeordneten „gehört“ werden und soll das Kabinett „parlamentarisch überwachen“. Der Kongress beschließt gegen die Stimmen der USPD die Vorlage. Die Unabhängigen erklären daraufhin, sich nicht am Zentralrat zu beteiligen.

19. Dezember 1918 – Hindenburgs offener Ungehorsam

Kassel * Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und die Oberste Heeresleitung - OHL weigern sich, die vom Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands beschlossenen Hamburger Punkte anzuerkennen und weisen die Generalkommandos an, ebenso zu verfahren. Das ist offener Ungehorsam. Man will sich keinesfalls der demokratischen Willensbildung beugen.

19. Dezember 1918 – Der erste Feierabend im Deutschen Theater

München-Ludwigsvorstadt * Am Abend veranstalten die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte den ersten Feierabend im Deutschen Theater. Die Veranstaltung soll der Bevölkerung „die Seele aufrütteln zu der Erkenntnis, dass wir Menschen sind, die wir in den Kriegsjahren nicht mehr waren“.

20. Dezember 1918 – Den Vatikan über die Protesterklärung zur Schulaufsicht informiert

München - Vatikan * Uditore Lorenzo Schioppa informiert den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri über Protesterklärung des bayerischen Episkopats gegen die vom bayerischen Ministerrat erlassene „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ vom 16. Dezember 1918.

20. Dezember 1918 – Die Hamburger Punkte werden abgeschwächt



Kassel - Berlin * Generalquartiermeister Wilhelm Groener reist nach Berlin, um über die Umsetzung der Hamburger Punkte mit dem Rat der Volksbeauftragten und dem Zentralrat zu verhandeln. Die Sache geht „dank Eberts geschickter Unterstützung, der wie wenige die Kunst des Abbiegens verstand, aus wie das Hornberger Schießen“, so Groeners Resümee. Der Rat der Volksbeauftragten und der Zentralrat verständigen sich darauf, den Beschluss des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zunächst nicht in Kraft treten zu lassen. Die Hamburger Punkte sollen für das Feldheer keine Anwendung finden. Außerdem sollen Ausführungsbestimmungen erlassen werden. Genau diese Vorgehensweise hat der Kongress zwei Tage vorher ausdrücklich abgelehnt.

20. Dezember 1918 – Ein tief enttäuschter Arbeiterrat Ernst Toller

Berlin - München * Ernst Toller hat für Südbayern als Delegierter am Berliner Reichsrätekongress teilgenommen. Tief enttäuscht fährt er nach München zurück: „Der deutsche Rätekongress verzichtet freiwillig auf die Macht, das unverhoffte Geschenk der Revolution, die Räte danken ab, sie überlassen das Schicksal der Republik dem Zufallsergebnis fragwürdiger Wahlen des unaufgeklärten Volks. [...] Die Republik hat sich selbst das Todesurteil gesprochen.“

20. Dezember 1918 – Massiver Protest zur Abwehr der bolschewistischen Strömungen

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP, die Deutsche Volkspartei - DVP und die Nationalliberale Partei - NLP wenden sich in einem außerordentlich scharfen Appell an die vorläufige bayerische Regierung und fordern die Abwehr der „bolschewistischen Strömungen“ und der „Übergriffe der Räte“.

21. Dezember 1918 – Reichskanzler Ebert streicht der Volksmarinedivision den Lohn

Berlin * Weil aus Sicht der Regierung Ebert die Volksmarinedivision die Vereinbarung vom 13. Dezember zur Reduzierung der Mannschaftsstärke und der Räumung des Stadtschlusses und des Marstalls nicht nachgekommen ist, wird beschlossen, die an diesem Tag fällige Löhnung in Höhe von insgesamt 80.000 Mark „erst nach Räumung des Schlusses und der Herausgabe aller Schlüsselschlüssel an die Stadtkommandantur“ zu zahlen.



22. Dezember 1918 – Die Bevölkerung Münchens begrüßt einziehende Kriegsheimkehrer

München * Stürmisch begrüßt die Bevölkerung Münchens das einziehende 7. Bayerische Feldartillerie-Regiment, bestehend aus 1.200 Mann, 900 Pferde, 120 Fahrzeuge und 30 Geschütze.

23. Dezember 1918 – Die Matrosen wollen die Regierungsaufgaben erfüllen

Berlin * Eine Abordnung der Volksmarinedivision kommt zum Rat der Volksbeauftragten und beklagt die Vorenthaltung ihres Lohnes. Nach einer Diskussion verpflichten sich die Matrosen, die Aufgaben der Regierung umgehend zu erfüllen. Sie erhalten die Zusage, dass die zu kündigenden Matrosen möglichst in die Republikanische Schutztruppe eingegliedert werden sollen.

23. Dezember 1918 – Die Schlüssel des Stadtschlusses werden in der Reichskanzlei abgegeben

Berlin * Um 16 Uhr werden die Schlüssel des Stadtschlusses von Matrosen der Volksmarinedivision beim Rat der Volksbeauftragten abgegeben. Der Stadtkommandant Otto Wels von der MSPD weigert sich aber nun, die Lohnzahlung durchzuführen, weil die Schlüssel nicht in der Stadtkommandantur abgegeben worden sind. Eine Farce. Die Matrosen verlassen verärgert die Reichskanzlei. Auf ihrem Weg werden zwei Matrosen von rechtsstehenden Militärs getötet.

23. Dezember 1918 – Stadtkommandant Otto Wels wird gefangen genommen

Berlin * Eine spontane Demonstration entwickelt sich. Sie zieht zur Kommandantur. Die Matrosen werden erneut beschossen, dieses Mal aus einem Panzerauto. Ein Toter ist zu beklagen. Obwohl den Abgesandten der Volksmarinedivision die Löhnung in der Stadtkommandantur ausgehängt wird, nehmen sie jetzt den Stadtkommandanten Otto Wels und zwei weitere Mitarbeiter gefangen und bringen sie in den Marstall.

23. Dezember 1918 – Die Reichskanzlei wird besetzt, Volksbeauftragte festgenommen

Berlin * Etwa zur selben Zeit erhalten die Matrosen, die am Reichskanzlerpalais Wache stehen, den Befehl, die Fernsprechkentrale der Reichskanzlei zu besetzen, die Ausgänge zu



verriegeln und die Volksbeauftragten festzunehmen. Rund drei Stunden später wird die Besetzung wieder aufgehoben.

23. Dezember 1918 – Missverständnisse ausgeräumt und Lösungen gefunden

Berlin * Als die Truppen des Generalkommandos gegen 22 Uhr eintreffen sind in Verhandlungen Missverständnisse ausgeräumt und Lösungen gefunden. Auch die Freilassung von Otto Wels und seinen mitgefangenen Mitarbeitern ist besprochen. Es herrscht Einigkeit. Aber die Truppen des Generalkommandos wollen den Kampf.

23. Dezember 1918 – Die Oberste Heeresleitung droht Reichskanzler Ebert

Kassel - Berlin * Als Generalquartiermeister Wilhelm Groener von der gütlichen Einigung erfährt, übt er heftige Kritik an dieser Vorgehensweise. In einem Telefonat mit dem Reichskanzler Friedrich Ebert erklärt er, dass es so nicht geht. „Wenn Sie gefangen gesetzt sind, und von der Truppe befreit werden, muss die Truppe auch die Möglichkeit haben, die Gegner [...] nach Kriegs- und Standrecht zu behandeln. Wenn so etwas noch einmal vorkommt, kann ich mit Ihnen nicht mehr weiter zusammengehen; denn dann verderben Sie uns die Truppe“. Einen von Groener vorgeschlagenen Angriff am nächsten Tag auf die im Stadtschloss und im Marstall befindlichen Angehörigen der Volksmarinedivision stimmt Ebert zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu.

23. Dezember 1918 – Verhandlungen ohne die USPD-Volksbeauftragten

Berlin * Um 23 Uhr findet in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen dem Kriegsminister Heinrich Schöuch und den MSPD-Volksbeauftragten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg statt. Der Koalitionspartner, die USPD-Volksbeauftragten Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth sind nicht anwesend und werden auch an den weiteren Vorbereitungen nicht beteiligt. Immer wieder wird der Kontakt mit der Führung der Volksmarinedivision hergestellt, ob der Stadtkommandant Otto Wels und seine beiden mitgefangenen Mitarbeiter inzwischen freigelassen worden sind.

24. Dezember 1918 – Reichskanzler Ebert gibt dem Kriegsminister eine Blankovollmacht



Berlin * Zwischen 0:30 und 1:00 Uhr erklärt Reichskanzler Friedrich Ebert sein Einverständnis zum Angriff auf das Stadtschloss und den Marstall. „Die Situation war sehr ernst, und wir haben dann den Kriegsminister gebeten, das Erforderliche zu veranlassen, um Wels zu befreien.“

24. Dezember 1918 – Die Reichskanzlei ist verlassen

Berlin * Der USPD-Vorsitzende Georg Ledebour kann gegen 3 Uhr die sofortige Freilassung des Stadtkommandanten Otto Wels und seiner Mitgefangenen erreichen. Mit einer Abordnung der Matrosen begibt er sich zur Reichskanzlei. Diese ist aber inzwischen geschlossen und verwaist.

24. Dezember 1918 – Das Stadtschloss wird mit Waffen gestürmt

Berlin * Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division umstellt mit 900 Mann, sechs Geschützen und Maschinengewehren das Stadtschloss und den Marstall. Um 7:30 Uhr werden die Angehörigen der Volksmarinedivision aufgefordert, innerhalb von zehn Minuten den Stadtkommandanten Otto Wels samt seinen Mitgefangenen auszuliefern, die Waffen niederzulegen und die Gebäude zu verlassen. Um 7:40 Uhr werden das Stadtschloss und der Marstall von den Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division beschossen. Weitere zehn Minuten später wird das Schloss gestürmt und gegen 8:10 Uhr haben die Angreifer das Stadtschloss erobert. Beim Marstall dauert es etwas länger.

24. Dezember 1918 – Die Garde-Soldaten werden von der Bevölkerung abgedrängt

Berlin * Um 9:10 Uhr kapitulieren die Verteidiger des Stadtschlusses und des Marstalls. Sie zeigen die weißen Fahnen. Stadtkommandant Otto Wels wird sofort freigelassen. Zur Entwaffnung kommt es nicht mehr, da die Matrosen der Volksmarinedivision während dieser Feuerpause Unterstützung durch die dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn von der USPD unterstellte Republikanische Sicherheitswehr erhalten. Das Gerücht eines gegenrevolutionären Putsches macht die Runde. In kürzester Zeit ziehen tausende Arbeiter, Frauen und Kinder zum Stadtschloss. Die Lage dreht sich. Jetzt sind plötzlich die Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Bedrohten. Gefangene Matrosen werden befreit, die Garde-Soldaten von der Bevölkerung eingeschlossen und abgedrängt. Reichskanzler Friedrich Ebert gibt den Befehl zur sofortigen Einstellung der Kämpfe. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division muss abziehen und in der Universität Schutz suchen. Begleitet werden sie von der ihnen wenig freundlich gesinnten Bevölkerung. Die Demonstration



ist inzwischen auf 100.000 Menschen angewachsen. Die Oberste Heeresleitung - OHL und Generalquartiermeister Wilhelm Groener haben eine fürchterliche Niederlage erlitten und sind grandios gescheitert.

24. Dezember 1918 – Ein gesichtswahrendes Verhandlungsergebnis

Berlin * Eine Besprechung wird in der Universität anberaumt, die die Bevollmächtigten der Regierung unter der Leitung des USPD-Vorsitzenden Georg Ledebour geführt wird. Es wird beschlossen: Die Truppen des Generalkommandos ziehen mit allen militärischen Ehren aus der Stadt. Die Matrosen bleiben bewaffnet. Die Volksmarinedivision räumt das Stadtschloss und den Marstall. Sie wird - wie bereits vorgesehen - von 1.500 auf 600 Mann reduziert. Die entlassenen Matrosen werden in die Republikanische Soldatenwehr integriert.

24. Dezember 1918 – Fazit: 56 tote Soldaten, 11 tote Matrosen

Berlin * Um 14 Uhr verlassen die Truppen des Generalkommandos die Reichshauptstadt Berlin. Die Angreifer müssen 56 tote Soldaten verzeichnen. Auf der Seite der Matrosen sind es elf Tote.

25. Dezember 1918 – Die MSPD-Parteizeitung Vorwärts wird von Demonstranten gestürmt

Berlin * Weil das MSPD-Parteiorgan Vorwärts Kritik am Verhalten der Volksmarinedivision äußert, endet eine Demonstration mit der Besetzung der Zeitung. Die Besetzer richten einen provisorischen Redaktionsstab ein. Dieser lässt ein Flugblatt drucken, das dass „lügerische Reptil“ Vorwärts von nun an als „Roter Vorwärts“ erscheinen und der Bevölkerung „die heiß ersehnte Wahrheit verkünden“ wird.

27. Dezember 1918 – Der Vorwärts druckt die Erklärung der Revolutionären Obleute

Berlin * Im SPD-Organ Vorwärts wird die Erklärung der Revolutionären Obleute abgedruckt. In dieser heißt es, dass die Zeitung „in der letzten Zeit in schamlosester Weise alle ehrlichen und entschiedenen revolutionären Kreise sowie die Volksmarinedivision beschimpft“ habe.

27. Dezember 1918 – Gustav Noske wird zur Krisensitzung geladen



Berlin * Reichskanzler Friedrich Ebert bittet den in Kiel - im Sinne der Reichsregierung - so erfolgreichen Gustav Noske zu einer Krisensitzung nach Berlin, um an den Beratungen über die künftige Entwicklung mitzuwirken. Der MSPD-Mann Noske vertritt die Ansicht, dass geschossen werden muss, wenn „sich dies zur Wiederherstellung der Ordnung als notwendig erweisen sollte, und zwar auf jeden, der der Truppe vor die Flinte läuft“. Das Ziel ist, die radikale Linke auszuschalten, was jedoch mit den Volksbeauftragten der USPD nicht machbar sein wird, weshalb diese schnellstens ihre Funktionen niederlegen sollten. Möglichst von sich aus.

28. Dezember 1918 – Die USPD-Volksbeauftragten werden ausgebremst

Berlin * Das Kabinett Ebert [= Rat der Volksbeauftragten] tagt gemeinsam mit dem Zentralrat. Die USPD-Volksbeauftragten fordern vom Zentralrat die Beantwortung von acht Fragen im Zusammenhang mit den Vorgängen vom 23./24. Dezember und damit Konsequenzen gegenüber dem Koalitionspartner von der MSPD. Der Zentralrat, dem kein Unabhängiger angehört, unterstützt natürlich die MSPD-Volksbeauftragten.

29. Dezember 1918 – Die USPD-Volksbeauftragten treten zurück

Berlin * Kurz nach Mitternacht erklären die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten - USPD (Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth) während der Sitzung der Volksbeauftragten und dem Zentralrat - sehr zur Freude der MSPD - ihren Rücktritt. Sie wollen Deutschland in Richtung eines Rätestaats verändern. Bereits um 0:15 Uhr teilt Reichskanzler Friedrich Ebert den Austritt der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten der Presse mit.

29. Dezember 1918 – Gustav Noske und Rudolf Wissell zu Volksbeauftragte gewählt

Berlin * Um 9 Uhr treten die MSPD-Volksbeauftragten mit dem Zentralrat erneut zusammen, um endgültig über die Nachfolge der ausgeschiedenen Regierungsmitglieder zu beraten und noch am Nachmittag die neue Zusammensetzung auf Flugblättern zu veröffentlichen. Der Zentralrat wählt einstimmig zwei Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten - MSPD in den Rat der Volksbeauftragten. Es sind dies: Gustav Noske und Rudolf Wissell. Alleiniger Vorsitzender ist nun Friedrich Ebert, der sich für eine Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung einsetzt. Das Deutsche Reich soll möglichst bald eine demokratisch legitimierte Regierung bekommen.



30. Dezember 1918 – Frauen werden von der Kirche bedrängt

München * Der Soldatenrat Fritz Schröder berichtet im Provisorischen Nationalrat: „Noch heute wurde mir mitgeteilt, dass überall jetzt hier in München die Frauen bearbeitet werden, indem ihnen gesagt wird: ‚Die Kirche ist in Gefahr, Ihr müsst die Bayerische Volkspartei wählen, wenn ihr nicht die Seelen eurer Kinder verlieren wollt, wenn ihr euch nicht der Gefahr aussetzen wollt, dass ihr nicht in das Himmelreich kommt‘.“

30. Dezember 1918 – Gefährdung der Revolution durch die Politik der Mehrheitssozialisten

Berlin * Die aus dem Rat der Volksbeauftragten ausgeschiedenen USPD-Mitglieder Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth geben eine öffentliche Erklärung für den Grund ihres Ausscheidens ab: Darin erklären sie, dass sie diesen Schritt an dem Punkt unternahmen, „wo sie nicht mehr in der Lage waren, die Gefährdung der Revolution durch die Politik der Mehrheitssozialisten zu verhindern“.

30. Dezember 1918 – Die Bedeutung des Wahlrechts für die Frauen in freien Berufen

München * In der gut besuchten Versammlung der Frauengruppe der Deutschen Volkspartei (Deutsche Demokratische Partei) sprechen die Referentinnen über die Bedeutung des Wahlrechts für die Frauen in freien Berufen und die Aufgabe der nun zur politischen Reife gelangten Lehrerin, die die „Jugend im staatsbürgerlichen Unterricht auf die Wichtigkeit des Wahlrechts vorbereiten soll“.

1919 – Josef Durner gibt den Frankfurter Hof auf

München-Ludwigsvorstadt * Josef Durner gibt den Frankfurter Hof auf. Damit verliert es seine Bedeutung als Volkssänger-Lokal.

1. Januar 1919 – Die Geistliche Schulaufsicht ist im Freistaat Bayern abgeschafft

München * Die „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ tritt in Kraft. Darin wird die geistliche Schulaufsicht abgeschafft.



4. Januar 1919 – Wahlkampf-Versammlungen der Parteien

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP hält an diesem Tag elf, die USPD fünf und die Internationalen Interventionisten eine Wahlkampf-Versammlung ab.

4. Januar 1919 – Berlins Polizeipräsident Emil Eichhorn wird abgesetzt

Berlin * Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn von der USPD wird durch den Rat der Volksbeauftragten abgesetzt. Eichhorn verweigerte am 24. Dezember 1918 den Befehl des Reichskanzlers Friedrich Ebert und der zwei anderen MSPD-Volksbeauftragten, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, die im Berliner Stadtschloss und im Marstall einquartierte Volksmarinedivision mit der ihm unterstellten Republikanischen Sicherheitswehr zu bekämpfen, um den als Geisel genommenen Stadtkommandanten Otto Wels [MSPD] zu befreien. Für Ebert gilt Emil Eichhorn deshalb als unzuverlässig.

4. Januar 1919 – Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen

München-Kreuzviertel - Freistaat Bayern * Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen. Es bildet die Grundlage der Landtagswahlen am 12. Januar 1919. In der Präambel zur Republik heißt es: „In der Stunde höchster Not aber, raffte sich dieses ohnmächtige Volk auf, zertrat in gewaltiger revolutionärer Erhebung das schuldige System der Vergangenheit und riß die Macht an sich. Das politisch ohnmächtige Volk wurde durch die Revolution das freieste“. Der Freistaat Bayern wird von einem Einkammersystem und einem Kabinett gemeinsam regiert. Dem Kabinett steht die oberste vollziehende Gewalt zu. Ihm bleibt außerdem das Recht vorbehalten, innerhalb von vier Wochen eine Volksabstimmung über jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz zu verlangen. Im Artikel 7 des Staatsgrundgesetzes heißt es dazu: „Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.“ Im Staatsgrundgesetz wird auch festgelegt, dass das Unterrichtswesen in Bayern ab sofort eine staatliche Angelegenheit ist. Der Religionsunterricht ist damit nicht mehr eine allein den Glaubensgemeinschaften obliegende Angelegenheit, die Abschaffung der Adelstitel, die Einführung des Frauenwahlrechts. Dass die Räte im Vorläufigen Staatsgrundgesetz mit keinem Wort erwähnt werden, ist den Liberalen und dem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verdanken. Der Artikel 17 bestimmt: „Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muss, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.“ Dadurch kann die Eisner-Regierung auf legaler



Grundlage die Herrschaft über Bayern auch noch nach der Wahl am 2. Februar 1919 in der Rheinpfalz ausüben.

5. Januar 1919 – Die Deutsche Arbeiterpartei - DAP wird gegründet

München-Hackenviertel * Eine Woche vor der bayerischen Landtagswahl wird im Fürstenfelder Hof, in der Fürstenfelder Straße 14, die Deutsche Arbeiterpartei - DAP durch den Werkzeugschlosser Anton Drexler und den Sportjournalisten Karl Harrer sowie 22 weiteren Anwesenden gegründet. Die Deutschen Arbeiterpartei - DAP geht aus dem Münchner Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden hervor, der am 7. März 1918 ebenfalls von Drexler gegründet worden war. Als Vorsitzender der neuen Partei wird Anton Drexler gewählt. Zu den ersten Mitgliedern der DAP zählen fast ausschließlich Arbeitskollegen Drexlers aus den Münchner Eisenbahnwerken. Die ersten Parteiversammlungen finden in Hinterzimmern kleiner Bierlokale statt. Der wenig begeisternde Redner Drexler hält zumeist kaum motivierende Reden, die oft in der Geräuschkulisse des Lokals untergehen. Während der Politische Arbeiterzirkel eindeutig eine Schöpfung der Thule-Gesellschaft ist, soll die Deutsche Arbeiterpartei - aus taktischen Erwägungen - als Gründung Anton Drexlers erscheinen. Vorbereitet wird die konstituierende Parteiversammlung von einem Dreier-Ausschuss, der sich aus Harrer, Drexler und Michael Lotter zusammengesetzt. An der eigentlichen Versammlung nimmt Harrer allerdings nicht teil. Umgekehrt werden Drexler und Lotter keine Mitglieder der Thule-Gesellschaft, verkehren aber als ständige Gäste in den Logenräumen im Hotel Vier Jahreszeiten, wo sie bald auch Personen wie Dietrich Eckart und Gottfried Feder kennenlernen.

In den von der Gründungsversammlung angenommenen Richtlinien der Deutschen Arbeiterpartei heißt es, dass die DAP eine aus „allen geistig und körperlich schaffenden Volksgenossen zusammengesetzte sozialistische Organisation“ ist. Die Deutsche Arbeiterpartei will „die Adelung des deutschen Arbeiters. Die gelernten und ansässigen Arbeiter haben ein Recht, zum Mittelstand gerechnet zu werden. Zwischen Arbeiter und Proletarier soll ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden. [...] Das Großkapital ist als Brot- und Arbeitgeber zu schützen, sofern nicht rücksichtsloseste Ausbeutung des Arbeiters diesem ein menschenwürdiges Dasein unmöglich macht. Die DAP sieht in der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens einen Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft. [...] Darum darf es nicht Sozialisierung, sondern Gewinnbeteiligung für den deutschen Arbeiter heißen. [...]“

Hier zeichnete sich deutlich eine eigentlich mittelständische Orientierung dieser pseudosozialistischen und antisemitischen Organisation ab. Die anfallende Parteiarbeit der zunächst auf München beschränkten winzigen Vereinigung wird im Wesentlichen von dem mit dem Politischen Arbeiterzirkel nicht identischen Arbeitsausschuss der DAP bewältigt, der in den



Anfängen auch die Führung der Gesamtpartei inne hat und dem im Sommer 1919 neben Anton Drexler und Karl Harrer weitere vier Personen angehören. Anton Drexler, der Vorsitzende der Deutschen Arbeiter Partei - DAP, bleibt es bis zum Juni 1921.

5. Januar 1919 – Vom Nordturm der Frauenkirche flattern anti-bolschewistische Flugblätter

München-Kreuzviertel * Vom nördlichen Turm der Frauenkirche flattern angeblich Flugblätter der Bayerischen Volkspartei - BVP, die einen Aufruf gegen den Bolschewismus enthalten. Daraufhin stürmen etwa fünfzig Personen in die Frauenkirche, beschimpfen die Kirchgänger, stören den sonntäglichen Gottesdienst und randalieren in der Sakristei. Eine Durchsuchung der Türme bringt jedoch kein Ergebnis.

6. Januar 1919 – Den Rat der Volksbeauftragten mit Waffengewalt stürzen

Berlin * Der KPD-Führer Karl Liebknecht möchte - gegen den Rat von Rosa Luxemburg - den Rat der Volksbeauftragten mit Waffengewalt stürzen. Damit könnten die für den 19. Januar angesetzten Wahlen zur Nationalversammlung verhindert werden.

6. Januar 1919 – Lebende Schutzschilde vor Regierungsgebäuden

Berlin * Ein Teil der Berliner Bevölkerung stellt sich hinter die Regierung Ebert und sichert als lebende Schutzschilde die Regierungsgebäude.

7. Januar 1919 – Die Verhandlungen mit der Regierung werden vertagt

Berlin * Am Nachmittag sind die Verhandlungen zwischen dem Revolutionsausschuss und Reichskanzler Friedrich Ebert sowie dem Rat der Volksbeauftragten kurz vorm Scheitern. Man vertagt sich auf den nächsten Tag.

7. Januar 1919 – Gustav Noske erhält den Oberbefehl über die Truppen in und um Berlin

Berlin * Der Volksbeauftragte für Heer und Marine, Gustav Noske [MSPD], erhält von Reichskanzler Friedrich Ebert den Oberbefehl über die Truppen in und um Berlin. Es ergehen



Aufrufe zur Aufstellung weiterer Freikorps in Berlin. Außerdem befiehlt Noske die telefonische Überwachung aller Mitglieder des Revolutionsausschusses, um sie später festzunehmen. Dazu werden 50 ausgesuchte Offiziere in allen Berliner Postämtern eingesetzt.

8. Januar 1919 – Chance zur gewaltfreien Beilegung des Konflikts vertan

Berlin * Die Verhandlungen zwischen dem Revolutionsausschuss und dem Rat der Volksbeauftragten scheitern an der beiderseitigen Kompromissunfähigkeit. Damit ist die Chance zur gewaltfreien Beilegung des Konflikts vertan.

8. Januar 1919 – Die Volksbeauftragten fordern zum Widerstand auf

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten fordert die Bevölkerung auf zum Widerstand gegen die Aufständischen und deren beabsichtigte Regierungsübernahme. In einem Flugblatt mit dem Titel: „Die Stunde der Abrechnung naht!“ wird den Aufständischen mit physischer Vernichtung gedroht.

9. Januar 1919 – Wieder Schule nach dem Abklingen der Grippe-Epidemie

München * Nach dem Abklingen der Grippe-Epidemie wird in den städtischen sowie staatlichen Volks- und Mittelschulen der Schulbetrieb wieder aufgenommen.

11. Januar 1919 – Gustav Noske gibt den Einsatzbefehl gegen die Besetzer

Berlin * Gustav Noske [MSPD], der Volksbeauftragte für Heer und Marine, gibt den Einsatzbefehl gegen die Besetzer des Vorwärts. Die Angreifer, das Freikorps Potsdam, erobert das Gebäude mit Flammenwerfern, Maschinengewehren, Mörsern und Artillerie. Nach etwa 70 Artillerieschüssen sind die Besetzer am Ende. Als die Regierungstruppen zum Sturm ansetzen, geben die Aufständischen auf.

11. Januar 1919 – Ludwig Thoma zur Abdankung des bayerischen Königs

Tuften-Tegernsee - Berlin * Ludwig Thoma, der eigentlich stark konservative und königstreue



bayerische Schriftsteller, schreibt seinem Freund Conrad Haussmann seine Einschätzung der revolutionären Tage und zur Abdankung König Ludwigs III.: „Er [König Ludwig III.] verschwand, begleitet von verächtlichem Hohn, dem sich rein nichts an Mitleid, Achtung, Dank entgegenstellte. ‚Milliwucherer, Ochsenhepp, Millibauer‘ aber von waren die offiziellen Titel; der Mann ist heute, mitten in seiner getreuen Provinz Oberbayern, nicht die Spur von Autorität und Mittelpunkt. Ich glaubte zuerst, dass der Kronprinz Anhänger habe, bin aber von dem Glauben abgekommen. Auch bei unsern Bauern ist keine Spur von ‚angestammter Treue‘ zu merken. Ich gestehe Dir offen, dass der Vorgang im ganzen, wie in jeder Einzelheit mich völlig unvorbereitet traf, und doch glaubte ich, das Volk zu erkennen.“

12. Januar 1919 – Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl von 1919

Freistaat Bayern ohne Pfalz * Im Freistaat Bayern findet in sieben der acht Regierungsbezirke die erste demokratische Wahl zum Bayerischen Landtag statt. Lediglich in der Pfalz kann erst drei Wochen später, am 2. Februar, gewählt werden, weil die Wahlvorbereitungen von der französischen Besatzungsmacht behindert worden sind. Das ist der Hauptgrund, weshalb der Termin für die konstituierende Sitzung im Bayerischen Landtag erst knapp sechs Wochen nach der Wahl im Kerngebiet festgesetzt wird. Bei den ersten freien, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen in Bayern sind erstmals auch Frauen wahlberechtigt. Frauen machen 54 Prozent der Wahlberechtigten aus. Anita Augspurg kandidiert auf der Liste der USPD, ohne der Partei anzugehören. Bei den Landtagswahlen in Bayern erhält die Bayerische Volkspartei - BVP 66 Sitze, die SPD 61 Mandate, die Deutsche Demokratische Partei - DDP 25 Abgeordnetenplätze, der Bayerische Bauernbund - BBB 16 Mandate, die rechtsliberale Mittelpartei erringt 9 Abgeordnetensitze. Die USPD erreicht in den 12 Münchner Landtagswahlkreisen immerhin noch 5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Landesweit sind es lediglich 2,5 Prozent. Damit sind sie mit 3 Mandaten im ersten Landtag des Freistaats Bayern vertreten. Bei der Wahl zur bayerischen Nationalversammlung haben dreizehn Parteien Kandidatenlisten aufgestellt. Die KPD hat sich nicht an den Wahlen beteiligt.

13. Januar 1919 – Dank an die braven Truppen der Republik

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten [= Regierung Ebert] dankt „den braven Truppen der Republik“, denen es gelungen ist, „aus eigener Kraft und durch Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte“. Der Januaraufstand, der als Spartakusaufstand in die Geschichte einging, ist



niedergeschlagen.

13. Januar 1919 – Zivilisten müssen alle Schusswaffen abgeben

Berlin * Die Regierung Ebert verordnet, dass die Zivilbevölkerung innerhalb von 24 Stunden alle Schusswaffen abgeben muss. Zuwiderhandlungen werden mit Geld- und Gefängnisstrafen geahndet.

16. Januar 1919 – Scheidemann zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Berlin * Philipp Scheidemann erklärte zum Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht folgendes: „Ich bedauere den Tod der beiden aufrichtig aus gutem Grunde. Sie haben Tag für Tag das Volk zu den Waffen gerufen und zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufgefordert. Sie haben Spazierfahrten durch Berlin mit Maschinengewehren veranstaltet, die sie uns wiederholt vor die Reichskanzlei fuhren, sie haben Tag für Tag ihre Anhänger bis zur Siedehitze aufgepeitscht. Sie haben, nachdem durch ihre Schuld Arbeiter- und Soldatenblut in Strömen geflossen, uns als Mörder und Bluthunde Tag für Tag in ihren Zeitungen und in ihren Versammlungen beschimpft. So sind sie selbst Opfer ihrer eigenen blutigen Taktik geworden.“ Und weiter meint er: „Bei Frau Luxemburg, einer hochbegabten Russin, ist mir der Fanatismus begreiflich, nicht aber bei Liebknecht, dem Sohn Wilhelm Liebknechts, den wir alle verehrten und noch verehren. Sein Sohn, der nunmehr tote Karl Liebknecht, hat sich leider vollkommen in die russisch-terroristische Taktik einspannen lassen.“ Zur Rechtfertigung seiner Person und seiner Regierung äußert er sich: „Wenn mein wahnsinniger Bruder die Flinte auf mich anlegt, so kann ich, wenn es [um] mich allein geht, mich erschießen lassen, um sein Blut zu schonen, aber wenn ich im Begriffe bin, mich in ein brennendes Haus zu stürzen, um Weib und Kind zu retten, und der wahnsinnige Bruder legt dann auf mich an, dann hilft nichts mehr, dann muss ich mich gegen ihn zur Wehr setzen, denn dann geht es nicht mehr um mich, sondern um viele andere.“

16. Januar 1919 – Hochschule für Arbeiter, Soldaten und Bauern geplant

München-Kreuzviertel * Die Regierung des Volksstaates Bayern plant die Gründung einer Hochschule für Arbeiter, Soldaten und Bauern. Die Idee geht vermutlich auf Kurt Eisner zurück.



19. Januar 1919 – Wahl zum neuen gesamtdeutschen Reichstag

Deutsches Reich * Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung [= Reichstag] finden statt. Das deutschlandweite Ergebnis lautet: Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD: 37,9 Prozent = 163 Abgeordnete Christliche Volkspartei - Zentrum: 18,8 Prozent = 91 Abgeordnete Deutsche Demokratische Partei - DDP: 18,1 Prozent = 75 Abgeordnete Deutschnationale Volkspartei - DNVP: 8,6 Prozent = 44 Abgeordnete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD: 7,6 Prozent = 22 Abgeordnete Deutsche Volkspartei - DVP: 4,4 Prozent = 19 Abgeordnete Übrige Parteien: 1,6 Prozent = 7 Abgeordnete Der Wahlkreis Oberbayern und Schwaben erhält 15 Abgeordnetensitze. Davon fallen 6 Sitze auf die BVP, 6 Sitze auf die SPD, 2 Sitze auf den BBB und ein Sitz auf die Deutsche Volkspartei in Bayern - DVP. Von den 15 Abgeordneten gehört keiner der USPD an.

24. Januar 1919 – Kundgebung für einen gerechten Frieden

München-Ludwigsvorstadt * Im Deutschen Theater treffen sich Angehörige und Anhänger aller Parteien zu einer machtvollen Kundgebung. Es geht um den Völkerbund und einen gerechten Frieden. Es sprechen der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter [SPD], Joseph Graf von Pestalozza [BVP], Professor Dr. Moritz Julius Bonn, die Frauenrechtlerin Lida Gustava Heymann und Professor Dr. Lujo Brentano.

25. Januar 1919 – Gründung des Völkerbundes in Paris

Paris * Gründung des Völkerbundes durch die Alliierten unter Ausschluss der ehemaligen Feindstaaten.

27. Januar 1919 – Anton Graf Arco will gegen Kurt Eisner plakatieren

München * Anton Graf Arco auf Valley, der spätere Eisner-Mörder, will mit einem Aufruf die Bevölkerung aufrütteln: „Wer ist Bayerns Vertreter im Reich? Wer greift dem Willen des Bayernvolkes, der durch den Landtag vertreten wird, durch Staatsgrundgesetz? [sic!] Wer macht unser so geachtetes Volk durch kinderhafte politische Manöver im Deutschen Reich und im Ausland lächerlich? Kurt Eisner Ministerpräsident.“ Die Plakatierung des etwas verworrenen Pamphlets wird vom Polizeipräsidenten Josef Staimer verboten.



28. Januar 1919 – Die bayerischen Bischöfe drohen mit Exkommunikation

Freistaat Bayern * Die bayerischen Bischöfe veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, in der die Erklärung des Religionsunterrichts zum Wahlfach als neue kulturkämpferische Gewalttat bezeichnet wird. Die Maßnahme werde „Familienstreitigkeiten, endlose Beunruhigung unseres Volkes und zunehmende sittliche Verwilderung der Jugend“ zur Folge haben. Eltern, die ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden, droht die Exkommunikation und der Ausschluss vom kirchlichen Begräbnis.

29. Januar 1919 – Die Freisinger Erklärung der bayerischen Bischöfe

Freising * Für den Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber ist Kultusminister Johannes Hoffmann ein „ausgesprochener Kulturkämpfer und Kirchenhasser“. In ihrer Freisinger Erklärung fassen die Bischöfe ihren „flammenden Protest“ zusammen und prangern in einem Hirtenbrief die Maßnahme als „Fehdehandschuh gegen den Herrn selbst“ an. Der Hirtenbrief beginnt so: „Herodes der Kindermörder ließ die unschuldigen Kinder von Bethlehem hinschlachten. Unbekümmert um das Weinen und Wehklagen der Mütter, unbekümmert um das Todeswimmern der sterbenden Kinder, ließ er an wehrlosen Kindern seine Wut aus, um mit ihnen den neugeborenen König der Juden, den vermeintlichen Anwärter seines Thrones aus dem Weg zu schaffen.“ In einer extrem polemischen und ehrverletzenden Art geht es weiter: „Geliebte Erzdiözesanen! Am letzten Montag ist im Volksstaate Bayern eine Verordnung ergangen, die vor dem Richterstuhl Gottes schwerer wiegt als der Blutbefehl des Herodes. Durch eine Verordnung des Unterrichtsministers wurde der Religionsunterricht in allen bayerischen Schulen als Pflichtfach abgesetzt und als Wahlfach der Willkür der Eltern und Vormünder ausgeliefert.“

3. Februar 1919 – Kurt Eisner fährt zur Konferenz der Sozialistischen Internationale

München - Bern * Ministerpräsident Kurt Eisner reist in Begleitung von Ernst Toller zur Konferenz der Sozialistischen Internationale nach Bern ins dortige Volkshaus. Die Konferenz dauert bis zum 10. Februar. Es wird Eisners letzter großer Auftritt werden, den er zur Abrechnung mit den Sozialdemokraten nutzt.

3. Februar 1919 – Die Sozialisierungskommission kündigt ihren Rücktritt an

Berlin * Die am 4. Dezember 1918 gebildete Kommission zur Erarbeitung eines



Sozialisierungskonzepts kündigt in einem Schreiben an die Regierung, dem noch amtierenden Rat der Volksbeauftragten, ihren Rücktritt an, da in der Öffentlichkeit „Zweifel an dem Ernst der Sozialisierungsabsichten der Regierung“ entstanden sind.

3. Februar 1919 – BVP-Proteste gegen den Religionsunterrichts-Erlass

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP hält in allen Stadtteilen Protestversammlungen gegen den Religionsunterrichts-Erlass ab, der den Besuchszwang der Religionsstunden abgeschafft hat.

4. Februar 1919 – Der Rücktritt der Sozialisierungskommission kommt ungelegen

Berlin * Die Rücktrittsabsichten der Kommission zur Erarbeitung eines Sozialisierungskonzepts kommt der Regierung ungelegen, weshalb umgehend Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kommission eingeleitet werden.

4. Februar 1919 – Anfrage zur Regierungsbeteiligung an die USPD

Berlin * Die SPD-Fraktion diskutiert über eine mögliche Regierungsbeteiligung der USPD. Man beschließt eine Anfrage, ob die Unabhängigen „auf der Grundlage des Bekenntnisses zur parlamentarischen Demokratie, d.h. zu einer Staatsform, die in jeder Beziehung durch den Willen der Mehrheit des Volkes bestimmt wird, mithin unter Ausschaltung jeder Putschtaktik“ in die „Regierungsmehrheit“ eintreten will. Das Amt des Reichspräsidenten will Friedrich Ebert übernehmen, Philipp Scheidemann soll Reichskanzler werden.

5. Februar 1919 – Die reaktionäre Presse verdreht Eisners Aussagen

München - Bern * Felix Fechenbach berichtet später über die im Volkshaus in Bern stattfindende Konferenz der Sozialistischen Internationale: „In der deutschen reaktionären Presse [...] wurde Eisners Aktion in Bern in das Gegenteil umgelogen. Man behauptete, er habe dort verlangt, die deutschen Gefangenen müssten erst Nordfrankreich wieder aufbauen, ehe sie nach er Heimat zurückkehren dürften. Alle unwahren Behauptungen, die damals über Eisners Auftreten in Bern verbreitet wurden sind seit dem zum eisernen Bestand der deutsch-nationalen und völkischen Agitation geworden.“



6. Februar 1919 – Friedrich Ebert hält die Eröffnungsrede der Nationalversammlung

Weimar * Friedrich Ebert hält die Eröffnungsrede der Nationalversammlung. In einer nüchtern vorgetragenen, von zahllosen Zwischenrufen von links und rechts unterbrochenen Rede erklärt er aller Welt sein Handeln seit dem 9. November und hält fest, was das Reich seither gewonnen hat:

„Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst.“ Und er ist froh, nun das Mandat, das die Revolution ihm aufzwang, zurückgeben zu können an den „höchsten und einzigen Souverän in Deutschland“. Nur auf dem „Weg der Gesetzmäßigkeit“ lassen sich in Deutschland die notwendigen Veränderungen voranbringen.

9. Februar 1919 – Den Rücktritt nochmal überdenken

Weimar - Berlin * Der Volksbeauftragte Rudolf Wissell bittet im Namen der Regierung die Mitglieder der Kommission zur Erarbeitung eines Sozialisierungskonzepts - in Anbetracht auf die „Rückwirkung auf die Öffentlichkeit, die der Rücktritt der Sozialisierungskommission zur Folge haben wird“, den gefassten Beschluss nochmal zu überdenken.

10. Februar 1919 – Vergesst nicht, das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht!

Frankfurt - Weimar * Die liberale Frankfurter Zeitung schreibt zum Weimarer Parlament: „Die deutsche Nationalversammlung in Weimar sollte sofort und dringend den Beschluss fassen, dass in allen Fraktionszimmern und überhaupt überall dort, wo sich Räder der Parteimaschinen drehen, ein großes Plakat angebracht werde, das in Flammenschrift die Worte trägt: ‚Vergesst nicht, das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht!‘“

11. Februar 1919 – Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt

Weimar * Friedrich Ebert von der SPD wird mit 277 von 379 Stimmen zum Reichspräsidenten des Deutschen Reiches gewählt. In seiner Antrittsrede sagt er: „Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei.“

12. Februar 1919 – Albert Roßhaupter ruft zum Eintritt in den Volksheimatschutz auf

München * Albert Roßhaupter, der Minister für militärische Angelegenheiten ruft die



wehrfähigen Männer zum Eintritt in den Volksheimatschutz auf. Dieser soll „die Gefahr des drohenden Krieges im Lande, den der Bolschewismus entfesseln kann“, eindämmen.

12. Februar 1919 – Reichspräsident Ebert ernennt die neue Reichsregierung

Weimar * Reichspräsident Friedrich Ebert setzt das neue Reichsministerium ein. Die Reichsregierung wird auch als Weimarer Koalition bezeichnet. Sie besteht aus SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei - DDP. Das Kabinett Scheidemann setzt sich zusammen aus: Philipp Scheidemann, Reichsministerpräsident, SPD; Otto Landsberg, Justizminister, SPD; Gustav Noske, Reichswehrminister, SPD; Rudolf Wissell, Wirtschaftsminister, SPD; Robert Schmidt, Reichs Ernährungsminister, SPD; Gustav Bauer, Reichsarbeitsminister, SPD; Eduard David, Minister ohne Geschäftsbereich, SPD; Eugen Schiffer, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, DDP; Hugo Preuß, Innenminister, DDP; Georg Gothein, Reichsschatzminister und Minister ohne Geschäftsbereich, DDP; Johannes Bell, Verkehrsminister und Reichsminister für Kolonien, Zentrum; Johannes Giesberts, Reichspostminister, Zentrum; Matthias Erzberger, Minister ohne Geschäftsbereich, Zentrum; Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Auswärtiges Amt, Parteilos. Die Aufgabe des Rates der Volksbeauftragten ist damit erfüllt.

13. Februar 1919 – Die Räte fordern den Rücktritt Albert Roßhaupters

München-Ludwigsvorstadt * Ein Teil der Teilnehmer des Kongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sehen in dem Aufruf des Ministers für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, die wehrfähigen Männer zum Eintritt in den „Volksheimatschutz“ zu bewegen, die Absicht, eine „Weiße Garde“ zu gründen. Sie fordern den Rücktritt des SPD-Staatsministers.

13. Februar 1919 – Reichskanzler Philipp Scheidemann stellt das Regierungsprogramm vor

Weimar * Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann stellt das Arbeitsprogramm der neuen Reichsregierung vor. Es beinhaltet: den sofortigen Friedensschluss, die Demokratisierung der Verwaltung, die Schaffung eines demokratischen Volksheeres, die öffentliche Kontrolle privatmonopolistischer Wirtschaftszweige, die Sozialisierung der Bergwerke und der Energiebetriebe, die verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und soziale Verbesserungen.



13. Februar 1919 – Eisner erhält von der Frankfurter Zeitung Unterstützung

Frankfurt am Main * Zu den wenigen bürgerlichen Zeitungen, die Eisners Wirksamkeit in Bern gerecht wird, gehört die Frankfurter Zeitung. Sie schreibt: „Wer aber in so überaus gehässiger Weise die Arbeit Eisners in Bern entstellt, verdächtig und herabwürdigt, wie das neuerdings geschehen ist, der hat nicht verstanden, worauf es eigentlich beim Sozialistenkongress ankam. [...] Herr Eisner hat sich [...] in Bern um die deutsche Sache verdient gemacht; insbesondere ist die Annahme der sehr erfreulichen Resolution über die Gefangenen auf sein Wirken zurückzuführen.“

15. Februar 1919 – Die Ministerkrise wird für beendet erklärt

München-Ludwigsvorstadt * Die Ministerkrise, die Albert Roßhaupter durch seinen Aufruf an die wehrfähigen Männer zum Eintritt in den „Volksheimatschutz“ ausgelöst hat, ist beendet. Ministerpräsident & Kurt Eisner gibt gegenüber dem Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte & eine entsprechende Erklärung ab. &

15. Februar 1919 – Zeitungs-Aufrufe zur Bildung einer Freiwilligen Volkswehr

München * In den Tageszeitungen erscheinen Aufrufe zur Bildung einer „Freiwilligen Volkswehr“ gegen das „Gespenst der Anarchie“ und das „Elend des Bolschewismus“. & Unterzeichnet sind diese Aufrufe von Kasernenräten & und Kommandeuren einzelner Truppenteile. &

15. Februar 1919 – Die Zahl der Arbeitslosen ist erstmals gesunken

München * Die Zahl der Arbeitslosen ist in der abgelaufenen Woche von 40.228 auf 38.633 gesunken. Das sind 6,5 beziehungsweise 6,2 Prozent der Münchner Gesamtbevölkerung. &

16. Februar 1919 – Eine Befriedungsaktion des Freikorps Totschlag

Hervest-Dorsten * Auf Befehl des Generals Oskar Freiherr von Watters rückt in Hervest-Dorsten im Regierungsbezirk Münster das Freikorps Lichtschlag zu einer „Befriedungsaktion“ ein. Aufgrund der Exzesse erhält das Freikorps im Volk bald den Namen „Freikorps Totschlag“. &



18. Februar 1919 – Die Münchener Post fordert den Rücktritt Kurt Eisners

München * Die SPD-nahe Münchener Post fordert im Zusammenhang mit der Landeskongferenz der Mehrheitssozialisten - SPD den Rücktritt Kurt Eisners. Begründung: „Seine sich auf das Räteregime stützende Politik muss zu den schwersten Konflikten mit dem bayerischen Volke führen.“

19. Februar 1919 – Gegen 16 Uhr beginnt der sogenannte Lotter-Putsch

München * Gegen 16 Uhr beginnt in München der sogenannte Lotter-Putsch, an dem sich rund 600 bewaffnete, überwiegend bayerische Soldaten beteiligen, die am 15. Februar aus Wilhelmshaven kommend hier eingetroffen sind. Die Putschisten unter Führung des Obermatrosen Conrad Lotter schlagen gleichzeitig an drei Stellen zu: Sie besetzen das Telegraphenamt am Hauptbahnhof, verhaften zur gleichen Zeit den Stadtkommandanten Oskar Dürr und den Polizeipräsidenten Josef Staimer in ihren Dienststellen und wollen in das vom Rätekongress besetzte Landtagsgebäude in der Prannerstraße eindringen. Außerdem wollen sie Kurt Eisner festnehmen und in die Tschechoslowakei abschieben. Während die putschenden Matrosen die beiden ersten Aktionen erfolgreich durchführen können, werden sie im Landtag von der Landtagswache mit Maschinengewehrfeuer vertrieben. Die Festnahme von Kurt Eisner verhindert der Landessoldatenrat Richard Scheid. Die Münchner Bevölkerung hält die Putschisten fälschlich für preußische Spartakisten. Es kommt am Bahnhofplatz zu einer kurzen Schießerei, bei dem der Straßenbahnfahrer Franz Stangl durch einen Kopfschuss ums Leben kommt. Gegen 17:30 Uhr ziehen sich die putschenden Matrosen zurück. Conrad Lotter wird verhaftet.

20. Februar 1919 – Anton Graf von Arco auf Valley legt seine Mordmotive schriftlich nieder

München * Einen Tag bevor Anton Graf von Arco auf Valley zur Waffe greift, legt er seine Motive schriftlich nieder: „Eisner strebt nach der Anarchie, er ist Bolschewist, er ist Jude, er fühlt nicht deutsch, er untergräbt jedes deutsche Gefühl, er ist ein Landesverräter. [...] Ich hasse den Bolschewismus, ich liebe mein Bayernvolk, ich bin ein treuer Monarchist und guter Katholik. Über alles achte ich die Ehre Bayerns.“ Arcos Zimmermädchen Walburga Kästele, die Arcos Wohnung in der Prinzregenten Straße 18 betreut, bestätigt die Entschlossenheit des jungen Grafen: „Gegen Abend des 20. Februar nach 6 Uhr sagte Arco ohne besondere Einleitung, als ich zu seiner Bedienung in seinem Zimmer war: Morgen erschieße ich den Eisner.“ Er



sagte das ganz lustig und hat dazu gelacht. Ich glaubte ihm nicht und sagte, das getraue er sich doch nicht, worauf er erwiderte: Doch, doch, ich mache es, der muss weg er ist ein Bolschewik und Jude.“

20. Februar 1919 – Eine arbeitsreiche Regierungszeit

München - Freistaat Bayern * Die Regierung Eisner hat vom 8. November 1918 bis zum Tag der Ermordung Kurt Eisners insgesamt 85 Verordnungen, Bekanntmachungen, Entschlüsse, Ministerialbekanntmachungen, Ministerialentschlüsse und Ausführungsbestimmungen erlassen. Darunter befinden sich Verordnungen, die mit dem Zusatz „mit Gesetzeskraft“ versehen sind. Zum Beispiel: die Verordnung betreffend die Bayerische Notenbank vom 20. November oder die Verordnung betreffend Beaufsichtigung und Leitung der Volksschulen vom 16. Dezember 1918.

20. Februar 1919 – Kurt Eisners Vorstellungen für eine künftige Regierung

München-Kreuzviertel * Das Kabinett-Eisner beschließt, dass die Regierung ihre Ämter zur Verfügung stellt, sich aber bereit erklärt, die Geschäfte fortzuführen bis zur Wahl einer neuen Regierung. Für Kurt Eisner gibt es nur zwei Optionen: Eine sozialistische Regierung unter Zuziehung des Bauernbundes, die auf eine starke Minderheit gestützt ist, oder die gemeinsame Opposition der beiden sozialistischen Parteien gegen ein rein bürgerliches Kabinett. Er ist schon deshalb gegen eine Koalition mit der klerikalen Bayerischen Volkspartei - BVP, weil sozialistische Kulturpolitik nur gegen diese Partei zu machen sei. Den gleichen Standpunkt vertritt er in Bezug auf die Regierungsbildung in der Nationalversammlung des Reiches. Er findet für seine politische Auffassung aber nur wenig Zustimmung. In Bayern will er seine Opposition auf die kraftvolle Mitarbeit der Arbeiterräte stützen, deren weitere Wirksamkeit durch die Verfassung gesichert werden soll.

20. Februar 1919 – Die Räte als Träger einer Zweiten Revolution

München * Kurt Eisner spricht in seiner Schlussansprache des Rätekongresses hoffnungsvoll von den Räten als Träger einer Zweiten Revolution: „Sie wird kein Plündern, kein Straßenkampf sein, sie ist die Sammlung der Massen in Stadt und Land, die ausführt, was die erste Revolution begonnen hat. [...] Das bayerische Volk hat sich den Landtag zusammengewählt, wie er nun einmal da ist. Es haben ja auch Kretinenanstalten dazu mitgewirkt! Die Mehrheit, die Bürgerlichen



sollen nun bürgerliche Politik treiben. Wir werden sehen, ob sie regierungsfähig sind. Inzwischen sollen die Räte ihr Werk tun, die neue Demokratie aufzubauen.“

21. Februar 1919 – Ein Stimmungsumschwung gegenüber der Person Kurt Eisners

München * In der Bevölkerung tritt ein jäher Stimmungsumschwung gegenüber der Person Kurt Eisners ein. Eisner, der noch wenige Tage vor seiner Ermordung bespöttelt und als politisch gescheitert betrachtet wurde, ist nun auf einmal der „Märtyrer der Revolution“. Die erstaunliche Sympathie und Popularität, die der tote Ministerpräsident trotz aller vorausgegangenen Auseinandersetzungen um seine Person und seine Politik genießt, gründet vor allem darauf, dass man seine Ermordung als reaktionäres Komplott aufgefasst. Dem Toten wird in diesen Tagen als „Integrationsfigur des Proletariats“ eine fast kultische Verehrung entgegengebracht.

Tausende von Münchnern besuchen den Schauplatz des Mordes. Noch an seinem Todestag wird an der Stelle, an der Kurt Eisner tödlich zusammengebrochen ist, ein Totenmal errichtet, in dessen Zentrum ein überlebensgroßes, von einem Trauerkranz gerahmtes und auf einer Gewehrpyramide befestigtes Fotoporträt Kurt Eisners imaginäre Gegenwart symbolisiert. Dieser provisorische Epitaph entwickelt sich zu einem von Soldaten bewachten sakralen Bezirk. Die darin niedergelegten Blumengebinde und Kränze verstärken den Eindruck eines grabähnlichen Erinnerungsmales. Es besteht in dieser Form bis zum April. In seinem Roman „Wir sind Gefangene“ beschreibt Oskar Maria Graf auch die Ereignisse in der Nähe des Attentatortes: „Alle Menschen liefen mit verstörten Gesichtern stadteinwärts. Je weiter ich kam, desto aufgeregter wurde die dumpfe Hast. Vor dem Landtag ballte sich ein schwarzer Menschenknäuel, Soldaten und bewaffnete Zivilisten waren darunter. Ich stürmte weiter [...] an den Mordplatz. Da hatten sich Hunderte schweigend um die mit Sägspänen bedeckten Blutspuren Eisners zu einem Kreis gestaut. Fast niemand sagte ein lautes Wort, Frauen weinten leise und auch Männer. Etliche Soldaten traten in die Mitte und errichteten eine Gewehrpyramide. Viele legten Blumen auf den Platz, immer mehr und mehr.“

21. Februar 1919 – Das Attentat auf Erhard Auer (SPD)

München-Kreuzviertel * Als sich der Landtag gegen 11 Uhr wieder versammelt, ergreift Erhard Auer das Wort zu einer Gedenkrede: „Damen und Herren! Der provisorische Ministerpräsident Kurt Eisner hat soeben durch Mörderhand den Tod gefunden. [...] Die Tat wurde von ruchloser Hand in feiger Weise verübt [...]. Diese Handlung muss bei jedem anständigen Menschen tiefsten Abscheu hervorrufen. [...] Wir beklagen in dem Ermordeten den Führer der Revolution in Bayern und zugleich den vom reinsten Idealismus und von treuer Sorge für das Proletariat erfüllten



Menschen. Auf diesem Weg kann und darf nicht fortgefahren werden, wenn nicht vollkommene Anarchie eintreten soll. Angesichts dieser wahnsinnigen Mordtat, gegen deren Urheber mit rücksichtsloser Strenge vorgegangen wird, gilt es nunmehr, die Besonnenheit zu wahren und alle Kräfte zusammenzufassen, um die ungeheuerere Aufgabe der nächsten Zeit so zu lösen, wie es das Interesse des gesamten bayerischen Volkes erfordert.“ Auer hatte seine Rede gerade beendet, da stürzt ein schnauzbärtiger junger Mann, bekleidet mit einem grauen Mantel und Hut, durch einen Seiteneingang in den Sitzungssaal, läuft direkt auf Auer zu, titulierte ihn mit „Du Lump!“, zieht eine Pistole aus seinem Mantel und drückt zweimal ab. Erhard Auer sinkt - in die Brust getroffen - zu Boden. Der konservative Abgeordnete Major Paul Ritter von Jahreiß stellt sich dem fliehenden Attentäter in den Weg und wird durch einen Schuss in den Hals tödlich getroffen. Der Täter ist der im Jahr 1887 in Kelheim geborene Metzger Alois Lindner. Er ist Mitglied in der USPD und im Revolutionären Arbeiterrat. Lindner ist von Auers Schuld an Eisners Ermordung überzeugt. Inzwischen betreten weitere Mitglieder des Revolutionären Arbeiterrats den Saal. Auch sie glauben an Auers Schuld und fordern „Rache für Eisner!“. Es kommt zu einer wilden Schießerei, bei der einer der Mitbegründer der Bayerischen Volkspartei - BVP, Heinrich Osel, ums Leben kommt. In der allgemeinen Panik fliehen die übrigen Anwesenden. Auch Lindner gelingt die Flucht. Unterstützt durch Freunde geht er nach Ungarn.

21. Februar 1919 – Ein Zentralrat der Bayerischen Republik konstituiert sich

München * Aus Vertretern der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen Sozialdemokraten, Kommunisten sowie den Vollzugsorganen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und dem Revolutionären Arbeiterrat bildet sich ein Zentralrat der Bayerischen Republik. Dieser sogenannte Elfmännerausschuss fungiert als Regierungsgremium, das die Geschäfte so lange kommissarisch führen soll, bis eine endgültige Regelung gefunden wird. Zum Vorsitzenden des Zentralrats wird Ernst Niekisch, ein junger Volksschullehrer, Vorsitzender der Augsburger Arbeiter- und Soldatenräte und Mitglied des Landesarbeitsrates gewählt. Ernst Niekisch ist zwar Mehrheitssozialdemokrat, gilt aber aufgrund seiner Befürwortung der Räte als Mann des Ausgleichs zwischen den ideologischen Gegensätzen und wird auch von den rechten Sozialdemokraten akzeptiert. Er gilt als die Integrationsfigur, die der Republik über die schwere Zeit hinweghelfen kann. Neben Ernst Niekisch, Carl Kröplin und Hermann Eisenhut vom Vollzugsrat der Arbeiterräte gehören dem Zentralrat außerdem an: Karl Gandorfer, Wolfgang Hofmann und Johann Wutzlhofer vom Vollzugsrat der Bauernräte, Fritz Sauber, Engelbert Kohlschmidt und Johann Panzer vom Vollzugsrat der Soldatenräte sowie Max Levien und August Hagemeister vom Revolutionären Arbeiterrat. Dem Zentralrat wird ein erweiterter



Aktionsausschuss zur Seite gestellt, um die Fülle der anstehenden Arbeiten zu bewältigen. Dieser wiederum konstituiert verschiedene Kommissionen, die das tägliche Leben regeln sollen. So entstehen Kommissionen zur Bewaffnung des Proletariats, zur Ernährung, zur Lebensmittelversorgung, für das Wohnungswesen, für das Gerichtswesen, für Aufklärungs- und Nachrichtendienste, für Heereswesen und zur Produktionsregelung.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flügen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...]“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden.



Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Dreiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend



ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis ausging, dass die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen könnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

22. Februar 1919 – Ein Nachrichtenblatt des Zentralrats erscheint

München * Der Zentralrat verbietet die gesamte Presse mit Ausnahme des USPD-Organs Neue Zeitung. Am 22. Februar erscheint neben der Neuen Zeitung, dem Bauernbund-Blatt Neue freie Volks-Zeitung nur das Nachrichtenblatt des Zentralrats. Es wird in den vom Militär besetzten Räumen der Münchner Neuesten Nachrichten gefertigt und den Abonnenten der Münchner



Neuesten Nachrichten, der Münchener Zeitung, der München-Augsburger Abendzeitung und des Bayerischen Kuriers zugestellt. Die Redakteure, Setzer und Drucker der Münchener Post lehnen es ab, die Zeitung unter Vorzensur erscheinen zu lassen. Das Nachrichtenblatt des Zentralrats wird die erste und einzige Ausgabe bleiben.

22. Februar 1919 – Bisherige Minister führen ihre Ressorts weiter

München-Kreuzviertel * Die bisherigen Minister Dr. Edgar Jaffé, Hans Unterleitner und Heinrich Ritter von Frauendorfer richten an den Zentralrat des Volksstaates Bayern das nachstehende Schreiben: „Die Unterzeichneten haben im Interesse des Landes seit dem 21. Februar 1919 die laufenden Geschäfte ihres Ressorts weitergeführt und sind auch bereit, dies fürderhin zu tun, bis eine neue Regierung gebildet ist. Sie erklären ausdrücklich, dass sie lediglich verantwortlich sind für die von Ihnen innerhalb ihres Verwaltungsbereiches getroffenen Maßnahmen. Sie stellen fest, dass sie die allgemeine Führung der Regierungsgeschäfte und für die Maßnahmen des Zentralrats keinerlei Mitverantwortlichkeit tragen, insbesondere auch nicht die Festnahme und Einbehaltung von Geiseln, sowie für die gegenüber der Presse getroffenen Maßnahmen.“

22. Februar 1919 – Sofortige Ausrufung einer sozialistischen Räterepublik beschlossen

München * Arnold Wadler bringt im Namen des Revolutionären Arbeiterrats auf einer Versammlung von Münchner Räten, den Antrag zur „sofortigen Ausrufung der sozialistischen Räterepublik“. Der Antrag wird - nach einer kontroversen Debatte - einstimmig angenommen.

25. Februar 1919 – Die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien

München * Bereits am ersten Tag fordert Max Levien als Delegierter des Revolutionären Arbeiterrats die sofortige Ausrufung der Räterepublik, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR, die Versendung wahrheitsgetreuer Flugblätter in fremden Sprachen, die Entfernung der Republikanischen Schutztruppe, die Bildung einer Roten Armee sowie die Annullierung der Staatsschulden und Kriegsanleihen. Unterstützt wird Levien von dem Matrosen Rudolf Egelhofer, der von der „permanenten Proletarierversammlung“ im Wagnersaal abgesandt wurde, an der mehr als 5.000 Menschen teilnehmen. Auch der Anarchist Erich Mühsam schließt sich dieser Forderung an. Er ist der Überzeugung, dass der Ausgang des Kongresses der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte von



entscheidender Bedeutung für den künftigen Verlauf der Weltrevolution ist. In den weiteren Beratungen kristallisieren sich die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien heraus. Die SPD-Delegierten sprechen sich gegen eine Räterepublik aus, setzen sich aber - anders als die Genossen um Erhard Auer - für die Verankerung der Räte in der Verfassung ein. Die KPD fordert dagegen die Regierung der Volksbeauftragten und eine Räterepublik.

28. Februar 1919 – Ein umfangreicher Kompromissantrag wird beraten

München-Kreuzviertel * Am Nachmittag beraten die Delegierten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Münchner Landtagsgebäude an der Prannerstraße einen Kompromissantrag. Darin wird festgelegt, dass der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte den Provisorischen Nationalrat darstellt. In den nächsten Tagen sollen 250 Delegierte gewählt werden, die diesem Provisorischen Nationalrat künftig angehören. Im Anschluss daran soll ein Aktionsausschuss gewählt werden, der sich aus je sieben Mitgliedern der Vollzugsausschüsse der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, je drei Vertretern von SPD, USPD, Revolutionärem Arbeiterrat und Bayerischem Bauernbund - BBB zusammensetzt. Die Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom Provisorischen Nationalrat abgesetzt werden. Der Aktionsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Zentralrat, dessen Mitglieder dem Aktionsausschuss verantwortlich sind. Außerdem soll in absehbarer Zeit das Staatsgrundgesetz vom 4. Januar 1919 zur Volksabstimmung vorgelegt werden. Das Staatsgrundgesetz soll zuvor aber noch in einigen Punkten abgeändert werden, in dem die Räte das Recht zur Gesetzesinitiative und ein Vetorecht gegen Parlamentsbeschlüsse festgeschrieben erhalten. Bei Streitigkeiten hat das Volk das letzte Wort und entscheidet per Volksentscheid. Hans Unterleitner wirbt mit großem Engagement für den Kompromiss: „Die zweite Revolution ist eine Tatsache. Nun handelt es sich darum, sich klar zu sein, was die zweite Revolution will. [...] Wir haben die politische Macht erobert und lassen sie uns nicht mehr nehmen“. In seinen Ausführungen stellt er fest, dass die Beratungen mit den Bauernvertretern gezeigt haben, dass die Bauern einer Räterepublik jegliche Unterstützung verweigern. Ohne die Bauern kann jedoch so ein Experiment unmöglich funktionieren: „Wir dürfen die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, in Deutschland und in Bayern liegen eben die Verhältnisse anders wie in Russland“.

1. März 1919 – Überdruckte Briefmarken

München * In den Postämtern kommen Briefmarken des Freistaats Bayern zur Ausgabe. Es sind Marken der letzten Ausgabe mit dem Königsbild, das schwarz mit Volksstaat Bayern überdruckt



sind.

2. März 1919 – Über Halle wird der Belagerungszustand ausgerufen

Weimar - Halle * Reichswehrminister Gustav Noske erteilt Generalmajor Georg Ludwig Rudolf Maercker den Befehl, mit seinem Landesjägerkorps in Halle einzumarschieren. An diesem 2. März verkündet Maercker den Belagerungszustand. In den nächsten Tagen kommt es bei der Bevölkerung von Halle zu 29 Toten und 67 Verwundeten.

5. März 1919 – Der erste politische Aschermittwoch

Vilshofen * Der Bayerische Bauernbund - BBB lädt Mittags zu einer Volksversammlung, dem ersten Politischen Aschermittwoch, ein, nachdem am Vormittag eine Vertrauensmännerversammlung abgehalten worden war. Der Bayerische Bauernbund ist im Bayerischen Landtag mit Abgeordneten vertreten. In der anstehenden Auseinandersetzung zwischen dem Parlament und dem Zentralrat der Republik Bayern hat sich der BBB für die Verwirklichung eines Rätesystems ausgesprochen. Als Redner treten auf: Der Landtagsabgeordnete Joseph Klarhauser und der Delegierte des Arbeiter- und Bauernrats Leitner.

5. März 1919 – Die Schlacht am Alexanderplatz beginnt

Berlin * Am Nachmittag beginnt die Schlacht am Alexanderplatz. Sie dauert bis zum 6. März. Es geht bei diesem Feuergefecht um das Polizeipräsidium. Über die genauen Hintergründe der Auseinandersetzung gibt es verschiedene, vollkommen unterschiedliche Aussagen. Tatsache ist, dass drei bewaffnete Truppen in der Nähe des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz aufeinander treffen: die Regierungstruppen unter General Walther von Lüttwitz, die Republikanische Sicherheitswehr und die übrig gebliebenen Reste der Volksmarinedivision. Die Schuld für den Ausbruch der Kämpfe wird in den Zeitungen - je nach politischer Couleur - der jeweils anderen Seite zugewiesen. Die Schlacht endet, nachdem die regierungsnahen Truppen die Kontrolle über das Polizeipräsidium und dessen Umgebung übernehmen können. Dennoch müssen ein Toter und fünf Schwerverwundete hingenommen werden.



6. März 1919 – Die Bayerischen Volkspartei bekennt sich zur republikanischen Staatsform

München * Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei - BVP bekennt sich zur republikanischen Staatsform.

7. März 1919 – Amerika will die Münchner Bevölkerung mit Lebensmittel versorgen

München * Ein Mitglied einer amerikanischen Lebensmittelkommission besichtigt gemeinsam mit Ernst Toller Proletarierwohnungen. Toller berichtet dem Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, dass Amerika alles unternehmen werde, um die Münchner Bevölkerung mit Fleisch, Milch, Mehl, Reis, Butter, Gummi usw. zu versorgen.

9. März 1919 – Angriff gegen die Aufständischen mit schweren Waffen

Berlin * Die Reichsregierung will als Reaktion auf den Guerillakrieg der Aufständischen diese mit einer Einschnürungsoperation niederkämpfen. Der Vorwärts erklärt seinen Lesern, dass das Ziel der Operation darin besteht, den Feind „konzentrisch einzuschließen und von allen Zufuhren abzuschneiden“. Es erfolgt ein fortgesetzter Angriff von Artilleriegeschützen, Mörsern, Maschinengewehren, Jagdflugzeugen und Handgranaten. Auf die zivile Bevölkerung wird in dem dicht bebauten Wohngebiet keine Rücksicht genommen.

10. März 1919 – Überfüllte Leichenhallen

Berlin * Die Niederschlagung des Berliner Aufstands fordert viele – auch zivile – Todesopfer. Die Zahl der eingelieferten Toten übersteigt die Kapazität der Berliner städtischen Leichenhallen. Seit dem 10. März suchen die Berliner in den Leichenhäusern nach vermissten Angehörigen und Freunden. Der Vorwärts fordert: „Keine Gnade den Mördern“. Unter der Überschrift „Totenschau“ schreibt er: die Getöteten haben genau die Physiognomie jener „Typen, wie man sie in den Reihen des auf Verelendung aufbauenden Spartakusbundes nur zu häufig findet. Noch im Tode steht ihnen Wut, Hass und Verzweiflung auf den Gesichtern geschrieben“.

10. März 1919 – Standrechtliche Erschießungen verteidigt

Berlin * Das Berliner Tageblatt verteidigt die standrechtlichen Erschießungen der



Regierungstruppen, die schließlich einen „Kampf gegen die Bestie“ führen. „Diese Mordtat, diese ruchlose und feige Massenerschießung, ist nur ein einziger, besonders hervorstechender Fall in der Unzahl der bestialischen Scheußlichkeiten, die von dem spartakistisch-kommunistischen Verbrechen gegenwärtig verübt werden“.

11. März 1919 – In Stadelheim verhandelt das Volksgericht über 21 Plünderer

München-Obergiesing * In Stadelheim verhandelt das Volksgericht über 21 zumeist jugendliche Angeklagte, die am 21. Februar zum Teil gewaltsam in Häuser eingedrungen sind und plünderten.

11. März 1919 – 29 Angehörige der Volksmarinedivision erschossen

Berlin * Oberleutnant Otto Marloh lässt 29 Angehörige der Volksmarinedivision gefangen nehmen und auf der Stelle erschießen.

13. März 1919 – Bayern will in der Sozialisierungsfrage mit Sachsen zusammenarbeiten

München - Sachsen * Der Zentralrat sendet ein Telegramm an den sächsischen Zentralrat, der dortigen Regierung und der Volkskammer zur Vollsozialisierung. Er will die vollständige Kontrolle über die Rohstoffe und die Energieverwendung sowie ihre endgültige Verwertung in Angriff nehmen. Der Zentralrat schlägt eine enge Zusammenarbeit mit der sächsischen Volkskammer vor, die zuvor die Regelung der Produktion und Verteilung planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen zu regeln beschlossen hatte und für den 16. März ein Treffen der Kenner der Sozialisierungsfragen beider Länder vor.

13. März 1919 – Abscheu und Verachtung für die Regierung

Berlin * Harry Graf Kessel notiert in sein Tagebuch: „Alle geistig und ethisch anständigen Menschen müssen einer so leichtsinnig und frech mit dem Leben ihrer Mitbürger spielenden Regierung den Rücken kehren. Die letzten acht Tage haben durch ihre Schuld, durch ihr leichtfertiges Lügen und Blutvergießen, einen in Jahrzehnten nicht wieder zu heilenden Riss in das deutsche Volk gebracht. Die Stimmung gegen sie heute Abend wechselt zwischen Abscheu und Verachtung.“



14. März 1919 – Die Sozialisierungs-Konferenz ist Sachsen zu kurzfristig angesetzt

Sachsen - München * Der sächsische Zentralrat und die Volkskammer teilen dem bayerischen Zentralrat mit, dass die vorgeschlagene gemeinsame Konferenz zu Sozialisierungsfragen zu kurzfristig angesetzt sei.

18. März 1919 – Entsetzlich ist der Völkerring, entsetzlicher der Bürgerkrieg

München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann meldet sich mit einer ersten Programmrede zu Wort. Er erklärt, dass die neue Regierung den Freistaat Bayern schützen wird „gegen jede Reaktion von rechts, aber auch verteidigen gegen die drohende Anarchie von links“, denn: „Entsetzlich ist der Völkerring, entsetzlicher ist der Bürgerkrieg. Er muss für Bayern verhindert werden.“ Das ist möglich, wenn die neue Regierung tatkräftig handelt und die Siegermächte Nahrungsmittel sowie Rohstoffe ins Land lassen. Die Völker der Welt müssen sich versöhnen.

21. März 1919 – Otto Neurath stellt dem Ministerrat sein Sozialisierungskonzept vor

München * Der Wiener Philosoph, Sozialdemokrat und Nationalökonom Otto Neurath stellt auf Betreiben des USPD-Ministers für Handel und Gewerbe, Josef Simon, dem bayerischen Ministerrat seine Sozialisierungspläne vor. Simon leitet damit den entscheidenden Schritt zur Umgestaltung der bayerischen Ökonomie ein, wie sie Ministerpräsident Johannes Hoffmann in seiner Regierungserklärung angekündigt hat. Otto Neurath ist ein Verfechter der Planwirtschaft. Er will die gesamte gesellschaftliche Produktion in Bereiche einteilen, alles nach sozialistischen Grundsätzen erzeugen und verteilen, und so die Versorgung jedes einzelnen mit Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügen gewährleisten. Die Bedarfsdeckung der Bevölkerung und nicht der Reingewinn der Unternehmen stehen im Vordergrund seiner Wirtschaftstheorie. „So wie man die Volkswirtschaft durch ein Hindenburg-Programm dem Kriege dienstbar machen konnte, müsste man sie auch dem Glück aller dienstbar machen können.“ Otto Neurath erhält den Auftrag, seine Pläne im Sozialisierungsausschuss und im Landtag zu erklären.

22. März 1919 – Die Frauen werden aus dem Beruf gedrängt

München * In den Münchner Neuesten Nachrichten erscheint unter der Rubrik „Von Frauen für



Produktionsmöglichkeiten und den Produktionsbedarf zu gewinnen, der dann von einer Naturalrechnungszentrale für die Erstellung von Wirtschaftsplänen ausgewertet werden soll. Eine Kompensationszentrale soll den unmittelbaren Warenaustausch mit dem Ausland regeln. Eine Rationalisierungszentrale die modernen Erkenntnisse der wissenschaftlichen Betriebsführung nach Frederick Taylor zur Anwendung bringen, für Normierung und Typisierung sorgen und insbesondere die Arbeits- und Berufsforschung fördern. Eine Kontrollzentrale soll die Auswirkungen der Sozialisierungsgesetzgebung auf die Wirtschaft dauernd überprüfen. Eine Aufklärungszentrale soll die Arbeit des Zentralwirtschaftsamtes dem Volk nahe bringen. Ebenfalls noch am 31. März genehmigt der Ministerrat den Personaletat für das neue Amt. Zum Sitz des Amtes wird das Prinz-Carl-Palais bestimmt.

1. April 1919 – Die wöchentliche Fleischration wird herabgesetzt

München * Die bayerische Landeshauptstadt liegt unter einer Schneedecke von 40 Zentimetern. Die Arbeitslosenquote liegt konstant bei über 30.000, die Kohlenvorräte sind aufgebraucht, die Energiezufuhr stockt, der Preis für einen Trambahn-Fahrschein wird von 15 auf 20 Pfennige erhöht, die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch ist nicht mehr gewährleistet, weil sich immer mehr Bauern weigern, in die von Unruhe erfüllte Stadt zu fahren. Die wöchentliche Fleischration wird von 300 Gramm auf 250 Gramm herabgesetzt. Schwerstarbeiter erhalten auch weiterhin eine Zulage von 120 Gramm Wurst. Was blüht ist der Schwarzmarkt. Die Waren gibt's dort im Überfluss, aber halt zu entsprechend hohen Preisen. Der neu ernannte Staatskommissar für Ernährungswesen, Johann Wutzelhofer vom Bayerischen Bauernbund- BBB, stellt sein Programm vor.

3. April 1919 – Die Presse polemisiert gegen die Einberufung des Landtags

München - Freistaat Bayern * Gegen die Einberufung des Landtags polemisiert die Presse lautstark: Die Landtagsabgeordneten hätten sich nicht als würdige Volksvertreter erwiesen und seien nach dem 21. Februar feige aus der Hauptstadt geflohen. Daher können die Münchner guten Gewissens auf ihre Rückkehr verzichten. Die Räte, vor allem die Kommunisten und die Anarchisten unter ihnen, fühlen sich durch Hoffmanns Ankündigung provoziert. Sie antworten mit Demonstrationen und Protestveranstaltungen in ganz Bayern.

3. April 1919 – Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern



München - Berlin * Ministerpräsident Johannes Hoffman fährt mit dem Nachtzug nach Berlin, um Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern einzuholen.

Reichskanzler Philipp Scheidemann weist Hoffmann an, in der Rätefrage keine Kompromisse zu dulden. Falls es die Zustände in München nicht erlauben, solle er den Landtag in eine ruhigere Stadt in Nordbayern verlegen. Reichswehrminister Gustav Noske bietet Hoffmann die militärische Hilfe der Reichswehr an, verlangt aber im Gegenzug den Verzicht Bayerns auf seine militärischen Sonderrechte und die bedingungslose Anerkennung des neuen Reichswehrgesetzes. Johannes Hoffmann lehnt ab. Er will selbst für Ordnung sorgen durch die Gründung einer aus Freiwilligen bestehenden Volkswehr. Der Freistaat Bayern hat zu diesem Zeitpunkt noch die Souveränität und ist damit noch im Besitz der Reservatrechte über das Militär, die Post und die Bahn.

6. April 1919 – Der Zentralrat entscheidet für die Ausrufung der Räterepublik Bayern

München-Maxvorstadt * In der Nacht vom 6. zum 7. April sprechen sich im ehemaligen Schlafzimmer der Königin im Wittelsbacher Palais neben der SPD auch die USPD, die Mitglieder des Zentralrats und der Revolutionäre Arbeiterrat für eine Räterepublik Bayern aus, obwohl die KPD dieses Vorhaben ablehnt. Man glaubt dennoch, dass die Bevölkerung und die Armee geschlossen hinter diesem Systemwechsel steht. Ernst Niekisch führt den Vorsitz der Zusammenkunft. Er geht irrtümlich davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt keine rechtmäßige bayerische Regierung mehr existiert, da ihm mit Ausnahme von Hoffmann und Endres die Rücktrittserklärungen sämtlicher Minister vorliegen. Die Angaben über die Zahl der Anwesenden schwankt zwischen 70 und 150. Gustav Landauer stellt den Antrag, dass die Tagung zur konstituierenden Versammlung erklärt wird. Er hat einen Aufruf „An das Volk in Bayern“ vorbereitet, der die Gründung der Räterepublik ankündigt. Der Entwurf wird nach kurzer Beratung von den Anwesenden akzeptiert. Damit kann er am nächsten Morgen in den Zeitungen erscheinen.

6. April 1919 – Ein Aufruf „An das Volk in Bayern!“ zur Gründung der Räterepublik

München * „Der revolutionäre Zentralrat Baierns“ veröffentlicht einen Aufruf „An das Volk in Bayern!“ zur Gründung der Räterepublik. Darin heißt es: „Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Baierns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, dass von an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muss. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache



geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Bayern aufgefordert. Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschied vom fragwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April 1919, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Bayern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!“

7. April 1919 – Der 7. April wird zum Nationalfeiertag erklärt

München - Freistaat Bayern * Der 7. April wird von den Volksbeauftragten zum Nationalfeiertag erklärt.

7. April 1919 – Die neue Räteregierung wird gebildet

München * In der Räteregierung, also dem Rat der Volksbeauftragten, haben



die Schriftsteller Ernst Toller, Gustav Landauer und Erich Mühsam führende Funktionen. Ihre geringe politische Erfahrung betrachten sie nicht als Mangel, da sie den herrschenden Konventionen der Politik ja sowieso ablehnend gegenüberstehen. Deshalb wird die Erste Räterepublik häufig auch abschätzend als Literatenrepublik bezeichnet. Das oberste Gremium der Räterepublik ist der Revolutionäre Zentralrat. Er ist den Volksbeauftragten übergeordnet. Der Rat der Volksbeauftragten wird jedoch nie zusammentreten. Oberster Repräsentant der Bayerischen Räterepublik ist zunächst Ernst Niekisch, der aber bereits nach einem Tag den Vorsitz des Revolutionären Zentralrats niederlegt. Ernst Toller wird ab dem 9. April sein Nachfolger. Toller zählt zum linken Flügel der USPD und ist deren Vorsitzender in München. Das Amt des Volksbeauftragten für Finanzen übernimmt Silvio Gesell, Volksbeauftragter für Volksaufklärung wird der Anarchist Gustav Landauer. Volksbeauftragter für Äußeres wird Dr. Franz Lipp [USPD], Volksbeauftragter für Inneres wird Fritz Soldmann [USPD], Volksbeauftragter für Volkswohlfahrt, das ehemalige Ministerium für Soziale Fürsorge, wird August Hagemeyer [USPD], Volksbeauftragter für Justiz wird Konrad Kübler [BBB], Volksbeauftragter für Verkehr wird Gustav Paulukum [USPD], Volksbeauftragter für Land- und Forstwirtschaft wird der bisherige Minister Josef Steiner [BBB], Volksbeauftragter für Volkswirtschaft wird Edgar Jaffé [USPD], Volksbeauftragter für Militär wird Otto Killer [USPD]. Kommissar für das Ernährungswesen wird Johann Wutzlhofer [BBB] und Kommissar für das Wohnungswesen wird Dr. Arnold Wadler. Max Levien wird von von Erich Mühsam für das Amt als Volksbeauftragter für Militär vorgeschlagen, doch dieser sagt ab, da die KPD die Mitarbeit in der Räterepublik ablehnt. Damit wird weder die SPD noch die KPD bei der Ämterverteilung der Volksbeauftragten berücksichtigt. Mit der Ausrufung der Räterepublik wird der alte Zentralrat für „erledigt“ erklärt. Gustav Landauer teilt mit: „Der alte Zentralrat existiert nicht mehr“. Auch der Aktionsausschuss existiert nicht mehr, was allerdings nirgends offiziell erwähnt wird. Der Bayerische Landtag wird als „unfruchtbares Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters“ für aufgelöst erklärt und die sofortige Gründung einer Roten Armee angekündigt.

7. April 1919 – Die Räteregierung informiert Ungarns Regierung

München - Budapest * Die bayerische Räteregierung informiert umgehend den Revolutionären Regierungsrat in Budapest über den politischen Schritt. Der ungarische Regierungschef Bela Kun unterbricht daraufhin die Regierungssitzung und verliest das Münchner Telegramm unter tosendem Beifall: „Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel des russischen und ungarischen Volkes. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann,



Noske, Erzberger ab, weil dieser unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammen gebrochenen deutschen Kaisertums fortsetzt“. Damit gibt es in Europa schon drei Räterepubliken.

7. April 1919 – Silvio Gesell wird Volksbeauftragter für Finanzen

München * Der Freigeldtheoretiker Silvio Gesell trifft in München ein, wo er aufgrund des Vorschlags von Gustav Landauer zum Volksbeauftragten für Finanzen ernannt wird. Gesell hat sich in der Finanzwelt einen Namen gemacht, indem er die marode Wirtschaft Argentinien saniert hatte. Er will die Geldwirtschaft zugunsten des Warenaustausches zurückdrängen, er vertraut auf die Kraft des freien Marktes, er will die Attraktivität des Geldes als Anlagemittel senken, indem die Währung nicht länger eine feste Größe bildet, er will das Geld - wie die Ware - einem Wertverlust unterwerfen. Bankguthaben sollen keine Zinsen mehr abwerfen und dadurch ein Konsumanreiz geschaffen werden, der das Geld wieder dem Wirtschaftskreislauf zuführt. Er will, dass unproduktives Kapital keine Gewinne mehr erbringt.

7. April 1919 – Brüderliche Grüße nach Moskau

München * Der Volksbeauftragte für Äußeres, Dr. Franz Lipp, ein Stuttgarter Schriftsteller und Journalist, informiert die Regierungen von der Gründung der Räterepublik Bayern und übermittelt „brüderliche Grüße“ nach Moskau. Die lesenswerte Depesche lautet: „Proletariat Oberbayerns glücklich vereint. Sozialisten plus Unabhängige plus Kommunisten fest als Hammer zusammen geschlossen, mit Bauernbund einig. Klerikal uns wohlgesinnt. Liberales Bürgertum als Preußens Agent völlig entwaftet. Bamberg Sitz des Flüchtlings Hoffmann, der aus meinem Ministerium den Abtrittschlüssel mitgenommen hat. Die preußische Politik, deren Handlanger Hoffmann ist, geht dahin, uns von Norden, Berlin, Leipzig, Nürnberg abschneiden, auch von Frankfurt und vom Essener Kohlengebiet und uns gleichzeitig bei der Entente als Bluthunde und Plünderer zu verdächtigen, dabei trüben die haarigen Gorillahände Gustav Noskes von Blut. Wir erhalten Kohle und wir erhalten Lebensmittel in reichlichen Mengen aus der Schweiz und aus Italien. Wir wollen den Frieden für immer. Immanuel Kant: Ewigen Frieden 1795 Thesen 2 bis 5. Preußen will den Waffenstillstand zur Vorbereitung des Rachekrieges.“

8. April 1919 – Propagandaflugblätter der Regierung Hoffmann über München

Bamberg - München * Flugzeuge werfen über München Propagandaflugblätter der nach Bamberg



geflohenen Regierung Hoffmann ab. Auf ihnen ist zu lesen: „Werk tätiges Volk Münchens! Willst Du Dich noch länger von verkommenen Literaten und Revolutionsbummlern terrorisieren lassen!“.

8. April 1919 – Beschlagnahme und Rationierung der Wohnräume angeordnet

München * Um der seit Kriegsende immer schlimmer werdenden Wohnungsnot zu begegnen entschließt sich der Zentralrat unter Federführung von Dr. Arnold Wadler, dem Volkskommissar für das Wohnungswesen, zu drastischen Maßnahmen. Er ordnet die Beschlagnahme und Rationierung der Wohnräume in ganz Bayern an. Alle freistehenden Wohnungen in ganz Bayern, darunter auch Schlösser von Adeligen, werden beschlagnahmt und an Wohnungssuchende vermietet. Der Wohnraum wird rationiert. Das bedeutet, dass Einzelpersonen nur ein Zimmer und eine Küche zusteht; Familien können einen Gemeinschaftsraum, eine Küche und für je zwei Kinder einen Schlafraum beanspruchen. Jedes freie Zimmer muss der Gemeinde oder den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten gemeldet werden. Werden Verwandte oder Freunde in überzählige Räume einquartiert, so muss das innerhalb von zwei Wochen geschehen. Nach dieser Frist werden die Räume durch die Gemeinde belegt. Kinderreiche werden gegenüber Kinderlosen bevorzugt, Verheiratete gegenüber Ledigen. Kann sich der Vermieter mit dem Mieter über den Mietpreis nicht einigen, so legt die Gemeinde die Miete fest. Eine private Wohnraumvermittlung ist ebenso streng verboten wie eine kommerzielle. Ein Verstoß gegen die Verordnung kann mit einer Geldstrafe von bis zu 100.000 Mark und einem Jahr Gefängnis geahndet werden.

8. April 1919 – Lehrtätigkeit an der Akademie der bildenden Künste aufgehoben

München-Maxvorstadt * Um eine sofortige durchgreifende Neugestaltung der Kunsterziehung zu ermöglichen, haben die vom Volksbeauftragten Gustav Landauer Ermächtigten, die Lehrtätigkeit an der Akademie der bildenden Künste aufgehoben. „Die Studierenden können ihre Arbeit bis auf weiteres fortsetzen, die Tätigkeit der Professoren ist suspendiert, ihre Gehälter werden vorläufig weiter bezahlt. Eine im Anschluss daran stattfindende Vollversammlung der Studierenden drückte in überwiegender Mehrzahl ihre Zustimmung zu der Maßregel aus.“

8. April 1919 – Gesell fordert die Abschaffung der systemlosen Papiergeldwirtschaft

München - Berlin * Der Volksbeauftragte für Finanzen, Silvio Gesell, fordert den



Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein auf, auf die „systemlose Papiergeldwirtschaft“ zu verzichten.

8. April 1919 – Württemberg und der Schweiz den Krieg erklärt

München * Der Volksbeauftragte für Äußeres, Dr. Franz Lipp, erklärt Württemberg und der Schweiz den Krieg, weil sie sich weigern, ihm leihweise 65 Lokomotiven zu überlassen. Er schreibt an den Volksbeauftragten für Verkehr, Gustav Paulukum: „Ich bin sicher, dass wir siegen, außerdem werde ich den Segen des Papstes, mit dem ich gut bekannt bin, für diesen Sieg erflehen.“

8. April 1919 – Verweigerung der Telefonate

München * Dr. Franz Lipp, der Volksbeauftragte für Äußeres, weigert sich strikt, Telefonate anzunehmen. Seinem Mitarbeiterstab erklärt er dies so: „Da die Verleumder meines Vorgängers Kurt Eisner sich regelmäßig auf Hörfehler und Missverständnisse durch das Telefon herausgelogen haben, so gebe ich bekannt, dass ich dem Telefonruf nach meiner Person bei der Verantwortlichkeit meines Amtes grundsätzlich keine Folge leiste.“

8. April 1919 – Der Revolutionäre Hochschulrat stellte seine Forderungen vor

München * Im Auditorium Maximum der Münchner Universität stellt der Revolutionäre Hochschulrat seine am Tag zuvor gefassten Forderungen vor. Bei der Vollversammlung werden die Räteanhänger niedergebrüllt. Von den Rängen regnet es Flugblätter mit Verlautbarungen der Regierung Hoffmann, die von den Anwesenden unter lauten Bravorufen aufgesammelt werden. Nicht nur die Studenten, auch die Professoren denken nicht daran, dem neuen revolutionären Geist zu weichen. Die allgemeine Studentenversammlung verweigert deshalb ihre Zustimmung zu den Maßnahmen. Gustav Landauer beschließt daraufhin, die Universität am 13. April zu schließen.

9. April 1919 – Gemäßigte Linke wollen kommunistische Führer der Räterepublik verhaften

München * Führende Männer der gemäßigten politischen Linken planen, die kommunistischen Führer der Räterepublik und die Ausländer und Juden zu verhaften. Zusammen mit



Carl Gandorfer, dem Polizeipräsidenten Josef Staimer und Stadtkommandant Oskar Dürr will der Volksbeauftragte der Justiz, Konrad Kübler, gegen die Kommunisten gewaltsam vorgehen.

9. April 1919 – Wilhelm Reichart wird Volksbeauftragter für das Militärwesen

München * Der Kellner und Mitglied des Vollzugsausschusses des Landessoldatenrats, Wilhelm Reichart, wird einvernehmlich zwischen dem Provisorischen Revolutionären Zentralrat und den Kasernenräten zum Volksbeauftragten für das Militärwesen ernannt. Er wird das Amt bis zum 13. April ausüben.

9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung

München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schuften und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!‘ steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat. Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten.“

9. April 1919 – Außenminister Dr. Franz Lipp unterschreibt seinen Rücktritt



München * Das Telegraphenamt leitet Dr. Franz Lipps Telegramme vom 7. und 8. April zwar weiter, doch die Kontrollbeamten informieren den Revolutionären Zentralrat vom Inhalt der Schreiben. Die von Ernst Toller umgehend eingeleiteten Nachforschungen ergeben, dass sich Lipp schon mehrmals in psychiatrischer Behandlung befunden hatte. Toller schreibt: „Zweifellos, Lipp ist wahnsinnig geworden. Wir beschließen, ihn sofort in eine Heilanstalt zu überführen. Um Aufsehen in der Öffentlichkeit zu vermeiden, muss er freiwillig seinen Rücktritt erklären.“ Dr. Lipp wird seinen Rücktritt mit den Worten: „Was tue ich nicht für die Revolution“ unterschreiben. Damit ist die Fehlbesetzung mit dem psychisch kranken Außenminister, der den Anforderungen an sein Amt nicht gewachsen ist, schnell erledigt worden. Dennoch wird sich der Fehlgriff bei der Besetzung des Postens als schwerer Schlag für das Ansehen der Räterepublik erweisen.

10. April 1919 – Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Baierns

München * Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Baierns gibt folgende Erklärung ab: „Die Räterepublik ist ausgerufen. Das Volk hat die Macht übernommen. Der Kapitalismus wird vernichtet. Frei soll die Schule sein. Das Zerrbild des Armen, abhängigen Schulmeisters ist für immer vernichtet. Jetzt sind auch wir frei von Kirche und Juristerei. Helft mit am Siege der Räterepublik!“

10. April 1919 – Die Vossische Zeitung zum Verzicht der systemlosen Papiergeldwirtschaft

Berlin - München * Auf Silvio Gesells Vorschlag gegenüber dem Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein, auf die „systemlose Papiergeldwirtschaft“ zu verzichten, titelt die auf die Auflage schielende Vossische Zeitung in Berlin: „Abschaffung des Bargeldes in Bayern“. Darin heißt es: „Gesell, der mit einem Kern gesunder währungspolitischer Kritik utopische Ideen der Lösung aller Fragen durch seine sogenannte absolute Währung verband, wurde in Fachkreisen nicht ganz ernst genommen. Sein Auftauchen in der Münchener Räteregierung rief einiges Lächeln hervor, und das neueste Telegramm dürfte auch kaum den Reichsbankdirektorium Anlass zu sehr schwierigen Beratungen geben.“

11. April 1919 – Gustav Landauer führt Sozialreformen im Bildungsbereich durch

München * Gustav Landauer, der Volksbeauftragte für Volksaufklärung, führt in der kurzen Zeit der (sozialistischen) Räterepublik Baiern einige Sozialreformen im Bildungsbereich ein. Nachdem das Erziehungswesen durch die Regierung Eisner auf eine staatliche



Grundlage gestellt worden war, führt Landauer folgende Neuerungen ein: Die Einheitsschule für alle Schüler vom 7. bis zum 13. Lebensjahr, die Handwerksschulen für die praktische Ausbildung, die Mittelschulen für die weiterführende geistige Ausbildung. Die Abschaffung der Prügelstrafe, die Aufhebung des Zölibats für Lehrerinnen und die Wahl von Schulräten, in die Lehrer, Eltern und Schüler gewählt werden. Die Kirche spielt in diesem Erziehungskonzept keine Rolle mehr. Ein neues Hochschulprogramm für die zweitgrößte deutsche Universität in München wird entwickelt. Der Lehrkörper und die Studenten sollen auf rechtsextremistische Aktivitäten überprüft werden.

11. April 1919 – Die Republikanische Schutztruppe muss den Rückzug antreten

München-Ludwigsvorstadt * Im Gasthaus Zum Steyrer in der Schützenstraße kommt es gegen 15 Uhr zu einer Rauferei, bei der ein Angehöriger der Bahnhofswache Prügel bezieht. Die herbeigeeilte Republikanische Schutztruppe greift ein, muss aber vor der aufgebrachten Volksmenge den Rückzug antreten. Daraufhin versucht die Menge den Hauptbahnhof zu stürmen. Gegen 16:45 Uhr kann das herbeigerufene Leibregiment mit Schreckschüssen den Bahnhofsplatz räumen und später den Hauptbahnhof besetzen. Mindestens neun Personen, darunter eine Frau und ein Kind, werden verletzt.

11. April 1919 – Entwaffnung der Bourgeoisie angeordnet

München * Um 19 Uhr ordnet der Revolutionäre Zentralrat (Ernst Toller) die Entwaffnung der Bourgeoisie an. Die bürgerliche Bevölkerung muss innerhalb von 24 Stunden die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abliefern. Toller veranlasst auch die Entwaffnung der Polizei. Er befürchtet, dass die Beamten, die bereits im Königreich ihren Dienst verrichtet haben, sich bei einer Gegenrevolution auf die Seite der Putschisten stellen werden.

11. April 1919 – Viele Kunden wollen ihr Geld von der Bank abholen

München * Durch die Berichterstattung der Presse wird in der bayerischen Bevölkerung eine Panik ausgelöst. Es heißt: „Gesell will uns unser Geld wegnehmen!“. Deshalb finden sich bereits am frühen Morgen viele Kunden vor den Banken ein und wollen ihr Geld abholen. Große Teile der Bevölkerung sind jetzt erstmals gegen die Räteregierung eingestellt.



12. April 1919 – Silvio Gesell will die Währung sanieren

München - Berlin * Der Volksbeauftragte für Finanzen, Silvio Gesell, sendet folgendes Telegramm an den Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein: „Ich will mit durchgreifenden Mitteln die Währung sanieren, verlasse die Wege der systemlosen Papiergeldwirtschaft, gehe zur absoluten Währung über und bitte um Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme.“

12. April 1919 – Ich warne Sie vor Experimenten!

Berlin - München * Reichsbankpräsident Rudolf Havenstein antwortet in einem Telegramm auf Silvio Gesells Vorschlag, auf die „systemlose Papiergeldwirtschaft“ zu verzichten, mit dem Satz: „Ich warne Sie vor Experimenten!“

12. April 1919 – Die BVP wehrt sich gegen land- und rassefremde Elemente

München * In einem von der Bayerischen Volkspartei - BVP veröffentlichten Aufruf lehnt sie „jede Vergewaltigung des Volksganzen durch eine terroristische, von land- und rassefremden Elementen geführte Minderheit entschieden ab und verlangt, [dass] endlich die Verhetzung weiter Kreise durch ausländische politisierende Juden ein Ende hat“.

12. April 1919 – Ministerpräsident Hoffmann setzt auf Rechtsextreme und Völkische

Bamberg - Weimar - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann sieht sich durch das Telegramm des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zum Handeln gezwungen. Er wird die Hilfe von Rechtsextremisten und Völkischen in Anspruch nehmen, in dem er beispielsweise über einen bekannten Augsburger Rechtsanwalt an den Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorf, anfragen lässt, ob dieser für die Regierung tätig sein will. Reichswehrminister Gustav Noske und der Freikorps-Führer Franz Ritter von Epp hoffen auf eine überstürzte militärische Aktion der Regierung Hoffmann. Sie rechnen damit, dass ein Putsch der schwachen bayerischen Verbände fehlschlagen würde. Damit hätten sie die Legitimation für den Einmarsch von Reichswehr und Freikorps in den Freistaat Bayern.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch der Regierung Hoffmann



München-Maxvorstadt * Bewaffnete Mitglieder der Republikanischen Schutztruppe unter der Führung von Alfred Seyffertitz dringen - entgegen der ursprünglichen Abmachung - bereits in der Nacht zum Palmsonntag in das Wittelsbacher Palais ein und verhaften den Wohnungskommissar Dr. Arnold Wadler und die USPD-Volksbeauftragten August Hagemeister und Fritz Soldmann. Auch der Ex-Minister Dr. Franz Lipp wird festgenommen. Er hatte sich trotz seiner Entlassung Zutritt in sein ehemaliges Ministerium verschafft. Insgesamt werden 13 Personen verhaftet. Ernst Toller wird rechtzeitig gewarnt und kann so seiner Festnahme entkommen.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann arbeitet mit Rechtsextremisten zusammen

Bamberg * Die Regierung Hoffmann setzt auf das neu eingerichtete Propagandaministerium und die Zusammenarbeit mit bekennenden Rechtsextremisten. Im Regierungsorgan Freistaat werden die Räteanhänger auf's übelste diffamiert und als „ausländische Juden“, „land- und rassenfremde Elemente“ sowie als „Terroristen“ diffamiert. Ernst Toller gibt daraufhin im Auftrag des Zentralrats ein Flugblatt an die Bürger der Räterepublik heraus. In diesem macht er auf die antisemitischen Hintergründe aufmerksam und fordert die Bevölkerung zum Widerstand dagegen auf.

14. April 1919 – Das Erscheinen der Münchner Zeitungen wird verboten

München * Das Erscheinen der Münchner Zeitungen wird verboten. Ersatzweise werden ab dem nächsten Tag „Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte“ gedruckt und kostenlos an die Bevölkerung verteilt.

15. April 1919 – Emil K. Maenner wird Volksbeauftragter für Finanzwesen

München * Emil K. Maenner, ein junger Bankangestellter, wird zum Nachfolger von Silvio Gesell als Volksbeauftragter für das Finanzwesen gedrängt. Ihm wird der Russe Towia Axelrod als politischer Kommissar für das Finanzwesen und als Stellvertreter zur Seite gestellt.

16. April 1919 – Die Regierung Hoffmann ruft zur Befreiung Münchens auf

München * Die Regierung Hoffmann lässt Flugblätter über der Stadt abwerfen. Unter der



Überschrift „In München rast der russische Terror“ fordert sie die Bevölkerung des Freistaats Bayern zur Befreiung Münchens mit Waffengewalt auf.

16. April 1919 – Der Goldvorrat der Reichsbank wird beschlagnahmt

München * Auf Anordnung des Revolutionären Bankrats werden die Safes der Münchner Banken geöffnet. Der Gold- und Papiergeldvorrat der Reichsbank wird beschlagnahmt. Der Volksbeauftragte für das Finanzwesen, Emil K. Maenner, empfindet die Beschlagnahme der Stahlkammern in den Banken als „politischen Diebstahl“.

17. April 1919 – Über 10.000 Safes werden auf Bargeld kontrolliert

München * Der Volksbeauftragte für Finanzen, Emil K. Maenner, lässt eine Woche lang über 10.000 Safes auf Bargeld kontrollieren. Das Ergebnis ist niederschmetternd. Nur etwas über 50.000 Mark können sichergestellt werden.

18. April 1919 – Verschleppt ins Zuchthaus Ebrach

München - Ebrach * Am Nachmittag erfährt das Mitglied des Vollzugsrats Wilhelm Karl Duske, dass im Zuchthaus Ebrach die gewaltsam entführten 13 Linken, darunter die acht Mitglieder des Zentralrats, wie die Volksbeauftragten Dr. Franz Lipp und Fritz Soldmann, sowie der Wohnungskommissar Dr. Arnold Wadler und der Münchner Arbeiterrat Erich Mühsam, einsitzen. Rudolf Egelhofer erklärt dazu: „Wir können nichts weiter tun, als Hoffmann-Genossen festnehmen“.

19. April 1919 – Schützt Euch vor den Revolutionsschmarotzern

München * Der Volksbeauftragte für das Militärwesen, Wilhelm Reichart, ruft gegen unberechtigte Requirierungen und Plünderungen auf: „Schützt Euch vor den Revolutionsschmarotzern“.

19. April 1919 – Ein Regierungs-Telegramm geht an alle Pfarrämter Bayerns



Bamberg * Ministerpräsident Johannes Hoffmann lässt in seinem Auftrag auf Staatskosten vom Bischöflichen Generalvikariat Bamberg folgendes Telegramm an alle Pfarrämter Bayerns übermitteln: „Ein Haufen von Ausländern hat sich der Hauptstadt München bemächtigt, übt daselbst eine Schreckensherrschaft aus und bedroht von dorthier die Provinzen, namentlich die Landbevölkerung, mit Raub und Brandstiftung. Die rechtmäßig bestehende Regierung hat einen Aufruf zur Bildung von Freikorps ergehen lassen. Von seinem Erfolg hängt das Wohl und Wehe des Vaterlandes ab. Wir ersuchen die Geistlichkeit, durch Hausbesuche und auch von der Kanzel aus kräftigst dafür einzutreten, dass möglichst viele tüchtige Gemeindeangehörige dem Rufe folgen.“

20. April 1919 – Finanzmittel für die Räterepublik sollen beschafft werden

München - Budapest - Moskau - Wasserburg * Am Nachmittag fliegen Eugen Leviné, Wilhelm Reichart, der Volksbeauftragte für das Militärwesen und der Student Karl Petermeier, der Adjutant Rudolf Egelhofers, mit Ziel Budapest und Moskau ab. Sie wollen dort Finanzmittel für die Räterepublik beschaffen. Der Flug endet jedoch bereits in Wasserburg am Inn, wo der Pilot unter Vortäuschung eines Motordefekts notlandet.

21. April 1919 – In Banken dürfen wöchentlich nicht mehr als 600 Mark abgehoben werden

München * An diesem Ostermontag ordnen Emil K. Maenner, der Volksbeauftragte für Finanzen und Towia Axelrod, der als Politischer Kommissar dem Vollzugsrat angehört und zugleich Stellvertretender Volksbeauftragter für Finanzen ist, an, dass bei den Geldinstituten wöchentlich nicht mehr als 600 Mark abgehoben werden dürfen.

24. April 1919 – Dr. Rudolf Schollenbruch wird Volksbeauftragter für das Gesundheitswesen

München * Der Kommunist, Haidhauser Armenarzt und Armeearzt der Roten Armee, Dr. Rudolf Schollenbruch, wird zum Volksbeauftragten für das Gesundheitswesen bestimmt.

25. April 1919 – Milde ist Schlappeheit, Gutmütigkeit ist Unzuverlässigkeit

Freistaat Bayern * An die Kommandeure der Regierungstruppen und Freikorps wird folgende



Anweisung gegeben: „Die Gruppen haben ihre Aufträge mit Gewalt durchzuführen, jedes Verhandeln mit dem Feinde oder mit der Bevölkerung ist verboten. Milde wird als Schlappeheit, Gutmütigkeit als Unzuverlässigkeit der Truppen gedeutet“. Außerdem erhalten die Regierungssoldaten Belehrungen über die Verkommenheit ihrer Gegner, mit denen sie es in München zu tun haben werden. Eigens ausgebildete Agitatoren bläuen den Soldaten ein, dass die Spartakisten jeden auf der Stelle umbringen, der einen „Noske-Ausweis“ bei sich trägt. Als „Noske-Ausweis“ bezeichnet man umgangssprachlich die Kärtchen, mit denen sich die Regierungssoldaten ausweisen.

25. April 1919 – Aufruf zum Eintritt in die Freikorps und in die Volkswehr

München - Bamberg - Freistaat Bayern * In Flugblättern der Regierung Hoffmann wird zum Eintritt in die Freikorps und in die Volkswehr aufgerufen.

26. April 1919 – Die Vorwürfe Ernst Tollers in der Neuen Zeit

München * In der Neuen Zeitung vom 30. April wird die Anklage Ernst Tollers im Hofbräuhaus-Parlament wiedergegeben. „Bei jeder Aktion wird nicht gefragt, ob sie die Lage unserer besonderen Verhältnisse, den Anschauungen der großen Masse unserer arbeitenden Bevölkerung, der Sorge für unsere Gegenwart und Zukunft entspricht, sondern nur, ob sie den Lehren des russischen Bolschewismus gemäß ist, ob Lenin oder Trotzki so oder so im gleichen Falle verfahren würden. [...] Wir Baiern sind keine Russen!“. Außerdem verurteilt Ernst Toller, dass das Volk über die wirkliche Lage im Unklaren gelassen wird und veröffentlicht eine Erklärung dazu.

26. April 1919 – Beunruhigend sind die beruhigenden Flugblätter

München-Haidhausen * Ein weiterer Tagebucheintrag von Josef Hofmiller, dem Herausgeber der reaktionären Süddeutschen Monatshefte, beschreibt die unsichere Situation der Bevölkerung: „Es wird allmählich das reinste Geduldsspiel: kommt sie, kommt sie nicht, nämlich die weiße Garde? Wir wissen gar nichts. Am meisten beunruhigt, dass immer wieder beruhigende Flugblätter abgeworfen werden“.



26. April 1919 – Die seit Längerem bestehenden Differenzen brechen auf

München-Gruggegau * Im Hofbräuhaus, in dem sich täglich die Betriebs- und Kasernenräte treffen, treten die seit längerer Zeit bestehenden politischen Differenzen zwischen den Kommunisten, Eugen Leviné, Max Levien und Towia Axelrod einerseits, und den Unabhängigen Sozialdemokraten, Emil K. Maenner, Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer andererseits, offen zutage. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Folge die drei Letztgenannten von ihren Ämtern zurücktreten. Der Volksbeauftragte für Finanzen, Emil K. Maenner, erklärt, dass er nicht mehr für Handlungen bereitsteht, die „politischem Diebstahl“ gleichkommen und keine Lust mehr hat, in einem „Marionettentheater“ zu sitzen. Der Kommandeur des Truppenabschnitts I (Dachau), Ernst Toller, betrachtet die jetzige Räteregierung als ein „Unheil für das werktätige Volk“, weil die führenden Männer nur zerstören, ohne das geringste aufzubauen. Deshalb kann er eine weitere Zusammenarbeit mit dem Vollzugsausschuss und dem Generalstab nicht mehr verantworten. Aus den gleichen Gründen will auch der Abschnittskommandant der Roten Armee in Dachau, Gustav Klingelhöfer, seine Ämter niederlegen. Der Bankrat stellt sich geschlossen hinter Emil K. Maenner und bezeichnet die Mitglieder des Vollzugsausschusses als „Hampelmänner“. Mit ähnlich harten Worten wird die „katastrophale Versorgungslage“ von den Anwesenden kritisiert, an der die Regierung Hoffmann nur zum Teil schuld ist. Nach einem weiteren Beschluss der Betriebsräte sollen die Münchner Tageszeitungen - unter Auflage einer Vorzensur - wieder erscheinen können. Während der Sitzung trifft die Nachricht ein, dass im Passamt fünfzig Pässe gestohlen worden sind. Zur Untersuchung des Vorgangs wird daraufhin eine Zehnerkommission gebildet.

27. April 1919 – Im Hofbräuhaus eskaliert schließlich der Konflikt

München-Gruggegau * Im Festsaal des Hofbräuhauses eskaliert nun der Konflikt zwischen den Befürwortern und Gegnern der Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann. Verhandlungen mit der Bamberger Regierung sind jedoch nicht mehr möglich, da sowohl die Regierung des Freistaats Bayern als auch die Reichsregierung die Bedingungslose Kapitulation und die Auslieferung aller Führer fordern. „Die Verhältnisse in Südbayern haben sich nunmehr durch Verschulden des Münchener Terrors zum direkten Kriegszustand entwickelt. [...] Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft und unterdrückt werden. Verhandlungen, Besprechungen und Abmachungen mit den Volksfeinden, die unser Südbayern ins Unglück gestürzt haben, sind vergeblich“. Durch diese unnachgiebige Haltung sehen die Kommunisten keine andere Wahl, als bis zum bitteren Ende zu kämpfen. Sieg oder Niederlage - dazwischen gibt es für sie keine Alternative.



29. April 1919 – Ein von der Militärführung und der Regierung unterzeichnetes Kommuniqué

München * In München wird ein gemeinsam von der Militärführung und der Regierung Hoffmann unterzeichnetes Kommuniqué veröffentlicht, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wird: „Wer den Regierungstruppen mit der Waffe in der Hand entgegentritt, wird mit dem Tode bestraft. [...] Jeder Angehörige der Roten Armee wird als Feind des bayerischen Volkes und des Deutschen Reiches behandelt“.

29. April 1919 – Die Verwüstungen im Polizeipräsidium gehen weiter

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium gehen die Plünderungen und Verwüstungen weiter. Die Aktenvernichtung im Polizeipräsidium wird von den konservativen und reaktionären Kräften als ein „besonderer Fall von Vandalismus“ bezeichnet und entsprechend politisch bewertet. Der von der Berliner KPD nach München geschickte Karl Retzlaw hat eine völlig andere Sicht auf die Vorgänge: „Doch sprachen wir es auch offen aus, dass es nicht Sache eines Revolutionärs sei, sich dem Henker auszuliefern. Zu den Schutzmaßnahmen gehörte es auch, die Akten des Polizeipräsidiiums zu vernichten. Das Prüfen der Akten würde eine Zeit von Monaten in Anspruch genommen haben, auch das Heraussuchen nur der politischen Akten würde zu lange dauern. Bedenken brauchten nicht zu bestehen, weil kulturell wertvolle Dokumente nicht in Polizeiakten zu finden sind. So war es am zweckmäßigsten, alles zu vernichten. Menschenleben sind wichtiger als bedrucktes Papier. Zwei Tage lang brannten die Akten auf dem zementierten Hof des Polizeipräsidiiums. Wohl an die hundert Helfer aus der Bevölkerung, der Partei und der Roten Armee warfen die Akten aus den Fenstern in die Flammen. Damit retteten wir Hunderten von politisch und antimilitärisch Verdächtigten aus der Zeit der Zusammenbruchsmonate 1918/19 Freiheit und Leben“.

30. April 1919 – Flugblätter über München: „Kopf hoch und Mut! Hilfe naht“

München * Über München kreisende Flugzeuge werfen Flugblätter mit Durchhalteparolen ab: „[...] Kopf hoch und Mut! Hilfe naht, die Euch vom russischen Terror und Schrecken des Bolschewismus befreien wird“. Ein anderes Flugblatt informiert darüber, dass München von bayerischen Truppen umstellt ist und fordert die Bevölkerung auf: „Hört die Stimme der Vernunft! Lasst ab vom bewaffneten Widerstand. Meidet die Straßen und Plätze, damit das Blut Unschuldiger nicht vergossen wird. Die Truppen der Regierung brechen schonungslos jeden bewaffneten Widerstand, um der Not Aller ein Ende zu machen. Lebensmittel, Kohlen, Rohstoffe stehen zur Einfuhr nach München bereit. gez. Hoffmann, Ministerpräsident“



30. April 1919 – Perlacher Rotarmisten gegen das Freikorps Regensburger Volkswehr

Perlach * Im Kampf um München liefern sich in Perlach Rotarmisten und das Freikorps Regensburger Volkswehr ein kurzes Feuergefecht.

1. Mai 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte Münchens verabscheuen den Geiselmord

München * In einer in Flugblättern veröffentlichten Erklärung distanzieren sich die Betriebs- und Soldatenräte Münchens von den „bestialischen Handlungen (Erschießung von Geiseln im Gymnasium)“ und erläutern, dass sie „in keiner Weise verantwortlich sind. Die Betriebs- und Soldatenräte sprechen einstimmig ihren tiefsten Abscheu über solche unmenschliche Taten aus. Sie versprechen, die in der Versammlung am 30. April 1919 anwesenden Führer Toller, Maenner und Klingelhöfer, die nur im Auftrag des Proletariats gehandelt haben, in jeder Weise zu decken“.

2. Mai 1919 – Flugblätter bereiten auf die kommenden Ereignisse vor

München * Um 11:40 Uhr werden aus Flugzeugen Flugblätter der Regierung Hoffmann abgeworfen, die die Bevölkerung auf die kommenden Ereignisse vorbereiten sollen.

2. Mai 1919 – Eine Denunziationswelle setzt ein

München * Eine Denunziationswelle setzt ein. Das für politische Straftaten zuständige Stand- und Volksgericht am Mariahilfplatz hat Hochkonjunktur. Da wird so manche offene Rechnung beglichen. Beispiel: Der Straßenbahnschaffner Alois Bosch gerät mit seinem Nachbarn in Streit. Daraufhin geht dieser zur Polizei und behauptet, Bosch hätte am 2. Mai auf heranrückende Truppen geschossen. Obwohl er seine Aussage später widerruft, wird der Straßenbahner wegen Mitgliedschaft in der Roten Armee zu zwei Wochen Haft verurteilt. Wegen dieser Vorstrafe wird Bosch von seinem Arbeitgeber, der Stadt München, entlassen.

2. Mai 1919 – Krieg ist Gewalt, Bürgerkrieg ist Gewalt in höchster Potenz!

München * Noch ein Beispiel aus Manfred von Killingers Buch „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben“, in der er in verachtlicher Art und Weise seine Sicht auf die Niederschlagung der Räterepublikaner preis gibt: „Plötzlich höre ich einen Mordskrach vor der [Elisabeth-] Schule.



Ein großer, starker Kerl schimpft mit den größten Tönen auf einen Unteroffizier von mir los. Der bleibt die Ruhe selbst. Da schlängelt sich eine Frau an mich heran. ‚Aufpassen! Ein Bolschewik. Man will die Bevölkerung gegen die Truppen aufhetzen‘. Aha, die Brüder kennen wir. Ich winke Obermaat Zimmermann. ‚Machen Sie eine Handgranate fertig. Ich werde dem Kerl das Maul verbieten. Hört er nicht augenblicklich auf, dann eins rin in die Kiemen‘. Ich fasse den Kerl beim Knopfloch und sage: ‚Gehen Sie augenblicklich Ihrer Wege, noch einen Ton und ich verspreche Ihnen, dass Sie in den nächsten vierzehn Tagen keinen Ton mehr sprechen‘. ‚Hoho! Da wollen wir doch mal sehen, wer was zu reden hat!‘ brüllt er. Krach, da saust ihm die Handgranate in die linke Kiemenseite. Wie vom Blitz getroffen bricht er zusammen. Er erhebt sich, stolpert, fällt wieder. Blut läuft ihm aus Mund und Nase. Er erhebt sich wieder, will was sagen, aber es geht nicht mehr. Er gurgelt etwas und torkelt von dannen. ‚Guten Morgen, mein Herr, wir pflegen unsere Versprechen einzulösen‘. Killing begründet seine menschenverachtende und gewalttätige Einstellung so: „Krieg ist Gewalt, Bürgerkrieg ist Gewalt in höchster Potenz. Mäßigung ist Dummheit, nein, sie ist Verbrechen am eigenen Volk und Staat“.

2. Mai 1919 – 52 ehemaligen russischen Kriegsgefangene werden erschossen

Gräfelfing * Die 52 russischen Kriegsgefangenen aus dem Lager Puchheim werden in der Volksschule Gräfelfing vor ein selbsternanntes Feldgericht gestellt - ohne Berufsrichter. Die Angeklagten haben zudem keine Möglichkeit sich zu verteidigen. Bei Tagesanbruch werden sie in einer Kiesgrube in Gräfelfing erschossen. Man wirft ihnen vor, auf Seiten der Räterepublik und der Roten Armee gekämpft zu haben.

3. Mai 1919 – Bildung der Volkswehr und von Freiwilligenkorps zugelassen

Bamberg * Das Ministerium für militärische Angelegenheiten lässt die Bildung der Volkswehr und von Freiwilligenkorps zu.

4. Mai 1919 – Immer mehr Weiße Truppen rücken in München ein

München * Am Sonntag, dem 4. Mai 1919 herrschte warmes und schönes Frühlingswetter. Immer mehr Weiße Truppen rücken in München ein, darunter Volkswehren aus dem Oberland. Und wieder werden 27 Spartakisten standrechtlich hingerichtet.



5. Mai 1919 – Die Leitung der Volksschulen wird Lehrerräten übertragen

München - Freistaat Bayern * Die Leitung der Volksschulen wird Lehrerräten übertragen. An größeren Schulen, wo die Schulleitung nicht ehrenamtlich zu besorgen ist, kann die Gemeindeverwaltung auf Vorschlag des Lehrerrats einen Lehrer hauptamtlich mit der Schulleitung beauftragen. Er ist jedoch nicht Vorgesetzter anderer Lehrer.

6. Mai 1919 – 21 Kolpinggesellen werden im Keller des Prinz-Georg-Palais ermordet

München-Maxvorstadt * Etwa dreißig Mit-glieder des Katholischen Gesellenvereins Sankt-Joseph treffen sich in ihrem Vereinslokal, dem Maxkasino, in der Augustenstraße 41. Dem preußischen Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment war zuvor von einem Denunzianten mitgeteilt worden, dass dort am Abend eine Versammlung von Rotarmisten stattfindet. Noch während sich im Kasino die Vereinsmitglieder unterhalten, wird das „Spartakistennest“ von Regierungssoldaten beobachtet und 25 Teilnehmer sowie der Wirt kurz vor 21 Uhr verhaftet. Die Möglichkeit, gegenüber den Soldaten das Miss-verständnis aufzuklären und sich zu legitimieren, wird von diesen gewaltsam un-terbunden. Erste Gewehrkolbenhiebe gegen die Arretierten und Zurechtweisungen sind die Folge. Mit dem Abmarsch zum Quartier des Alexander-Regiments beginnt der weitere Leidensweg für die Gefangenen, denn bald geht die Begleit-mannschaft dazu über, die angeblichen Spartakisten nicht nur zu beschimpfen, sondern auch mit Pistolen und Gewehren auf sie einzuschlagen. Nun werden die 26 katholischen Gefangenen in das Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5 gebracht. Im Hof beginnt das eigentliche Massaker. Sechs der Gesellen werden im hinteren Teil des Hofes gegen das Tor eines Schuppens gestoßen. Dann eröffnen die Soldaten mit Gewehren und Pistolen das Feuer, bis alle sechs tot sind. Die verbliebenen zwanzig Kolpinggesellen werden zum Eingang des Kellers geführt. Dort erwischt es einen siebten Gefangenen. Er wird auf den Boden geworfen und mit einem gezielten Pistolenschuss ermordet. Die Übrigen werden jetzt zur Zielscheibe sadistischer Spiele ihrer Peiniger. Man stößt sie mit Flüchen und Beschimpfungen die Treppe zum Keller hinunter. Dort müssen sie sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen. Dann beginnen die Erschießungen. Auf grauenhafte Weise werden 14 Kolpinggesellen ermordet. Wer nicht durch die Schüsse stirbt, wird mit dem Bajonett erstochen. Manche Gefangene stellen sich tot oder sind bewusstlos. Nur durch das Eingreifen eines hohen Offiziers wird das Morden beendet. Nach dem Massaker werden 21 Tote in das Pathologische Institut gebracht. Unter den Erschossenen befinden sich zwei Brüderpaare, bei zwei weiteren wird jeweils einer getötet. Zwei Schwerverletzte werden in das Reservelazarett an der Zollstraße eingeliefert. Drei Opfer brauchen keine Krankenhausbehandlung. Alle Ermordeten sind eingeschriebene Mitglieder der konservativen Bayerischen Volkspartei - BVP. Der Fall wird deshalb vor Gericht ausführlich



untersucht. Man ist jedoch von Regierungsseite geneigt, nichts mehr über den Vorfall an die Presse zu geben. Die Folge davon ist, dass die von den Militärbehörden erstellten unwahren Berichte überall, auch im Ausland, Verbreitung finden. Ansonsten achten die Zensurbehörden streng darauf, dass keine publikumswirksame Veröffentlichung über das blutige Geschehen unter die Leute kommen können. So wird beispielsweise die Sondernummer der Süddeutschen Illustrierten Kriminal-Zeitung vom November 1919, die darüber berichtet, sofort nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt.

8. Mai 1919 – Protest gegen die Versailler Friedensbedingungen

Weimar - Deutsches Reich * Nachdem in Deutschland zu den Versailler Friedensbedingungen ein Sturm der Entrüstung ausgelöst wurde, veröffentlichen der Reichspräsident Friedrich Ebert und die Reichsregierung einen „Aufruf an das deutsche Volk“. Darin spricht man von einem „Friedensvorschlag der Vergewaltigung“. Dem deutschen Volk wird „Gewalt ohne Maß und Grenzen“ angetan. Aus einem solchen „aufgezwungenen Frieden müsste neuer Hass zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen“.

8. Mai 1919 – Missgriffe können nicht ganz vermieden werden!

München * Die halbamtliche Bayerische Staatszeitung rechtfertigt die standrechtlichen Erschießungen mit der Aussage: „Die Bevölkerung verurteilt aufs Schwerste jene feigen Häuserschützen, die aus dem Hinterhalt Angehörige der Regierungstruppen heimtückisch niederknallen, und versteht es, dass solche Schützen, wo sie auf der Tat oder mit der Schusswaffe ertappt werden, nach dem Grundsatz ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn!‘ an die Wand gestellt werden.“ Und natürlich muss nach Auffassung der Bayerischen Staatszeitung Verständnis dafür aufgebracht werden, „dass in der Erregung des Augenblicks vielleicht Missgriffe nicht ganz vermieden werden können“.

8. Mai 1919 – Das Freikorps Werdenfels präsentiert sich der Bevölkerung

München * Das Freikorps Werdenfels präsentiert sich der Bevölkerung bei einem Marsch durch die Münchner Innenstadt.



10. Mai 1919 – Josef Hofmiller unterschätzt die Thule-Gesellschaft

München-Haidhausen * Josef Hofmiller schreibt zur Thule-Gesellschaft völlig naiv in sein Tagebuch: „Diese Thule-Gesellschaft scheint eine harmlose alldeutsche Loge gewesen zu sein, die in den Verdacht monarchistischer Umtriebe gekommen war und an der die Roten offenbar ein Exempel statuieren wollten. Sie hatten als Vereinsabzeichen das germanische Hakenkreuz.“

Josef Hofmiller hat - wie die meisten Angehörigen des bürgerlichen Lagers - die Entschlossenheit der Thule-Gesellschaft, den demokratischen Staat zu beseitigen und durch eine völkische Diktatur zu ersetzen, völlig unterschätzt.

10. Mai 1919 – Eine Volksaufklärungsstelle für Bayern wird gegründet

München * Eine Volksaufklärungsstelle für Bayern wird in München gegründet.

14. Mai 1919 – Forderungen der bürgerlichen Parteien an die Regierung

München * Die bürgerlichen Parteien in München fordern von der Regierung: Die sofortige Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände; die Wiederaufnahme eines geregelten Polizeibetriebes; die Entwaffnung der Roten Armee; die Aufstellung einer Volkswehr; durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Verfassung; die Festnahme und Bestrafung der für die ungesetzlichen Zustände verantwortlichen Führer und die Ausweisung aller politisch nicht einwandfreien landfremden Elemente. Da die Abgabe der Waffen und Munition nur zögerlich vonstatten geht, werden Belohnungen ausgesetzt.

21. Mai 1919 – Silvio Gesell und Emil K. Maenner werden verhaftet

München * Die ehemaligen Volksbeauftragten für Finanzen Silvio Gesell [1. Räterepublik] und Emil K. Maenner [2. Räterepublik] werden verhaftet.

1. August 1919 – Aufhebung des Standrechts - Einsetzung von Volksgerichten

München * Aufhebung des Standrechts. Einsetzung von Volksgerichten.

1. August 1919 – Mit dem Schulaufsichtsgesetz wird die Fachaufsicht eingeführt



München * Mit dem Schulaufsichtsgesetz wird die geistliche Schulaufsicht bei der Volksschule beseitigt und durch die Fachaufsicht ersetzt. Im gesamten Schulwesen sollen Elternvertretungen eingerichtet werden.

11. August 1919 – Erwachsenenbildung als verpflichtende Aufgabe

Deutsches Reich * In der Weimarer Republik erhält die Erwachsenenbildung Verfassungsrang. Der Artikel 148 Abs. 3 der Reichsverfassung macht die Förderung der Erwachsenenbildung zu einer verpflichtenden Aufgabe für das Reich, die Länder sowie die Gemeinden und hebt dabei besonders die Volkshochschulen hervor. Diese bilden in dieser Zeit die wesentlichen Züge ihrer inneren und äußeren Form aus und werden zur bedeutendsten Institution der Erwachsenenbildung. Sie sind sowohl gesellschaftstheoretisch als auch pädagogisch-didaktisch auf Demokratisierung ausgerichtet. Seinen Ausdruck fand dieser Ansatz vor allem in der Sozialform der Arbeitsgemeinschaft.

14. August 1919 – Die bayerischen Volksschullehrer werden Staatsbeamte

München - Freistaat Bayern * Mit dem neuen Volksschullehrergesetz werden die bayerischen Volksschullehrer Beamte des Staates. Damit wird eine seit Jahrzehnten von den Lehrern erhobene Forderung erfüllt.

15. August 1919 – Eintritt in die Deutsche Arbeiterpartei - DAP

München * Eintritt des Kreises um den völkischen Dichter Dietrich Eckart in die Deutsche Arbeiterpartei - DAP.

17. August 1919 – Ein Volksfest zugunsten der gefallenen Revolutionäre

München-Giesing * Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei - USPD lädt „alle sozialistisch denkenden Männer und Frauen Münchens“ in die Waldrestauration Altstadelheim zu einem „Volks-Fest mit Tanz, Glückshafen, Taubenstechen und Kegelscheiben“ ein. Der Erlös wird „den Hinterbliebenen der gefallenen Revolutionäre“ zufallen.

28. August 1919 – Eltern und Lehrern erhalten ein Mitspracherecht



München - Freistaat Bayern * Eine Verordnung über „Schulpflege, Schulleitung und Schulaufsicht für Volksschulen“ wird erlassen. Damit wird erstmals Eltern und Lehrern ein Mitspracherecht eingeräumt.

1. September 1919 – Der erste Geismordprozess vor dem Volksgericht München beginnt

München-Au * Der erste Geismordprozess vor dem Volksgericht München beginnt. Er wird bis zum 18. September andauern. Es geht um den Mord an zehn Geiseln am 30. April im Hof des Luitpold-Gymnasiums. Von den 16 Angeklagten werden sechs zum Tode verurteilt. Sieben Angeklagte werden zu 15 Jahre Zuchthaus verurteilt.

15. September 1919 – Die demokratische Bayerische Verfassung tritt in Kraft

Freistaat Bayern * Die Verfassung des Freistaats Bayern tritt mit ihrer Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaats Bayern in Kraft. Sie bildet die Grundlage des bayerischen Staatslebens bis zum Jahr 1933. In Artikel 2 heißt es: Die Staatsgewalt geht von der Gesamtheit des Volkes aus. In Artikel 15 heißt es: Alle Bayern sind gleich. Der bayerische Adel ist aufgehoben. Die Idee der Räterepublik findet trotz der revolutionären Entstehungsgeschichte nur wenig Berücksichtigung. Lediglich die plebiszitären Elemente Volksbegehren und Volksentscheid werden aufgenommen. Der Landtag besitzt die uneingeschränkte Gesetzeshoheit einschließlich der Verfassungsgesetzgebung.

30. September 1919 – Der Verlag Franz Eher Nachfolger wird eine GmbH

München * Aus dem Verlag Franz Eher Nachfolger wird die Franz Eher Nachfolger GmbH. Gesellschafterinnen sind nun Käthe Bierbaumer, die Freundin von Rudolf von Sebottendorff, und Sebottendorffs Schwester Dora Kunze.

13. Oktober 1919 – Der zweite Geismordprozess vor dem Volksgericht München beginnt

München * Der zweite Geismordprozess vor dem Volksgericht München beginnt. Er dauert zwei Tage. Ein Angeklagter wird zum Tode verurteilt. Vier Angeklagte erhalten Zuchthausstrafen von jeweils 15 Jahren.



25. Oktober 1919 – Zuchthausstrafen für die Mörder der Kolpinggesellen

München * Die beiden Haupttäter, der Schütze Jakob Müller und der Vizefeldwebel Konstantin Makowski, die maßgeblich an den Ermordungen der 21 Kolpinggesellen am 6. Mai mitgewirkt haben, werden zu jeweils 14 Jahren Zuchthaus verurteilt, Otto Grabatsch erhält ein Jahr Gefängnis. Sie werden wegen Totschlag - nicht jedoch wegen Mord - verurteilt.

4. November 1919 – Husar Stefan Latosi zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt

München * Der ehemalige Husar Stefan Latosi, der in der Nacht vom 6. auf den 7. Mai blutbefleckt mit gestohlenen Uhren und Geldbörsen den Keller des Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5 verlassen hatte, wird in einem abgetrennten Verfahren vom Verbrechen des Totschlags freigesprochen. Er erhält aber wegen schweren Diebstahls zehn Jahre Zuchthaus. Latosi hat die zuvor ermordeten Kolpinggesellen ausgeraubt.

25. November 1919 – Ludwig Siemer gründet den Volksbund für Kunst und Theater

München * Der Reiseunternehmer Ludwig Siemer gründet den Volksbund für Kunst und Theater, aus dem später die Theatergemeinde München hervorgehen wird. Siemer steht der katholischen Bewegung nahe und betrachtet die politische Linke als Gegner. Deshalb will er den sozialistischen Kräften auf dem Feld der Kultur etwas entgegensetzen. Er gründet eine Organisation für Schauspielfreunde, die „die Kunst im Theater und auf allen Gebieten der Kunst im Sinne volkstümlich-deutscher Kultur und christlicher Lebensauffassung fördern“ will.

15. Dezember 1919 – Alois Lindner zu 14 Jahre Zuchthaus verurteilt

München * Das Volksgericht München verurteilt Alois Lindner zu einer Zuchthausstrafe von 14 Jahren. Er hat am 21. Februar 1919 bei einem Attentat im Bayerischen Landtag den Innenminister Erhard Auer [SPD] durch Pistolenschüsse schwer verletzt. In den Auseinandersetzungen wird der BVP-Abgeordnete Heinrich Osel und Major Paul Ritter von Jahreiß getötet. Für die Dauer von fünf Jahren erkennt man ihm wegen niederer Gesinnung die bürgerlichen Ehrenrechte ab.

1920 – Das Bayerische Volksschulgesetz führt das Zölibat wieder ein



München * Das Bayerische Volksschulgesetz führt die Unvereinbarkeit zwischen Ehe und Lehrberuf, also das Zölibat für Lehrerinnen, wieder ein.

1920 – Die weltweit ältest erhaltenen Karussell-Figuren

München-Bogenhausen * Die Figuren und Wagen des Karussells aus dem Betz'schen Gasthaus in Bogenhausen kommen ins Münchner Stadtmuseum. Sie gelten als die weltweit ältest erhaltenen Teile eines volkstümlichen Ringelspiels.

1920 – Der Deutsche und österreichische Alpenverein trifft nach rechts ab

Wien * Eduard Pichl, studierter Chemiker“ und Hofrat in Wien, der „Vater der Bergwarte“ und Schwärmer für ein germanisches Christentum, gibt seinen Beruf auf, um sich fortan als hauptamtlicher Funktionär des Deutschen und österreichischen Alpenvereins der völkischen Propaganda zu widmen. Innerhalb kürzester Zeit gewinnen seine Sympathisanten die Oberhand in 45 Sektionen, die sich als Deutsch-Völkischer Bund im DuOeAV zusammenschließen und mit ihrer Mehrheit Abstimmungsprozesse an den Vollversammlungen vorbei in ihnen genehme Ausschüsse umleiten.

8. Januar 1920 – Gründungsfeier des Volksbundes für Kunst und Theater

München-Kreuzviertel * Im Konzertsaal des Hotels Bayerischer Hof findet die offizielle Gründungsfeier des Volksbundes für Kunst und Theater statt. Der antisemitisch gesinnte Komponist Hans Pfitzner spielt Klavier. Die Initiatoren des Verbandes rufen auf zum Aufbau eines neuen Deutschlands und beschwört die Wiedererweckung geistiger Werte in einer Zeit materialistischer Kultur, die Volksseele muss veredelt werden „für eine neue größere Zukunft“.

Alles Schlagworte aus dem Repertoire völkischer Ideologen, die sich gegen die künstlerische Moderne und die Weimarer Demokratie richten. Damit will der Volksbund „alle christlichen Volksteile Münchens“ erreichen, um sie letztlich „von der Diktatur des Cliquenwesens und der Tagesmode“ zu befreien.

16. Januar 1920 – Graf Anton von Arco auf Valley zum Tode verurteilt

München * Da sich die Richter und der Verteidiger über die Wertung der Tat im Grunde einig



sind, ergeht das Urteil gegen Graf Anton von Arco auf Valley bereits um 16.08 Uhr. Es wird vom Landgerichtsdirektor Georg Neithardt gesprochen und lautet: „[...] wegen eines Verbrechens des Mordes zum Tode und in die Kosten verurteilt.“ Es lässt sich einfach nicht umgehen anzuführen: „Der Angeklagte führte die Tötung nach einem wohlbedachten Plan mit Überlegung aus.“ Die Justiz öffnet sich aber gleich selbst die Tür für ihr weiteres Vorgehen. Am Ende des Urteils stehen die bemerkenswerten Zeilen: „Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte konnte natürlich keine Rede sein, weil die Handlungsweise des jungen, politisch unmündigen Mannes nicht niedriger Gesinnung, sondern der glühenden Liebe zu seinem Volke und seinem Vaterland entsprang und ein Ausfluss seines Draufgängertums und der in weiten Volkskreisen herrschenden Empörung gegen Eisner war, weil ferner der Angeklagte seine Tat in allen ihren Einzelheiten ohne jeden Versuch der Beschönigung oder Verschleierung mit offenem, edlem Mute in achtungsgebietender Weise als aufrechte Persönlichkeit eingestand.“ Graf Arco nimmt sein Todesurteil mit vollkommener Ruhe zur Kenntnis und ruft in seinem Schlusswort die Zuhörer zum Aufbau einer nationalen Zukunft auf. Stürmischer Beifall erhebt sich im Sitzungssaal.

13. März 1920 – Der Kapp-Putsch führt zum Rücktritt der bayerischen Regierung

Berlin * In Berlin findet der rechtsradikale Kapp-Putsch statt. Parallel dazu fordern in München der Regierungspräsident von Oberbayern Gustav von Kahr, Polizeipräsident Ernst Pöhner und Wehrkreiskommandant Arnold von Möhl den von der SPD gestellten bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann zum Rücktritt auf. Was in Berlin scheitert, gelingt in München. Gustav Ritter von Kahr bildet - unter Beteiligung der Bayerischen Volkspartei - BVP - eine rechtskonservative Regierung, die alle rechtsextremen Gruppierungen sowie militanten Verbände fördert und schützt. Ministerpräsident wird Gustav von Kahr, der zu dieser Zeit auch Adolf Hitler kennenlernt und den er als „Trommler“ für die nationale Sache einspannen will, um mit seiner Hilfe den Kommunismus und den Marxismus abzuwehren und um die „gestörte Ordnung“ in Deutschland wieder ins rechte Lot zu bringen. Die rechtsradikalen Verbände können umgekehrt von Bayern aus ihren ideellen Boden vorbereiten. Gustav von Kahr ist die Integrationsfigur all jener Kräfte in Bayern, die durch einen Staatsstreich die parlamentarische Demokratie abschaffen und die staatliche Unabhängigkeit Bayerns von Berlin vorbereiten wollen.

16. März 1920 – Der Antisemitismus wird gewalttätig



München * Der Antisemitismus wird gewalttätig. Der konservative Ministerpräsident Gustav von Kahr (BVP) kündigt in seiner ersten Regierungserklärung an, gegen die „Überfremdung durch Stammesfremde“ einzuschreiten und erklärt die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“ zum Gebot der Stunde. Er meint damit den besonders verhassten „Teil der jüdischen Rasse“, die Ostjuden. Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner hält es für nicht ausgeschlossen, wenn „wegen der unerträglichen Teuerung etwas unternommen, etwa einige Juden aufgehängt würden“. Gegen die gewalttätigen und gewaltbereiten Antisemiten unternimmt die Münchner Polizei allerdings nichts. Nun wird die Situation für die jüdischen Mitbürger unerträglich. Viele verlassen die Stadt.

16. März 1920 – Antisemitische Hetze und zunehmende Gewalt

München * Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verschärft sich das politische Klima in München deutlich. Antisemitische Ressentiments treten zunehmend offen zutage und werden auch von führenden Vertretern des öffentlichen Lebens verbreitet. In seiner Regierungserklärung vom 16. März 1920 kündigt Ministerpräsident Gustav von Kahr Maßnahmen gegen die angebliche „Überfremdung durch Stammesfremde“ an und fordert die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“. Die Äußerungen richten sich insbesondere gegen die aus Osteuropa zugewanderten Juden, die verstärkt zum Ziel antisemitischer Hetze werden. Auch Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner fällt durch offen antisemitische Äußerungen auf und verharmlost Gewalt gegen Juden. Gleichzeitig gehen die Behörden nur unzureichend gegen antisemitische Übergriffe und gewaltbereite Gruppierungen vor. Für viele jüdische Münchnerinnen und Münchner verschlechtert sich die Lebenssituation erheblich. Angesichts der zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen verlassen zahlreiche jüdische Familien die Stadt.

12. Juni 1920 – Der dritte Geiselmordprozess beginnt

München * Der dritte Geiselmordprozess beginnt. Das Volksgericht verhängt ein Todesurteil, das zwei Tage später vollstreckt wird.

14. Juni 1920 – Das Todesurteil aus dem dritten Geiselmordprozess wird vollstreckt

München-Obergiesing * Das Todesurteil aus dem dritten Geiselmordprozess wird im Gefängnis Stadelheim durch Erschießen vollstreckt.



5. September 1920 – Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern

München-Au * Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern, in der er die Juden verurteilt, da sie hinter dem Elend Deutschlands stecken. Wenn man erst mal die Macht habe, so sagt Hitler weiter, dann „werde man den Fetzen von einem Friedensvertrag zerreißen“. Der NSDAP-Parteivorsitzende führt aus, dass Deutschland zwar geknebelt und wehrlos ist, sich aber nicht vor einem Krieg gegen Frankreich scheuen darf. Seine Rede beendet er mit dem Schiller-Wort: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, nicht trennen uns in Not und Gefahr“.

4. November 1920 – Erzbischof Michael von Faulhaber soll Kardinal werden

München - Vatikan * Führende Politiker der Bayerischen Volkspartei richten ein Schreiben an die Regierung des Freistaats Bayern, in dem sie sich für die Ernennung des Erzbischofs von München und Freising zum Kardinal aussprechen. Ministerpräsident Gustav von Kahr übermittelt das Schreiben nach Rom.

1921 – Das Reichsgericht erklärt bayerischen Alleingang für verfassungswidrig

Berlin - München * Das Reichsgericht erklärt den bayerischen Alleingang der Unvereinbarkeit zwischen Ehe und Lehrberuf, also das Zölibat für Lehrerinnen, für verfassungswidrig und beendet. Trotzdem kommt es in Bayern immer wieder zu Entlassungen verheirateter Frauen. Selbst Dienstwohnungen I. Ordnung können Lehrerinnen nicht erhalten, da sie den männlichen Lehramtsinhabern vorbehalten sind.

Oktober 1921 – Die Volkshochschule München will ins Isartor

München-Graggenau * Die Volkshochschule München Akademische Arbeiterkurse e.V. nimmt Verhandlungen mit dem Münchner Stadtrat auf, um im Isartor ein festes Zentrum einrichten zu können.

5. November 1921 – Kardinal Faulhaber rechnet mit der Revolution ab

München-Kreuzviertel * Die Kirche - allen voran Kardinal Michael von Faulhaber - fühlt sich



aufgefordert mit der Revolution abzurechnen. Der hohe katholische Kleriker steht als Garant für das Gottesgnadentum der angestammten Herrscher und für eine auf das christliche Herrschaftsverständnis gegründete Regierung. In seiner Trauerrede sagt Kardinal Faulhaber in Anspielung auf die Hunger- und Friedensdemonstrationen vor und die revolutionären Veranstaltungen nach Kriegsende, besonders aber auf die Beisetzungsfeierlichkeiten für den ermordeten ersten demokratischen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner: „Die heutige Trauerfeier hebt sich durch die kirchliche Weihe himmelhoch hinauf über alles Trauertheater, das auf dem Straßenpflaster von München jemals gewesen ist.“ Ausführlich hebt Faulhaber hervor, dass Ludwig III. „kein König von Volkes Gnaden“, sondern ein „König von Gottes Gnaden“ gewesen sei. Der monarchistische und antidemokratische Kirchenvertreter verurteilt die Revolution, indem er sagt: „Könige von Volkes Gnaden sind keine Gnade für das Volk, und wo das Volk sein eigener König ist, wird es über kurz oder lang sein eigener Totengräber“. Dieser Satz lässt den Kardinal am Ende des Zweiten Weltkrieges prophetisch erscheinen. Ein größerer zeitlicher Abstand zeigt aber die Untauglichkeit solcher Ängste erzeugender Geschichtsverklärungen.

1922 – Eine Beschreibung des „sprichwörtlichen Giesingers“

München-Giesing * Der München-Führer „Rund um die Frauentürme“ beschreibt den „sprichwörtlichen Giesinger“ so: „Hochgelegen, gesunde Luft, gesunde oder auch runde Bevölkerung. Im allgemeinen wie jeder Münchner gutmütig, ist der Giesinger in gereiztem Zustand in einer ziemlich gefährlichen Körper- und Geistestesteverfassung. Die Giesinger sind in der Regel nicht in politisch konservativen Parteien zu suchen, sondern von Natur aus revolutionär“. In Giesing wohnen viele Arbeiter mit entsprechend ausgeprägtem Klassenbewusstsein. Weit über sechzig Prozent wählen „rote Parteien“. Demzufolge sind die Nazis lange Jahre hier völlig chancenlos.

27. August 1922 – Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet

München - München-Maxvorstadt * Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet. Für die anreisenden Zehntausenden von Gläubigen wird ein großer Festgottesdienst auf dem Königsplatz abgehalten, bei dem sich die katholische Kirche mit eindrucksvollem Gepränge darstellt. Die Straßen der Stadt sind mit Fahnen geschmückt, nur das Schwarz-Rot-Gold der Weimarer Republik ist demonstrativ vergessen worden. Kardinal Michael von Faulhaber enthält sich bei dieser zur politischen Kundgebung umgestalteten Veranstaltung weder politischer noch demokratiefeindlicher Äußerungen und ruft in seiner



Ansprache zum Kampf der Kirche gegen den Staat auf: „Wehe dem Staat, der seine Rechtsordnung und Gesetzgebung nicht auf den Boden der Gebote Gottes stellt, der eine Verfassung schafft ohne den Namen Gottes, der die Rechte der Eltern in seinem Schulgesetz nicht kennt, der die Theaterseuche und die Kinoseuche nicht fernhält von seinem Volk, der Gesetze gibt, die die Ehescheidung erleichtern, die die uneheliche Mutterschaft in Schutz nehmen“. Diesem Satz folgt ein - von den dicht gedrängten Besuchern stürmisch bejubelter - rhetorischer Tiefschlag gegen die Republik und ihrer Gründer: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet“. Diese Worte wirken, wie Faulhaber später einmal recht zufrieden feststellt, wie eine Bombe. Der Kardinal versagt sich damit wieder einmal - mit seiner ganzen Autorität und in der Öffentlichkeit - der Weimarer Republik und bereitet damit - ohne das möglicherweise direkt zu beabsichtigen - Adolf Hitler den Weg. Schon damals stellt die sozialdemokratische Münchener Post unter der Überschrift „Wohin des Wegs, Herr Kardinal?“ fest: „Seine Ansichten sind ein Beweis für den Machthunger der römischen Kirche und ihres Klerus, die nicht mit dem Staat in Frieden und Verträglichkeit zusammenleben, sondern ihn um jeden Preis beherrschen wollen.“ Die in Anwesenheit der Spitzen von Kirche, Staat und Gesellschaft gemachten Aussagen des Kardinals führen allerdings auch zu einem „weltweit hallenden Eklat“ und veranlasst die - konservative - Reichsregierung, sich bei Papst Pius XI. zu beschweren. Damit, dass sich ein Widerstand derjenigen Katholiken formiert, die im neuen Staat ehrlich mitarbeiten wollen, hat Faulhaber nicht gerechnet.

31. Dezember 1922 – Nutzungsvorschläge für das Tierpark-Gelände

München-Giesing * Der Pachtvertrag zwischen der Stadt und dem inzwischen aufgelösten „Verein Zoologischer Garten München“ wird gekündigt. Das löst eine Welle von Gesuchen und Anträgen zur alternativen Nutzung des Tierpark-Geländes aus. Im Gespräch sind, den Park als „Landerholungsersatz“ für bedürftige Münchner Familien oder als Schaf- und Rinderweide zur Milchversorgung des städtischen Sanatoriums Harlaching oder des Ordens der Barmherzigen Schwestern zu nutzen. Andere Interessenten wollen hier einen „Park zur Pflege des Sonnen- und Luftbadens“ oder einen Raum für Militärkonzerte und Raubtierdressurvorstellungen oder eine Geflügelfarm sowie als den Sitz der Bavaria Film GmbH genutzt sehen. Doch alle Wünsche und Nutzungsvorschläge werden abgelehnt, da die Stadt sich mit der Vorstellung beschäftigt, den ehemaligen Zoo in einen „Städtischen Volkspark Hellabrunn“ umzuwandeln. Im Prinzip ist man sich einig, dass München auf Dauer einen Zoologischen Garten haben muss und der Volksgarten nur eine Übergangslösung darstellt, bis man hier wieder exotische Tiere bestaunen kann.



1923 – Die Volkshochschule München e.V. wird gegründet

München * Der Volks-Hochschul-Verein München e. V. und der Verein Akademische Arbeiterkurse e.V. vereinigen sich zur Volkshochschule München e.V..

1. Mai 1923 – Der „Volkspark Hellabrunn“ wird eröffnet

München-Giesing * Der „Volkspark Hellabrunn“ wird eröffnet.

Juli 1923 – Das Isartor wird für die Volkshochschule umgebaut

München-Graggenau * Die Umbauarbeiten im südlichen Zwingerturm des Isartors, des alten östlichen Stadtttores, beginnen. Dort, wo heute das Valentin-Karlstadt-Musäum untergebracht ist, wird die erste Geschäftsstelle eingerichtet. Die drei Etagen des Isartores werden mit einer neuen Hotztreppe erschlossen, im Untergeschoss befinden sich lediglich der Eingangsbereich und eine Toilette. Im ersten Obergeschoss wird ein großer und ein kleiner Raum für Kurse und Veranstaltungen geschaffen. Im zweiten Obergeschoss befinden sich das Geschäftszimmer der Volkshochschulleitung, eine Bibliothek und ein Lesezimmer. Das oberste Stockwerk wird zu einem einzigen großen Raum für Veranstaltungen und Vorträge ausgebaut. Dort werden vier Dachfenster eingebaut. In jedem Stockwerk gibt es einen Nebenraum zur Kleiderablage und Toiletten mit Waschgelegenheit.

6. November 1923 – Kardinal Faulhaber verweigert sich gegenüber Reichskanzler Stresemann

Kreuzviertel * Erzbischof Michael von Faulhaber, der seit dem Kriegsende nicht müde wird zu betonen, dass die Ausschaltung der Kirchen aus dem öffentlichen Leben Anstand, Sitte, öffentliche Moral und Autoritätsglauben untergraben, verweigert sich aber gegenüber dem Reichskanzler Gustav Stresemann, als ihn dieser im Oktober 1923 bittet, „sich in den Dienst der Sache der sittlichen Wiedergeburt zu stellen“. Zwei Tage vor dem sogenannten Hitler-Ludendorff-Putsch teilt ihm der Kardinal mit, dass er für eine Mitarbeit „aus gesundheitlichen Gründen und aus kirchenrechtlichen Bedenken“ nicht zur Verfügung steht. Ansonsten meint er aber, „daß die Kirche es als eine Gewissenspflicht empfindet, an der sittlichen Wiedergeburt des Volkes, im Besonderen an dem Abbau der Kritiksucht und an der Pflege des Autoritätssinnes, an dem Abbau der Selbstsucht und an der Pflege des Opfersinnes nach Kräften mitzuarbeiten.“ Weitere allgemein gehaltene



und nicht zur Problemlösung beitragende Floskeln folgen.

1924 – Die Vollstreckung der Todesurteile erfolgt durch die Guillotine

München * Die traditionellen Schwurgerichte treten wieder an die Stelle der Volksgerichte. Die Vollstreckung der Todesurteile erfolgt nun grundsätzlich durch die Guillotine.

1. April 1924 – Der Hitler-Ludendorff-Prozess endet

München-Neuhausen • Der Prozess gegen die Beteiligten am Hitler-Ludendorff-Putsch wird mit einem Urteil beendet. Hitler wird wegen Hochverrats zur gesetzlichen Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft und einer Geldstrafe von 200 Goldmark verurteilt, ebenso Kriebel, Weber und Pöhner. Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick erhalten wegen Beihilfe jeweils ein Jahr und drei Monate Festungshaft sowie 100 Goldmark als Strafe auferlegt. Ludendorff wird mit der wenig glaubwürdigen Begründung, dass er keine Kenntnis von den eigentlichen Plänen Hitlers gehabt hätte, freigesprochen. Den Verurteilten Hitler, Pöhner, Weber und Kriebel wird durch Beschluss des Volksgerichts nach Verbüßung eines weiteren Strafteils von sechs Monaten Bewährung für den Strafreis in Aussicht gestellt. Für Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick wird diese Bewährung sofort bewilligt. Die Staatsanwaltschaft hatte für Hitler eine Strafe von acht Jahren beantragt. Von der zwingenden Ausweisung Hitlers als Ausländer nach § 9 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik sieht das Volksgericht ausdrücklich ab. Ebenso berücksichtigt es nicht, dass der 1922 wegen Landfriedensbruch verurteilte Hitler bereits unter Bewährung stand und ihm daher nicht erneut Bewährung gewährt hätte werden dürfen. Die Volksgerichte sind für die ihnen zugewiesenen Fälle in Bayern erste und letzte Instanz, so dass gegen ihre Urteile keine Rechtsmittel statthaft sind. Das Urteil ist somit sofort rechtskräftig.

1. April 1924 – Uraufführung der „Raubritter vor München“ in den Kammerspielen

München-Maxvorstadt * Das zweiaktige Bühnenstück „Raubritter vor München“ von Karl Valentin und Liesl Karlstadt erlebt in den Münchner Kammerspielen in der Augustenstraße 89 seine Uraufführung. Schauplatz der Komödie ist die Stadtmauer am Münchner Isartor. Mit insgesamt 284 Aufführungen entwickelt sich das Stück zu einem außergewöhnlichen Publikumserfolg und markiert den endgültigen Durchbruch des Komikerduos auf der großen Bühne. Zugleich bleibt es Valentins einziges abendfüllendes Theaterstück und gilt als sein bedeutendstes Werk als



Bühnenautor. Den Anstoß für die Entstehung geben die erfolgreichen Nachtvorstellungen des Duos in den Kammerspielen. Ihr großer Zuspruch führt zum Auftrag, eine abendfüllende Raubritter-Komödie zu schreiben. Inhaltlich knüpft das Stück an die damals äußerst beliebte Militärkomik an. Deren Humor entsteht aus den absurden Situationen und Regelverstößen innerhalb des streng geregelten Kasernen- und Manöveralltags. Besonders die Figur des „Schweren Reiters“ zählt zu den beliebtesten Charakteren der Volkssänger. Als unmittelbare Vorläufer von „Raubritter vor München“ gelten die frühen Valentin-Stücke „Der Herzog kommt“ und „Aus guter alter Zeit“. Die Handlung ist ebenso einfach wie wirkungsvoll: Hinter Berg am Laim treiben Raubritter ihr Unwesen und bereiten einen Angriff auf München vor. Ein Milchfahrer bringt die alarmierende Nachricht in die Stadt und setzt damit die turbulente Komödie in Gang.

31. Dezember 1924 – Volkshochschule im Isartor eröffnet

München-Graggenau * Aufgrund der nicht ausreichenden finanziellen Unterstützung der Landeshauptstadt verzögert sich der Eröffnungsbeginn für das erste Heim der Münchner Volkshochschule bis zum 31. Dezember 1924. Zum Glück wird das Vorhaben durch eine private Gönnerschaft und Mithilfe insbesondere durch die Familie Riemerschmid, die ja bereits mit der Riemerschmid Handelsschule im Jahr 1862 eine Bildungseinrichtung für Mädchen geschaffen hatte, massiv unterstützt.

1925 – Faulhabers Buch: „Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen“

München * Erzbischof Michael von Faulhaber veröffentlicht ein Buch mit dem Titel: „Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen“. Zunächst stellt er fest, dass „darüber zu urteilen, was katholisch ist oder was an das Wesen des Katholizismus greift, [...] Sache des kirchlichen Lehramtes“ ist. Im nächsten Satz gibt er sich als Träger dieses Lehramtes aus. Und dann beginnt er zu politisieren. Benito Mussolini, der im Oktober 1922 mit seinem „Marsch auf Rom“ die Macht in Italien an sich gerissen hatte und die Verfassung nach seinen Vorstellungen abänderte, wurde vom Kardinal hoch gelobt, da „das Oberhaupt des italienischen Faschismus [...] die Geister des Kulturkampfes [...] bis heute mit fester Hand [...] im Zaun gehalten“ habe. Gleich darauf lässt Faulhaber seine Bewunderung für den deutschen Faschistenführer folgen, wenn er schreibt: „Adolf Hitler wußte besser als die Diadochen seiner Bewegung, daß die deutsche Geschichte nicht erst 1870 und nicht erst 1517 begann, daß für die Wiederaufrichtung des deutschen Volkes die Kraftquellen der christlichen Kultur unentbehrlich sind, daß mit Wotanskult und Romhaß das Werk der Wiederaufrichtung nicht geleistet werden kann. Als Mann des Volkes kannte er auch die Seele des süddeutschen Volkes besser als andere und wußte, daß mit seiner Bewegung, die



in ihrer Kehrseite Kampf gegen Rom ist, die Seele des Volkes nicht erobert wird“. Das Buch erscheint wohlgeordnet in dem Jahr, in dem die NSDAP neu gegründet worden ist, in dem Adolf Hitler für mehrere Jahre ein Auftrittsverbot erhalten hat, in dem der erste Band von Hitlers „Mein Kampf“ erscheint und in dem die berüchtigte Schutzstaffel - SS gegründet wird.

März 1925 – Faulhaber verweigert dem Reichspräsidenten Ebert das Trauergeläut

München-Kreuzviertel * Unversöhnlich zeigt sich Erzbischof Michael von Faulhaber gegenüber dem am 28. Februar 1925 verstorbenen, der SPD angehörenden Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Der Kardinal verweigert ihm ein Trauergeläut in seiner Diözese, weil der Verstorbene ja auf dem Boden einer Verfassung stand, die „auf eine Trennung von Staat und Kirche abzielte“. Außerdem war Friedrich Ebert als „Mitglied und Führer einer politisch grundsätzlich religions- und kirchenfeindlichen Partei, nicht durch die Wahl des deutschen Volkes ‚Reichspräsident‘ geworden“.

Mai 1925 – Das Deutsche Museum zieht auf die Kohleninsel um

München-Isarvorstadt * Die Sammlungen des Deutschen Museums ziehen von der Maximilianstraße 42 auf die inzwischen in Museumsinsel umbenannte Kohleninsel. Anschließend werden die Räume umfassend renoviert, um das Völkerkundemuseum – das heutige Museum Fünf Kontinente – dort unterzubringen.

5. Mai 1925 – Festumzug zur Museumsinsel

München-Isarvorstadt * Festlich geschmückt präsentiert sich die Stadt, als ein großer Umzug vom Alten Nationalmuseum durch die Münchner Innenstadt zur Museumsinsel zieht. Aufwendig gestaltete Festwagen stehen jeweils für eine technische Disziplin, ein Handwerk oder eines der vier Elemente und machen den Umzug zu einem viel beachteten Ereignis.

12. Juli 1926 – Die Völkerkundliche Sammlung zieht an die Maximilianstraße

München-Lehel * Die damalige Völkerkundliche Sammlung bezieht ihr heutiges Domizil in der Maximilianstraße 42. Der langgestreckte Bau gegenüber der Regierung von Oberbayern entstand ab 1858. Ursprünglich war das Gebäude jedoch nicht für die Völkerkunde vorgesehen, sondern



für das Bayerische Nationalmuseum. Deshalb die Aufschrift: „Meinem Volk zu Ehr und Vorbild“.

1927 – Gründung des Reichsverbandes für deutschen Seidenbau in Halle

Halle * In Halle kommt es zur Gründung des Reichsverbandes für deutschen Seidenbau. Eine Denkschrift an den Deutschen Reichstag trägt den Titel „Deutscher Seidenbau schafft Werte für Volk, Staat, Familie, ist Kulturaufgabe, ist soziale Tat“. Natürlich dreht sich bei der schon von nationalsozialistischem Gedankengut durchdrungenen Schrift alles um die „deutsche Seide“, um die „deutsche Maulbeere“ und natürlich um die „deutsche Brut“.

1927 – Ein evangelischer Betsaal in der Volksschule an der Kolumbusstraße

München-Au * Eine der Turnhallen der Volksschule an der Kolumbusstraße dient der evangelischen Gemeinde bis zum Bau der Martin-Luther-Kirche als Betsaal.

1927 – Sie sehen in Adolf Hitler den neuen „Heiland und Erlöser“

Thüringen * Seit dem Jahr 1927 sammeln ehemals bayerische Pfarrer in Thüringen Protestanten, die den „völkischen Enthusiasmus“ an die Stelle des „christlichen Glaubensbekenntnisses“ setzen und in Adolf Hitler den neuen „Heiland und Erlöser“ sehen.

14. Januar 1928 – Karl Valentin und Liesl Karlstadt im Berliner Kabarett der Komiker

Berlin * Karl Valentin und Liesl Karlstadt treten im Berliner Kabarett der Komiker auf. Das Engagement ist ursprünglich bis zum 20. Februar geplant. Vier Stücke spielt das Komikerpaar Valentin-Karlstadt: „Der Firmling“, „Die Orchesterprobe“, „Der reparierte Scheinwerfer“ und „Im Senderaum“. Während die anderen Stücke Publikumserfolge sind, fällt „Der Firmling“ bei den Berlinern durch. Der Überredungskunst Liesl Karlstadts ist es zu verdanken, dass er dem Wunsch der Theaterleitung zustimmt und seine Auftritte Ende des Monats ausdehnt. Er erhält dafür - mit 350 Mark für täglich zwei Vorstellungen - die höchste Gage, die je einem Gaststar im Kabarett der Komiker bezahlt worden ist. Gutes Geld vermindert scheinbar das Heimweh des Volkssängers.

September 1928 – Carl Gabriel betreibt fünf Attraktionen auf dem Oktoberfest



München-Theresienwiese * Carl Gabriel betreibt fünf Geschäfte auf dem Oktoberfest. Darunter „Carl Gabriel's und Ehrlich's Riesen-Völkerschauen“, „Carl Gabriel's Pracht-Reitbahn (Hippodrom)“, „Carl Gabriel's und L. Ruhe's Riesen Orang-Utan-Schau aus den Urwäldern Sumatras“ und „Carl Gabriel's Jagd- und Preis-Schießen, Schießen am Walde auf laufende Tiere mit echten Jagdgewehren und mit echter Munition!“ Für die „Orang-Utan-Schau“ wurden im Frühjahr 85 Exemplare dieser äußerst seltenen Affenart auf der Insel Sumatra gefangen und nach Europa gebracht. Dabei verendete ein Großteil der Tiere. Einzelne der kostbaren Orang-Utans wurden an zoologische Gärten verkauft, der Rest wurde in einem beheizbaren Käfig dem Publikum gezeigt.

Mai 1929 – Mit dem Fremdenwagen durch München

München * Der Stummfilm „Mit dem Fremdenwagen durch München“ mit Karl Valentin und Liesl Karlstadt als „Erzähler“ und Josef Rankl als „Fremdenautoführer“ entsteht. Es ist der Anfangs- und Schlussfilm einer multimedialen Live-Darbietung mit Lichtbildern. Er wird im Rahmen des von Walter Jerven moderierten Stummfilmprogramms „Aus der Kinderstube des Films“ gezeigt.

1930 – Das Isartor als Sitz der wichtigsten Bildungseinrichtung Münchens

München-Graggenau * Das Isartor ist für viele Jahre der Sitz der wichtigsten Bildungseinrichtung Münchens. Im Sommerlehrgang 1930 werden rund einhundert Veranstaltungen mit neunzig Dozenten angeboten. Dabei kann auch Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Ungarisch gelernt werden. Es gibt bereits ein Frauenprogramm, das zehn Kurse umfasst und die Not und Tradition der Zeit widerspiegelt: „Die Frau als Herrscherin in Haus und Küche“, „Wie erhalte ich mir trotz sparsamster Wirtschaftsführung meine Lebensfreude?“ oder „Die Frau als seelischer Mittelpunkt des Hauses.“ Solche Titel klingen für uns heute eher kurios, werden damals aber stark nachgefragt.

Februar 1930 – Der Cowboy Club München Süd tritt im Tierpark Hellabrunn auf

München-Untergiesing * Der Faschingszug fällt aus. Im Tierpark Hellabrunn wird ein Ersatzfasching abgehalten, bei dem sich der Cowboy Club München Süd mit 17 Reitern, einem Wagen und Fußvolk präsentiert. Eine Münchner Zeitung erklärt daraufhin den CCMS zum Höhepunkt des Zuges.



September 1930 – Carl Gabriel's Völkerschau zeigt „Lippen-Negerinnen der Sara-Kaba“

München-Theresienwiese * Carl Gabriel zeigt die „Völkerschau der aussterbenden Lippen-Negerinnen vom Stamme der Sara-Kaba in Zentralafrika“.

9. September 1930 – Brandbrief an Kardinal Faulhaber und die Bischofskonferenz

München * Pater Rupert Mayer schreibt einen Brief an Kardinal Michael Faulhaber und die Bischofskonferenz, in dem sich der Jesuit wie folgt äußert: „Die völkischen Hetzereien können wir uns nicht groß genug vorstellen. So herrscht in unserem katholischen Volk eine beispiellose Verwirrung. Unbegreiflich, aber wahr ist es, daß der Hitlerschwindel wieder die weitesten, auch katholischen Volkskreise erfasst hat“.

Oktober 1930 – „Lippen-Negerinnen“ werden auf der Wiesen ausgestellt

München-Ludwigsvorstadt * Carl Gabriel bringt die „Aussterbenden Lippen-Negerinnen vom Stamme der Sara-Kaba“ auf die Wiesen. Mit welcher Ungeniertheit man zu dieser Zeit die Zurschaustellung fremder Menschen betrieb und wie man über sie informierte, vermittelt eine Zeitungsankündigung: „Das zentralafrikanische Schönheitsideal wird sich in Reinkultur den Münchnern offenbaren und es ist zu hoffen, dass unsere Damenwelt nicht zu neidisch wird. Die schwarze Venus vom Stamme der Sara-Kaba gibt ein Gastspiel. Sie ist für unseren Geschmack sehr erotisch und gar wenn du einmal ans Küssen denkst, werden sich ungeahnte Schwierigkeiten einstellen. Denn schon den neugeborenen Mädchen dieses Stammes werden die Lippen durchgestoßen, und in die Wunde nach und nach Holzscheiben eingeführt, bis zur Größe eines richtiggehenden Kronfleischtellers.“

18. November 1930 – Die Bischöfe beschäftigen sich mit dem Nationalsozialismus

München * Die Bischöfe beschäftigen sich in einer Diözesansynode auch mit dem Nationalsozialismus. Domdekan Prälat Dr. Anton Scharnagl referiert über dieses Thema. Seine Ausführungen beginnen mit den Worten: „Der Nationalsozialismus ist politische Partei und Weltanschauung zugleich“ und kommt zum Ergebnis, dass der Nationalsozialismus mit den Aussagen der katholischen Glaubenslehre unvereinbar sei. Dr. Scharnagl begründet danach seine Thesen mit den von den Nationalsozialisten propagierten germanischen Christentum, der Ablehnung des Alten Testaments, der Forderung nach einer deutschen Volkskirche, die



Ablehnung der Bekenntnisschule und einer rassistisch definierten Sittlichkeit, die die kinderlose Frau als minderwertiges Mitglied der Volksgemeinschaft betrachtet. In den angefügten Feststellungen wird der Sachverhalt in nie mehr wiederholter Deutlichkeit schließlich auf den Punkt gebracht: „Der Nationalsozialismus ist eine Häresie und mit der christlichen Weltanschauung nicht in Einklang zu bringen.“ Das im Februar 1931 veröffentlichte Amtsblatt Nr. 4 schwächt allerdings entscheidende Passagen bereits wieder ab.

2. Februar 1931 – Karl Valentins Antrag eines Bühnenspielbetriebs im Goethesaal

München-Schwabing * Karl Valentin stellt den „Antrag zur Erteilung eines Bühnenspielbetriebs im Goethesaal“ in der Leopoldstraße 46a und begründet diesen mit seiner Asthmaerkrankung. Doch selbst ein Künstler wie Karl Valentin muss sich den polizeilichen Vorgaben unterwerfen. Er erhält zwar die Konzession, doch kleinliche behördliche Auflagen zwingen ihn schon bald wieder zur Aufgabe des Lokals. Die Feuerpolizei will ihm sogar eine wichtige Pointe aus dem Bühnenstück „Im Photoatelier“ zunichte machen. Sie verbietet Karl Valentin, dass das in der Szene vom Gehilfen abgeschnittene glühende Ende der Zigarette, die Valentin verbotenerweise im Atelier raucht, auf den Boden fällt und sich durch seine Rauchentwicklung verrät, was zu Valentins Ausrede führt, es handle sich dabei wohl um ein „Glühwürmchen“.

26. April 1931 – „Die Behörden erschwerten ihm die Arbeit auf seiner eigenen Bühne“

München * In der Süddeutschen Sonntagspost heißt es zu Karl Valentins Scheitern im Goethesaal: „Seine Nervenzerrüttung ist in erster Linie auf die zahlreichen, fortgesetzten, paragraphenhaften, kleinlichen Reklamationen zurückzuführen, mit denen die Behörden ihm die Arbeit auf seiner eigenen Bühne erschwerten“.

September 1931 – Carl Hagenbeck zeigt auf dem Oktoberfest die „Kanaken der Südsee“

München-Theresienwiese * Der Hamburger Carl Hagenbeck zeigt auf dem Oktoberfest die „Kanaken der Südsee“.

Oktober 1931 – Die Völkerschau „Kanaken der Südsee“

München-Ludwigsvorstadt * Carl Hagenbeck zeigt auf dem Oktoberfest die Völkerschau



„Kanaken der Südsee“.

6. März 1932 – Dr. Fritz Gerlich kommentiert Auszüge aus Hitlers „Mein Kampf“

München * Dr. Fritz Gerlich kommentiert Auszüge aus Hitlers „Mein Kampf“ und identifiziert Alfred Rosenberg, den Chefredakteur des Völkischen Beobachters, als den eigentlichen „geistigen und weltanschaulichen Führer des Nationalsozialismus“, der „turmhoch über dem kleinen Dekorationsmaler aus Braunau steht“. Rosenberg hat in seinem Buch „Mythos des 20. Jahrhunderts“ klar Position gegen deutsch-christliche und speziell katholische Ideen bezogen.

31. Juli 1932 – Die Konsequenzen einer Nazi Herrschaft für das ganze Land

München * Dr. Fritz Gerlich beschreibt in der Zeitschrift „Der gerade Weg“ die Konsequenzen einer Nazi Herrschaft für das ganze Land: „Nationalismus bedeutet: Feindschaft mit den benachbarten Nationen, Gewaltherrschaft im Inneren, Bürgerkrieg, Völkerring. Nationalsozialismus heißt auch: Lüge, Hass, Brudermord und grenzenlose Not.“

August 1932 – Die Bayernwehr im Maximilianeum

Um August 1932: München-Haidhausen * Die Bayernwehr wird von der Bayerischen Volkspartei - BVP als Selbstschutzorganisation gegründet worden und belegt auch im Maximilianeum Räume.

28. Februar 1933 – Die Reichstagsbrandverordnung wird erlassen

Berlin * Die Verordnung des Reichspräsidenten Hindenburg „Zum Schutz von Volk und Staat“, die sogenannte Reichstagsbrandverordnung wird erlassen. Damit werden unter anderem Grundrechte außer Kraft gesetzt und willkürliche polizeiliche Schutzhaft ohne richterliche Kontrolle ermöglicht.

März 1933 – Die Volkshochschule im Dienst des NS-Regimes

München * Die Volkshochschule der Hauptstadt der Bewegung ist die erste Volkshochschule in



Deutschland, die sich in den Dienst des nationalsozialistischen Staates stellt. Dennoch kann die Bildungseinrichtung ihre Gleichschaltung und - damit verbunden - ihre Auflösung nicht verhindern.

15. März 1933 – Ministerpräsident Heinrich Held muss der Gewalt weichen

München * Bayerns Ministerpräsident Heinrich Held von der konservativen Bayerischen Volkspartei - BVP muss der nationalsozialistischen Gewalt weichen und zurücktreten.

21. März 1933 – Ein Konzentrationslager für politische Gefangene

München - Dachau * Im Völkischen Beobachter und in den Münchner Neuesten Nachrichten erscheint eine von Heinrich Himmler, dem Reichsführer SS und zugleich kommissarischen Polizeipräsidenten von München, veranlasste Pressemeldung mit der Überschrift „Ein Konzentrationslager für politische Gefangene“. In der Meldung ist zu lesen: „Am Mittwoch [nächster Tag] wird in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager eröffnet. Es hat ein Fassungsvermögen von 5.000 Menschen.“ Weiter heißt es, dass dort „die gesamten kommunistischen und - soweit notwendig - Reichsbanner- und marxistische Funktionäre, die die Sicherheit des Staates gefährden, zusammengezogen“ werden. Abschließend erklärt Himmler: „Wir haben diese Maßnahme ohne jede Rücksicht auf kleinliche Bedenken getroffen in der Überzeugung, damit zur Beruhigung der nationalen Bevölkerung und in ihrem Sinn zu handeln.“

24. März 1933 – Der Reichstag beschließt das sogenannte Ermächtigungsgesetz

Berlin * Der Reichstag beschließt - nach der Aberkennung der Reichstagsmandate der KPD und mit den Gegenstimmen der SPD das Gesetz zur Behebung der Not im Volk und Staat, das sogenannte Ermächtigungsgesetz. Für das Gesetz stimmen die Reichstagsfraktionen der NSDAP, DNVP, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei - BVP, DVP und DStP. Nach Inkrafttreten des Gesetzes wird kein Steuergesetz mehr parlamentarisch beraten und beschlossen.

24. März 1933 – Faulhaber: Mehr Toleranz gegenüber der neuen Regierung



München * Kardinal Michael von Faulhaber fordert seine bayerischen Amtsbrüder auf, „trotz allem mehr Toleranz gegen die neue Regierung zu üben, die heute nicht bloß im Besitz der Macht ist, was unsere Grundsätze nicht umstoßen könnte, sondern rechtmäßig wie noch keine Revolutionspartei in den Besitz der Macht gelangte.“

6. April 1933 – „Für volksbewusstes Denken und Fühlen im deutschen Schrifttum“

Berlin * Die „Deutsche Studentenschaft“, der Dachverband der „Allgemeinen Studentenausschüsse“, wirbt bei den Studenten der einzelnen Hochschulen per Rundschreiben zur Mitarbeit an einer vierwöchigen Aktion „gegen den jüdischen Zersetzungsgeist und für volksbewusstes Denken und Fühlen im deutschen Schrifttum“.

10. April 1933 – Die Voraussetzungen für die „Bücherverbrennungen“ werden geschaffen

Berlin * Der nationalsozialistisch orientierte Bibliothekar Dr. Wolfgang Herrmann erstellt im Auftrag des „Verbandes Deutscher Volksbibliothekare“ Listen, die die Grundlage für die „Bücherverbrennungen“ liefern. Sie werden am 26. April in der „Berliner Illustrierten Nachtausgabe Nr. 97“ abgedruckt.

28. April 1933 – Der Bayerische Landtag tritt letztmals zusammen

München-Kreuzviertel * Der Bayerische Landtag tritt an diesem und dem darauffolgenden Tag letztmalig für die nächsten 13 Jahre zusammen. Der Landtag wird nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen, vom 5. März 1933 gebildet. Von den 103 Abgeordneten gehören 51 Abgeordnete der NSDAP an, 30 der Bayerischen Volkspartei - BVP, 17 der SPD und 5 der Kampffront. Von einer freien Volksvertretung kann allerdings keine Rede mehr sein. Der Landtag hat nur mehr das Ermächtigungsgesetz zur endgültigen Selbstausschaltung als Verfassungsorgan zu erlassen. Ansonsten dienen die beiden Sitzungen vornehmlich der Demonstration der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Bayern.

5. Mai 1933 – Ein „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe

München-Kreuzviertel - Bayern * Angeblich wollte „Kardinal“ Michael von Faulhaber das „Unrecht gegen die Juden“ in seinem „Hirtenbrief“ vom 5. Mai ansprechen, wird aber von den anderen



Bischöfen davon abgehalten. In dem „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe heißt es jetzt: „Unsere jetzige Reichsregierung hat sich große und schwierige Aufgaben gestellt; sie will das deutsche Volk, das an den Folgen des verlorenen Weltkrieges und der Revolution so unsäglich viel leidet, wieder zur früheren Höhe emporführen durch eine geistige, sittliche und wirtschaftliche Erneuerung. [...] Daher rufen wir Bischöfe in tiefer Liebe zu unserem armen Vaterlande, [...] den Blick nicht mehr zu richten auf die Vergangenheit, nicht auf das zu sehen, was uns trennt, sondern auf das, was uns eint, daher einander die Hand zu reichen und in hochherziger Opferwilligkeit die vereinten Kräfte einzusetzen, um der furchtbaren Not, dem immer weiter fortschreitenden Niedergang und dem unseligen Unfrieden Einhalt zu bieten. [...] Der Wiederaufbau unseres Volks- und Staatslebens muß zur Grundlage haben die ewigen, unantastbaren Gesetze des christlichen Glaubens, der christlichen Sitte, der christlichen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens. Es verdient aufrichtigen Dank, daß der höchste Vertreter der Reichsregierung in feierlicher Stunde erklärte, das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen und freundschaftliche Beziehungen zur Kirche pflegen zu wollen. [...] Wir sind dankbar für die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Rechte der Kirchen nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert werden wird“.

10. Mai 1933 – Die Bücherverbrennung auf dem Königsplatz

München-Maxvorstadt * Um 19:45 Uhr beginnt im Lichthof der Universität München eine „Feier der nationalen Revolution“ statt. Die Festrede hält Kultusminister Hans Schemm. Eingerahmt von der „Egmont-Ouvertüre“ folgt die Übergabe des neuen Studentenrechts, ein Treuegelöbnis, ein „Appell an die studentische Verantwortung“ und schließlich das Absingen des „Horst-Wessel-Liedes“. Im Anschluss an die Feier beginnt ein Großer Fackelzug. Dazu werden ab 20:30 Uhr am rückwärtigen Ausgang der Universität gegen Gutscheine Fackeln ausgegeben.

Um 22:00 Uhr bewegt sich der Fackelzug in Richtung Königsplatz. Die freiwilligen und begeisterten Teilnehmer in Uniform oder dunklem Anzug ziehen an der mit einer roten Flammenkette geschmückten Feldherrnhalle vorbei zum mit Flaggen und Pylonen festlich ausgestatteten Königsplatz, wo um 23:30 Uhr circa 50.000 überwiegend akademisch gebildete Nationalsozialisten und ihre Sympathisanten einen großen „Verbrennungsakt“ beginnen. Auf dem Rasen vor der heutigen Antikensammlung am Königsplatz ist ein riesiger Scheiterhaufen aus Holz und Stroh errichtet worden. Zunächst hält ein studentischer Funktionär eine Ansprache zur „Ausmerzung undeutscher Schriften“. Danach werfen uniformierte Studenten unter Verlesung von „Feuersprüchen“ die mitgeführten Bücher ins Feuer. In Anlehnung an das Wartburgfest verbrennen sie die „volkszersetzenden Schriften kommunistischer, marxistischer,



pazifistischer Haltung (vielfach aus jüdischer Feder stammend) als Symbol der Abkehr vom undeutschen Geist“.

12. Mai 1933 – „Die Löwenbrauerei ist nunmehr ein deutsches Unternehmen“

München * Der Völkische Beobachter stellt zufrieden fest: „Die Löwenbrauerei kann nunmehr mit vollem Recht als ein deutsches Unternehmen bezeichnet werden. [...] Damit entfallen die bisherigen Anwürfe“.

Juni 1933 – Die jüdische Gesellschaft in München und Bayern

Bayern - München * In ganz Bayern leben etwa 42.000 Glaubensjuden, also Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaften. Das entspricht 0,55 Prozent der Gesamtbevölkerung. 9.005 davon sind in München ansässig.

Juni 1933 – Eine Webekampagne für die nordisch-völkischen Deutschen Christen

München * Vor den Kirchenwahlen beginnen die nordisch-völkischen Deutschen Christen auch in Bayern eine großangelegte Werbekampagne.

4. Juli 1933 – Die Bayerische Volkspartei - BVP löst sich auf

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP löst sich auf. Zuvor hat Heinrich Himmlers Bayerische Politische Polizei - BPP nahezu alle wichtigen Funktionäre und sämtliche BVP-Land- und Reichstagsabgeordnete verhaften lassen.

22. Juli 1933 – Reichskanzler Hitler unterstützt die Deutschen Christen

Berlin * Noch am Vorabend der Kirchenwahlen macht Hitler in einer Rundfunkrede klar, was die evangelischen Christen zu wählen haben: „Die Kräfte einer lebendigen Bewegung. Diese Kräfte sehe ich in jenem Teil des evangelischen Kirchenvolkes in erster Linie versammelt, die als Deutsche Christen bewusst auf den Boden des NS-Staates getreten sind“.



3. Dezember 1933 – Michael von Faulhabers Adventspredigt in der Michaelskirche

München-Kreuzviertel * Kardinal Michael von Faulhaber hält seine Adventspredigt in der Michaelskirche. Darin weist er darauf hin, dass sich in der deutschen Kultur seit dem frühen Mittelalter zahlreiche Einflüsse aus dem Alten Testament, also aus der jüdischen Kultur, finden:

„Im Besonderen verdanken die menschliche Kultur und christliche Religion dem Alten Testament einen reinen und erhabenen Gottesgedanken.“ Und weiter: „Wir müßten unsere deutschen Klassiker Lügen strafen, wollten wir das Alte Testament mißachten und aus den Schulen und Volksbüchereien verbannen. Wir müßten die Geistesgeschichte unseres Volkes verleugnen.“

Über die Juden sagt er: „Bei keinem anderen Volk findet sich eine solche Schriftenreihe, worin so klar, so bestimmt, so einheitlich die Grundwahrheiten des religiösen Lebens dargeboten werden.“

Diese und noch andere Worte des Respekts machte er zunichte mit den dann kommenden Sätzen: „Nach dem Tode Christi wurde Israel aus der Offenbarung entlassen. Sie hatten die Stunde der Heimsuchung nicht erkannt. Sie hatten den Gesalbten des Herrn verleugnet und verworfen, zur Stadt hinausgeführt und ans Kreuz geschlagen. Damals zerriß der Vorhang im Tempel auf Sion und damit der Bund zwischen dem Herrn und seinem Volk. Die Tochter Sion erhielt den Scheidebrief, und seitdem wandert der ewige Ahasver ruhelos über die Erde.“ Mit solchen Schuldzuweisungen und Verleumdungen geht es weiter. Faulhaber spricht immer wieder von den Israeliten, auf denen der Zorn Gottes ruhe. Solche Worte sind in normalen Zeiten schon bedenklich. In Zeiten, in denen staatlich verordnete „Judenschelte“ und Boykottmaßnahmen an der Tagesordnung, in denen Verhaftungen, Beschimpfungen, ja sogar Morde nichts Außergewöhnliches sind, verschlimmern solche Worte die Situation nur noch.

14. Oktober 1934 – Auslegung der Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung

Berlin - München-Bogenhausen * Staatssekretär Fritz Reinhardt initiiert das Steueranpassungsgesetz, das vorschreibt, Gesetze „nach nationalsozialistischer Weltanschauung“ auszulegen. Damit ist es möglich, auch gegen den Wortlaut älterer Steuergesetze zu entscheiden. Grundsätze wie Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen und Leistungsbezogenheit der Steuerbemessung werden aufgehoben. Unter Berufung auf die angebliche Nichtzugehörigkeit der Juden zur deutschen Volksgemeinschaft verweigert man ihnen gesetzlich zustehende Steuervergünstigungen.

Juni 1935 – Vernichtende Gutachten für Professor Hans Rheinfelder

München - Halle - Köln * Professor Hans Rheinfelder erhält nahezu gleichzeitig eine Berufung



nach Halle und Köln erhalten. Um sich vor möglichen späteren Konflikten zu schützen, werden von den aufnehmenden Universitäten Gutachten eingeholt. Diese fallen für Professor Rheinfelder wie folgt aus: „Politisch stand und steht Rh. unbeirrbar und unbelehrbar auf dem Boden der Bayerischen Volkspartei. Zu den Grundsätzen des Deutschen Reiches kann er bei seiner durchaus unheroischen schwächlich-pazifistischen und konfessionell verstockten Einstellung keine innere Fühlung bekommen, ja er bemüht sich auch nicht im mindesten darum, diese zu gewinnen. Kultur ist ihm gleich katholische Kirche. [...] Im übrigen aber ist seine Weltanschauung für die Zwecke des Dritten Reiches völlig unbrauchbar.“

15. September 1935 – Die Nürnberger Gesetze bringen die völlige Entrechtung der Juden

Nürnberg * Mit den Nürnberger Gesetzen wird die völlige Entrechtung der Juden in Deutschland eingeleitet. Sie teilen sie in sogenannte Voll-, Halb- oder Viertel-Juden ein. Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verbietet die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden sowie den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen ihnen.

Für „Verbrechen der Rassenschande“ werden hohe Zuchthausstrafen oder KZ verhängt. Unter Zuhilfenahme der „Verordnung gegen Volksschädlinge“ können Angeklagte sogar zum Tode verurteilt werden. Das Reichsbürgergesetz macht Juden zu Bürgern zweiter Klasse. Anton von Arco gehört damit zu den Halbjuden, doch sein Ruhm als Eisner-Mörder schützt ihn vor weiteren Verfolgungen.

18. Oktober 1935 – Das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes

Berlin * Das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes, auch Ehegesundheitsgesetz genannt, wird verkündet. Es soll alle - nach Ansicht der Nationalsozialisten unerwünschten und nach ihrer Auffassung minderwertigen Nachkommen verhindern. Das Gesetz verbietet in einer Reihe von Fällen die Eheschließung. Deshalb müssen die Verlobten vor der Eheschließung „durch ein Zeugnis des Gesundheitsamtes [Ehetauglichkeitszeugnis] nachweisen, daß ein Ehehindernis nach § 1 nicht vorliegt“. Als Ehehindernis gilt, wenn einer der Partner an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Krankheit leidet, die nach nationalsozialistischer Ansicht eine erhebliche gesundheitliche Schädigung des Partners oder der Nachkommen befürchten ließ. Darüber hinaus wurde mit dem Ehetauglichkeitszeugnis bescheinigt, dass die Eheschließung nicht gegen das Blutschutzgesetz verstößt. Das Ehegesundheitsgesetz schreibt ja vor: „Eine Ehe soll ferner nicht geschlossen werden, wenn aus ihr eine die Reinhaltung des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenschaft zu erwarten ist.“ Damit ist nicht nur das Verbot der Ehe zwischen



Juden und Nicht-Juden gemeint, sondern nach dem Gesetzeskommentar auch die Verheiratungen mit „Negern und Zigeunern“. Später wird die Vorschrift noch auf die Eheschließung zwischen Deutschen und Angehörigen osteuropäischer Völker ausgedehnt.

12. Dezember 1935 – Der Lebensborn e.V. wird in Berlin gegründet

Berlin * Der Lebensborn e.V. wird auf Veranlassung des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, in Berlin gegründet und ist von Anfang an in die nationalsozialistische Rassenpolitik eingebunden. Himmler will die „erbgesundheitslich wertvolle Sippe deutscher nordisch bestimmter Art“ erhalten und vermehren, wobei die SS die „Elite des Herrenvolkes“ der Deutschen werden soll. Der Gedanke des „guten Blutes“ basiert auf der nationalsozialistischen Rassenkunde und der Gedankenwelt des Sozialdarwinismus, in der behauptet wird, es gibt minderwertige Rassen und eine hochwertige, die nordische Rasse, zu der die Mehrheit der Deutschen zu zählen sei.

1936 – Heinrich Himmler bestimmt die Aufgaben des Lebensborn e.V.

Berlin * Heinrich Himmler bestimmt die Aufgaben des Lebensborn e.V. im Detail. Mindestens vier Kinder sollen in jeder SS-Familie aufwachsen, da die „Frage vieler Kinder [...] nicht Privatangelegenheit des einzelnen, sondern Pflicht gegenüber seinen Ahnen und unserem Volk“ ist. „Falls unglückliche Schicksalsumstände der Ehe eigene Kinder versagen, soll jeder SS-Führer rassisch und erbgesundheitslich wertvolle Kinder annehmen und sie im Sinne des Nationalsozialismus erziehen [...]“. Punkt 2 bestimmt als Aufgabe des Vereins: „Rassisch und erbbiologisch wertvolle werdende Mütter unterzubringen und zu betreuen, bei denen nach sorgfältiger Prüfung der eigenen Familie und der Familie des Erzeugers [...] anzunehmen ist, daß gleich wertvolle Kinder zur Welt kommen“. Wenn schwangere Frauen nachweisen können, dass unter ihren Vorfahren keine Juden sind, und wenn ihnen zudem SS-Ärzte ihre sogenannte erbbiologische Gesundheit bestätigen, wird ihnen - um eine Abtreibung zu verhindern - die Aufnahme in ein Entbindungsheim des Lebensborn e.V. versprochen. Die Verwirklichung der rassischen Komponente der NS-Weltanschauung zielt auf die Ablösung der alten Führungsschichten durch eine neue, biologisch geformte nationalsozialistische Elite.

5. Juni 1937 – Rupert Mayer wird wegen Nichtbeachtung des Redeverbots inhaftiert

München * Pater Rupert Mayer wird wegen „Nichtbeachtung des Redeverbots“ in der Gestapo-Zentrale im Wittelsbacher Palais, dann im Corneliusgefängnis und schließlich im



Gefängnis Stadelheim inhaftiert. Die Anklage vom 7. Juli wird ihm vorgeworfen: „[...] fortgesetzt öffentlich hetzerische Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates und deren Anordnungen gemacht zu haben, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben“.

22. Juli 1937 – Kanzelmissbrauch und Heimtückegegesetz

München * Am 22. und 23. Juli 1937 findet die Hauptverhandlung vor dem Sondergericht München statt. Pater Rupert Mayer wird wegen Kanzelmissbrauchs und Verstoß gegen das Heimtückegegesetz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Haftstrafe muss der Verurteilte nicht absitzen, weil er sich laut Urteilsbegründung, „im Felde äußerst tapfer benommen hat“ sowie „schwer kriegsbeschädigt ist“. Obwohl Rupert Mayer als Überzeugungstäter eingestuft wird („... sich der Angeklagte bewußt war, daß das Kirchenvolk seinen Äußerungen eine weit stärkere Bedeutung beimaß als den Äußerungen irgendeines mehr oder weniger bekannten Geistlichen.“), zögert der NS-Staat, wegen dessen Popularität und der Machtstellung der katholischen Kirche noch härter gegen den Priester vorzugehen.

18. August 1938 – Vertreibung der Juden aus arischen Wohnhäusern

Halle * Das Amtsgericht Halle fällt ein Urteil zur Vertreibung der Juden aus „arischen“ Wohnhäusern. Darin heißt es unter anderem: „Auch in der Hausgemeinschaft können eigennützige Interessen der einzelnen keinen Bestand haben. Eine wahre Hausgemeinschaft im Sinne dieses Denkens kann aber nur von gleichgesinnten, deutsch denkenden Personen und Hausbewohnern arischer Abstammung gebildet und gepflegt werden; sie ist mit Personen jüdischer Herkunft wegen des bestehenden Rassenunterschiedes schlechterdings unmöglich. Da der nationalsozialistische Staat aber auf das Bestehen und die Pflege einer wahren Hausgemeinschaft einen besonderen Wert legt und von jedem Volksgenossen diese Einstellung im Sinne der Hausgemeinschaft fordert, so kann dem Vermieter und den Mietern arischer Abstammung im Interesse der Erhaltung dieser Hausgemeinschaft nicht zugemutet werden, diese mit Mietern jüdischer Abstammung zu bilden und zu pflegen und mit diesen in derselben Hausgemeinschaft zu leben. Dem Vermieter muß deshalb das Recht zugesprochen werden, Mieter jüdischer Abstammung aus dieser Hausgemeinschaft auszuschließen und von diesen Räumung ihrer Wohnung zu fordern. Leistet ein solcher Mieter jüdischer Abstammung dem Räumungsverlangen des Vermieters keine Folge oder lehnen die Mieter arischer Abstammung eine Hausgemeinschaft mit ihnen ab, so stört er damit die zwischen dem Vermieter und den anderen Mietern arischer Abstammung bestehende Hausgemeinschaft und macht sich durch sein



weiteres Wohnenbleiben diesen gegenüber einer erheblichen Belästigung im Sinn des § 2 Mieterschutzgesetz schuldig“.

17. September 1938 – Die neue Postwiese wird mit einem Kinderfest eröffnet

München-Haidhausen * Mit einem Kinderfest wird die fast 4 Tagwerk große neue Postwiese eröffnet, die sich seitdem bei alt und Jung großer Beliebtheit erfreut. Die Stadtverwaltung hat die Grube auffüllen und den Platz zu einem Spielplatz und zu einer Erholungsstätte für die Bevölkerung umgewandelt. Die Postwiese wird als erster ausschließlich für das Spielen eingerichteter Platz errichtet. Er ist die erste große Anlage mit einer räumlichen Gliederung in einzelne Spiel- und Aufenthaltsbereiche. Die Bepflanzung ist - gemessen an der Fläche von 11.720 Quadratmetern - eher spärlich. Drei Straßenseiten werden durch Hecken unter einer Lindenallee abgeschirmt, an der vierten Seite befinden sich vor den Häusern stattliche Säulenpappeln.

9. November 1938 – Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung

München * Noch in der Nacht finden - unter passiver Anteilnahme sehr vieler Schaulustiger - die seit längerer Zeit geplanten Ausschreitungen gegen die Juden statt. In München werden ein Jude ermordet sowie 900 Menschen verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Rund 700 Geschäfte und Betriebe werden demoliert und die Synagogen in der Herzog-Rudolf-Straße und in der Reichenbachstraße zerstört. Die Münchner Hauptsynagoge war bereits im Juni 1938 abgerissen worden. Die Bilanz dieser später auch noch beschönigend „Reichskristallnacht“ genannten Juden-Pogrome bedeutet für Deutschland:

91 Ermordete, zahllose Verletzte, Misshandelte und Vergewaltigte, 191 zerstörte Synagogen, 7.500 zerstörte und ausgeraubte Geschäfte, Verwüstung unzähliger Wohnungen und fast aller jüdischer Friedhöfe, rund 30.000 Einlieferungen in Konzentrationslager. Die reichsweit organisierten antijüdischen Ausschreitungen dauern auch noch am 10. November an.

10. November 1938 – Propagandaminister Joseph Goebbels erlässt einen „Aufruf an Alle!“

Berlin * Propagandaminister Joseph Goebbels erlässt einen „Aufruf an Alle!“. Er lautet: „Die berechnete und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten wurden



Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen. Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“

12. November 1938 – Hermann Göring erlässt eine Sühneverordnung für Juden

Berlin * Hermann Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan zur Kriegsvorbereitung, erlässt eine Sühneverordnung, die zur Finanzierung der Aufrüstung gedacht ist. Die Juden deutscher Staatsangehörigkeit müssen zusammen eine Milliarde Reichsmark wegen „ihrer feindlichen Haltung gegenüber dem deutschen Volk und Reich“ zahlen. Weiterhin werden alle Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschaltet. Und schließlich gibt es die Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes. Sie besagt: „Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.“ In München wird eine eigene Arisierungsstelle in der Widenmayerstraße 27 eingerichtet, die die Enteignung und Gettoisierung der jüdischen Bevölkerung durchführen soll.

18. November 1938 – Die Israelitische Kultusgemeinde muss Nazi-Maßnahmen durchsetzen

München * Innerhalb des isolierten jüdischen Lebensbereiches wird die Israelitische Kultusgemeinde gezwungen, die staatlichen Terror-Maßnahmen durchzusetzen und zu organisieren. So kündigt der Völkische Beobachter an: „Die Israelitische Kultusgemeinde richtet im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen ab sofort eigene Verkaufsstellen ein, in denen die in München ansässigen Juden ihren notwendigen Bedarf decken können. Zutritt zu diesen Verkaufsstellen haben nur Juden.“

22. November 1938 – Vertreibung der Juden aus arischen Wohnhäusern

München * Der Völkische Beobachter begründet die Vertreibung der Juden aus



arischen Wohnhäusern so: „Es besteht ein dringender Bedarf an Wohnraum, und es ist nicht einzusehen, dass arbeitende deutsche Menschen ohne Unterkunft sind oder sich auf primitivste Weise behelfen müssen. Deshalb müssen die ausgewiesenen Juden ihre Wohnungen vorher auf eigene Kosten renovieren und ihren Hausrat und ihre Möbel zurücklassen.“ Die auf diese Weise freigewordenen, voll eingerichteten Wohnungen werden in der Regel von verdienten Parteigenossen bezogen.

1939 – Zahl der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung in Bayern gesunken

Bayern * Die Zahl der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung in Bayern ist auf rund zwei Millionen, bei 500.000 Betrieben, gesunken. Die Gesamtbevölkerung Bayerns ist aber in der Zwischenzeit auf 8,5 Millionen angestiegen, was den Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung auf 25 Prozent drückt.

1939 – Das Haus des Deutschen Rechts wird seinem Zweck übergeben.

München-Maxvorstadt * Das Haus des Deutschen Rechts in der Ludwigstraße 28 wird seinem Zweck übergeben. Hans Frank will das Justizwesen zu einer „Waffe von ungeheurer Bedeutung für das deutsche Volk“ umgestalten.

1939 – Die Hitlerjugend übernimmt die Räume der Volkshochschule

München-Gruggenau * Die Räume der Volkshochschule im Isartor übernimmt ab dem Jahr 1939 die Hitlerjugend.

17. April 1939 – 95 Prozent aller Deutschen sind Angehörige einer christlichen Kirche

Deutsches Reich * Bei einer Volkszählung bezeichnen sich 95 Prozent aller Deutschen als Angehörige einer christlichen Kirche.

16. Mai 1939 – Liesl Karlstadt als Frau Betty Neubauer im Volkstheater

München - Augsburg • Viel Zeit zur Erholung hatte Liesl Karlstadt nicht. Bereits Anfang Mai hatte



sie Proben im Münchner Volkstheater. Am 16. Mai 1939 war dann die Uraufführung des Theaterstücks „Glück im Spiel, Glück in der Liebe“, einer Wiener Komödie, die ins Münchner Milieu verpflanzt wurde. Liesl Karlstadt wurde die Hauptrolle der Frau Betty Neubauer quasi auf den Leib geschrieben. Sofort nach dem Gastspiel im Volkstheater begibt sich Liesl Karlstadt wieder ins Augsburger Krankenhaus. Die Angina vom April 1939 ist nicht ausgeheilt und verursacht eine massive Blutvergiftung mit sehr großen Entzündungen in beiden Oberschenkeln. Beinahe hätte das rechte Bein amputiert werden müssen.

5. September 1939 – Eine Verordnung gegen Volksschädlinge wird erlassen

Berlin * Wenige Tage nach dem Kriegsbeginn wird eine Verordnung gegen Volksschädlinge erlassen. Sie bildet eine weitere rechtliche Grundlage für Todesurteile. Die Verordnung räumt ausdrücklich auch die Todesstrafe durch Erhängen ein.

Oktober 1939 – In der Volksschule am Kolumbusplatz wird ein Lazarett eingerichtet

München-Untergiesing * Auch im Zweiten Weltkrieg wird in der Volksschule am Kolumbusplatz ein Lazarett eingerichtet. Es steht immer schlecht ums Land, wenn aus Schulen Krankenhäuser werden.

1940 – Der Seidenbau ist wünschenswert

Deutsches Reich * Der Seidenbau ist aus „volkswirtschaftlichen, medizinischen und wehrpolitischen Gesichtspunkten besonders wünschenswert“.

4. Juni 1940 – Der erste Luftangriff auf München

München * Der erste Luftangriff auf München. München wird von sechs Luftangriffen heimgesucht. Diese bringen aber nur geringe Zerstörungen. Noch kursiert hier der Kinderreim: „Bomben auf Berlin / Rosen auf Wien / München wollen wir schonen / da wollen wir später wohnen“. Von einem Krisenbewusstsein ist nichts zu spüren und die zunehmende Mobilisierung für Luftschutzübungen werden von der Einwohnerschaft häufig nur als lästige Beeinträchtigung des gewohnten Lebensablaufes empfunden. Noch immer glauben die Münchner dem Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels und dem



Reichs-Luftmarschall Hermann Göring, die dem Volk versprochen haben, dass kein feindliches Flugzeug nach Deutschland durchkommen wird. Göring, der der Zivilbevölkerung den absoluten Schutz vor Bombenangriffen garantiert hat, will sogar „Meier“ heißen, sobald ein feindliches Flugzeug deutsches Territorium überfliegen würde. Kein Wunder, dass der Oberbefehlshaber der Luftwaffe im Volksmund bald nur noch der „Herr Meier“ war. Auch der Name Tengelmann ist für ihn geläufig, „hatte er ja schließlich in jeder größeren Stadt Deutschlands eine Niederlage“. Die Münchner Stadtverwaltung macht sich dagegen mehr Gedanken und Sorgen, weil sie für München als Hauptstadt der Bewegung eine erhöhte Bombengefährdung sieht.

5. Juni 1940 – Karl Valentins Ritterspelunke wird geschlossen

München-Hackenviertel * Die letzte Aufführung des „Ritter Unkenstein“ findet statt. An diesem Abend ereignet sich in der „Ritterspelunke“ ein Vorfall, der dazu führt, dass Karl Valentin seine Tätigkeit als Komiker einstellt. Im „Lachkeller“ am Färbergraben spielt der Volkssänger vor einem Publikum, in dem viele Soldaten anwesend sind. Einen am Arm verletzter Offizier muss während der Vorstellung so lachen, dass die Wunde aufgeht und das Blut durch den Verband tropft. Der Wehrmachtsangehörige wird ohnmächtig und muss aus dem Saal getragen werden. Zwar kehrt im Publikum sehr schnell wieder Ruhe ein, doch Karl Valentin zittert am ganzen Körper und kann gerade noch sagen „Aufhören“. In der Garderobe erklärt er: „Es ist eine Schand, wir tuan daheim Kasperlspielen und draußen verliern die Leut eahna Leben! Schluss is - aus is - ich kann nicht mehr.“ Und weiter: „Schmiede, sagen Sie zum Personal, sie sollen morgen Vormittag ins Geschäft kommen. Es kriegt jedes für vier Wochen seinen Lohn oder sei Gage. Wann der Krieg wieder vorbei ist, dann spielen wir wieder!“ Karl Valentin hält Wort und tritt den ganzen Krieg über nicht mehr auf. Mehrere tausend Mark muss er zahlen und hat außerdem den ganzen Krieg über nahezu keinen Verdienst.

1941 – Der Lebensborn e.V. lässt „rassisch wertvolle“ Kinder entführen

Berlin * Der Lebensborn e.V. wirkt bei der Eindeutschung „rassisch wertvoller“ Kinder aus den besetzten Gebieten mit. Mehrere hundert Kinder im Alter von wenigen Monaten bis 17 Jahren werden - gegen den Willen oder ohne Wissen der Eltern - aus Norwegen, Polen, dem früheren Jugoslawien oder der ehemaligen Tschechoslowakei nach Deutschland geschickt. Der Lebensborn e.V. gibt ihnen deutsche Namen, erzieht sie in seinen Heimen ausschließlich in deutscher Sprache zu deutscher Lebensweise und vermittelt sie in deutsche Pflege- oder Adoptionsfamilien. Die äußeren Merkmale der Kinder müssen sie als „reinrassisch“ und zur



Vermehrung des „guten Blutes“ geeignet erscheinen lassen, denn - so hat Heinrich Himmler SS-Führern im besetzten Polen erklärt: „Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen.“

1941 – Preise und Verteilung von arisiertem Raubgut

München-Maxvorstadt * Im Oberfinanzpräsidium wird eine „Dienststelle für Vermögensverwertung“ eingerichtet, die Preise und Verteilung des von den Juden eingezogene Raubguts bestimmt. Am Ende der Kette der Nutznießer steht der Volksgenosse, dessen Profitgier durch Zeitungsanzeigen gezielt angesprochen wird.

29. Mai 1941 – Dreharbeiten zum Valentin-Karlstadt-Film „In der Apotheke“

München • Am 29. und 30. Mai 1941 dreht Liesl Karlstadt mit Karl Valentin die Szene „In der Apotheke“ für die Tobis-Trichter-Filmreihe „Volkshumor in deutschen Gauen“ den Beitrag zum Münchner Humor.

Juni 1941 – Filmaufnahmen für „Der Tobis-Trichter - Volkstum aus deutschen Gauen“

München-Geiselgasteig * Hans Albin führt Regie für den 17-Minuten-Film „Der Tobis-Trichter - Volkstum aus deutschen Gauen“. Der Film enthält neben Auftritten von Adolf Gondrell, Weiß-Ferdl und anderen den Valentin-Karlstadt-Sketch „In der Apotheke“.

19. August 1941 – Uraufführung des Films „Der Tobis-Trichter“

Berlin * Der Film „Der Tobis-Trichter - Volkstum aus deutschen Gauen“ wird im Berliner Taubentzen-Palast uraufgeführt. Der Film enthält neben Auftritten von Adolf Gondrell, Weiß-Ferdl und anderen den Valentin-Karlstadt-Sketch „In der Apotheke“. Hans Albin führt Regie für den 17-Minuten-Film.

24. September 1942 – Walter Klingenbeck wird zum Tode verurteilt



München * Walter Klingenbeck wird durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

5. November 1942 – Überfall auf die Museum-Lichtspiele

München-Au * Unter „Ausnutzung der Verdunkelung“ überfällt der 33-jährige Wilhelm Heppert die Kassiererin der Museum-Lichtspiele und raubt den Betrag von 150 Mark. Der Räuber wird von einem Wehrmachtsangehörigen gefasst und der Polizei übergeben. Er wird vor ein Sondergericht gestellt und als „Volksschädling“ zum Tode verurteilt. Eine Begnadigung lehnt das Gericht ab.

16. Februar 1943 – Der „Totale Krieg“ bringt verstärkt Bombardements

Berlin * Reichspropagandaminister Dr. Joseph Goebbels ruft im Berliner Sportpalast den „Totalen Krieg“ aus. Nun muss die Münchner Zivilbevölkerung erfahren, was Krieg wirklich bedeutet. Bis dahin gab es neun Bombenangriffe auf München. Ab diesem Zeitpunkt - bis zum 17. April 1945 - folgen noch weitere 49 Luftangriffe über der Stadt. So stehen bereits am 10. März 1943, nach dem zehnten Angriff, 9.000 Menschen auf der Straße, am 25. April 1944, dem 18. Angriff, haben schon 70.000 ihre Wohnung verloren und nach dem 28. Angriff sind bereits 200.000 Münchner ohne Dach über dem Kopf.

22. Februar 1943 – Todesurteile gegen Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst

München - München-Obergiesing * Nach dem dreitägigen Verhör bei der Gestapo folgt der Prozess gegen die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ vor dem Volksgerichtshof unter dem Vorsitz des eigens aus Berlin angereisten Dr. Roland Freisler. Hans und Sophie Scholl werden gemeinsam mit Christoph Probst zum Tod verurteilt. Das Urteil wird noch am selben Tag im Strafgefängnis München-Stadelheim durch den Scharfrichter Johann Reichhart vollstreckt.

8. März 1943 – Die Münchner Sinti und Roma werden verhaftet

München * Nach einem Erlass von Innenminister Heinrich Himmler marschieren Polizeibeamte los, um die Häuser der Sinti und Roma zu umstellen und die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppen in Gefängnisse zu bringen. In München ist dies das Gefängnis der Polizei



in der Ettstraße. Fünf Tage später rollen die Deportationszüge vom Güterbahnhof los.

2. Oktober 1943 – Tragödie in der Kühbachstraße

München-Untergiesing * Die Bevölkerung des dicht besiedelten Untergiesing ist durch die Nähe zum Gauleiterbunker im bombensicheren Kellermassiv im Nockherberg und der Isar, an der sich die alliierten Bomber orientieren, stark bedroht. In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1943 ereignet sich in der Kühbachstraße eine Tragödie. Im Keller des Anwesens Nr. 18 und 20 ertrinken 47 Menschen in dem durch geplatzte Hydranten hereinstürzenden Wasser. Es handelt sich dabei um eine Hochzeitsgesellschaft, die in dem Gasthaus feiert. Da die Geladenen während des Bombenalarms nicht extra in den Bunker an der Sachsenstraße laufen wollten, gehen sie in den Keller, den sie nicht mehr lebend verlassen können. Ihre zum Teil weit entfernten Heimatwohnorte weisen die Toten als Münchenbesucher aus.

24. April 1944 – Die Volksschule am Kolumbusplatz wird zerbombt

München-Au * Die Volksschule am Kolumbusplatz wird in der Nacht vom 24. zum 25. April 1944 von englischen Bombern total zerstört und danach auch nicht wieder aufgebaut.

9. Januar 1945 – Die Hauptverhandlung gegen Alfred Delp in Berlin beginnt

Berlin * Die Hauptverhandlung gegen Alfred Delp vor dem Volksgerichtshof in Berlin beginnt. „Hitlers Blutrichter“, der Präsident des Volksgerichtshofs, Dr. Roland Freisler, führt die Verhandlung und beschimpft den Angeklagten mit den Worten: „Sie Jämmerling, Sie pfäffisches Würstchen - und so etwas erdreistet sich, unserem geliebten Führer ans Leben zu wollen. [...] Eine Ratte - austreten, zertreten sollte man so was.“

11. Januar 1945 – Alfred Delp wird zum Tode verurteilt

Berlin * Der Jesuitenpater und Pfarrer von Bogenhausen, Alfred Delp, wird wegen Hochverrats zum Tode verurteilt.

11. Januar 1945 – Die Hauptverhandlung gegen Franz Sperr beginnt



Berlin * Die Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof gegen Franz Sperr beginnt. Er kam durch Aussagen und Unterlagen von Mitgliedern des Kreisauer Kreises nach dem misslungenen Attentat auf Hitler in die Fänge der Gestapo.

17. April 1945 – Der 73. und letzte Luftangriff auf München

München * Der letzte und zugleich 73. Luftangriff der alliierten Bomber auf München findet statt. Bei den Luftangriffen der alliierten Truppen sind insgesamt 6.632 in München lebende Personen ums Leben gekommen, 15.800 werden verwundet. Rund 300.000 Münchner sind obdachlos geworden. Die Bevölkerungszahl Münchens geht von 824.000 im Jahr 1939 auf 479.000 im Jahr 1945 zurück.

28. Mai 1945 – Fritz Schäffer wird von den Amerikanern als Ministerpräsident eingesetzt

München * Als erster Bayerischer Ministerpräsident wird auf Vorschlag von Kardinal Michael von Faulhaber der vorletzte Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei - BVP, Fritz Schäffer, von den Amerikanern eingesetzt. Die Amerikaner haben den Kardinal gebeten, ihnen einen geeigneten Mann für dieses Amt zu nennen. Fritz Schäffer gehört zu den Gründern der Christlich-Sozialen Union - CSU, die sich als Nachfolgerin der katholischen Bayerischen Volkspartei versteht. Mit der CSU erhält die Kirche eine politische Organisation, die ihre Belange durchsetzen hilft. Der Verbindungsmann zwischen Kirche und Partei ist Prälat Georg Meixner, der als Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses der CSU fungiert.

Juni 1945 – Reeducation als zentraler Bestandteil der Erwachsenenbildungsarbeit

Amerikanische Besatzungszone * Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems konnten Neu- oder Wiedergründungen von Einrichtungen der Erwachsenenbildung nur im Rahmen der Vorgaben der amerikanischen Militärregierung erfolgen. Zentraler Bestandteil der amerikanischen Bildungspolitik ist das Konzept der Reeducation, innerhalb dessen der Erwachsenenbildung eine erhebliche Bedeutung zugemessen wurde.

15. August 1945 – Neubeginn der Kammerspiele nach 1945

München-Graggenau * Die neu gegründete „Schaubude“ gibt ihre erste Vorstellung in den



Münchner Kammerspielen. Das Schauspielhaus ist zu diesem Zeitpunkt der einzige Münchner Theatersaal, der die Bombenangriffe so weit überstanden hat, dass er unmittelbar wieder bespielt werden kann. Obwohl der Saal zunächst von der amerikanischen Besatzungsmacht als Kino für ihre Soldaten genutzt wird, ermöglicht der Theater- und Musikoffizier Walter Behr die Freigabe für deutsche Aufführungen. Wenige Wochen später spielt auch das ausgebombte Volkstheater in den Kammerspielen. Das Haus entwickelt sich damit zu einem wichtigen Treffpunkt und Ausgangsort des kulturellen Neubeginns in München. Außerdem entwickelte sich der Hof der Kammerspiele schnell zur Kontaktbörse für Theaterleute. Erich Kästner schlug später scherzhaft vor, dort eine Tafel mit der Inschrift „Hof des Wiedersehens 1945“ anzubringen.

20. November 1945 – Liesl Karlstadt spielt in dem Stück „Sturm im Wasserglas“

München * Liesl Karlstadt spielt im Volkstheater in dem Stück „Sturm im Wasserglas“.

27. Dezember 1945 – Der „Brezel-Käfer“

Wolfsburg * Volkswagen beginnt mit der Serienproduktion des später so genannten „Brezel-Käfers“, der bis März 1953 gebaut wird. Seinen Spitznamen verdankt das Modell dem geteilten Heckfenster mit Mittelsteg, dessen Form an eine Breze erinnert. Die Fensterteilung hat jedoch einen praktischen Grund: Gewölbtes Heckglas ist in der Nachkriegszeit für einen Kleinwagen noch zu aufwendig und zu teuer. Deshalb besteht das Heckfenster aus zwei flachen Glasscheiben. Die Bezeichnung „Brezel-Käfer“ ist keine offizielle Modellbezeichnung von Volkswagen. Sie setzt sich erst später unter Sammlern und Oldtimerfreunden als gebräuchlicher Name für diese frühe Käfer-Generation durch.

28. Dezember 1945 – Volkshochschularbeit wird wieder zugelassen

Amerikanische Besatzungszone * Durch eine Order an die Direktoren der Landesmilitärregierungen der amerikanischen Besatzungszone wird die Wiedereröffnung der Volkshochschularbeit zugelassen.

Februar 1946 – Liesl Karlstadt spielt eine Rolle in dem Stück „Das schwedische Zündholz“

München * Liesl Karlstadt hat eine Rolle in dem Stück „Das schwedische Zündholz“



übernommen. Es wird im Volkstheater aufgeführt.

3. April 1946 – Die neu gegründete Münchner Volkshochschule

München * Die neu gegründete Münchner Volkshochschule legt ihren ersten Nachkriegs-Lehrplan vor. Das Programm umfasst 130 Angebote, die von knapp 100 Dozenten gestaltet werden. Insgesamt bleibt das Kursangebot bis Ende der 1950er-Jahre eher bescheiden.

1. Dezember 1946 – Ein Volksentscheid über die neue Bayerische Verfassung

München * In einem Volksentscheid wird über die neue Bayerische Verfassung abgestimmt. Mit 70,6 Prozent der abgegebenen Stimmen nimmt das bayerische Volk das Gesetzeswerk an.

1. Dezember 1946 – Das Volk stimmt der Bayerischen Verfassung zu

München - Freistaat Bayern * In einer Volksabstimmung wird die unter der Führung des SPD-Politikers Wilhelm Hoegner ausgearbeitete Bayerische Verfassung mit einer Mehrheit von 70,6 Prozent angenommen. Die Verfassung des Freistaates Bayern regelt die Selbstständigkeit des Freistaates als Land der Bundesrepublik Deutschland.

2. Dezember 1946 – Erwachsenenbildung in der Bayerischen Verfassung verankert

München * Die Erwachsenenbildung und insbesondere die Volkshochschulen werden in der Bayerischen Verfassung verankert.

4. Dezember 1946 – Der Ministerrat beschließt die Bayerische Verfassung

München - Freistaat Bayern * Die Bayerische Verfassung wird nach der Volksabstimmung und der Ausfertigung der Verfassungsurkunde durch Ministerpräsident Wilhelm Hoegner [SPD] im Ministerrat beschlossen.

1946 – Die Landesversammlung beschließt die Bayerische Verfassung



München - Freistaat Bayern * Die Bayerische Verfassung wird von der Landesversammlung mit 136 Stimmen von CSU und SPD, bei 14 Gegenstimmen von KPD, WAV und FDP beschlossen. Nun kann das bayerische Volk am 1. Dezember über die Verfassung entscheiden.

1947 – In den Räumen der „Lauer-Villa“ werden „jüdische Schulen“ eingebaut

München-Bogenhausen * In den Räumen der Bogenhausener „Lauer-Villa“ wird eine „jüdische Volksschule“ und ein „hebräisches Gymnasium“ eingebaut. Das Wohngebäude dient daneben als Wohngebäude für jüdische „Displaced Persons“.

Mai 1947 – Johann Reichhart wird in das „Internierungslager Moosburg“ gebracht

Moosburg * Der „Scharfrichter“ Johann Reichhart wird in das „Internierungslager Moosburg“ gebracht, wo er im Kreis der Nazi-Prominenz auf sein Verfahren warten muss. Diese sieht in ihm einen „amerikanischen Henkersknecht“, der als „Vaterlandsverräter und Volksschädling“ den Tod verdient. Reichhart schneidet sich die Pulsadern auf, wird gerettet und von den Nazi-Bonzen erneut verfolgt. Die Ärzte retten wieder sein Leben.

20. Oktober 1947 – Der Prozess gegen den Lebensborn e.V. beginnt

Nürnberg * Der Lebensborn e.V. gilt nach dem Zweiten Weltkrieg für lange Zeit als eine der mysteriösesten Institutionen der NS-Herrschaft. Dass sein Geheimnis während des Dritten Reichs mit Erfolg gehütet werden konnte, erregt nach dem Jahr 1945 die besondere Neugier der Öffentlichkeit. Von seiner Existenz erfährt sie zum ersten Mal während des Nürnberger Prozesses gegen den SS-Gruppenführer Ulrich Greifelt, dem Chef des Stabshauptamtes beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, und seinen Mitangeklagten. Der als Fall VIII aufgerufene Prozess begann am 20. Oktober 1947 und endete am 10. März 1948 mit der Verkündung des Urteils.

12. Juli 1948 – Im ehemaligen Führerbau wird das Amerikahaus eröffnet

München-Maxvorstadt * In der Arcisstraße 12, im ehemaligen sogenannten Führerbau, wird das Amerikahaus eröffnet. Nach dem am 27. Januar 1948 in den USA verabschiedeten „Smith-Mundt Act“ sollte auch den Deutschen die amerikanische Lebensweise und die damit verbundenen



politischen Ideale näher gebracht werden. Die Amerikahäuser sehen sich als Zentren der Positiven Propaganda und sollen dem Loslösen von nationalsozialistischen, später auch kommunistischen Leitbildern dienen und die Völkerverständigung fördern.

1949 – Volkssänger-Auftritte in den Fußball-Halbzeitpausen gefordert

München * Hannes König regt an, bei Fußballspielen in der Halbzeit Volkssänger auftreten zu lassen.

5. März 1949 – Michael von Faulhaber erhält die Münchner Ehrenbürgerschaft

München * Die bayerische Landeshauptstadt München verleiht Kardinal Michael von Faulhaber aus Anlass seines achtzigsten Geburtstags die Ehrenbürgerschaft. Schon damals sprechen alle vom Widerstand des Erzbischofs von München und Freising. Und Landtagspräsident Michael Horlacher von der CSU schwärmt in seiner Rede vor den Abgeordneten sogar von Michael von Faulhabers „immerwährenden Eintreten für den Völkerfrieden“.

8. Mai 1949 – Der Parlamentarische Rat beschließt die Vorlage des Grundgesetzes

Bonn * Der Parlamentarische Rat in Bonn beschließt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Es wird in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 zur Zustimmung den Volksvertretungen der beteiligten deutschen Länder vorgelegt.

September 1950 – Der „Zauber des Wilden Westens“ auf dem Oktoberfest

München-Ludwigsvorstadt * Auf dem Oktoberfest wird die Völkerschau „Zauber des Wilden Westens“ gezeigt.

16. September 1950 – „Der Zauber des Wilden Westens“ auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * „Der Zauber des Wilden Westens“ setzt die Tradition der Völkerschauen auf dem Oktoberfest fort.



2. Juli 1951 – Professor Dr. Ernst Ferdinand Sauerbruch stirbt in Berlin

Berlin * Professor Dr. Ernst Ferdinand Sauerbruch stirbt in Berlin.

September 1951 – Die „Völkerschau Hawaii“

München-Ludwigsvorstadt * Die „Völkerschau Hawaii“ wird auf dem Oktoberfest gezeigt.

1952 – Ein weltweit gültiges Welturheberrechtsabkommen

Welt * Weltweit werden Urheberrechte durch ein Welturheberrechtsabkommen geschützt.

1954 – Richard-Wagner-Straße 7 gehört dem Katholischen Werkvolk

München-Maxvorstadt * Das Haus in der Richard-Wagner-Straße 7 gehört dem Katholischen Werkvolk, Diözesanverband München-Freising.

1957 – Ferdinand Schmid leitet den Verein Münchener Brauereien

München * Ferdinand Schmid wird Geschäftsführer des Vereins Münchener Brauereien. Seither träumt er von einem Biermuseum, in dem man die „Fertigung und Kulturgeschichte unseres Volksgetränks demonstriert, das man in Bayern auch das fünfte Element nennt“. Dieser Traum wird sich erst im September 2005 mit dem Bier & Oktoberfestmuseum realisieren lassen.

4. Oktober 1957 – Der „Sputnikschock“ und die Volkshochschule

Weltraumbahnhof Baikonur * Die Sowjetunion schießt vom Weltraumbahnhof Baikonur aus den kugelförmigen Satelliten Sputnik 1 in den Weltraum. Der russische Start des ersten künstlichen Erdsatelliten löst in der westlichen Welt einen Schock aus und führt zur Gründung der NASA und zu verstärkten Anstrengungen im Bildungsbereich. In Westdeutschland setzt der sogenannte „Sputnikschock“ ein. Das wirkt sich auch auf die Münchner Volkshochschule aus. Das Bildungsangebot wird in allen Programmbereichen – ausgehend von Teilnehmerbedürfnissen – schrittweise über die nächsten Jahrzehnte ausgeweitet und verbessert. Neben der Expansion von



kultureller, politischer, sprachlicher, gesundheitlicher und beruflicher Bildung werden in den folgenden Jahrzehnten auch spezielle Zielgruppenangebote entwickelt: für Senioren, Jugendliche sowie Menschen mit Migrationshintergrund.

1958 – Bayerischer Hof steigt im Künstlerhaus ein

München-Kreuzviertel * Der Künstlerverein-Präsident Theo Lechner gewinnt die Wirte Falk Volkhardt und Benno Spremberg vom Hotel Bayerischer Hof als Pächter für einen Gaststättenbetrieb im Künstlerhaus. Dank einer großzügigen Pachtvorauszahlung können die Restaurationsräume zügig instand gesetzt werden.

17. April 1958 – Eine Völkerschau auf der Weltausstellung in Brüssel

Brüssel * Die letzte große Zurschaustellung indigener Menschen findet auf der Weltausstellung in Brüssel statt, auf der ein „kongolesisches Dorf“ errichtet wird.

1959 – Hannes König gründet die Münchner Volkssänger-Bühne

München-Schwabing * Hannes König gründet die „Münchner Volkssänger-Bühne“. Nach verschiedenen Spielorten findet sie in der Max-Emanuel-Brauerei ihren festen Auftrittsort. Hannes König führt Regie, schreibt Stücke neu oder um und entwirft sowie gestaltet die Bühnenbilder.

Februar 1959 – Hannes König will ein „Volkssänger- und Valentin-Museum“ einrichten

München-Graggenau - München-Angerviertel * Hannes König überzeugt Oberbürgermeister Thomas Wimmer vom Sinn und Zweck eines „Volkssänger- und Valentin-Museums“. Er erhält den südlichen Isartorturm, der damals noch eine Ruine war, zur mietfreien Nutzung.

25. August 1959 – Große Zustimmung für das Königs-Denkmal

München-Haidhausen * Der Verein für die Wiedererrichtung eines Denkmals für König Ludwig II. von Bayern e.V. verteilt am 114. Geburts- und Namenstag Ludwigs II., eine „Volksbefragungspostkarte“ mit Fritz Behns Modell am Standort unterhalb des Friedensengels.



Die Aktion bringt eine Zustimmung von 96 Prozent für das Projekt. Von Behns Plastik hat sich nur noch der Kopf erhalten.

September 1959 – Die letzte Völkerschau auf dem Oktoberfest

München-Ludwigsvorstadt * Die „Völkerschau Hawaii“ wird auf dem Oktoberfest gezeigt. Es ist die letzte in München gezeigte Völkerschau.

Oktober 1959 – Die Turmschreiber werden im Turmstüberl des Isartores gegründet

München-Graggenau - München-Angerviertel * Im Turmstüberl des Isartores gründet eine Handvoll Erzähler, Historiker und Lyriker um Hanns Vogel, der im städtischen Kulturreferat arbeitet, einen literarischen Stammtisch. Sie nennen sich die „Turmschreiber“ und wollen die „süddeutsche Denk- und Lebensart und das bayerische Wesen“ hochhalten.

1960 – Die Volkshochschule in der Rheinbergerstraße

München-Maxvorstadt * Die Büros der Münchner Volkshochschule befinden sich im Neuen Rathaus, bis sie im Jahr 1960 in der Rheinbergerstraße in der Maxvorstadt eigene Räume beziehen kann.

1961 – Die Turmschreiber vergeben ihren Poetentaler

München-Graggenau - München-Angerviertel * Die Turmschreiber vergeben im Turmstüberl des Valentin-Musäums erstmals ihren Poetentaler.

21. Juni 1962 – Die Schwabinger Krawalle beginnen

München-Schwabing * An Fronleichnam, einem katholischen Feiertag in Bayern, beginnen die sogenannten „Schwabinger Krawalle“. Das erste Aufeinandertreffen zwischen Polizei und etwa 50 Zuhörern von drei Gitarrenspielern erfolgt gegen 21:45 Uhr - weit weg von jedem Wohnblock - im Englischen Garten am Monopteros. Doch es läuft glimpflich ab, denn die Jugendlichen folgen



der Aufforderung der Polizei und gehen auseinander. Eine knappe halbe Stunde später löst am Wedekindplatz eine andere Streifenwagenbesatzung - ebenfalls ohne größere Probleme - eine aus etwa 150 Personen bestehende Ansammlung auf, die sich um drei Gitarristen gruppiert hat. Um 22:35 Uhr kommt es an der Leopold-/Ecke Martiusstraße zum dritten Polizeieinsatz und daraus resultierend zur tätlichen Auseinandersetzung zwischen der Polizei und einer aus etwa 200 Personen bestehenden Gruppe, die sich um fünf Gitarristen gebildet hat. Die Band besteht aus den Gymnasiasten Michael Erber und Klaus Olbrich, den Lehrlingen Wolfram Kunkel und Hans (Sitka) Wunderlich und dem jungen Schreiner Rüdiger Herzfeldt. Sie singen und spielen russische Volkslieder. Nachdem sich einige Anwohner über die Störung der Nachtruhe bei der Polizei beschwert haben, treffen zwei Beamte am „Tatort“ ein und fordern die jungen Gitarrespieler zum Einsteigen in den Funkstreifenwagen auf. Das Einschreiten der Polizei gegen die Musiker wird von den Zuhörern - „spontan und ohne vorherige Planung“ - als Festnahme gedeutet. Diese artikulieren daraufhin ihren Unmut ziemlich laut und unmissverständlich. Es kommt zu Rangeleien mit den Ordnungshütern, die nun ihrerseits Verstärkung anfordern, nachdem die Randalierer die Luft aus den Reifen des Polizeiautos lassen. Mit einem ersten Gummiknüppeleinsatz kann die Polizei die auf mehrere hundert Menschen angewachsenen Protestierer vom Schauplatz abdrängen. Kaum dass die Polizisten abgerückt sind, läuft eine noch größere Menschenmenge als zuvor (Schätzungen sprechen von 5.000 Personen) auf die Leopoldstraße und blockiert den Auto- und Straßenbahn-Verkehr mit Stühlen und indem sie sich selbst auf der Straße niederlassen. Erst nach der zweimaligen Räumung der Straße und der Festnahme von 41 Personen erklärt die Polizei um 1:40 Uhr den Einsatz für beendet. Laut Polizeibericht kommen 90 Beamte zum Einsatz. Zwei Protestierer werden nachträglich zur Anzeige gebracht.

1964 – Hannes König und Gudrun Köhl gründen die Münchner Volkssängerbühne

München * Hannes König gründet zusammen mit Gurdun Köhl die „Münchner Volkssängerbühne“.

2. März 1965 – Lawinenunglück in Obertauern mit 37 Toten

Obertauern * Am Faschingsdienstag reißt zwischen Ober- und Untertauern eine Schneelawine einen Autobus mit 37 jungen schwedischen und finnischen Jugendlichen in den Abgrund. „Die Wagenkarosserie wurde im rückwärtigen Drittel aufgefetzt, Schneemassen wurden mit ungeheuerlicher Wucht in das Innere des Wagens gepresst und die unglücklichen Insassen buchstäblich einbetoniert. Man musste sie zum Teil mit Schweißbrennern aus ihrem Schneegrab



befreien. Sie waren allesamt erstickt“, berichtet das „Salzburger Volksblatt“.

21. Mai 1965 – Die Queen in München

München * Die englische Königin und ihr Ehemann Prinz Philip treffen im Rahmen ihrer Deutschlandreise bei eher kühlem Frühlingswetter in München ein. Ihr Aufenthalt dauert 14 Stunden. Lange genug, um in den Straßen der Landeshauptstadt eine wahre Volksfeststimmung herrschen zu lassen. Hunderttausende säumten die Straßen und bereiteten der freundlich lächelnden und jugendlich wirkenden Queen bei ihrer Fahrt im offenen Wagen frenetische Ovationen. Ministerpräsident Alfons Goppel drückte diese Stimmung mit den Worten aus: „Die Herzen des bayerischen Volkes schlagen Eurer Majestät entgegen!“ Die Bayern widersetzten sich allen von oben erlassenen Anordnungen zum Aufenthalt der Queen und gestalteten den Besuch weitgehend nach ihrem eigenen Willen. Die Staatsregierung reizte mal wieder alle Möglichkeiten aus, um vor der Weltöffentlichkeit ihr ausgeprägtes weiß-blaues Staatsbewusstsein zu zelebrieren und mithilfe von Zeremoniell und Symbolik souveräne Staatlichkeit zu beweisen. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth die Bayerische Nationalhymne, obwohl der Bundespräsident Heinrich Lübke dies der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Die königlichen Gäste von der Insel mussten sich alle Strophen der „Bayern-Hymne“ anhören, was Prinz Philip zur Bemerkung hinreißen lässt: „Oh, ein ganzes Konzert.“ Wegen der „Bayern-Hymne“ schlitterte die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Der bayerische Ministerpräsident riskierte wegen seines Trotzes ein Verfahren wegen „separatistischer Machenschaften“. Letztlich stärkte der Queen-Besuch nicht nur den Freistaat Bayern, sondern auch die Popularität des Ministerpräsidenten Alfons Goppel.

19. August 1965 – Die Auschwitz-Prozess-Urteile werden verkündet

Frankfurt am Main * Die Urteile im Auschwitz-Prozess werden verkündet. Der Prozess stellt einen wichtigen Schritt bei der Vergangenheitsbewältigung dar und löst in der Bevölkerung, der Justiz und im Parlament eine Verjährungsdebatte über Mord aus.

9. September 1965 – Das Gesetz über das Urheberrecht wird erlassen

Bonn * Das Gesetz über das Urheberrecht und Verwandte Schutzrechte wird erlassen. Es löst



das Urheberrecht aus der Zeit des Nationalsozialismus ab, das dem Urheber nur mehr als „Treuhänder des Werks für die Volksgemeinschaft“ betrachtet hatte.

23. Juni 1966 – Die Beatles kommen nach München

London - München * Um 11:20 Uhr heben die Beatles mit dem Flug BE502 mit der BEA-Linienmaschine Comet IV vom Londoner Flughafen ab, um um 12:56 Uhr in München-Riem zu landen. Endlich sind sie da. George Harrison, Paul McCartney, John Lennon und Ringo Starr treffen erstmals und höchstpersönlich in München ein. Und als „die vier Sängerknaben mit der Mädchenfrisur“ das Flugzeug verlassen, werden sie „von lustigen Teenagern zumeist“ begeistert empfangen. Man hat sie bis zur Landung des Flugzeugs mit Beatmusik bei Laune gehalten. Die Mädchen tragen Pony, die Haare hochtupiert, sowie bonbonfarbene, schenkelkurze Op-Art-Kleidchen und Pumps. Die Burschen bekleiden sich mit hautengen Jeans und schwarzen T-Shirts oder geblühten Hemden. Ihre Haare bedecken zwar die Ohren, reichen aber noch nicht bis zur Schulter. Dazwischen sind auch „einige wüstere Typen mit verfilztem, schulterlangem Haar, im obligatorischen Snow Coat mit aufgemalten Atomwaffengegner-Abzeichen“, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Die Mädchen halten bemalte Schilder hoch und alles sieht friedlich aus. Doch es muss schon ein sehr trügerischer Friede sein, denn auf je fünf Fans kommt ein Polizist. 200 Staatliche Ordnungskräfte sorgen für einen reibungslosen Ablauf. Außerdem ist die Straße rechts vom Hauptgebäude auf einer Länge von fast einhundert Metern abgesperrt worden. Noch auf der Rolltreppe werden die Fab Four mit extrem saublöden Fragen interviewt. Ringo Starr antwortet auf dem Flughafen auf die Frage eines Reporters: „Warum stehen Sie immer so spät auf?“ mit der Gegenfrage: „Wollen Sie schon in aller Frühe unseren Lärm hören?“ Total unverständlich findet der Münchner Merkur die Popularität der Beatles, da die Vier doch nur Nachteile vorzuweisen hätten: „Der kurzsichtige John Lennon, der Linkshänder Paul McCartney, George Harrison mit den abstehenden Ohren und Ringo Starr mit der übergroßen Nase.“ Außerdem überreicht man ihnen Lederhosen mit Hirschknöpfen und weiße leinene Trachtenhemden. Schon während des Flugs hat man ihnen einen Tirolerhut übergeben, den der „großnasige“ Ringo beim Verlassen des Flugzeugs zu seiner braunen Lederjacke trägt. „Machen Sie Platz für die Beatles!“. Die Ampeln sind für die vier Musiker auf Grün gestellt. So fahren sie über die Prinzregentenstraße, vorbei an den Vieltausenden, Fähnchen schwenkenden, „Yeah-yeah-yeah!“ kreischenden Münchner Beatles-Fans. Es herrscht einfach eine freundliche Stimmung an diesem 23. Juni 1966. In dem Auto mit dem Kennzeichen M-TX 107 sitzen die Beatles. Um den wartenden Fans zu entkommen, fährt der Mercedes die Tiefgarage von hinten an, sodass die Gruppe um 13:45 Uhr das Hotel durch den Lieferanteneingang betreten kann. Während die Musiker durch den Hintereingang verschwinden, warten auf dem Promenadeplatz



etwa 3.000 Fans und Neugierige mit Transparenten. Neun Hausdiener und eine Handvoll Polizisten sollen den Bayerischen Hof gegen den Ansturm der Beatles-Fans verteidigen. „Die Scheiben sind vorsorglich beim Glaser bestellt“, diktiert Hotelchef Falk Volkhardt einem Reporter in den Block. Nichts passiert. Nur junge Frauen und Männer warten auf dem Promenadeplatz sehnsüchtig auf den Augenblick, dass sich ihre Idole an einem der Fenster zeigen. Oben im fünften Stock tun diese den Fans ein einziges Mal den Gefallen und treten ans Fenster, um ein paar Autogramme auf die Straße zu werfen. Für 16:00 Uhr ist im Nachtclub des Hotels Bayerischer Hof eine Pressekonferenz anberaumt. Diese beginnt 20 Minuten später, weil der Fahrstuhl stecken bleibt. Statt der erlaubten 10 haben sich 15 Personen in den Aufzug gequetscht. Zuerst werden Fotos der Fab Four geschossen, danach dürfen die Journalisten die Beatles 13 Minuten befragen. Dazwischen bekommen sie noch den „Goldenen BRAVO Otto“ in der Kategorie Beste Beatband überreicht. Zur gleichen Zeit tagt im Polizeipräsidium an der Ettstraße ein Krisenstab, denn den deutschen Behörden und der Polizei waren Popstars samt den kreischenden Fans ausgesprochen befremdlich. Aus Anlass des Beatles-Gastspiels richtet man in München einen Krisenstab ein, dem der Polizeipräsident, zwei Einsatzleiter und ein erst kurz zuvor installierter psychologischer Fachmann angehören. Deeskalation fordert der Psychologe, was natürlich umfangreiche polizeiliche Vorbereitungen notwendig macht, um Massenaufläufe möglichst zu verhindern oder zumindest unter Kontrolle zu halten. So bekommen die Beatles die Kehrseite ihres Ruhmes zu spüren. Ihnen wird ein abendlicher Schwabing-Bummel aus Sicherheitsgründen verboten, weshalb sie die ganze Zeit ihres München-Aufenthaltes im Bayerischen Hof verbringen müssen. Die Abendzeitung schreibt beschwichtigend: „Die Herren tragen zwar unorthodoxe Haartracht und veranstalten einen für musikalische Ohren beschwerlichen Lärm, aber im Grunde sind sie harmlos und übermütig, und in ihren Liedern kommt nichts Unanständiges vor.“ Die Polizei hat eine Fälscherbande hochgenommen, die 125 gefälschte Eintrittskarten für die Beatles-Konzerte zu Horror-Preisen verkauft hat. Am frühen Abend machen die Beatles eine Generalprobe auf ihrem Zimmer, da sie bis zum 21. Juni 1966 jeden Tag mit den Aufnahmen zur LP „Revolver“ beschäftigt waren. Gegen 21:30 Uhr betreten die vier Beatmusiker das 16 Meter lange Schwimmbad auf dem Dach des Hotels Bayerischer Hof, das extra für die Beatles reserviert und eigens für diesen Zweck mit neuem Wasser gefüllt worden war. Der einzige Schwimmer ist Paul, der sich mit einer geliehenen Badehose in die Fluten stürzt, während die drei anderen „kühles Nass aus Whiskeyflaschen“ vorziehen. Fortsetzung folgt !

1967 – Das Valentin-Musäum vergibt den „Blödsinnstaler“

München-Graggenau - München-Angerviertel * Das Valentin-Musäum vergibt den



„Blödsinnstaler“. Prämiert wird der „größte Blödsinn des Jahres“.

1967 – Wirtschaftliche Zwänge und Verlust der kulturellen Rolle

München-Kreuzviertel * Die umfangreichen Bauarbeiten führen zu einer wachsenden Verschuldung des Künstlerhaus-Vereins. Zwar gelingt der Wiederaufbau des kriegszerstörten Gebäudes, doch dessen dauerhafte Finanzierung überfordert den Verein. Das Künstlerhaus wird deshalb an das Hotel Bayerischer Hof verpachtet. Hotelier Falk Volkhardt nutzt das Gebäude in den folgenden Jahrzehnten vor allem für gastronomische und wirtschaftliche Zwecke. Der Künstlerhaus-Verein bleibt zwar Eigentümer, tritt jedoch kaum noch öffentlich in Erscheinung. Das Künstlerhaus verliert seine Bedeutung als kultureller Treffpunkt und gerät für lange Zeit weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein.

1967 – Die Bäcker-Innung steigt auf die Barrikaden

München-Untergiesing * Die Bäcker-Innung „steigt auf die Barrikaden“, nachdem sie die Hangauffahrt des Mittleren Ringes zu überrollen droht. Um Platz für die Hochstraße zu schaffen, musste damals ein Drittel des Bürotraktes der Bäcker-Kunstmühle geopfert werden. Ein Argument, mit dem sich die Bäcker-Innung damals gegen die städtischen Straßenplaner wehrt, ist, dass die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gefährdet sei. Vor Gericht wird ihr eine Entschädigungssumme von 800.000 DMark zugesprochen, die anschließend zur Modernisierung in den Betrieb gesteckt wird. Doch diese Investition ist zum Fenster rausgeschmissen.

1. Januar 1967 – Die Innenstadtbezirke werden zum Stadtbezirk 1 - Altstadt

München * Aufgrund des Bevölkerungsrückgangs werden alle vier Innenstadtbezirke zum Stadtbezirk 1 - Altstadt zusammengefasst.

28. Mai 1967 – Ein neues Ludwig-II.-Denkmal in den Maximiliansanlagen

München-Haidhausen * In den Maximiliansanlagen, zwischen dem Maximilianeum und dem Friedensengel, an der Stelle, an der König Ludwig II. - eigens für die Werke seines verehrten Musikeridols Richard Wagner - ein Festspielhaus errichten lassen wollte, wird die 2,60 Meter



hohe Bronzestatue zu Ehren des bayerischen Märchenkönigs enthüllt und der Öffentlichkeit übergeben. Der Bildhauer Anton Rückel hat das Denkmal erschaffen. Auf einem Granitmonolith, an den vier Bronzereliefs mit Ansichten der Schlösser Linderhof, Herrenchiemsee und Neuschwanstein sowie des geplanten Festspielhauses angebracht sind, steht - als Sinnbild eines gescheiterten Projekts - der in Bronze gegossene bayerische Märchenkönig. Ihre Inschrift lautet: „Wo Bayerns König Ludwig für Richard Wagners Werke nach Gottfried Sempers Plänen zum Ruhm der ganzen Menschheit den Festbau schaffen wollte, setzt sich das Volk sein Denkmal. A.D. MCMLXVII.“ Es ist dies der Ersatz für ein Standbild, das sich in einem halbrunden Säulentempelchen auf der Corneliusbrücke befand und von den Nazis am 3. Mai 1942 demontiert und als Metallreserve für die Rohstoffversorgung des Reiches nach Hamburg gebracht und zum Bau von Bomben eingeschmolzen wurde.

1. Dezember 1967 – Der erste bayerische Verfassungstag findet statt

München - Freistaat Bayern • Erstmals findet der bayerische Verfassungstag statt. Er erinnert daran, dass sich das bayerische Volk am 1. Dezember 1946 selber eine Verfassung gegeben hat.

1969 – Falk Volkhardt kauft das Montgelas-Palais

München-Kreuzviertel * Falk Volkhardt, der Besitzer des benachbarten Hotels Bayerischer Hof kauft das Montgelas-Palais - und richtet dort eine Dependence ein. Im Keller befindet sich das Lokal Palais Keller.

1970 – Letzte Reste der Ludwig-II.-Denkmal-Anlage abgetragen

München-Au - München-Isarvorstadt * Die noch vorhandene Denkmal-Anlage auf der Corneliusbrücke für König Ludwig II. wird - gegen Proteste der Bevölkerung - abgetragen.

1972 – Hannes König erhält den „Poetentaler“ der Turmschreiber

München-Graggenau - München-Angerviertel * Hannes König, der Direktor des Valentin-Musäums, erhält den „Poetentaler“ der Turmschreiber.



1972 – Ein Volksaltar für die Anna-Pfarrkirche

München-Lehel * Die Anna-Pfarrkirche erhält eine Umgestaltung, als man in der Vierung eine Altarinsel mit einem Volksaltar einrichtet. Die Kirchenbänke, die früher zu beiden Seiten eines breiten Mittelgangs aufgestellt waren und ein Stück in die Seitenschiffe hineinragten, werden erneuert und zu einem geschlossenen Block im Mittelschiff zusammengefasst. Dadurch können die Gläubigen das Geschehen am Altar nun von allen Plätzen aus gut verfolgen und wahrnehmen.

21. Mai 1973 – Das Volkssänger-Museum im Isartor wird eröffnet

München-Graggenau - München-Angerviertel * Das Volkssänger-Museum im nördlichen Turm des Isartores wird eröffnet.

1974 – Die Bayerische Landesbank kauft das Wittelsbacher Palais

München-Maxvorstadt * Das Gelände des Wittelsbacher Palais an der Brienner Straße 50 wird von der Bayerische Landesbank erworben. Dort entsteht ihre neue Verwaltungszentrale. Der erwartete Erlös von 50 Millionen D-Mark soll als Grundstock für ein später zu errichtendes Kulturhaus dienen. In diesem Zusammenhang ist auch die Realisierung eines Mahnmals für die Opfer des NS-Terrors vorgesehen. Damit beruhigen sich die öffentlichen Diskussionen zunächst. Das Vorhaben eines eigenständigen Mahnmals am historischen Standort der ehemaligen Gestapo-Zentrale wird vorerst ebenso zurückgestellt wie die Planungen für ein Kultur- und Volksbildungshaus.

30. Mai 1975 – Die letzte Straßenbahnfahrt mit einem Schaffner

München * Zum letzten Mal fährt eine Trambahn mit einem Schaffner im Wagen. Die letzte Schaffnerfahrt hat einen volksfestartigen Charakter. Die Fahrgäste stürmen die blumengeschmückte Tram der Linie 29, die um 18.18 Uhr vom Lorettoplatz aufbricht. Sonderfahrtscheine werden ausgegeben. Der letzte Schaffner war der 56-jährige Martin Gerum.

1976 – Der Stadtrat beschließt das Anbringen einer Gedenktafel für Kurt Eisner



München-Graggenau * Der Stadtrat beschließt das Anbringen einer Gedenktafel für Kurt Eisner an der Kardinal-Faulhaber-Straße. Der Hausbesitzer Falk Volkhardt weiß die Anbringung der Erinnerungsplatte an der Fassade des Montgelas-Palais, das inzwischen zum Hotel Bayerischer Hof gehört, zu verhindern. Er verweigert die Anbringung der Gedenktafel mit seinen Bedenken, dass sich diese „geschäftsschädigend“ auswirken und die Tafel möglicherweise Sprengstoffanschläge und Beschädigungen provozieren könnte. Dieses Risiko will natürlich keiner der Verantwortlichen tragen.

1977 – Die Volkshochschule in vier verschiedenen Stadtteilzentren

München * Die Volkshochschule zeigt erneut Bürgernähe, indem sie ihre Veranstaltungen nunmehr in vier verschiedenen Stadtteilzentren im Münchner Norden, Osten, Süden und Westen in über 17 Außenstellen anbietet.

1980 – Ein neues Bewerbungsverfahren für die Vergabe der Wiesen-Zelte

München-Theresienwiese * Ein neues Bewerbungsverfahren für die Vergabe der Wiesen-Zelte wird eingeführt. Es enthält 13 Bewertungskriterien, die in drei Blöcken zusammengefasst sind: Mit je bis zu elf Punkten und mit dem Faktor zwei multipliziert werden die Kriterien Vertragserfüllung Volksfesterfahrung Sachkenntnis Durchführung und die Frage, wie lange ist der Bewerber schon auf dem „Oktoberfest“? Ein weiterer Block mit jeweils bis zu elf Punkten, die mit dem Faktor vier multipliziert werden, gibt es für den Zeltbetrieb mit den Kriterien Ausstattung Technischer Stand Anziehungskraft Tradition und Platzbedarf Im dritten Block gibt es bis zu elf Punkte, die wieder mit dem Faktor zwei multipliziert werden, für die Kriterien Ortsansässigkeit Alleineigentum und Ökologie.

26. September 1980 – Das Oktoberfest-Attentat

München-Theresienwiese * Freitag, 22:19 Uhr: Am Haupteingang der Wiesen explodiert ein Sprengsatz. Der Feuerball unterbricht die ausgelassene Volksfeststimmung auf dem Oktoberfest und tötet 13 Menschen. 211 Personen werden verletzt, davon 68 schwer. „Menschen wirbeln durch die Luft, Blut spritzt, zerfetzte Gliedmaßen, unglaubliche Schmerzen und verzweifelte Schreie, die nur die hörten, denen nicht gleich das Trommelfell platzte“. Einer der Toten ist der Geologiestudent Gundolf Köhler (21). Als die Rettungskräfte am Tatort eintreffen, finden sie in einem Umkreis von bis zu 23 Metern Verletzte und Tote verstreut auf der Straße



liegen. Die die Detonation begleitende Druckwelle ist gewaltig gewesen. Noch in der Nacht stehen für die Bayerische Staatsregierung die Schuldigen fest: Die RAF und linke Terroristen müssen für das Massaker verantwortlich sein. Ministerpräsident Franz Josef Strauß steht mitten im Wahlkampf. Er will Helmut Schmidt (SPD) als Bundeskanzler ablösen und hat sich selbst als starker Law-and-Order-Mann positioniert. Nun sieht Franz Josef Strauß seine Stunde gekommen. Er greift Innenminister Gerhard Baum (FDP) an, der für das Nachrichtenmagazin Spiegel eine Diskussion mit dem RAF-Anwalt und Ex-Terroristen Horst Mahler geführt hat. Strauß macht Baum für das Attentat mitverantwortlich, weil er den Terrorismus quasi salonfähig gemacht hat. Strauß fordert, dass sofort Flugblätter produziert werden, die Baum im Gespräch mit Mahler zeigen. Doch die Attacke gegen Links wird sich bald als Bumerang erweisen. Auf den Verdacht hin, dass es sich um einen Terrorakt handelte, leitet Generalbundesanwalt Kurt Rebmann zusätzlich ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt ein. Die Untersuchung liegt damit federführend beim Bund. Nach intensiven Beratungen mit Politikern, dem Polizeipräsidenten und den Veranstaltern entscheidet Oberbürgermeister Erich Kiesl noch mitten in der Nacht, das Oktoberfest nicht abubrechen, sondern nur einen Trauertag zu veranstalten. Man wolle und dürfe sich dem Terror, gleich von welcher Seite, nicht beugen. Bei dieser nicht unumstrittenen Entscheidung hat man auch das Beispiel der XX. Olympischen Spiele in München vor Augen, die trotz eines Terroranschlages zu Ende geführt worden waren.

28. September 1980 – Gewerkschaften, Kirchen und Politiker rufen zu mehr Toleranz auf

München * Am „Tag des ausländischen Arbeitnehmers“ rufen Gewerkschaften, Kirchen und Politiker zu mehr Toleranz gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern auf. Man appelliert an die Bevölkerung, der von neonazistischen Kräften geschürten Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten.

19. September 1981 – Das Containerbier erregt die Gemüter

München-Theresienwiese * Das Containerbier lässt die Volksseele kochen. Oberbürgermeister Erich Kiesl und Ministerpräsident Franz Josef Strauß ergreifen in offenen Briefen an die Brauereien Partei für das traditionelle Holzfass. Die Brauereien ihrerseits erklären, die Beschaffung von Holzfässern ist „in Zukunft fast nicht mehr zu lösen“. Für dieses Jahr kann der Einzug des Containerbieres auf dem Oktoberfest noch einmal gestoppt werden.



1983 – Der „Turmschreiber-Kalender“ erscheint jährlich

München * Der „Turmschreiber-Kalender“ erscheint jährlich.

Juni 1984 – Die Volkshochschule im Gasteig-Kulturzentrum

München-Haidhausen * Im Gasteig-Kulturzentrums bezieht die Münchner Volkshochschule Räume und kann sich dadurch zur größten städtischen Erwachsenen-Bildungseinrichtung Deutschlands und Europas entwickeln. Sie hat einen Vortragssaal für neunzig Personen, weiter gibt es für die Erwachsenen-Bildungseinrichtung über fünfzig Übungs-, Lehr-, Unterrichts-, Arbeits- und Gymnastikräume sowie Werkstätten für kunsthandwerkliche Fortbildungslehrgänge. Zum Bereich der Volkshochschule gehört auch die 120 bis 140 Personen aufnehmende Blackbox.

19. September 1987 – Es darf nur Münchner Bier ausgeschenkt werden

München-Theresienwiese * Nachdem sich in den 1980er-Jahren mit der „Prinz Luitpolds Weisse Bräu GmbH“ aus Kaltenberg eine weitere Brauerei auf der Wiesen etablieren wollte, ergänzt der Verein Münchner Brauereien e.V. seine Betriebsvorschriften für das Oktoberfest: „Das Oktoberfest ist das traditionelle Münchner Volksfest mit Münchner Gastlichkeit und Münchner Bier. Diese Tradition gilt es weiter zu wahren. An Wies'n-Besucher darf deshalb nur Münchner Bier der leistungsfähigen und bewährten Münchner Traditionsunternehmen ausgeschenkt werden“.

10. Oktober 1987 – Letzte Großdemonstration gegen die WAA

Wackersdorf * Zwischen 20.000 und 25.000 Menschen versammeln sich auf dem Wackersdorfer Volksfestplatz zu einer Kundgebung gegen die Wiederaufarbeitungsanlage. Zu den Mitwirkenden gehört der Kabarettist Dieter Hildebrandt. Anschließend ziehen zahlreiche Demonstranten zum Baugelände. Es ist die letzte Großdemonstration mit mehreren Zehntausend Teilnehmern unmittelbar am WAA-Standort. Danach verlagert sich der Widerstand zunehmend auf kleinere, dezentrale und gewaltfreie Aktionen.

1989 – Die Trennung der Geschlechter im Volksbad ist aufgehoben



München-Haidhausen * Die Trennung der Geschlechter im Volksbad wird offiziell aufgehoben.

22. Februar 1989 – Der Streit um die „richtige Inschrift“ am Eisner-Bodendenkmal

München-Graggenau * Bei der Stadtrats-Sitzung stehen zwei Vorschläge für die „richtige Inschrift“ am Bodendenkmal für Kurt Eisner zur Auswahl. Während die Vertreter der verschiedenen Parteien rasch überein kommen, das ursprünglich vorgesehene „erschossen“ durch „ermordet“ zu ersetzen, entwickelt sich um die Verwendung der Begriffe „Freistaat“ und „Volksstaat“ eine scharf geführte Auseinandersetzung. Soll man nun Kurt Eisner als den Begründer des Freistaates Bayern bezeichnen oder gründete er bloß den Volksstaat Bayern? Beide Begriffe wurden im Jahr 1918 gleichzeitig und synonym verwendet und sollten nichts anderes als Republik bedeuten. Aber im Rückblick will man den heute so geschätzten Begriff Freistaat nicht ausgerechnet einem linken Politiker zuschreiben. Dagegen denkt man bei Volksstaat eher an die Sprache des Dritten Reiches und der damaligen DDR. Der SPD-Vorschlag für die Gedenkplatte lautet: „Kurt Eisner. 1867 - 1919. Begründer des Freistaats Bayern und Ministerpräsident wurde am 21. Februar 1919 hier vor seinem Amtssitz ermordet.“ Es soll aber derjenige die Mehrheit erhalten, der das Reizwort Freistaat vermeidet. Der Vorschlag von Bürgermeister Dr. Winfried Zehetmeier [CSU] setzt sich bei der Abstimmung mit einer Mehrheit aus CSU, FDP und Grüne/ALM gegen die Stimmen der SPD durch. Die Inschrift auf der Gedenktafel - als die „offizielle Wahrheit“ - lautet deshalb: „KURT EISNER, DER AM 8. NOVEMBER 1918 DIE BAYERISCHE REPUBLIK AUSRIEF, NACHMALIGER MINISTERPRÄSIDENT DES VOLKSSTAATES BAYERN, WURDE AN DIESER STELLE AM 21. FEBRUAR 1919 ERMORDET.“

16. Juli 1989 – Wiederbelebung des Kocherlballs am Chinesischen Turm

München-Englischer Garten - Lehel * Zur 200-Jahr-Feier des Englischen Gartens wird die Tradition des Kocherlballs am Chinesischen Turm wiederbelebt. An jedem dritten Sonntag im Juli, um 6 Uhr früh, treffen sich Münchner Traditionalisten und sonstiges Partyvolk zum Tanz bei Volksmusikklängen. Um 10 Uhr endet die Veranstaltung.

1993 – Der „Turmschreiber-Verlag“ wird gegründet

München * Der „Turmschreiber-Verlag“ wird gegründet.



16. November 1993 – „... Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt“

München * Klaus Warnecke, Landtagsabgeordneter der SPD schreibt in der Süddeutschen Zeitung einen Leserbrief und bringt darin folgende Meinung zum Ausdruck: „[...] Die Hindenburgs, Ludendorffs und ihre monarchistischen Attrappen hatten das Volk im Reichsdurchschnitt im Herbst 1918 auf 500 bis 600 Kalorien pro Tag und Nase heruntergehungert. [...] 200.000 bayerische Soldaten waren gefallen. [...] Während sich die Monarchie von dannen stahl und die Generäle an der Dolchstoß-Legende zu stricken begannen, gab es in München eine einzige Kraft, die halbwegs Ordnung in das Chaos zu bringen versuchte und den Umständen entsprechend auch brachte: die von den Konservativen und Reaktionären aller Richtungen bisher aus jeder politischen Verantwortung ferngehaltenen Sozialdemokraten und deren linkspazifistische Absplitterung die USPD mit Eisner an der Spitze. [...] Der totale politisch/militärisch/soziale Scherbenhaufen des Winters 1918/19 war das Erbe des Großmachtwahns der Feldmarschälle und Monarchen. Das Kabinett unter Ministerpräsident Kurt Eisner mit dem Innenminister Erhard Auer und Albert Roßhaupter, die sich auf den eigentlichen Ordnungsfaktor in München, die Arbeiterräte, stützen konnte, hat Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt. Das wahre Chaos begann erst, als der rechtsradikale Offizier Graf Arco den Pazifisten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 auf offener Straße ermordete. [...]“

1994 – Die Münchner Volkshochschule wird in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewandelt

München * Die Münchner Volkshochschule wird in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewandelt. Mit der Umwandlung zur gGmbH erhält die MVHS eine eigenständigere Rechtsform, bleibt aber weiterhin gemeinnützig und öffentlich getragen. Gesellschafter bleiben öffentliche und gesellschaftliche Akteure, insbesondere die Landeshauptstadt München. Die Gemeinnützigkeit bedeutete weiterhin, dass die Einrichtung nicht gewinnorientiert arbeitet, sondern Bildungsaufgaben für die Allgemeinheit erfüllt. Den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm der amtierende Münchner Oberbürgermeister. Die Umwandlung von Volkshochschulen in eigenständige Rechtsformen ist zu dieser Zeit Teil eines breiteren Trends in der Erwachsenenbildung in Deutschland.

1994 – Der Gebissersatz Marke Seehofer erhält den Blödsinnstaler

München-Graggenau - München-Angerviertel * Im Valentin-Musäum wird wieder einmal der Blödsinnstaler für den größten Blödsinn des Jahres vergeben. Es ist der



„Gebissersatz Marke Seehofer“ - ein Fleischwolf, der die Speisen so zerkleinert, dass sie auch ohne Zähne verspeist werden können.

1997 – Gründung des Vereins der Förderer und Freunde der Münchner Volkshochschule

München * Seit der Gründung des Vereins der Förderer und Freunde der MVHS e.V. kommt ein weiterer, nachhaltiger Unterstützer des Engagements der Münchner Volkshochschule hinzu. Er fördert seither Projekte, mit denen neue Milieus und Zielgruppen angesprochen werden sollen oder finanziert Forschungsvorhaben.

5. Oktober 2006 – Stadtrats beschließt die Umbenennung der Von-Trotha-Straße

München-Gruggenau - München-Trudering * Die Vollversammlung des Münchner Stadtrats beschließt die Umbenennung der Von-Throta-Straße in Hererostraße.

2007 – Der Ältestenrat lehnt das Trümmerfrauen-Denkmal ab

München-Gruggenau * Der Ältestenrat beschäftigt sich abschließend mit der Erstellung eines Trümmerfrauen-Denkmal und befindet, dass es den Begriff der Trümmerfrauen in München nie gegeben hat. Einzig die CSU äußert sich positiv zum neuen Denkmal. Fraktionschef und Oberbürgermeisterkandidat Josef Schmid sieht die Argumente gegen ein Denkmal als nicht schwerwiegend genug an: „Natürlich wollen wir keine Nationalsozialisten ehren“, so Schmid. „Doch es gibt keine Kollektivschuld des deutschen Volkes, und die Aufbauarbeit der Zivilbevölkerung muss gewürdigt werden“.

22. November 2007 – Eröffnung der Volkssänger-Ausstellung

München-Gruggenau * Die Volkssänger-Ausstellung im Nordturm des Valentin-Karlstadt-Musäums wird eröffnet.

19. September 2009 – Betriebsvorschrift des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Tourismusamt

München-Theresienwiese * Im § 53 der Betriebsvorschrift des Referats für Arbeit und Wirtschaft,



Tourismusamt Abt. Veranstaltungen heißt es Thema Bierausschank: „Das Oktoberfest ist das traditionelle Münchner Volksfest mit Münchner Gastlichkeit und Münchner Bier. Diese Tradition gilt es weiter zu wahren. An Wiesnbesucher darf deshalb nur Münchner Bier der leistungsfähigen und bewährten Münchner Traditionsbrauereien (das sind derzeit: Augustinerbrauerei, Hacker-Pschorr-Brauerei, Löwenbrauerei, Paulanerbrauerei, Spatenbrauerei und Staatliches Hofbräuhaus), das den Münchner Reinheitsgebot von 1487 und dem Deutschen Reinheitsgebot von 1906 entspricht, ausgeschenkt werden. Das Festbier darf nur in Maßkrügen (1,0 l Gefäßen) und das Weißbier in 0,5 l Gefäßen (Weißbierglas) ausgeschenkt werden“.

8. November 2009 – Gedenktafel an die Reichskristallnacht am Alten Rathauses angebracht

München-Graggenau * Nach Protesten aus der Bevölkerung wird eine Kopie der Gedenktafel an die Reichskristallnacht neben dem Eingang des Alten Rathauses angebracht und enthüllt.

2011 – Nur noch 60 Prozent Christen in Deutschland

Bundesrepublik Deutschland * Der Anteil der Christen an der Bevölkerung in Deutschland sinkt innerhalb von fünf Jahren um drei Prozent. Die evangelischen Kirchenmitglieder sinken in diesem Zeitraum um gut zwei Millionen auf 23,6 Millionen. Die Zahl der Katholiken sinkt um gut 1,5 Millionen auf 24,5 Millionen. Von rund 80 Millionen Bewohnern Deutschlands sind nur mehr 48,1 Millionen christlichen Glaubens. Das sind sechzig Prozent.

Juni 2011 – Die Volkshochschule soll in die ehemalige Straßenbahn-Direktion

München-Haidhausen * Die Münchner Volkshochschule MVHS soll in der ehemaligen Straßenbahn-Direktion in der Einsteinstraße 28 ein zweites Standbein für die Aus- und Weiterbildung neben dem Gasteig und den bereits bestehenden Stadtteilzentren erhalten - die Künstler müssen dann halt ausziehen. In einem europaweiten Architektenwettbewerb werden Ideen entwickelt, wie die Münchner Volkshochschule das knapp 3.700 Quadratmeter große Gelände nahe dem Max-Weber-Platz am sinnvollsten nutzen kann.

3. Oktober 2011 – 6,9 Millionen Menschen haben die Wiesn besucht

München-Theresienwiese * Insgesamt 6,9 Millionen Menschen haben das größte Volksfest der



Welt, die Wiesn, besucht. Davon kamen rund 20 Prozent aus dem Ausland. 118 Ochsen werden in der Ochsenbraterei verspeist, 522.821 Hendl werden gegessen und 7.922.500 Mass Wiesnbier fließen durch die durstigen Kehlen.

Januar 2012 – Die Planungen für die Volkshochschule werden präsentiert

München-Haidhausen * Die Entwürfe der zwanzig am Wettbewerb für die Münchner Volkshochschule beteiligten Architekturbüros werden der Bevölkerung öffentlich zugänglich gemacht und diskutiert.

15. Mai 2012 – Der Valentin-Karlstadt-Förderverein e.V. * SAUBANDE wird gegründet

München-Graggenau - München-Angerviertel * Im Turmstüberl des Valentin-Karlstadt-Musäums gründet sich der „Valentin-Karlstadt-Förderverein e.V. * SAUBANDE“. Seine Aufgaben sieht er in der „Wahrung, Stärkung und Verbreitung des Ansehens und des Wissens über Karl Valentin, Liesl Karlstadt und den Münchner Volkssängern“.

November 2012 – Das Haidhauser „Künstlerkollektiv 1Stein28“ verabschiedet sich

München-Haidhausen * Für das Haidhauser „Künstlerkollektiv 1Stein28“ endet das Gastspiel im Gebäude der ehemaligen Straßenbahn-Direktion in der Einsteinstraße 28. Mit einer letzten Ausstellung verabschieden sie sich von Haidhausen. Ausstellungen, Konzerte und Lesungen haben hier stattgefunden und belebten nicht nur das zuvor leer stehende Haus, sondern auch das ganze Viertel. Das alte Gebäude, das im Besitz des städtischen Referats für Bildung und Sport ist, soll im darauf folgenden Frühjahr abgerissen werden und Platz machen für einen Neubau.

März 2013 – Bald werden 75 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben

München * Bald werden 75 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben, wobei in Deutschland München mit 4.516 Einwohnern pro Quadratkilometer an der Spitze steht. Zum Vergleich: Es folgen Berlin mit 3.899, Herne mit 3.205, Stuttgart mit 2.925 und Oberhausen mit 2.762 Einwohnern pro Quadratkilometer. Herne und Oberhausen schrumpfen zurzeit allerdings. Manila, die Hauptstadt der Philippinen bringt es auf mehr als 43.000 Menschen pro



Quadratkilometer. Die dichtbesiedelte europäische Stadt ist Levallois-Perret bei Paris mit 26.000 Einwohnern auf dem Quadratkilometer. Immerhin fast dreimal so viel wie in New York mit etwas mehr als 10.000 Einwohnern pro Quadratkilometer.

17. November 2013 – 2. SAUBANDE-Matinée

München-Maxvorstadt * Im Volkstheater findet die zweite SAUBANDE-Matinée statt.

28. April 2014 – Siegfried Able übernimmt das ehemalige Hippodrom als Marstall

München-Theresienwiese * Der Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft befasst sich mit der Frage, wer die Nachfolge für Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz im Hippodrom antreten soll. Sepp Krätz war am 28. März von der Wirtschaftsstrafkammer am Landgericht München I in 36 Fällen wegen Steuerhinterziehung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 570.000 Euro verurteilt. Seine Schanklizenz für den Andechser am Dom hat er bereits verloren, das selbe Verfahren für die Waldwirtschaft in Großhesselohe wird im Mai angeschlossen. Das Wirtzelt wird Siegfried Able, der bisherige Wirt der Kalbskuchl auf der Wiesn, übernehmen. Er ist Betreiber des See-Biergartens Lerchenau mit 1.200 Plätzen, des Eiszaubers am Stachus und seit 2008 auch der Kalbskuchl. Zudem gehören ihm Pizza-Stände im Stachus-Untergeschoss und im Hauptbahnhof, in Letzterem auch der Süßigkeitenstand Münchner Zuckerl. Im Tierpark Hellabrunn hat er einen Biergarten, ein Café und einen Fish-and-Chips-Stand. Siegfried Able wird das Hippodrom in Marstall umbenennen. Auch das Festzelt wird vollkommen neu gestaltet. Seine Kalbskuchl mit 300 Plätzen übernimmt Erich Hochreiter, der Wirt des Biergartens am Viktualienmarkt. Der Besetzung des Wirtzeltes auf der Wiesn gehen hinter den Kulissen heftige Auseinandersetzungen. Deutlich und laut fällt die Kritik an dem seit 1980 praktizierten Vergabesystem der Stadt aus, das zwar korrekt abgewendet worden sei, aber aus einer Zeit stammt, als Volksfeste noch ein reines Reisegewerbe waren. Unangenehm heftig fällt die Kritik des Sprechers der Wiesnwirte, Toni Roiderer, aus. Für ihn ist der „Emporkömmling“ Siegfried Able nur ein „Kioskbetreiber“, der nie „Wunschkandidat“ war. Die etablierten Wiesnwirte wollen sogar ernstlich prüfen, ob sie ihn überhaupt in ihrem Kreis aufnehmen wollen.

August 2014 – Abriss und Modernisierung für die Volkshochschule

München-Haidhausen * Die Sanierungsarbeiten an den historischen und denkmalgeschützten



Gebäuden an der Einsteinstraße 28, die früher der Sitz der Direktion der Münchner Verkehrsbetriebe waren, beginnen. Die dahinter liegenden alten Gemäuer wurden abgerissen und durch einen modernen Neubau zur Schlossstraße hin ersetzt. Das Haus soll vor allem zweckmäßig sein und Platz für siebzig Unterrichtsräume und andere Einrichtungen bieten.

9. September 2014 – Das Völkerkundemuseum wird in Museum Fünf Kontinente umbenannt

München-Lehel * Das Staatliche Museum für Völkerkunde in der Maximilianstraße wird in Museum Fünf Kontinente umbenannt „Die Umbenennung ist das Ergebnis einer intensiven Phase der Reflexion und Neuorientierung“, sagt die Direktorin Christine Kron. Das Haus „steht für einen einzigartigen Zugang zum kulturellen Reichtum der Menschheit“ und ist „ein Ort des kulturellen Dialogs zwischen Menschen aller Kontinente“. Obwohl die Sammlung rund 160.000 Objekte, plus 135.000 Fotos und 100.000 Bücher umfasst, gehört es zu den beschaulicheren und weniger bekannten Münchner Museen.

Oktober 2014 – Der Wirtschaftswert des Oktoberfestes liegt bei 954 Millionen Euro

München-Theresienwiese * Der geschätzte Wirtschaftswert des größten Volksfestes der Welt liegt bei etwa 954 Millionen Euro. Die Stadt als Veranstalter nimmt lediglich 7,3 Millionen Euro an Stand-entgelten ein. Die Kosten liegen bei 5,7 Millionen Euro. Die Differenz von 1,6 Millionen Euro wird in die Instandhaltung und den Ausbau des Festgeländes investiert.

16. November 2014 – Im Volkstheater findet die dritte SAUBANDE-Matinée statt

München-Maxvorstadt * Im Volkstheater findet die dritte SAUBANDE-Matinée, des Karl Valentin-Liesl Karlstadt-Fördervereins, statt. Es wirken mit: Luise Kinseher, Maria Peschek, Frank-Markus Barwasser (alias Erwin Pelzig), die Couplet AG, Bele Turba, das Fünferl mit Johanna Bittenbinder, Heinz Josef Braun, Sebi Tramontana und Andreas Koll, Hans Well mit den Wellbappn, Stephan Zinner und Holger Paetz.

22. Dezember 2014 – Demonstration für Völkerverständigung - gegen Fremdenhass

München-Graggenau * Auf dem Max-Joseph-Platz demonstrieren nach Polizeiangaben mindestens 12.000, nach Aussagen der Veranstalter um 20.000 Münchner für Humanität,



Respekt und Vielfalt und gegen die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Parolen der PEGIDA-Bewegung [=Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes]. Organisiert hat die Veranstaltung die Initiative Bellevue di Monaco um Till Hofmann, Alex Rühle, Matthias Weinzierl und andere. Auf der Bühne stehen Künstler wie Konstantin Wecker, die Sportfreunde Stiller, Koflgschroa, Ami Warning, The Notwist sowie die Kabarettisten Christian Springer, Max Uthoff, Claus von Wagner, Michael Mittermeier, Georg Ringsgwandl und andere. Dieter Reiter kommt in seiner Funktion als Münchner Oberbürgermeister. In seiner Ansprache sagt er: „Die Teilnahme an einer Demonstration ist eine bewusste Entscheidung und damit tragen die Teilnehmer auch eine Verantwortung. Aus dieser Verantwortung dürfen wir die Teilnehmer der Pegida-Demonstrationen nicht entlassen“. Am Ende der Demonstration singen Tausende Ludwig van Beethovens „Ode an die Freude“. Die Hymne des Abends heißt „Freude schöner Götterfunke“.

31. Dezember 2014 – Subventionen im Kultur-, Unterhaltungs- und Bildungsbereich

München * In der Zusammenstellung der städtischen Zuschüsse, die der Münchner Stadtkämmerer Ernst Wolowicz jedes Jahr veröffentlicht, werden die Subventionen im Kultur-, Unterhaltungs- und Bildungsbereich deutlich. Das Stadtmuseum wird pro Besucher mit 106,55 Euro unterstützt, die Münchner Philharmoniker erhalten pro Zuhörer 97,13 Euro, das Volkstheater kriegt für jeden Zuschauer 77,67 Euro, in der Stadtbibliothek wird jedes ausgeliehene Buch mit 2,99 Euro bezuschusst, nur der Tierpark Hellabrunn sorgt 2014 für ein positives Ergebnis. Die Eisbär-Babies führten zu einem enormen Besucheranstieg von 1,7 auf 2,12 Millionen. Damit überstiegen die Einnahmen die Ausgaben. Trotzdem wird jede Eintrittskarte mit 93 Cent subventioniert.

22. November 2015 – Die vierte SAUBANDE-Matinée

München-Maxvorstadt * Der Valentin-Karlstadt-Förderverein SAUBANDE veranstaltet im Münchner Volkstheater seine vierte Matinée.

2016 – Die Einsteinstraße 28 geht an die Landeshauptstadt

München-Haidhausen * Das Areal in der Einsteinstraße 28 geht aus dem Besitz der Stadtwerke München an die Landeshauptstadt über. Mehr als 20 Millionen Euro kostete das erste eigene große Bildungszentrum.



1. Februar 2017 – Die Volkshochschule ist offiziell Mieter in der Einsteinstraße

München-Haidhausen * Das Areal in der Einsteinstraße 28 geht offiziell vom Vermieter an die Münchner Volkshochschule übergeben. Die Volkshochschule ist Mieter bei der Landeshauptstadt. Die Mietlaufzeit beträgt 29 Jahre.

21. Februar 2017 – Die Linke will einen Kurt-Eisner-Platz

München * Die Fraktion Die Linke des Münchner Stadtrats bringt einen Antrag zur Umbenennung des Marienhofs in Kurt-Eisner-Platz ein. Darin heißt es: „Der bislang namenlose Platz nördlich des Rathauses wird anlässlich des hundertsten Jahrestages der Proklamation der „freien Volksrepublik Bayern“ durch den ersten Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner zum „Kurt-Eisner-Platz“ gewidmet. Die Landeshauptstadt setzt sich beim Betreiber der S-Bahn München dafür ein, dass auch die geplante Haltestelle für den zweiten S-Bahn-Tieftunnel nach Kurt Eisner benannt wird.“

4. März 2017 – Das Bildungszentrum „Einstein 28“ wird eröffnet

München-Haidhausen * Das Bildungszentrum „Einstein 28“ in Haidhausen kann eröffnet werden. In den vier Gebäuden mit ihren 70 multifunktionalen Räumen findet seither der Unterricht statt. Da bei der Sanierung eines denkmalgeschützten Bestandes immer wieder mit Überraschungen gerechnet werden muss, verzögert sich die ursprünglich geplante Fertigstellung des Gebäudekomplexes der Münchner Volkshochschule von Juli 2016 nach März 2017.

19. November 2017 – Die 6. Benefiz-Matinée der SAUBANDE im Münchner Volkstheater

München-Maxvorstadt * Zum sechsten Mal veranstaltet die „SAUBANDE“, der Valentin-Karlstadt-Förderverein, eine Benefiz-Matinée im Münchner Volkstheater. Es treten auf: Ilse Neubauer, Maria Peschek und Helmut Dauner, Mrs. Zwirbel, Hans Well und die Wellpappn, Bele Turba und Nadia Tamborrini, das „Fünferl“ mit Johanna Bittenbinder, Heinz Josef Braun, Sebi Tramontana und Andreas Koll, Veronika Bittenbinder mit Band, Stefan Noelle, Stephan Zinner, Arthur Senkrecht mit Bastian Pusch am Piano und Holger Paetz sowie die eine oder andere Überraschung. Die namhaften Künstlerinnen und Künstler geben ihr Bestes, garniert mit valentinschen Spitzen.



11. November 2018 – Die siebte SAUBANDE-Matinée

München-Maxvorstadt * Zum siebten Mal veranstaltet die SAUBANDE, der Valentin-Karlstadt-Förderverein, eine Benefiz-Matinée im Münchner Volkstheater. Namhafte Künstlerinnen und Künstler geben ihr Bestes, garniert mit valentinschen Spitzen.

27. Mai 2021 – Ja, es war Völkermord !

Berlin • Deutschland bekennt sich nach über 110 Jahren zu dem Völkermord an den Herero und Nama. Das Deutsche Reich war von 1884 bis 1915 Kolonialmacht im heutigen Namibia. Bei der Niederschlagung von Aufständen durch die deutsche Schutztruppe zwischen 1904 und 1908 wurden etwa 65.000 von 80.000 Herero und mindestens 10.000 von 20.000 Nama getötet.

16. April 2024 – Bayern erschwert den Cannabis-Konsum

München - Bayern * Nach der Teil-Legalisierung von Cannabis durch den Bund beschließt die Bayerische Staatsregierung, den Konsum im Freistaat zu verbieten auf Volksfesten, in Biergärten und auf Außengeländen von Gaststätten und Schani-Gärten. Zudem wird ein Konsumverbot festgelegt im Englischen Garten, im Hofgarten, im Finanzgarten in München sowie dem Hofgarten in Bayreuth. Bei weiteren staatlichen Gartenanlagen soll ein Verbot über das Hausrecht verhängt werden. Saufen ja - kiffen nein !

3. Februar 2026 – Eintritt fürs Oktoberfest ?

München * Der bayerische Bierbrauerpräsident Georg Schneider schlägt vor, künftig Eintritt für das Münchner Oktoberfest zu verlangen, da der Bierpreis bei Volksfesten nicht die Haupt-Kalkulationsgrundlage für alle Kosten sein kann. Diesen Vorstoß erteilt Münchens Wiesn-Chef Christian Scharpf [SPD] umgehend eine Absage. „Das Oktoberfest ist ein Volksfest und kein Freizeitpark“, sagt der Münchner Wirtschaftsreferent. Ein Eintritt passt überhaupt nicht zum Volksfestcharakter der Wiesn und kommt nicht infrage. „Die Wiesn ist für jeden und jede da, nicht nur für die, die sich einen teuren Eintritt leisten können.“ Die Gäste, die nur durchschlendern und die Atmosphäre genießen wollten, seien genauso willkommen wie die, die in den Bierzelten feiern oder sich in einem Fahrgeschäft vergnügen wollten.



23. April 20261516 – Herzogliche Brauvorschriften münden in das Reinheitsgebot

Ingolstadt * Die herzoglichen Brauvorschriften von 1487 und 1493 dienen als Vorbilder für das Bayerische Reinheitsgebot vom 23. April 1516. Mit der neuen Landesordnung gelten einheitliche Regeln für die Bierherstellung im wiedervereinigten Herzogtum Baiern. Die klaren Vorgaben stellen hohe Anforderungen an die bayerischen Brauer. Sie sollen die Qualität des Bieres sichern und das Vertrauen der Bevölkerung in das Getränk stärken. Zugleich spiegeln die Vorschriften ein verbreitetes Misstrauen gegenüber dem Lebensmittelgewerbe wider. Besonders den Brauern unterstellt man eine große Experimentierfreude bei der Verwendung unterschiedlicher Zutaten. Die Braugesetze dienen dem Verbraucherschutz, verfolgen aber auch wirtschaftliche Ziele. Einheitliche Qualitätsstandards verbessern die Konkurrenzfähigkeit des Bieres. Im Laufe des 16. Jahrhunderts gewinnt es gegenüber dem Wein zunehmend an Bedeutung und entwickelt sich schließlich zum vorherrschenden Volksgetränk.
